

Diplomarbeit

„Das Projekt Friedenslaboratorien als Beitrag zum Friedensprozess in Kolumbien“

Verfasserin

Sonia Hadjieva

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im Juni 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt:
Studienrichtung lt. Studienblatt:
Betreuer:

A300
Politikwissenschaft
Univ.- Prof. Dr. Ulrich Brand

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
1.1. Relevanz und Aktualität	4
1.2. Perspektivenbildung	4
1.3. Das Konzept Peacebuilding	6
1.4. Methoden	7
1.5. Hypothesen	9
2. Theoretischer Rahmen	12
2.1. Der Peacebuilding-Ansatz von John Paul Lederach	12
2.2. Relevanz des Theorieansatzes für die Analyse der Friedenslaboratorien	14
2.3. Plädoyer für ein umfassendes Friedenskonzept	15
2.4. Relevanz des Peacebuilding innerhalb des Konflikts	15
2.5. Die Dreiebenen-Pyramide der Akteure	16
2.5.1. Top-Ebene-Akteure	17
2.5.2. Akteure der Mittelebene	18
2.5.3. Akteure der Grassroots-Ebene	19
2.6. Die Dreiebenen-Pyramide am Beispiel des Projekts Friedenslaboratorien	20
2.7. Schlüsselbegriffe des Ansatzes Lederachs	21
2.7.1. Konflikttransformation	21
2.7.2. Prozess und Progression im Konflikt und Peacebuilding	22
2.7.3. Peacebuilding als Teilnehmerpyramide	23
2.7.4. Relevanter Zeitrahmen für die Ziele des Peacebuilding-Projekts	23
2.7.5. Zeitplanung und Wirkung von Peacebuilding	25
2.7.6. Sozioökonomische und soziokulturelle Ressourcen für Peacebuilding	26
2.8. Die Idee von Sozialkapital von Robert Putnam	27
2.8.1. Konvergenz von Lederachs Ansatz und dem Konzept des Sozialkapitals	28
3. Das Programm für Entwicklung und Frieden in Magdalena Medio (PDPM) – eine Alternative zum Friedensprozess	28
3.1. Die Programme für Entwicklung und Frieden (PDP). Ein Überblick	28
3.2.1. Entstehung und Ziele	32
3.2.2. Die Gründung der Körperschaft für Entwicklung und Frieden	32
3.2.3. Der Prozess der Entscheidungsfindung	34
3.2.4. Strategische Linien und Grundprinzipien des PDPM	34
4. Das Projekt Friedenslaboratorien in Magdalena Medio	36
4.1. Entstehung und Strategie	36
4.2. Die Friedenslaboratorien – Mechanismen und Wirkung. Analyse zur Graphik	39
4.3. Beispielsprojekte zu den Komponenten	40
4.3.1. Stärkung und Schutz der Menschenrechte am Beispiel der Humanitären Zonen	40
4.3.2. Stärkung der Institutionen. Ausbau demokratischer Staatlichkeit	43
4.3.3. Produktive Projekte	44
4.4. Probleme und Herausforderungen im Prozess	45
4.4.1. Ausgangspunkt der Implementierung – der Kontext der Region	45
4.4.2. Laster der Bürokratie	47

4.4.3. Rücksicht auf das Spezifische?	49
4.4.4. Die Friedenslaboratorien in der Zeit der Globalisierung	52
4.5. Im Visier der Kritiker	53
4.5.1. Intensivierung der Kritik	54
4.6. Die Friedenslaboratorien als Dreiebenenpyramide der Peacebuilding-Arbeit	57
4.7. Erfolge der Friedenlaboratorien	58
4.7.1. Erfolgsmessung des Projekts	58
4.7.2. Mehrwert und Nachhaltigkeit der Friedenslaboratorien	62
4.7.3. Die Friedenslaboratorien – (Nur) eine Finanzquelle?	64
4.7.4. Was ist ein erfolgreiches Friedenslaboratorium?	66
5. Topebene-Akteure	69
5.1. Die Regierung von Álvaro Uribe Vélez	69
5.1.1. Die politische Strategie von Uribe	69
5.1.2. Unterschiede und Parallelen zwischen der Strategien der Regierung und der EU	73
5.1.3. Prioritäten der außenpolitischen Regierungspolitik von Álvaro Uribe Vélez	74
5.1.4. Kritik an der Regierung	75
5.1.5. Der Widerspruch zwischen der Durchführung einer sozialen Politik mit demokratischen Werten und der Politik der demokratischen Sicherheit	76
5.2. Akteure auf der Topebene: Die EU als Partner in Peacebuilding	81
5.2.1. Ausblick über die internationale Kooperation vor den 1990er Jahren	81
5.2.2. Interesse und Desinteresse der EU	84
5.2.3. EU und die kolumbianische Regierung	86
5.2.4. Einflussmöglichkeiten der EU: Instrumente und Strategien	87
5.2.5. Mehrwert der Beteiligung der EU für die Peacebuilding-Initiativen	91
5.2.6. Die unsichtbaren Kanäle der Diplomatie	96
5.2.7. Bilanz der Rolle der internationalen Akteure	97
5.2.8. Die EU-Teilnahme: Einsatz auf Sparflamme oder Schutzschild für die Friedensarbeit?	98
6. Schlussfolgerungen	101
6.1. Bestätigen und Widerlegen der Hypothesen	101
6.2. Friedenslaboratorien. Lohnt es sich?	104
Abkürzungen	106
Literaturverzeichnis	107
Anhang – Interviewtranskriptionen	117

1. Einleitung

Im Laufe des Studiums der Politikwissenschaft habe ich mich mehrmals mit dem bewaffneten Konflikt in Kolumbien beschäftigt. Das Land stellt ein hochinteressantes Fallbeispiel für die Politikwissenschaft dar – ein demokratischer Staat, der nach innen und außen seine Funktionen ausübt. Allerdings sollte man hier „demokratisch“ mit Vorbehalten verwenden, wenn man sich an den genauen politischen Begriff halten will. Ein Staat, der als die älteste Demokratie in Lateinamerika gilt (Kurtenbach 2007: 138), wird zugleich seit mehr als 40 Jahren durch einen verheerenden innerstaatlichen bewaffneten Konflikt ausgeblutet. Ein Staat, der trotz milliardenhoher internationaler Hilfe zur Unterstützung der kolumbianischen Streitkräfte zwecks Konfliktbekämpfung, unfähig ist, der Gewalt ein Ende zu setzen¹.

Kolumbien – ein funktionierender demokratischer Mechanismus, der trotz schwerer Mängel weiterhin „betriebsfähig“ ist? Wie ist dieses Phänomen aus politikwissenschaftlicher Perspektive nachzuvollziehen? Wie erklärt man die Tatsache, dass ein Land, in dem es keine politischen Probleme gibt und wo ausreichende Ressourcen vorhanden sind, nicht imstande ist, die gravierende wirtschaftliche und soziale Situation des Großteils der Bevölkerung zu verbessern²? All diese zusammentreffenden Besonderheiten waren ausreichend, mein Interesse an Politik und Gesellschaft in Kolumbien zu erwecken. Über den bewaffneten Konflikt im Land wurden Dutzende von Büchern geschrieben und dieser Forschungsstand wird laufend ergänzt. Mit Recht wird behauptet, dass der kolumbianische Fall „überdiagnostiziert“³ sei. Welche unbehandelten Facetten dieser Problematik rechtfertigen eine weitere Auseinandersetzung damit?

¹ Gemeint ist hier der berühmte *Plan Colombia*, der Plan zur Vernichtung der illegalen Kulturen und zur Zerschlagung der bewaffneten Akteure in Kolumbien, welcher von den USA mit mehr als 4 Milliarden US-Dollar finanziert wird. Vgl. <http://www.gao.gov/new.items/d0176t.pdf> (Stand 13. Mai 2009).

Der *Plan Colombia* wird im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht miteinbezogen. Ich beschränke mich lediglich auf einige Hinweise zu dieser Strategie, (Vgl. *Die Regierung von Álvaro Uribe Vélez* in Kapitel *Topebene-Akteure*).

² 2005 lebte 49,2 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Es gab 14,7 % notleidende Personen (vgl. Colombia. Assessment of development results. Evaluation of UNDP Contribution, by the Evaluation Office, UNDP Sept. 2007: 4).

³ Vgl. Mauricio Garcia Duran, Colombia: challenges and dilemmas in the search for peace, abrufbar unter <http://www.c-r.org/our-work/accord/colombia/challenges-dilemmas.php> (Stand 6. Juli 2008).

Und hier die Überraschung – in meinen Lektüren stieß ich auf das Projekt „Friedenslaboratorien“⁴. Ein plakativer Titel, eine Initiative, deren Name eine Werkstatt suggeriert, wo Frieden angefertigt werden kann.

Ich erwähnte die Milliarden, die die USA dem kolumbianischen Staat für die Bekämpfung der bewaffneten Akteure und des Drogenhandels gewährleisteten. Die Tatsache, dass die Konfliktursachen unbeachtet bleiben, macht es dringend nötig, nach anderen Optionen, die auf gewaltfreie Methoden für Konflikttransformation setzen, zu suchen. Friedenspraktiken sind kein Novum in Kolumbien und die Friedenslaboratorien sind nur ein Beispiel unter einer Mehrzahl der so genannten „guten Praktiken“⁵. Jedoch unterscheiden sie sich von den restlichen und genießen einen ziemlich großen Bekanntheitsgrad. Das Projekt Friedenslaboratorien gilt als der Gegensatz zum militärisch ausgerichteten, von den USA finanzierten, *Plan Colombia* und wird seitens der EU politisch und finanziell unterstützt. Es vereint viele Aspekte der Konfliktthematik und fördert die Kooperation zwischen verschiedenen sozialen und politischen Akteuren – internationalen und nationalen, aber auch staatlichen und zivilgesellschaftlichen.

Trotz aller Bemühungen staatlicher und internationaler Akteure verbleibt der kolumbianische Konflikt ohne Aussichten auf eine baldige Lösung. Das negative Vorbild des stark kritisierten militaristischen Projekts *Plan Colombia* ist nur einer der Gründe für die Aktualität anderer Friedensoptionen. Nach und nach kam es zu einer Verstärkung der internationalen Unterstützung für einen Friedensprozess mittels gesellschaftlicher Konsolidierung und Peacebuilding-Praktiken, die von Basisorganisationen initiiert und durchgeführt werden⁶. Die Friedenslaboratorien stellen ein interessantes Analysebeispiel dar.

In diesem Licht möchte ich untersuchen, welches Potential das Projekt, das 2002 von der EU und der kolumbianischen Regierung bewilligt wurde, für den Friedensprozess in Ko-

⁴ Originalbezeichnung *Laboratorios de Paz* bzw. *Laboratorio de Paz Magdalena Medio*, nach der Region, wo das erste Projekt initiiert wurde. Der Titel „Friedenslaboratorien“ ist unter den daran beteiligten Experten, sowie in der Diskussion über die Friedensarbeit in Kolumbien sehr bekannt, daher wird er in dieser Studie ohne Anführungszeichen verwendet. Manchmal wird hier das Projekt nur als „Laboratorien“ bezeichnet, was ich vom Fachjargon der interviewten Experten übernommen habe (Anm. d Verf.).

⁵ Eine ausführliche Liste der Initiativen, die zur Konflikttransformation in Kolumbien beitragen, wird vom UNDP erfasst. Vgl. http://www.saliendodelcallejon.pnud.org.co/nuestras_bpracticasshtml (Stand 12. Mai 2009).

⁶ „Colombia (...) already has an established, vibrant, and active set of civil society actors.“ In *Colombia. Beyond Armed Actors. A Look at Civil Society*. Revista Harvard Review for LA 2003. abrufbar unter: <http://www.drcas.harvard.edu/revista/articles/view/244> (Stand 6. Juli 2008).

lumbien hat bzw. haben kann. Diese Frage bezieht sich auf die Möglichkeiten zur Schaffung von Friedensbedingungen auf regionaler Ebene und hat nicht das Ziel, der Wahrscheinlichkeit für einen Friedensschluss bzw. einen Waffenstillstand nachzugehen. Die Friedenslaboratorien versuchen mitten im Konflikt Bedingungen für ein würdevolles Menschenleben zu schaffen – ein Unterfangen, das die Kooperation aller im Konflikt implizierten Akteure voraussetzt.

1.1. Relevanz und Aktualität

Der erste Punkt, der mich zu dieser Themenwahl angeregt hat, ist die Natur des Projekts – die Friedenslaboratorien sind eine gewaltfreie Initiative zivilgesellschaftlicher Akteure, die mit Hilfe staatlicher Unterstützung sowie der finanziellen und symbolischen Rolle der EU zustande kam. Sie versucht eine Änderung der sozio-ökonomischen Verhältnisse in Regionen Kolumbiens zu bewirken, welche von hoher Gewalt geprägt sind.

Der zweite Punkt ist die Verabschiedung der Landesstrategiepapiere der EU für Kolumbien für den Zeitraum 2002-2006 und 2007-2013⁷, in denen die Unterstützung der Friedenslaboratorien einen wichtigen Teil ausmacht. Die Implementierung des Projekts ist eine Folge der Intensivierung der internationalen Hilfe für Kolumbien seitens der EU. Mit der Implementierung dieser zwei Strategien hat sich die internationale Unterstützung für Kolumbien, wie die zitierten Dokumente zeigen, deutlich verändert. Demnach wurden 160 Mio. Euro als internationale Hilfe für Kolumbien bewilligt. Ein Großteil der Mittel kommt der Förderung des Friedensprozesses zugute. Das Budget für die ersten Friedenslaboratorien belief sich auf ca. 42 Mio. Euro. Die EU-Teilnahme beträgt etwa 33 Mio.⁸.

1.2. Perspektivenbildung

Der bewaffnete Konflikt in Kolumbien wird im spanisch-, deutsch- und englischsprachigen Raum intensiv behandelt und trotz der beachtlichen Literatur darüber werden weiterhin neue Publikationen herausgegeben. Das spricht für die andauernde Brisanz der Thematik.

⁷ EU-Landesstrategiepapier. Kolumbien 2007 – 2013
http://ec.europa.eu/external_relations/colombia/csp/07_13_en.pdf und
EU-Landesstrategiepapier. Kolumbien 2002 – 2006.
http://ec.europa.eu/external_relations/colombia/csp/02_06_en.pdf (Stand 15. Jan. 2009).

⁸ Vgl. European Commission. Colombia Country Strategy Paper 2007-2013.
http://ec.europa.eu/external_relations/colombia/csp/07_13_en.pdf

Trotz dieses gewichtigen Forschungsstands habe ich in meiner Recherche kaum Werke gefunden, die sich explizit mit den Friedenslaboratorien bzw. mit anderen alternativen friedensstiftenden Projekten auseinandersetzen. Meine Forschung vor Ort brachte mich zu zahlreichen Arbeitspapieren – internen und externen Evaluationen des Projekts, die reich an statistischen und deskriptiven Daten sind. Es fehlt jedoch an Arbeiten, die das Thema aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive analysieren. Hier sehe ich eine Forschungslücke und die Chance an einem wenig behandelten Thema zu arbeiten.

Mein persönliches Interesse an Kolumbien wurde durch eine gewisse Bestürzung über die Kontraste dieses Landes geweckt. Durch die unmittelbare Erfahrung mit der kolumbianischen Realität lernte ich viele dieser Gegensätze persönlich kennen – eine wunderschöne und vielfältige Landschaft, die aber der Großzahl der Nicht-Kolumbianer völlig unbekannt ist. Kontrastvoll sind auch die Menschen, die von großer Warmherzigkeit und Lebensfreude gekennzeichnet sind. Dies unterscheidet sich deutlich von chlichehaftem Vorurteil, welches Kolumbien auf das Bild eines Landes der Drogenkartelle reduziert. Ein unmittelbares Erlebnis in Kolumbien beweist doch das Gegenteil. Fremde werden von seiner Vielfalt hingerissen. Daher ist die Bestürzung groß, sobald man mit den Gräueltaten des kolumbianischen, von Gewalt geprägten, Alltags konfrontiert wird. Während meines Aufenthalts in Kolumbien sah ich, dass die Kolumbianer selbst diese Kontraste verspüren – einmal reden sie mit Enthusiasmus über ihr Land, ein andermal doch mit Bitterkeit, da die vielen Probleme, die in einer höchst konzentrierten Form auftreten – Kriminalität, Korruption, Verarmung – nicht ignoriert werden können.

Für mich als Europäerin und angehende Politikwissenschaftlerin ist es von großem Interesse, ob eine Initiative für Frieden und menschliche Entwicklung, die als zivilgesellschaftlicher Dialog mit der Unterstützung der Akteure auf nationaler und internationaler Ebene entsteht, eine positive Auswirkung auf den Friedensprozess haben kann. Für die Auseinandersetzung mit dieser Frage stütze ich mich auf den theoretischen Ansatz des Friedensforschers John Paul Lederach. Er stellt den Peacebuilding-Prozess als eine Akteurspyramide dar. Mit dessen Hilfe werden die folgenden Fragen behandelt: *Welche gesellschaftlichen und staatlichen Akteure beteiligen sich daran? Wie verläuft die Interaktion unter ihnen? Wie viel Kompetenz und Verantwortung steht ihnen zu? Welche konkreten Mittel und gewaltfreie Mechanismen zur Konflikttransformation werden angewendet?*

1.3. Das Konzept Peacebuilding

Um den Ausgangspunkt der Analyse der Friedenslaboratorien zu klären und zu argumentieren, warum dieses Projekt ausgerechnet mit Lederachs Konzept für Peacebuilding dargestellt wird, ist eine Erklärung des Begriffs Peacebuilding vonnöten. Das Spezifische am Begriff des Peacebuilding in Lederachs Ansatz ist, dass er für ein sehr breit angelegtes Konzept steht. Dieses Konzept besteht nicht nur aus einer einzelnen oder einmaligen Intervention, sondern umfasst, entwickelt und fördert ein ganzes Spektrum von Praktiken, Ansätzen und Szenarien, die notwendig sind, um einen Konflikt zu einem friedlicheren und zukunftsfähigeren sozialen Verhältnis zu transformieren.

Lederach distanziert sich von der „klassischen“ Auffassung von Peacebuilding, die in den frühen 1990er Jahren in die Strategie zur Friedenssicherung der UN aufgenommen wurde (vgl. Boutros-Ghali 1992)⁹. Diese ursprüngliche Idee von Peacebuilding wurde 1992 im einschlägigen Dokument Agenda for Peace verfasst. Im Vergleich zu Lederachs Konzept ist die letztere eine etwas orthodoxe Idee. Sie versteht Peacebuilding „ausschließlich als Unterstützung für postkonfliktive Friedensabkommen und den Wiederaufbau von Krieg geplagter Gesellschaften.“ (Lederach 1997: 20). Für Lederach ist dagegen Peacebuilding ein *Prozess*, der *vor* und *nach* einem Friedensabkommen stattfindet¹⁰. Die Betonung hier liegt auf „Prozess“: Lederach betrachtet Peacebuilding nicht als eine zeitlich begrenzte Initiative, sondern als ein dynamisches soziales Konstrukt, das eine Großzahl von Aktivitäten in sich einschließt. Dazu gehören Aufbauaktivitäten, Investitionen und das Erstellen von Konzepten, die Koordinierung von Ressourcen, sowie Aktivitäten, die die Nachhaltigkeit einer Friedensinitiative sicherstellen (ebd.). Laut ihm ist Peacebuilding ein dynamischer sozialer Prozess von Konflikttransformation (vgl. Lederach 1997: 20, 21). Vor allem betont er, dass Peacebuilding nicht ausschließlich auf eine Postkonflikt-Phase reduziert werden sollte. Folglich ist Peacebuilding keine Friedensarbeit, die erst oder nur nach dem Schließen eines Friedensvertrags zwischen der Konfliktparteien geleistet wird, sondern eine Initiative, die als eine nachhaltige kontinuierliche Entwicklung stattfindet.

⁹ vgl. Boutros-Ghali: An agenda for Peace, online abrufbar unter: <http://www.un.org/Docs/SG/agpeace.html> (Stand 18. Mai 2009).

¹⁰ Hervorhebung d. Verf.

1.4. Methoden

Die Auseinandersetzung mit dem Thema hat es nicht zum Ziel eine quantitative Auswertung des Projekts zu liefern. Meine Aufgabe ist es, das Potential dieser Initiative von Grassroots-Akteuren, die mit Experten und dem kolumbianischen Staat als friedensschaffende Strategie durchgeführt wird, abzuschätzen. Ich versuche in diesem komplexen Konstrukt, die Anliegen und Interessen der Akteure aus der etwas floskelhaften und undurchsichtigen Dokumentensprache herauszulesen und klar darzustellen. Ein wichtiger Punkt hierbei ist es, die Konvergenz dieser Interessen und die Dynamik der Akteure zu untersuchen. Ziel der Analyse ist die Beantwortung der einfachen Frage – *Friedenslaboratorien, lohnt es sich?*

Die angewendeten Methoden, mit deren Hilfe die Daten für diese Arbeit erhoben wurden und die zur Antwort der Forschungsfrage führen werden, sind eine Kombination aus Dokumentenanalyse, Literaturrecherche und Leitfadeninterviews mit Experten, die ich im Rahmen einer Feldforschung im Mai und Juni 2008 durchgeführt habe. Anhand der daraus gewonnenen Informationen stelle ich drei Hypothesen auf, die zur Beantwortung der Forschungsfrage führen sollen. Das theoretische Gerüst der Arbeit besteht aus dem Peacebuilding-Ansatz John Paul Lederachs.

Die Interview-Partner, die im Rahmen meiner Feldforschung befragt wurden, kommen aus verschiedenen Bereichen – z.B. der Wirtschaft, der Politik und der Sozialarbeit. Sie gehören unterschiedlichen Arbeitsfeldern an: manche von ihnen sind im universitären Feld tätig, andere dagegen in Projektevaluieren und Projektentwicklung. Sie sind alle Referenzpersonen für Fragen zu Friedensprojekten in Kolumbien. Die meisten von ihnen sind Experten, die am hier analysierten Prozess für Entwicklung und Frieden teilnehmen, bzw. teilgenommen haben. Ich habe auf eine ausgewogene Zahl der Experten aus allen drei Sphären des behandelten Projekts (Menschenrechte und Demokratie, Aufbau demokratischer Institutionen und Produktivprojekte) geachtet.

Um einen möglichst objektiven Überblick über die Thematik zu geben, interviewte ich sowohl Experten des Durchführungspersonals der Friedenslaboratorien als auch solche, die die Regierung repräsentieren. Zu letzteren zählen Fachmensen der staatlichen Behörde

Accion Social, die für die Koordination der internationalen Finanzierung des Projekts zuständig ist. Befragt wurden außerdem führende Grassroots-Akteure bzw. Personen, die in verschiedenen Initiativen innerhalb dieses Friedensprojekts tätig sind.

Die Interviews und das unmittelbare Kennenlernen der Arbeit des Amtes des Ombudsmannes in Barrancabermeja, der inoffiziellen Hauptstadt der Region Magdalena Medio, wo das Projekt durchgeführt wird, lieferten spannende Einblicke in die Dynamik der Region. Sie ermöglichten mir eine hautnahe Erfahrung mit Menschen, die in einem bewaffneten Konflikt, oft in elenden Existenzbedingungen leben und trotz aller Schwierigkeiten nach einer Verbesserung trachten. Nicht zuletzt waren auch die Gespräche mit vielen Teilnehmern an den Friedenslaboratorien für meine Recherchen sehr hilfreich: sie trugen zu einem detaillierten Bild der Problematik bei.

Weitere Kontakte und Interviews, die den Informationsbestand vergrößerten, waren mit Experten, die in Peacebuilding-Aktivitäten in Kolumbien mitwirkten. Dazu zählen Experten (sowohl aus Kolumbien als auch einer anderen Nationalität), die im Zuge ihrer Arbeit in der EU, dem UNDP oder dem OCHA¹¹ eine einschlägige Erfahrung mit dem behandelten Thema gemacht haben. Dies ermöglichte mir, die Problematik der Friedenslaboratorien bzw. der Peacebuilding-Praktiken in Kolumbien, aus verschiedenen Blickwinkeln zu sehen.

An dieser Stelle bedarf es einer Erklärung bezüglich der geschlechtergerechten Sprache der vorliegenden Arbeit. Was die geschlechtsspezifischen Endsilben betrifft, verwende ich keine weibliche Form, weil es keinen Fall gibt, wo es sich ausdrücklich nur um Frauen handelt. Mit der Bezeichnung „Akteure“, „Leader“, „Teilnehmer“ etc. werden sowohl Frauen als auch Männer gemeint. Allerdings ist zu bemerken, dass von allen befragten Experten nur zwei Frauen waren. Unter den anderen Referenzpersonen (z.B. den Teilnehmern an verschiedenen Subprojekten im Rahmen der Friedenslaboratorien) gab es sehr wohl Frauen, mit denen ich Gespräche geführt habe. Letztere haben zum gesamten Informationspanorama beigetragen, werden jedoch hier nicht herangezogen, denn die Basis der Interviewanalyse entstand hauptsächlich aus Experteninterviews.

¹¹ United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs

Da die Friedenslaboratorien unter den Peacebuilding-Initiativen in Kolumbien ein relativ neues Projekt sind, sind sie in der einschlägigen Literatur nur selten präsent. Aus diesem Grund war es notwendig, einen Großteil der Arbeit deskriptiv zu gestalten. Fragen über die Funktionsmechanismen, die Organisation und das Spezifische am Projekt müssen hier präzise beantwortet werden. Der deskriptive Teil ermöglichte die Antwort auf die Frage *ob* und *wie* das Projekt die Konfliktdynamik positiv beeinflussen kann. Die Friedenslaboratorien werden anhand von Lederachs Ansatz analysiert und zeigen wie sein Pyramidenmodell von Akteuren im Peacebuilding auf die Realität, d.h. auf ein konkretes und sehr aktuelles Projekt trifft. Es bestätigt die Ansicht Lederachs zu der Dauer, der Nachhaltigkeit und den Ressourcen von Peacebuilding-Initiativen. Vor allem liefert dieses Beispiel einen Beweis dafür, dass Peacebuilding auch unmittelbar im Kontext ansetzen kann, ohne Abwarten auf ein Friedensabkommen zwischen den Konfliktparteien (vgl. Lederach 1997: 20). Das Pyramidenmodell zeigt, welche Akteure durch welche Interaktionen am Prozess beteiligt sind, und bietet einen Überblick über die komplexe Struktur dieses Prozesses.

1.5. Hypothesen

Die erste Hypothese geht der Frage nach, *ob das Projektziel aus eigener Kraft zu erreichen ist*. Die Friedenslaboratorien sind ein zivilgesellschaftliches Projekt, das einen Dialog zwischen den Akteuren aller Ebenen (der Basisebene, der obersten politischen Ebene und der Mittelebene) schafft. Ausgerechnet die internationale Beteiligung, vor allem die Teilnahme der EU als Hauptgeldgeber, soll als Garant für seine erfolgreiche Implementierung dienen¹². Ohne die politische Präsenz und den finanziellen Rückhalt der EU wäre seine Durchführung nicht möglich gewesen bzw. ist diese für die fortlaufende Replizierung der Laboratorien von großer Bedeutung. Daher ist die weitere inhaltliche und finanzielle Unterstützung der internationalen Partner für die Viabilität des Projekts unverzichtbar.

Die zweite Hypothese untersucht die Konvergenz zwischen der Regierungspolitik (bzw. wie diese auf Makroebene zum Ausdruck kommt) und dem Projektskonzept. Der Hypothese liegt die Annahme zugrunde, dass das oberste Ziel des Projekts unrealisierbar ist, weil die Projektgrundprinzipien (Förderung der einheitlichen menschlichen Entwicklung) mit

¹² Der Großteil der Finanzierung der Friedenslaboratorien wird von der EU gewährleistet. Es gibt allerdings auch andere Geldgeber (z.B. die Weltbank), die dieses Projekt und den gesamten Peacebuilding-Prozess in Magdalena Medio unterstützen. Vgl. Kapitel II. dieser Arbeit.

der Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung auf Makroebene nicht übereinstimmen. Ein dauerhaftes Resultat bedarf einer Angleichung zwischen der Makropolitik der Regierung und den Projekten im regionalen Kontext wie z.B. den Friedenslaboratorien, die von Basisorganisationen in einem quasi „isolierten Raum“ implementiert werden.

Diese Hypothese nimmt an, dass die Politik der Friedenslaboratorien mit der Regierungspolitik in Kolumbien nicht konvergiert. Die Teilnahme der Topebene-Akteure an den Laboratorien bleibt nur eine politische Geste, die eher Kosmetikzwecken als einem nachhaltigen Prozess dient. Es ist schwierig, quantitative Beweise für die angedeutete Doppelstrategie der Regierung zu finden, dennoch gibt es reichliche Indizien, die zu dieser Hypothesenformulierung geführt haben. Die Analyse der Laboratorien bzw. deren Problemfelder spiegeln diese Annahme wider. Durch die Darstellung des Projekts, der Agenda der Regierung und der von den Experten beigetragenen Akzente wird dieser Hypothese nachgegangen.

Die dritte Hypothese besagt, dass das Projekt aufgrund fehlender Infrastruktur nicht durchführbar ist. Das Projektkonzept sieht keine Ressourcen für die infrastrukturellen Probleme der Region, in der die Friedenslaboratorien implementiert werden, vor. So gibt es z.B. schwere Mängel in der Agrarwirtschaft, der Verkehrsinfrastruktur und den Marktverbindungen. Das Projektziel ist es, ein Minimum an Grundbedingungen für die ökonomische Entwicklung der Zielgruppen sicherzustellen. Die wirtschaftliche Stärkung soll die Bevölkerung auch sozial und politisch stärken. Auch wenn ein relativer Erfolg in den Produktivprojekten erzielt wird, wird das keine nachhaltige Lösung für die Probleme sein. Ohne die Basis einer Infrastruktur für moderne wirtschaftliche Entwicklung werden Einzelprojekte wie die Friedenslaboratorien ein verfrühter Schritt bleiben, d.h. Initiativen, die die großen Bedürfnisse der betroffenen Region nicht befriedigen können.



Abbildung 1. Landkarte Kolumbien

Quelle: CIA. The world fact book

2. Theoretischer Rahmen

2.1. Der Peacebuilding-Ansatz von John Paul Lederach

John Paul Lederach ist einer der bedeutendsten Theoretiker im Bereich der Konflikt- und Friedensforschung. Während seiner langjährigen Tätigkeit als Mediator und Berater entwickelte er einen innovativen Ansatz zur Konflikttransformation mit Schwerpunkt auf Peacebuilding im unmittelbaren Konfliktumfeld vor allem in Postkonflikt-Gesellschaften. Aus mehreren Blickwinkeln verschafft Lederach eine detaillierte Darstellung eines Konfliktkontextes. Er konzipiert und systematisiert die einzelnen Komponenten des Peacebuilding-Prozesses in gespaltenen Gesellschaften. Lederach folgt alternativen Wegen, die politische und soziale Identitätsmuster in einer Konflikt- bzw. einer Friedenskultur aufzeigen. Sein Ansatz fokussiert auf eine gewaltfreie Strategie zur Konflikttransformation. Einer seiner Leitgedanken besagt, dass man in einem andauernden Konflikt statt mit den Mitteln der traditionellen Diplomatie, die den modernen langwierigen Konflikten unangemessen sind, mit einer umfassenden und vielseitigen Methode, die auf die gesellschaftliche Versöhnung zielt, handeln soll (vgl. Lederach 1997: 14, 16). Ein weiterer zentraler Punkt seines Konzepts ist, dass Peacebuilding nicht nur als Waffenstillstand, sondern auch als eine umfassende Strategie verstanden werden soll (vgl. Lederach 1997: 71).

John Paul Lederach hat als Mediator an zahlreichen Friedensprozess-Aktionen bzw. Verhandlungen zwischen Konfliktparteien in Guatemala, Kolumbien, Nicaragua, Nordirland, im Baskenland, in den Philippinen, Tadschikistan u.v.a teilgenommen. Zu seinen bekanntesten Werken zählen „*Preparing for Peace: Conflict Transformation Across Cultures*“ (1995); „*Building Peace: Sustainable Reconciliation in Divided Societies*“ (1997); „*El ABC de la Paz y Los Conflictos*“ (2001); „*Into The Eye Of The Storm: A Handbook Of International Peacebuilding*“ (2002); „*The Little Book of Conflict Transformation*“ 2003. Zurzeit ist er Professor für International Peacebuilding am *Peace Studies Institute* der Notre Dame Universität.

Der Ansatz von Lederach basiert auf einem Konzept, das verschiedene Komponenten des Peacebuilding zu einem einheitlichen *integrativen Framework*¹³ zusammenfügt. Lederach bietet ein Raster für die Analyse von Peacebuilding-Projekten, das seine Erfahrungen als Mediator mit seiner Theoriebasis verbindet. Er differenziert die folgenden Perspektiven von Peacebuilding: eine Mehrebenen-Struktur¹⁴ der involvierten Akteure, in welcher die klassischen *Top-Down* und *Bottom-Up* Methoden weiter ausgearbeitet und durch einen Mittelebene-Ansatz ergänzt werden; dazu liefert er einen Zeitrahmen von kurz- und langfristigen Peacebuilding-Initiativen. Drittens bietet er eine Analyse der Ressourcen, wobei der Schwerpunkt auf den soziokulturellen Aktivposten liegt. (vgl. Lederach 1997: 94).

Lederach analysiert den Peacebuilding-Prozess in innerstaatlichen Konflikten von mehreren Seiten. Er betrachtet ihn nicht nur als Akt diplomatischer Friedensverhandlungen, sondern auch als Gesamtheit von Aktivitäten auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen, die im Rahmen eines fortlaufenden Konflikts positive Auswirkung auf die Konfliktdynamik haben – auch wenn zu diesem Zeitpunkt kein offizielles Friedensabkommen möglich ist (vgl. International Crisis Group. Colombia¹⁵).

Wichtig für das Fallbeispiel Kolumbien ist Lederachs Verständnis von Konflikt bzw. dessen Ablaufmodalitäten und die Möglichkeiten auf die Konfliktdynamik einzugehen. All dies macht diesen Ansatz zu einem relevanten Instrument für die Analyse der Friedenslaboren in Kolumbien. Dieser Theorierahmen ist auch ein Mittel, mit dem das Projektpotential diagnostiziert werden kann. Kurz zusammengefasst heißt das, dass der Ansatz von Lederach ein umfassendes Netzwerk aller Beteiligten an einer Peacebuilding-Initiative bildet und großen Wert auf den Gebrauch der vorhandenen Ressourcen in der betroffenen Region setzt. Er stützt sich auf die Akteure der Mittelebene, die das Bindeglied zwischen der Basis und der Spitze der gesamten Akteurkonstellation sind. Daher wird das im Englischen als *middle-range approach* bezeichnet. Nichtsdestotrotz wird auch den anderen zwei Ebenen ein großer Platz in der Analyse eingeräumt.

¹³ *Integrative framework* – dieser englische Begriff wird hier als *integratives Framework* übernommen – eine leicht verdeutschte Version, die durch die Darstellung der Komponenten des Frameworks veranschaulicht wird.

¹⁴ Im Engl. *middle-range approach*, (vgl. Lederach 1997: 46).

¹⁵ International Crisis Group. Conflict History: Colombia
http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?action=conflict_search&l=1&t=1&c_country=29 (18. Mai 2009).

2.2. Relevanz des Theorieansatzes für die Analyse der Friedenslaboratorien

Eine der Perspektiven, die Verständnis für den Prozess des Peacebuilding ermöglicht, ist die pyramidale Struktur der Akteure in einer Friedensinitiative. Was sie argumentationsfähig macht, ist die Tatsache, dass sie nicht auf eine einzige Akteursebene fokussiert (z.B. nur auf Basisorganisationen oder nur auf die Topebene) sondern eine integrative Dreiebenenstruktur bietet, wo alle am Peacebuilding involvierten Akteure einen Platz haben. Das hier behandelte Projekt Friedenslaboratorien ist eine aus zivilgesellschaftlichen Akteuren hervorgegangene Initiative, die aber Prozesse und Teilnehmer aus allen Ebenen umfasst. Das Konzept veranschaulicht diesen Prozess – die Partizipation der Basisakteure und die politische Unterstützung der Top-Leader und der Mittelebene-Akteure, die das Bindeglied zwischen Spitze und Basis bildet. Die Drei-Ebenen-Pyramide ermöglicht den Gesamtüberblick über alle Rollen und Funktionen der Beteiligten und deren Wechselspiel. Somit kann man den Erfolg bzw. das Ausbleiben des Projekterfolgs analysieren.

Komponenten, die in Lederachs Ansatz eine zentrale Rolle einnehmen, sind die Bedeutung, die Funktionen und der Spielraum der Mittelebene- und Topebene-Akteure sowie die Akteure, die sich am unteren Teil der Pyramide befinden. Der Zeitrahmen einer Konflikttransformation bzw. einer Konfliktdynamik variiert. Um die Effizienz einer Maßnahme einzuschätzen muss man diesen Aspekt in Betracht ziehen. Der Einsatz und die Differenzierung von Ressourcen und die Analyse von *Fortschritt* und *Fortschreiten*¹⁶ von Konflikt und Transformation – sie ergeben alle ein Schema, das man wie eine durchsichtige Folie auf das kolumbianische Beispiel von Peacebuilding-Arbeit legen kann, um diese genau zu analysieren. Mein Interesse am Lederachs Ansatz gilt vor allem der präzisen Aufteilung der verschiedenen Akteure und deren Funktionen, sowie der Annahme, dass Peacebuilding ohne das Abwarten auf einen offiziellen Friedensschluss zwischen den verschiedenen Seiten ansetzen kann. Ich werde versuchen die Dreiebenenstruktur, zwecks der Anschaulichkeit dieses Prozesses, wie eine Schablone auf das Projekt Friedenslaboratorien anzuwenden.

¹⁶ Im Folgenden werde ich statt „Fortschritt und Fortschreiten“ die Begriffe aus dem Englischen übernehmen - *Progress und Progression*.

2.3. Plädoyer für ein umfassendes Friedenskonzept

Lederach betont, dass Peacebuilding ein Prozess und kein geschlossener Zustand ist. In diesem Sinne entfaltet sich dieser in mehreren Phasen. Das ist selbst im Begriff „Peacebuilding“ impliziert – ein Handeln, in dem Frieden gestaltet wird. Interessant ist die Annahme Lederachs, dass Friedenstiften (genauer gesagt, das Bereitstellen von Friedensbedingungen) nicht erst nach der Unterschreibung eines Friedensabkommen zwischen den Konfliktparteien beginnt. Er widerlegt diese klassische Annahme, die auch besagt, man könne nur angesichts eines offiziellen Waffenstillstands Frieden auf lokaler Ebene schaffen (vgl. Lederach 1997: 45). Das könnte eine Prämisse sein jedoch ist es für eine nachhaltige Transformation der Konfliktdynamik wichtig, dass der Prozess in seinen weiteren Phasen von mehreren Gesellschaftssektoren durchgeführt werden muss. Die Kernidee des Konzepts ist, dass der Friedensprozess ein Wechselspiel der Aktivitäten aller Akteure auf den drei Ebenen verlangt. Es handelt sich um eine heterogene Zusammensetzung von Akteuren, die gemeinsam agieren sollen, auch wenn jeder von ihnen eine eigene Dynamik hat (vgl. Lederach 1997: 46). Lederach betont die Wichtigkeit, Überblick über die Gesamtheit zu haben. Gleichzeitig beschäftigt er sich mit dem Besonderen – dem Regionalen und dem Lokalen, das seiner Ansicht nach eine Stichprobe für das Ganze liefert (vgl. Lederach 1997: 43). Diese doppelte Perspektive – auf die Details und auf das Gesamtbild – erlaubt ein sensibilisiertes Verständnis des Konflikts, sowie von dessen Ursachen und Konsequenzen.

2.4. Relevanz des Peacebuilding innerhalb des Konflikts

Wichtig ist die Annahme Lederachs, dass auch kleinere Peacebuilding-Projekte und nicht nur offizielle Friedensabkommen auf höchster politischer Ebene die gesamte Konfliktdynamik beeinflussen können. Kleinere Projekte, so Lederach, können zu einer positiven Transformation auch ohne Friedensschluss führen. Interpretiert man diese Behauptung weiter, kommt man zum Schluss, dass man auch in Arbeit auf regionalem Level und in kleineren Projekten Frieden (bzw. Friedensmuster) im Kontext schaffen kann. Voraussetzung sei, dass die Akteure der Mittelebene als Scharnier zwischen den Grassroots-Akteuren und jenen auf der Top-Ebene wirken. Dies erfolgt unter der Berücksichtigung der Eigendynamik des Konflikts in einem regionalen Kontext. Das trifft im Fall Ko-

lumbien eindeutig zu, weil der Konflikt langwierig und von großer Komplexität ist (vgl. Lederach 1997: 125)

2.5. Die Dreiebenen-Pyramide der Akteure

Das Besondere an diesem Konzept ist, dass alle drei Ebenen von Akteuren am Peacebuilding, bzw. an einer Konflikttransformation beteiligt sind. Eine wichtige Voraussetzung für das Zustandekommen dieser Struktur ist das Wechselspiel zwischen den Akteuren auf allen Ebenen. Lederach räumt allen drei Gruppen (Basisorganisationen bzw. Basisleader, Spitzenpolitikern und Mittelebeneakteuren) einen strategischen Platz in der Konflikttransformation ein. Jeder von ihnen verfügt über ein eigenes Instrumentarium. Die Optionen für Konflikttransformation, welche sie vorschlagen, können Vor- und Nachteile haben. Der Schwerpunkt liegt auf den Mittelebeneakteuren. Ihre Rolle ist der Schlüssel, um eine gewisse Balance in der Pyramide zu schaffen. Die drei Kategorien werden im Folgenden kurz beschrieben.

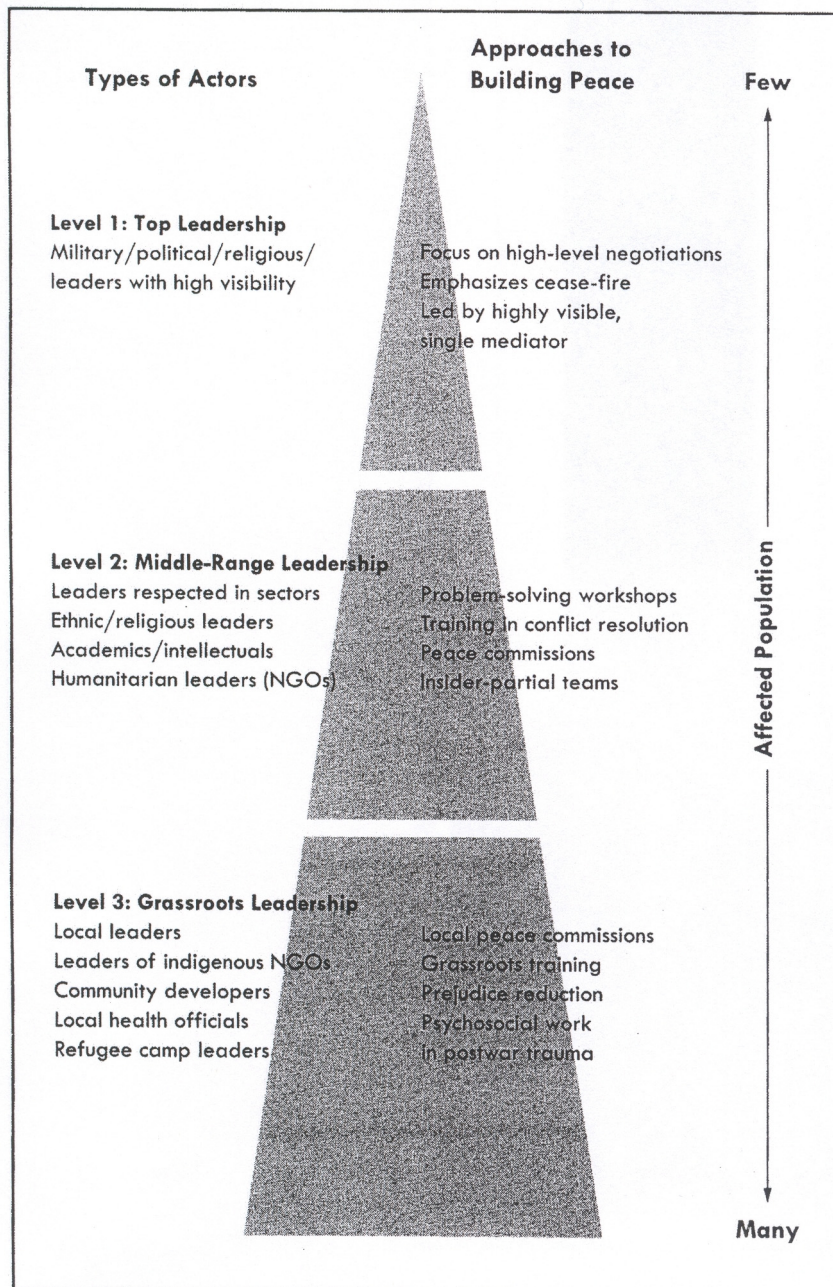


Abbildung 2. Dreiebenen-Pyramide von Lederach

(Quelle: Lederach. *Building Peace: Sustainable Reconciliation in Divided Societies*. 1997: 39).

2.5.1. Top-Ebene-Akteure

Zu den Top-Ebene-Akteuren zählen Schlüsselfiguren der Politik und des Militärs (Lederach 1997: 38). Das sind Leader mit vielen, oft exklusiven Kompetenzen, die in der Öffentlichkeit sehr präsent sind. Sie sind die offiziellen Entscheidungsträger in Fragen der Außen- und Innenpolitik. Ihre Entscheidungen sind sehr wichtig, daher sind sie unter ständi-

gem Druck, ihre politische Meinung um jeden Preis in die Tat umzusetzen (vgl. Lederach 1997: 41).

“They are under tremendous pressure to maintain a position of strength vis-à-vis their adversaries and their own constituencies. (...) Acceptance of anything less than their publicly stated goals or demands is seen as weakness or loss of face.” (Lederach, ebd.)

2.5.2. Akteure der Mittelebene

Die Akteure der Mittelebene¹⁷ sind in diversen gesellschaftlichen Institutionen in einem regionalen Kontext zu finden. Diese können bekannte und renommierte Figuren aus dem Bereich der Wissenschaft, der Bildung, der lokalen religiösen Gemeinden oder der humanitären Einrichtungen sowie anerkannte Künstler sein. Unter der lokalen Bevölkerung sind sie sehr populär, genießen aber einen guten Ruf auch außerhalb ihrer Region (vgl. Lederach 1997: 41). Sie sind sowohl bei den Top-Ebene-Akteuren als auch in Basisorganisationen bekannt. Oft pflegen sie gute Beziehungen sowohl zur Spitze als auch zur Ebene der Basisorganisationen und können daher als Scharniere zwischen diesen beiden Ebenen agieren und Netzwerke über die Konfliktparteien hinweg bilden (Lederach 1997: 42).

„ (...) the middle range holds the potential for helping to establish a relationship- and skill-based infrastructure for sustaining the peacebuilding process. (...) middle-range leaders can be cultivated to play an instrumental role in working through the conflicts.” (Lederach 1997: 51).

Was man als Vorteil sehen kann ist dass sie sich weder auf politische noch auf militärische Macht stützen. Da sie viel weniger als die Topebene-Akteure in der Öffentlichkeit präsent sind, stehen sie unter keinem so großen Druck, ihre Aussagen immer und um jeden Preis in die Tat umzusetzen, wie es der Fall bei den Spitzenpolitikern ist. Daher verfügen sie über mehr Flexibilität als die Topebene-Akteure (vgl. Lederach ebd.). Ohne die Bedeutung der anderen zwei Typen von Akteuren zu schmälern, kann man behaupten, dass die Mittelebene die Schlüsselposition in einer Konflikttransformation nach Lederachs Auffassung innehat. Die Mittelebeneakteure sind wichtig für die Aufrechterhaltung einer gewissen Balance

¹⁷ Im Originaltext wird von *leaders* gesprochen. Ich übersetzte diesen Begriff mit „Akteure der Mittelebene“. Laut Lederachs Konzept sind das die führenden Figuren in diesem Bereich.

in der Akteurspyramide. Aufgrund ihrer Kontakte sowohl zur Spitze als auch zur Basis sind sie die besten Vermittler bei Lösungsvorschlägen. Außerdem können sie die Ressourcen und das Potential der betroffenen Regionen am besten für eine Konflikttransformation einsetzen (Lederach 1997: 61).

Den Mittelebene-Akteuren wird eine Schlüsselrolle in Peacebuilding-Initiativen zugeteilt, weil sie das Potential haben, Verbindungen zwischen Akteuren unterschiedlicher Konfliktskalar zu schaffen. Ein wichtiges Detail ist, dass sie in der offiziellen Politik als legitime Partner im Transformationsprozess anerkannt sind (Lederach 1997: 95) – nicht zuletzt weil sie von den internationalen Akteuren offiziell bevollmächtigt bzw. anerkannt sind, ihre Aktivitäten auszuüben (ebd.). Eine solche diplomatische Anerkennung stärkt ihre Kompetenzen. Lederach betrachtet sie als führende Gesellschaftsgruppe, die den Kern der soziokulturellen Ressourcen bildet¹⁸. Die strategische Bedeutung wird ihnen aufgrund der folgenden Merkmale verliehen: Sie haben ein ausgeprägtes Bewusstsein für den Peacebuilding-Prozess, pflegen gute Beziehungen zu den Akteuren der anderen Ebenen und sind fähig Netzwerke aufzubauen und Kontakte unter den unterschiedlichen Schlüsselfiguren im Konflikt zu knüpfen. Nicht zuletzt verfügen sie über Insiderwissen und sind auf die spezifischen Probleme im jeweiligen Konfliktkontext sensibilisiert. All das macht sie unentbehrlich für den Peacebuilding-Prozess und verspricht den Aufbau einer starken Zivilgesellschaft – einer wichtigen Voraussetzung für den Frieden (vgl. 1997: 93, 94).

“We must recognize the integrative potential of middle-range leaders, who by their locus within the affected population may be able to cultivate relationships and pursue the design of social change at a subsystem level, thus helping to make the vertical and horizontal connections necessary to sustain a process of desired change” (Lederach 1997: 81).

2.5.3. Akteure der Grassroots-Ebene

Die Grassroots-Ebene besteht aus Basisorganisationen, Führern von Gemeinden, lokalen NGOs, anderen zivilgesellschaftlichen Aktivisten, die am politischen Prozess und der Infrastruktur der Region beteiligt sind. Laut Lederach können das auch Personen sein, die in der Region des Projekts Hilfe leisten, wie z.B. in der Betreuung von Flüchtlingslagern.

¹⁸ Im Original nennt Lederach die Mittelebene-Akteure *peace constituency*, (Lederach 1997: 94.) Dieser Begriff wird hier nicht wortwörtlich übersetzt, sondern umschrieben.

Treffend für die Friedenslaboratorien ist die Annahme, dass die Akteure der Basisebene im Unterschied zu den Top-Level-Akteuren die Hauptursachen des Konflikts direkt zu spüren bekommen. Dazu zählen soziale und politische Unsicherheit, politische und kulturelle Diskriminierung und sonstige Menschenrechtsverletzungen (Lederach 1997: 43). Die Grassroots-Ebene stellt einen Mikrokosmos des Konflikts dar. Allerdings kann das auch Nachteile mit sich bringen. So haben die Basisakteure keinen Überblick über die Gesamtlage des Konfliktkontextes (vgl. ebd.).

Je nach Ebene, auf welcher eine Peacebuilding-Initiative entsteht, unterscheidet Lederach drei Ansätze von Friedensarbeit. Top-Ebene- und Mittel-Ebene-Ansatz arbeiten mit dem Potential und den Kapazitäten ihrer Akteure. Der so genannte Grassroots-Ansatz¹⁹ zeichnet sich durch seine praxisorientierten Initiativen aus, die den elementaren Lebensbedürfnissen der Betroffenen in einem Konflikt entsprechen. Diese praktische Anwendung ergibt sich aus der Not, die dermaßen schwer ist, dass friedensstiftende Arbeit als Luxus erscheint (vgl. Lederach 1997: 52). Es ist eine andere Art von Peacebuilding, bei der es sich weniger um Friedensverhandlungen und viel mehr um die Sicherstellung einer existenziellen Basis handelt.

2.6. Die Dreiebenen-Pyramide am Beispiel des Projekts Friedenslaboratorien

In der Analyse der Auswirkungen des Projekts Friedenslaboratorien sind alle drei Typen von Akteuren gleich wichtig, da der Kontext, in dem die Laboratorien agieren, sehr komplex ist. Um sie beim Namen zu nennen und damit die Präsentation und die Analyse des Projekts zu veranschaulichen, werden hier die einzelnen Akteure kurz aufgelistet.

Die kolumbianische Regierung und die an sie gebundene Behörde für internationale Kooperation repräsentieren eine Seite der Topebene. Die andere ist die EU bzw. deren Kommission. Zu den Akteuren der Mittelebene zählen eine Gruppe von zivilgesellschaftlichen Organisationen und angesehenen Personen bzw. Repräsentanten der Kirche. Zu den Mittelebene-Akteuren gehört im Fall der ersten Friedenslaboratorien auch das Führungspersonal des *Programms für Entwicklung und Frieden Magdalena Meido (PDPMM)*. Diese Initiative wird Programm genannt, allerdings ist es kein herkömmliches Projekt. Viel mehr

¹⁹ Im engl. *Grassroots approach*, (Lederach 1997: 51).

verkörpert es einen Prozess, der durch das Zustandekommen der namensgleichen Körperschaft²⁰ eine Rechtspersönlichkeit bekommt. Die Körperschaft, deren volle Bezeichnung *Corporación Desarrollo y Paz Magdalena Medio* (CDPMM) lautet, ist auf Grund ihres juristischen Status berechtigt, das *Programm für Entwicklung und Frieden Magdalena Meido* zu verwalten.

Die PDP-Programme sind in vielen Fällen für die Durchführung der Bewerbungsverfahren im Rahmen der Finanzierung zuständig. Außer den Mitgliedern dieser Körperschaften (bzw. regionaler Programme) gibt es auch unabhängige Experten, wie z.B. jene, die die Bewerber konkurrenzfähig machen sollen und Repräsentanten der Kirche, die eine lange Tradition in zivilgesellschaftlichen Friedensinitiativen in Kolumbien haben. Zu der unteren Ebene gehört eine Großzahl der Basisorganisationen bzw. der Bevölkerung der Region, wo das Projekt durchgeführt wird. Sie gelten als Zielgruppe des Projekts Friedenslaboratorien und sollen in den Genuss dieser Friedensstrategie kommen.

2.7. Schlüsselbegriffe des Ansatzes Lederachs

Schlüsselworte wie Transformation, Progression und Konfliktprogress, die ich hier verwende, sind dem Fachjargon der Theorie von Lederach entnommen. An dieser Stelle ist eine kurze Definition der wichtigsten von ihnen von Nöten.

2.7.1. Konflikttransformation

Der hier bevorzugte Terminus bei der Analyse von Peacebuilding-Initiativen im bewaffneten Konflikt ist *Konflikttransformation* statt Konfliktlösung oder Konfliktresolution. Dieser Begriff bietet einen flexiblen Rahmen im Konfliktkontext. Man bezieht sich damit auf eine oder mehrere Veränderungen (vgl. Lederach 1997: 82), die in einem Konfliktkontext durchzuführen sind. Laut Lederachs Auffassung beinhaltet dieser Begriff vier zusammenhängende Dimensionen – personale, relationale, strukturelle und kulturelle (vgl. Lederach 1997: 82, 83). Alle zusammen ergeben ein umfassendes Bild der Ursachen, Veränderungen, Kausalitäten und Auswirkungen einer Peacebuilding-Intervention.

²⁰ Originale Bezeichnung des Programms – *Programa Desarrollo y Paz Magdalena Medio* (PDPMM) bzw. der Körperschaft – *Corporación Programa Desarrollo y Paz Magdalena Medio* (CPDMM). Offizielle Webseite: <http://www.pdpmm.org.co/> (Stand 18. Dez. 2008).

„(...) Conflict transformation represents a comprehensive set of lenses for describing how conflict emerges from, evolves within, and brings about changes in the personal, relational, structural, and cultural dimensions and for developing creative responses that promote peaceful change within those dimensions through nonviolent mechanism” (Lederach 1997: 83).

Für die Analyse des Projekts sind besonders die *strukturellen* und *kulturellen Dimensionen* interessant. Das Strukturelle wird von Lederach als der Inhalt, als die Substanz und die eigentlichen Gründe eines Konflikts verstanden. Hier sind auch die Veränderungen, die sich als Folge eines Konflikts ergeben, inbegriffen (vgl. Lederach 1997: 83).

„The structural dimension may encompass issues such as basic human needs, access to resources, and institutional patterns of decision making“ (ebd.).

Die kulturelle Dimension ist weniger greifbar, denn sie beschreibt die verschiedenen Verhaltensmuster und die diversen Veränderungen in den traditionellen Vorgehensweisen, die sich als Folge des Konflikts ereignen. Inbegriffen dabei sind auch die Betroffenen und deren Verhalten im Konflikt, das durch ihre kulturellen Muster bestimmt wird (vgl. ebd.).

2.7.2. Prozess und Progression im Konflikt und Peacebuilding

Diese zwei Facetten von Lederachs Ansatz sind wichtig für das Verständnis von Konfliktstransformation. Er betont, dass der Konfliktverlauf sowie die damit verbundene Friedensarbeit gewissen Veränderungen und einer eigenen Dynamik unterliegen. Da ein Konflikt aus den Wahrnehmungen und den Interaktionen der Menschen entsteht, ist er von expressiver, dynamischer und dialektischer Natur (Lederach 1997: 63). Er wird daher nicht als Statik sondern als *Progression* – als ein Prozess, der fortschreitet – betrachtet. Konflikt stellt ein fortlaufendes Ereignis dar, in dem sich aus der Interaktion unter den diversen Akteuren Veränderungen ergeben (ebd.). Auch Peacebuilding-Aktivitäten sind ein Beispiel von Interaktion. Peacebuilding wird mehr als Gesamtprozess und nicht nur als Einzelinitiative betrachtet, die auf die Rolle der Friedensarbeiter fokussiert ist (vgl. Lederach 1997: 66). Der Peacebuilding-Prozess stellt eine Vielfalt von Rollen und Funktionen verschiede-

ner Akteure dar, wo es mehrerer Blickpunkte und nicht nur jenen von wenigen ausgewählter Personen (ebd.) gibt. Ziel der Peacebuilding-Arbeit ist es, zu einer konstruktiven Transformation des Konflikts zu führen.

„ (...) *All these approaches share a view of conflict as a dynamic process and peacebuilding as a multiplicity of interdependent elements and actions that contribute to the constructive transformation of the conflict*“ (Lederach 1997: 67).

2.7.3. Peacebuilding als Teilnehmerpyramide

Die Perspektive von Lederach bietet vier verschiedene *Frameworks*, die sich mit dem Konfliktkontext und den Mechanismen zur Konflikttransformation auseinandersetzen. Alle Akteure, die sich an Friedensarbeit beteiligen, sowie deren Aktivitäten werden als ein Netzwerk innerhalb einer pyramidalen Mehrebenenstruktur dargestellt. Diese Analyse beschäftigt sich mit der Konfliktdynamik, der weiteren Entwicklung des Transformationsprozesses und dessen Zeitrahmen. Die tiefere Auseinandersetzung mit jeder dieser Komponenten ergibt ein analytisches Gerüst, mit dessen Hilfe man die Friedenslaboratorien analysieren kann. Lederach erstellt ein Peacebuilding-Konzept, das auf die Besonderheiten des Konfliktprozesses zugeschnitten ist und eine sehr praxisbezogene Ausrichtung hat, weil sein Theorieansatz parallel zu seiner Tätigkeit als Mediator und seiner Vor-Ort-Arbeit als Konfliktforscher entstanden ist. Er betont die Bedeutung von Peacebuilding als Friedensarbeit nicht nur bei Friedensabkommen, was ein Fall von Friedenskonsolidierung wäre, sondern auch als Arbeit innerhalb eines andauernden Konflikts. Das Fallbeispiel der Friedenslaboratorien in Kolumbien, einem Land mit einem der langwierigsten Konflikte des heutigen Konfliktpanoramas, veranschaulicht wie diese Annahme in der Realität funktioniert.

2.7.4. Relevanter Zeitrahmen für die Ziele des Peacebuilding-Projekts

Jedes der Ziele einer Peacebuilding-Intervention verlangt nach einem eigenen Zeitrahmen. Die Relevanz einer Frist hängt vom konkreten Ziel ab. Lederach betont den Unterschied zwischen den dringendsten Zielen einer Konflikttransformation und jenen, die in einem größeren Zeitrahmen zu erreichen sind. Das oberste Ziel von Peacebuilding ist ein Frie-

denesschluss. Es kommt aber oft vor, dass man anhand anderer Ziele versucht, trotz hoher Komplexität mitten im Konflikt positive, wenn auch kleinere, Veränderungen zu erlangen. In prekären Lebensbedingungen, wie akuter Armut, ist das Hauptziel eine Transformation der Armut und der damit verbundenen Vulnerabilität, um zu einer sichereren Lebenssituation überzugehen (Lederach 1997:75). Lederach unterscheidet vier verschiedenen Zeitphasen in Peacebuilding, von denen alle ein bestimmtes Ziel haben:

- unmittelbare (2 bis 6 Monaten)
- kurzfristige (1 bis 2 Jahren)
- langfristige, die über Jahrzehnte verlaufen können
- Phase der allgemeinen Vision mit geschätzter Dauer von mehr als 20 Jahren (vgl. Lederach 1997: 77)

Damit sind nicht die Phasen einer einzigen Peacebuilding-Initiative gemeint, sondern die Gesamtheit von Peacebuilding-Aktivitäten in einer Konfliktregion. Es ist wichtig eine Zukunftsperspektive zu haben, um solche Anliegen wie Nachhaltigkeit, Schaffung von würdevollen Lebensbedingungen oder die finanzielle Unabhängigkeit der Zielgruppen umsetzen zu können (vgl. ebd.). Behilflich dabei ist die Herstellung eines klaren Zeitplans des Transformationsprozesses. Laut diesem Zeitrahmenmodell kann man die Friedenslabors in das dritte Zeitmodell einordnen – nach dem Konzept und den zur Verfügung gestellten Geldern soll das Projekt innerhalb von zehn Jahren Früchte tragen, bzw. sich als nachhaltig erweisen. Darüber hinaus schließen sich die unterschiedlichen Zeitperspektiven nicht aus – d.h. die längere Perspektive bildet einen breiteren Rahmen für kurzfristigere Einsätze, was das positive Ergebnis einer Peacebuilding-Initiative für die Zukunft garantiert.

„The design explicitly envisions short-term crisis responses to protracted internal conflict as embedded in and informed by a long-term point of view. Within the time frame of conflict progression, it is necessary to develop the capacity to think in longer units of time – in decades instead of weeks and months. (...) what we need are practical mechanisms by which our vision of a desired future can be used to define our response to the crisis” (Lederach 1997: 79).

2.7.5. Zeitplanung und Wirkung von Peacebuilding

Die Effizienz von Peacebuilding-Initiativen hängt damit zusammen, ob die Bedingungen für Nachhaltigkeit erfüllt werden. *Nachhaltig* ist im Peacebuilding-Prozess etwa gleichbedeutend mit *effektiv*. Eine der Voraussetzungen für Erfolg sind die passenden Zeitfristen der Intervention. Sichtbar wird das in der Darstellung von Peacebuilding nicht als eine kurzfristige und einmalige Initiative, sondern als ein langfristiger Prozess und dessen kontinuierliche Entwicklung. Lederach fordert eine breite Zeitperspektive beim Konzipieren von Maßnahmen und betont, dass Peacebuilding über längere Zeitstrecken hinweg stattfindet. Diese Idee prägt sein Verständnis von Ressourcen für Friedensarbeit. Die Basis jeder Peacebuilding-Initiative sind die vorhandenen eigenen Ressourcen, die für den Ausbau einer Infrastruktur bereitstehen müssen. Die Sicherstellung dieser Infrastruktur soll einen frisch implementierten Friedensprozess zur Kontinuität verhelfen.

Im Fristrahmen unterscheidet Lederach hauptsächlich zwischen unmittelbaren Peacebuilding-Aktionen, den so genannten Notstandsaktionen (*emergency relief*) und den Initiativen, die nach einem Friedensschluss durchgeführt werden. Diese können sich von einer Mindestdauer von einem bis zwei Jahren bis zu einem ganzen Jahrzehnt erstrecken. Lederach weist auf den Mangel vieler Initiativen hin, die auf eine sofortige Wirkung ausgerichtet sind²¹.

Die nächsten Stufen von Peacebuilding-Interventionen dauern, wie schon erwähnt, zwei Jahre oder fünf bis zehn Jahren wenn es sich um ein langfristiges Unternehmen handelt. Sie beschäftigen sich mit den Zielen der Nachhaltigkeit einer Transformation. Vor allem der mittelfristige Zeitrahmen zielt auf einen Wandel der Sozialstrukturen ab²². Dieses Design enthält das Konzept für eine generelle soziale Veränderung. Die langfristige Vision und die Ziele, die sie initiiert, werden in einer zukünftigen Perspektive von mehr als 20 Jahren weiter projiziert, die Lederach Generalvision nennt (vgl. ebd.).

Es ist keine Regel, dass die verschiedenen Zeitrahmen der Perspektiven nacheinander stattfinden. Die Dauer einer Peacebuilding-Initiative hängt eher vom jeweiligen Kontext ab. Da Lederach Peacebuilding ausdrücklich nicht nur als Fortsetzung eines Friedensschlusses, sondern auch als einen Prozess innerhalb des Konflikts versteht, kann man eine Peacebuilding-

²¹ "The focus is often on the achievement of immediate solutions and goals" (Lederach 1997: 76).

²² „The middle-range approach is concerned with the design of social change“ (Lederach 1997: 77)

ding-Initiative im vornhinein mit einer längeren Frist konzipieren. Nehmen wir den Fall des Projekts Friedenslaboratorien. Ihr Konzept sieht eine nachhaltige Veränderung vor. Der Zeitrahmen beträgt über acht Jahre (so die Frist der ersten Laboratorien in Magdalena Medio). Während dessen wurden auch weitere Laboratorien gestartet, die hier nicht behandelt werden, jedoch einen Hinweis auf das langfristige Schema geben. Das Projekt hat zu einem Zeitpunkt begonnen, zu dem die Hauptakteure, der Staat und die bewaffneten Gruppen keinen klaren Friedensvorschlag zu bieten hatten²³. Die langfristige Perspektive ist hier durch die Annahme gerechtfertigt, dass in langwierigen Konflikten (mit einer Dauer von mehr als zwanzig Jahren) eine zivile Friedensarbeit von breiterer Vision notwendig ist (vgl. Lederach 1997: 78). Die lange Zeit akkumulierten Gewaltmuster und sozialgesellschaftlichen Wahrnehmungen brauchen auch mehr Zeit, um eine Zäsur des Konfliktmodells und eine Transformation zu vollziehen.

2.7.6. Sozioökonomische und soziokulturelle Ressourcen für Peacebuilding

Der effiziente Gebrauch von Ressourcen ist möglich, wenn sie sozioökonomisch und soziokulturell differenziert werden (vgl. Lederach 1997:87). Lederach betont es sei wichtig, neben der Bereitstellung von materiellen Ressourcen sich mehr auf die kultur- und gesellschaftsbezogenen Besonderheiten zu konzentrieren (Lederach 1997: 97).

Die sozioökonomischen Ressourcen bilden die materielle Basis für die Verwirklichung einer Konflikttransformation. Das soziokulturelle Vermögen bezieht sich dagegen auf Werte und gesellschaftliche Muster. Die sozioökonomischen Ressourcen gelten insgesamt als weniger relevant. Der Schwerpunkt liegt auf den soziokulturellen Mitteln. Das Leitmotiv von Lederach ist, dass (vor allem langfristig gesehen) die größten Ressourcen für Friedensbildung die Menschen einer Konfliktregion selbst sind (vgl. Lederach 1997: 94).

Wenn der Fokus auf die Menschen fällt, spricht man von Humankapital. Dieses ist eines der wichtigsten Mittel für Konflikttransformation – das Fahrzeug einer Idee, die zu einer positiven Veränderung beizutragen versucht, weil die eigentlichen Träger von Humanka-

²³ Socorro Ramírez liefert einen guten Überblick über die Wende des Friedensprozesses am Ende der Amtsperiode von Präsident Pastrana (2002) bzw. am Anfang der Regierung von Uribe (2003 ins Amt gewählt), sowie über die Folgen für die internationale Kooperation für Kolumbien. Vgl. dazu *“Actores europeos ante el conflicto colombiano”* von Socorro Ramírez, in *“Nuestra Guerra sin nombre. Transformacion del conflicto en Colombia”* (2006).

pital (und damit von soziokulturellen Mustern) die Einwohner einer Region sind. Eines der Grundprinzipien der Friedenslaboratorien entspricht der Idee Lederachs, dass das Wichtigste für das Aufrechterhalten eines langfristigen Friedens die Menschen der Region der Konflikttransformation sind (Lederach 1997:94). Die Idee von Humankapital als wichtiges Mittel einer Konflikttransformation ergänzt sich mit der Bedeutung des Sozialkapitals und wird am Beispiel der Friedenslaboratorien veranschaulicht. Das Element Sozialkapital nimmt ebenfalls einen wichtigen Platz im Argumentationsrahmen der Friedenslaboratorien ein, weil sie bzw. der von ihnen durchgeführte Prozess zur nachhaltigen Entwicklung ein Beispiel für Akkumulation von Sozialkapital ist. Wiederum ist die Herstellung von Sozialkapital nicht nur ein Zweck an sich, sondern auch ein Mittel, das die verschiedenen Teile der Peacebuilding-Projekte zu einem Prozess positiver Konfliktstransformation zusammenführen kann.

2.8. Die Idee von Sozialkapital von Robert Putnam

Die Bedeutung von Humankapital soll in einem erweiterten Zusammenhang, nämlich mit der Ergänzung des Konzepts von Sozialkapital betrachtet werden. Sozialkapital bezieht sich auf das Individuum selbst, allerdings auf dessen Interaktionen mit anderen Individuen in einem bestimmten Kontext. Einer der bedeutendsten Vertreter dieser ist Robert Putnam.

Putnam ist eine Größe der modernen Sozial- und Politikwissenschaft. Er beschäftigt sich mit Themen des sozialen Vertrauens, der sozialen Strukturen und mit den Veränderungen, die die Gesellschaft eingeht. Das Sozialkapital nimmt einen zentralen Platz in seinen Analysen ein und wird in seinen Werken – *Making Democracy Work*, (1993), *Bowling Alone: America's Declining Social Capital* (2000) und *Better Together* (2005) – untersucht²⁴. Putnam unterrichtet zurzeit an Harvard Universität. Seine These von Sozialkapital kann hier ergänzend zum soziokulturellen Element des Konzepts der Friedenslaboratorien hinzugefügt werden.

²⁴ Vgl. <http://www.hks.harvard.edu/about/faculty-staff-directory/robert-putnam>
<http://xroads.virginia.edu/~hyper/DETOC/assoc/bowling.html> (Stand 15. Mai 2009).

2.8.1. Konvergenz von Lederachs Ansatz und dem Konzept des Sozialkapitals

Der Ansatz von Lederach ist stark in seiner Peacebuilding-Praxis verwurzelt. Somit verleiht er der Theorie die Plausibilität der hautnahen Erfahrung und bietet ein griffiges Konzept für das Verständnis von Peacebuilding-Arbeit und für die Auseinandersetzung mit den Friedenslaboratorien als ein potentialreiches Projekt. Der Ansatz ist ein theoriegestütztes Werkzeug, mit dessen Hilfe die verschiedenen Aspekte des Projekts ausgehandelt werden können. Hier hilft das Konzept von Sozialkapital, einige Einzelpunkte der Problematik der Friedenslaboratorien präziser zu analysieren. Das Projekt leistet Friedensarbeit in Regionen mit bewaffneten Konflikten, wo es große Mängel betreffend ökonomischer und gesellschaftspolitischer Strukturen gibt. Die Idee der Bildung von Netzwerken und vom Fusionieren gemeinsamer Interessen verschiedener Bevölkerungsgruppen an der Basis, ist in der Herangehensweise der Friedenslaboratorien und daher auch in deren verschiedenen Subprojekten abzulesen. Die auf Sozialkapital basierende Vorgehensweise kann man dem *Integrativen Framework* von Lederach als eine Ergänzung hinzufügen, um einen besseren Einblick in die Problematik zu ermöglichen.

3. Das Programm für Entwicklung und Frieden in Magdalena Medio (PDPMM) – eine Alternative zum Friedensprozess

3.1. Die Programme für Entwicklung und Frieden (PDP). Ein Überblick

Unter den verschiedenen Strategien zur Lösung des bewaffneten Konflikts in Kolumbien gibt es eine, die der Gesellschaft und nicht den bewaffneten Akteuren im Konflikt eine Friedensinitiative einräumt. Laut dieser liegt der mögliche Weg zum Frieden im gesellschaftlichen Konsensus – im breiten Verständnis über die Probleme und deren Lösung. Es wird versucht, die strukturellen Mängel, die zu Armut und schweren gesellschaftlichen Zäsuren führen, durch den Dialog aller Bevölkerungsgruppen zu beheben. Diese Alternative für die Friedenssuche sieht die Bevölkerung, die zu einer intensiven Partizipation in Netzwerken und Dialogmechanismen aufgerufen ist, als die treibende Kraft und die Hauptverantwortliche in der Transformation der Gewaltparadigmen. Dieser Prozess basiert

auf der Idee von einheitlicher Entwicklung für den Menschen und für ein Leben mit Menschenwürde. Dazu kommt das Einschließen aller Gesellschaftsgruppen ohne jegliche Exklusion.

„Die Strategie des Programms (...) bedeutet, dass die Einwohner der Region selber die Verantwortung für die soziale Gerechtigkeit, die menschliche Entwicklung und den Umweltschutz tragen“²⁵.

Die Idee, dass die Grassroots-Akteure, die Verantwortung für eine friedliche Entwicklung stärker übernehmen sollen, ist angesichts der schwierigen Lage dieser Akteure sehr herausfordernd. Beispiele, wie das Programm in Magdalena Medio, beweisen jedoch, dass Hindernisse überwunden werden können, sobald man die passive Rolle aufgibt (vgl. Interview mit A. Barajas f 9). Abseits der beflügelnden Ideen braucht jeder Peacebuilding-Prozess ein Minimum an Raum und an ökonomischen Voraussetzungen, damit man die gesetzten Ziele erreichen kann. Wie dieser Prozess im PDPMM verlief und wie er die Basis für das Projekt Friedenslaboratorien legte, wird im Folgenden kurz dargestellt.

Die Programme für Entwicklung und Frieden sind als regionale Initiativen der Zivilgesellschaft, der Kirche und mancher wirtschaftlicher Körperschaften mit dem Ziel einer Verbesserung der schweren sozialen, politischen und ökonomischen Situation der jeweiligen Regionen entstanden. Sie werden vor allem von zivilgesellschaftlichen Akteuren bzw. Organisationen, von der Kirche und in manchen Fällen von wirtschaftlichen Verbänden logistisch und thematisch koordiniert. Ihrer Strategie liegt die Bestrebung nach sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung zugrunde, die den Menschen dienen soll und als ein integraler, umweltfreundlicher Prozess gedacht ist. Ziel dieses Prozesses ist die Schaffung von neuen Dynamiken für ein würdevolles Menschenleben in den vom Konflikt geprägten Regionen²⁶.

Das Spektrum der Teilnehmer an den Programmen PDP ist sehr breit: dazu zählen kirchliche Organisationen, Wirtschafts- und Produktionsgremien und verschiedene Organisationen der Einwohner (Frauen-, Jugend- indigene und afrokolumbianische NGOs). Zu den

²⁵ Vgl. <http://www.pdpmm.org.co/FAQs.asp> (Stand 18. Dez. 2008).

²⁶ Vgl. <http://www.pdpmm.org.co/> (Stand 18. Dez. 2008).

Teilnehmern zählen zum Teil auch Behörden der Region²⁷. Diese Zusammensetzung demonstriert eine breite Repräsentation der Bevölkerung und zeigt, wie auch Akteure anderer Ebenen kooperieren.

Heute gibt es 19 PDP Programme in verschiedenen Teilen Kolumbiens²⁸. Sie haben eine gemeinsame Zielsetzung und gemeinsame Grundprinzipien, unterscheiden sich aber je nach Region in ihren laufenden Projekten und ihrer Akteurszusammensetzung. Relevant für die Studie hier ist das *Programm für Entwicklung und Frieden in Magdalena Medio*, das nicht nur landesweit, sondern auch international Aufsehen erregte. Der vom PDPMM initiierte Prozess weckte das Interesse der EU, die darin einen Gegenpol zur militärischen Konfrontation sah. Somit gilt das PDPMM als einer der Gründe für die Implementierung der hier analysierten Friedenslaboratorien (vgl. Interview mit John A. Castañeda, f 3). Der enge Zusammenhang zwischen beiden Projekten bedarf einer kurzen Darstellung des Programms PDPMM.

²⁷ vgl. <http://www.irenees.net/fr/fiches/analyse/fiche-analyse-590.html> (Stand 17. Dez. 2008).

²⁸ Sie sind alle unter dem Namen REDPRODEPAZ organisiert, Vgl. <http://www.redprodepaz.org/> (Stand 17. Dez. 2008).

3.2. Der Prozess für Entwicklung und Frieden in Magdalena Medio

Magdalena Medio ist eine Region im Nordwesten Kolumbiens, die sich über 30 000 km² erstreckt. Das Programm PDPMM umfasst 31 Gemeinden der Gesamtregion und etwa 850 000 Einwohner²⁹. Die Region ist ein wichtiges Zentrum der kolumbianischen Erdölindustrie. Außerdem verfügt die Region über Kohle- und Goldvorkommen und hat eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt (vgl. Contexto Regional El Magdalena Medio. Onlinequellen). Neben den Einkünften, die von der Petrolindustrie erwirtschaftet werden, besteht jedoch ein Großteil der Ökonomie aus Schattenwirtschaft. Die meisten Firmen sind Kleinunternehmen mit einer sehr schwachen technischen Komponente.³⁰



Abbildung 3. Die Region Magdalena Medio 1 Medio 2

Quelle: Christian Peacemaking Team

²⁹ Vgl. Mauricio Garcia: A Regional peace experience: the Magdalena Medio Peace and Development Programme <http://www.c-r.org/our-work/accord/colombia/Regional-peace-experience.php> (Stand 30. Dez. 2008).

³⁰ Consejo municipal de Barrancabermeja y Corporacion Centro de Estudios Regionales, (2006: 18), (Stand 22. Sept. 2008).

3.2.1. Entstehung und Ziele

Der Prozess für Entwicklung und Frieden in Magdalena Medio begann 1995 als man versuchte, die große Diskrepanz zwischen dem Reichtum der Region und der bitteren Armut der Bevölkerung zu erklären³¹. Man suchte nach den Gründen für die, auch für kolumbianische Verhältnisse, extrem hohe Gewalt. Auf Initiative der Gewerkschaft der Petrolindustriearbeiter (USO), des staatlichen Konzerns ECOPETROL, des Forschungszentrums CINEP³² und der SEAP³³ wurde eine Studie über die Problemlage der Region durchgeführt. Sie basierte auf zwei Leitfragen: *Welches waren die Ursachen für diese Probleme und wie könnte man sie lösen?* Die Ergebnisse stellten gewisse „kontraproduktive Dynamiken“ fest, die Ursachen von Armut und Gewalt waren. Mit dieser Diagnostizierung begann eine fortschrittliche Entwicklung der Region. Etwa Hunderte Personen nahmen an der Studie und der darauf folgenden Diskussion teil³⁴. Diese wurden von jeder Gemeinde als Repräsentanten in der Debatte delegiert. Sie hatten die Fähigkeit ihre Mitbürger zur Partizipation und Diskussion zu mobilisieren und galten als „*nucleos de pobladores*“³⁵. Der zweite Schritt war das Konzipieren einer Strategie, die die Probleme lösen konnte. Die Stichwörter, die diesen Prozess vom Anfang an prägten, waren Entwicklung und Frieden (vgl. Interview mit Arturo Barajas, f 2). Wichtig ist es hervorzuheben, dass die Studie nicht nur für die Einwohner der Region und deren Organisationen wichtig war, sondern auch für den Konzern ECOPETROL (vgl. ebd.). Darüber hinaus ist der Prozess als ein Unternehmen zum gegenseitigen Nutzen zu sehen.

3.2.2. Die Gründung der Körperschaft für Entwicklung und Frieden

Nach der Erstellung der Studie begann einen Dialogprozess – ausgehend von den Gemeinden, also den Akteuren der Basisebene. In jeder Gemeinde wurden Gruppen von Reprä-

³¹ Vgl. im Anhang Karte der Region Magdalena Medio

³² CINEP - Centro de Investigacion y Educacion Popular

³³ SEAP – Sociedad Economica de Amigos del Pais

³⁴ Informe de la primera Fase del Laboratorio de Paz. Programa Desarrollo y Paz del Magdalena Medio. http://www.pdpmm.org.co/usesfiles/descargas/INFORME_LABORATORIO_DE_PAZ_PRIMERA_FASE.PDF (Stand 22. Sept. 2008).

³⁵ *nucleos de pobladores* – Kernvereinigung von Personen. Die spanische Bezeichnung wird im Text übernommen.

sentanten gewählt, die fähig waren die gesamte Bevölkerung in ihrer Ortschaft, ihrem Dorf etc. zu einer gemeinsamen Diskussion und zur Partizipation aufzurufen.

Der so gestartete Prozess bekam 1998 mehr politische und finanzielle Unterstützung durch Hilfe des UNDP und der japanischen Regierung. Das war der Impuls für die Stärkung der Institutionen, die Förderung der Menschenrechte und die produktiven Initiativen. Diese drei Elemente bilden bis zum heutigen Tag einen Schwerpunkt aller PDPs. Das Programm PDPMM bekam weitere Ressourcen in Form von zwei Krediten der Weltbank, die durch einen Beitrag von ECOPETROL ergänzt wurden.

Die Ausbreitung der Aktivitäten und die Erhöhung der Finanzierung machte eine präzise Verwaltung der Programme notwendig, was zur Gründung der Körperschaft für Entwicklung und Frieden Magdalena Medio (CDPMM) führte³⁶. *“Die Körperschaft Entwicklung und Frieden Magdalena Medio (CDPMM) ist die Rechtsperson, die für die Durchführung des Programms für Entwicklung und Frieden verantwortlich ist“* (ebd.). Die Körperschaft hatte aber trotz der staatlichen Beteiligung sehr viel Freiheit bei der Entscheidungsnahme.

*„CDPMM war von Beginn an sehr unabhängig von den staatlichen Organisationen für Planung und Entwicklung, z.B. wurden die Befugnisse nicht vom staatlichen Planungsamt (DNP) bestimmt. Die Gemeinden – Empfänger der Ressourcen – haben diese autonom verwaltet“*³⁷.

Zum oben schon erwähnten „Anfangskapital“ – der Finanzierung des japanischen Staates und des UNDP – kamen zwei Kredite von der Weltbank, die durch die kolumbianische Regierung ohne Einschränkung der Entscheidungskompetenzen des Programms an dieses erteilt wurden (ebd.). Die ersten Interessenbekundungen seitens der EU stammen aus dem Jahr 2000, als die EU eine diplomatische Mission in die Region entsandte (ebd.). Die eigentliche Unterstützung für den Prozess in Magdalena Medio kam mit dem Unterzeichnen des finanziellen Abkommens über die Lancierung der ersten Friedenslaboratorien im Februar 2002 zustande (ebd.).

³⁶ Informe de la primera Fase del Laboratorio de Paz. Programa Desarrollo y Paz del Magdalena Medio: <http://www.pdpmm.org.co/usesfiles/descargas/INFORME LABORATORIO DE PAZ PRIMERA FASE.PDF> (Stand 22. Sept.2008)

³⁷ « Los recursos se ejecutaron bajo condiciones de autonomia de las comunidades » (ebd.).

3.2.3. *Der Prozess der Entscheidungsfindung*

Es ist interessant die Prioritäten und die Strategien des Prozesses einzustufen. Diese sind schon im Titel des Programms inbegriffen – Entwicklung und Frieden. *Ist die Reihenfolge ausschlaggebend? Kann man die zwei Ziele überhaupt einstufen, ohne dabei in eine endlose didaktische Übung zu geraten? Ist Frieden erst nach einer sichergestellten Entwicklung – einem Minimum an ökonomischen Bedingungen – möglich, oder ist er die erste Prämisse für Entwicklung?* Das Motto des Programms lautet „*Primero la vida!*“³⁸. Interpretiert man diese Bedeutung näher – man braucht nur einen kurzen Blick auf die jüngste Geschichte der Region (eine, die von höchsten Gewaltsausbrüchen, von Menschenrechtsverletzungen, die an die zivile Bevölkerung von verschiedenen Akteuren im Konflikt verübt wurden) werfen, um zu sehen, wie gering der Wert von Menschenleben geschätzt wurde. Die Entschlossenheit der Einwohner der Region, diese Situation zu ändern, könnte als zu emotional erscheinen, um in statistischen Studien erfasst zu werden. Sie begründen ihren innigsten Wunsch nach Frieden mit dem zitierten Motto und fügen hinzu: „Wir wollen keine Entwicklung, wenn wir dann umgebracht werden“³⁹. In diesem Licht betrachtet sollte man der physischen Sicherheit Vorrang geben. Das erklärt das Grundprinzip des Programms, d.h. an erster Stelle kommt die Integrität grundlegender Menschenrechte, wie z.B. das Recht auf Leben.

3.2.4. *Strategische Linien und Grundprinzipien des PDPMM*

Angesichts des Erfolgs vom PDPMM stellt sich die Frage nach der Strategie des Programms. Welche politisch-ökonomischen Theorien bestimmen seine Inhalte? Die hier folgende Darstellung der Grundprinzipien des PDP wird helfen, dessen Gemeinsamkeiten mit jenen der Friedenslaboratorien nachzuvollziehen. Das wichtigste Anliegen – das kommt immer wieder zum Ausdruck – ist das Recht der Menschen auf ein Leben mit Würde. Das schließt nicht nur physische Integrität mit ein, sondern auch die Möglichkeit, dass die Menschen in ihrem Territorium bleiben können, um ihr Leben dort zu gestalten und von den bewaffneten Akteuren nicht vertrieben bzw. massakriert zu werden. Der wichtigste

³⁸ „Zuerst das Leben!“, (Anm. d. Verf.).

³⁹ „*No queremos desarrollo si nos van a matar*“ Programa de Desarrollo y Paz de Magdalena Medio. Informe de la Primera Fase del Laboratorio de Paz.

Indikator für den Projekterfolg ist, wenn dieses dazu beigetragen hat, dass es weniger Vertriebene gibt als es hätte geben können⁴⁰.

Die Prinzipien des PDPMM, die den Gesamtprozess geprägt haben, sind:

- Das vorrangige Anliegen ist das Recht auf Leben, was mit sich eine Abneigung aller Gewaltformen einschließt.⁴¹
- Gleichheit und Solidarität. Das findet Ausdruck in der Gleichheit von Rechten und Chancen, sowie in deren Nutzung und in der Eigenverantwortung im Prozess für Entwicklung und Frieden (ebd.). Dieses Prinzip ist die Basis des gemeinsamen Prozesses der Entscheidungsnahme. Das Konzept sieht vor, dass alle Einwohner der Region in die Debatten nach Lösungswegen involviert sind. Die breite Partizipation zielt auf die Teilnahme aller Schichten und Gruppen ohne jegliche Diskriminierung, ab.⁴²
- Demokratie, die durch eine umfassende Partizipation zustande kommt⁴³.

Auf der Basis dieser Prinzipien wurden die weiteren Leitlinien des Programms entwickelt, welche die strategischen Linien definieren. Diese Kooperation erstreckt sich über die zivile Bevölkerung und strebt das Einbeziehen der staatlichen Institutionen (damit sind die regionalen Behörden gemeint) an. Hier muss man unterstreichen, dass das Programm versucht, weder ein Ersatz für die Funktionen des Staates zu sein, noch dessen Autorität in Frage zu stellen. Im Gegenteil, es wird darauf gezielt, die Legitimität des Staates durch den Dialog zwischen Bevölkerung und Institutionen zu stärken. „Man kam tatsächlich zum Schluss, dass die Garantie der aufgelisteten Ziele selbst der Staat ist und dass dieser seine Legitimation durch ein souveränes Volk bekommt⁴⁴.“

⁴⁰ Die gewaltsame Vertreibung von ganzen Dörfern, Gemeinden und Gebieten, die über Jahrzehnte in Kolumbien statt findet ist eine der schwersten Folgen des bewaffneten Konflikts. Kolumbien liegt nach Zahl der Vertriebenen an zweiter Stelle weltweit (nach Sudan) (vgl.

<http://www.unhcr.org/publ/PUBL/4444d3ce20.html> (Stand 14. Mai 2009).

⁴¹ vgl. <http://www.irenees.net/fr/fiches/analyse/fiche-analyse-590.html> (Stand 17. Dez. 2008).

⁴² vgl. Informe de la Primera Fase del Laboratorio de Paz

⁴³ vgl. <http://www.irenees.net/fr/fiches/analyse/fiche-analyse-590.html> (Stand 17. Dez. 2008).

⁴⁴ vgl. Informe de la Primera Fase del Laboratorio de Paz

4. Das Projekt Friedenslaboratorien in Magdalena Medio

4.1. Entstehung und Strategie

Die ersten Friedenslaboratorien wurden 2002 durch ein staatliches Abkommen zwischen der EU und Kolumbien und mit der kolumbianischen Nation⁴⁵ als offiziellem Projektbegünstigten ins Leben gerufen. Das Projekt wurde in zwei Phasen geplant: die erste von 2002 bis 2005 und die zweite bis Ende 2008, was der operative Schluss aller Projekte des Laboratoriums ist⁴⁶. Für die erste Phase wurden 14,8 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Insgesamt beläuft sich die Summe für die erste und zweite Phase der Laboratrien auf 42,4 Mil. Euro, wobei 34,8 Mio. von der Europäischen Kommission und 7,6 Mio. Euro vom kolumbianischen Staat bereitgestellt wurden⁴⁷. Der Staat wird von der Behörde *Acción Social* repräsentiert, welche die Gelder direkt an das CDPMM weiterleitet. Letzteres ist der eigentliche Projektträger, der entscheidet, welche Bewerber mit der EU-Finanzierung begünstigt werden. Diese Entscheidung fällt nicht autoritär, sondern folgt dem Prinzip der breiten Partizipation aller Einwohner der Region. Das CDPMM leitet die Diskussionsrunden, in denen die Vorschläge für Projekte eingebracht werden. Es leistet außerdem Projektbegünstigten (bzw. den Bewerbern für Projektfinanzierung) Hilfe durch begleitende Beratung und Ausbildung⁴⁸.

Hauptziel des Laboratoriums ist es, durch friedliche Mittel auf die Konfliktdynamik in der Region einzuwirken, indem bessere soziale und wirtschaftliche Bedingungen für die Bevölkerung der Region geschaffen werden. Zu diesem Zweck setzt man auf drei Komponenten:

- Stärkung und Schutz der Menschenrechte
- Ausbau und Stärkung demokratischer Behörden auf regionaler Ebene und die Förderung des Dialogs zwischen diesen und der Bevölkerung

⁴⁵ Vgl. Informe de la primera Fase del Laboratorio de Paz. Programa Desarrollo y Paz del Magdalena Medio.

⁴⁶ Vgl. Interview mit Julia Ángulo

⁴⁷ http://www.delcol.ec.europa.eu/es/novedades/boletin_305.htm, (Stand 17. Febr. 2009)

⁴⁸ Laut den Vorschriften der EU für internationale Kooperation müssen die Teilnehmer des Projekts eine gewisse Zahl an Ausbildungsstunden absolvieren (vgl. Interview John Anthony Castañeda).

- Produktive Projekte, die einen gestiegenen Lebensstandard schaffen sollen, um ebendiese Bevölkerungsgruppen gegenüber den Konfliktauswirkungen stärker zu machen

Auf Abbildung 4. sieht man die drei Komponenten samt Beispielsprojekten. Die 13,8 Mio. Euro⁴⁹ ermöglichten die Lancierung von 338 Projekten⁵⁰. Das sind die „Werkstätten“, wo Frieden „angefertigt“ wird. Ein näherer Blick auf das Schema lohnt sich, daher werden hier einige Beispiele herangezogen.

⁴⁹ Diese Summe bezieht sich nur auf die erste Phase des Laboratoriums. Insgesamt beläuft sich die Finanzierung der EU auf 42 Mio. Euro.

⁵⁰ Vgl. Informe de la primera Fase del Laboratorio de Paz. Programa Desarrollo y Paz del Magdalena Medio.

Strategische Linie / Komponente	Projekte und Aktivitäten
▪ Menschenrechte und Raum für Friedenspraktiken (<i>Escenarios de Paz</i>), Meinungskonvergenz und Entscheidungsnahme (Abstimmungsverfahren und Dialog)	▪ Humanitäre Zonen – besonders in vom Konflikt betroffenen Orten. Schutz der Menschenrechte, Dialog mit den bewaffneten Akteuren, internationale Präsenz ▪ Friedensobservatorium – Statistik- und Beobachtungszentrum. Zur Datenerhebung, Auswertung, Monitoring und Begleitung von Prozessen. Anhand breiter Kooperation zwischen Forschungsstätten ▪ Mesas de concertacion – Organisierung von runden Tischen und freiem Raum für Konsensfindung
▪ Ausbau demokratischer Staatlichkeit; ▪ Stärkung der Institutionen; ▪ Sozial- und Kulturprozesse	▪ Dialog Institutionen – Bürger. Ausbildungsprojekte, Förderung der Partizipation der Einwohner mit dem Zweck, dass diese an der Konstruktion der öffentlichen Politik teilnehmen ▪ Kompetenzbildung für die Behördenbeamten und die Einwohner. Anerkennung der staatlichen Souveränität unter der Bevölkerung, Beratung und Informationsverbreitung ▪ Organisierung von offenem Raum für Meinungsaustausch. Förderung der kulturellen und individuellen Identitäten. ▪ PDI – Implementieren vom Plan für integrale Entwicklung ▪ Ausbildung – Programme für fachliche und Menschenrechtskompetenzen (<i>Escuelas Básicas Integrales</i>)
▪ Produktivprojekte für umweltfreundliche und nachhaltige Entwicklung und Gleichheit.	Kleinbetriebe, Anbau und Export von Obst wie z.B. ▪ Baby Bananen, Asociacion Bananito en Vélez ▪ “<i>Finca Campesina</i>” – Mikroprojekte von Viehzucht. Familien bekommen eine gewisse Zahl an Nutztieren. Funktionsprinzip – <i>Rotation</i>: nach Zyklusende gibt der Bauer die gleiche Zahl von aufgeteilten Viechern zurück, welche an andere Bedürftigen verteilt werden ▪ Parzellenerteilung, Legalisierung und Schutz der Besitzrechte auf Land: dazu zählen juristische Hilfe und produktive Landbesetzung ▪ Alternative Projekte zu Cocaaanbau

Abbildung 4. Die Friedenslaboratorien in Magdalena Medio

Quelle: Eigene Darstellung anhand von Logframe des I. Friedenslaboratoriums in Magdalena Medio.

4.2. Die Friedenslaboratorien – Mechanismen und Wirkung. Analyse zur Graphik

Die Darstellung aller Komponenten des Projekts hilft einen Überblick über das Ausmaß dieser Peacebuilding-Initiative zu schaffen. Durch die Vielzahl an Subprojekten und Methoden für partizipative Gestaltung der integralen menschlichen Entwicklung gelingt es dem Projekt, einen Großteil der Einwohner zu erreichen. Durch die Konvergenz von Strategiepunkten bleiben Initiativen jeder der drei Komponenten nicht voneinander isoliert, sondern sie führen zu einer Akkumulation von Sozialkapital, indem die gemeinsamen Anliegen artikuliert werden und indem man gezielt nach einer Lösung sucht. Die Entscheidung erfolgt unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Teilnehmer, d.h. der Zielgruppe. Die Menschen und ihre Bedürfnisse stehen im Mittelpunkt und bilden die Basis des Prozesses. Daher kann man von einem Einbeziehen soziokultureller Ressourcen im Sinne von Lederach sprechen (vgl. Lederach 1997: 94). Die Beispiele von Projekten der zweiten Komponente zeigen, wie Akteure der Basisebene mit den offiziellen regionalen Behörden gemeinsam an der Gestaltung öffentlicher Politik beteiligt sein können. Diese Interaktion wird von der Mittelebene – den Experten vom CDPMM und des Laboratoriums durch die Verwaltung dieses Projekts ermöglicht (vgl. Logframe des I. Friedenslaboratoriums in Magdalena Medio).

Jede der drei Komponenten hat eine genaue Zielsetzung, jedoch gibt es gewisse Elemente, die die drei Teile zu einem vollständigen Ganzen verbindet. Die durchgeführten Projekte in jeder Komponente sind vielfältig und folgen dem Prinzip der Einbindung aller Akteure der Region. Es wird an verschiedenen Zielen gearbeitet – an der Milderung der negativen Folgen des Konflikts als auch an der gesellschaftlichen Mobilisierung und an einer breiten Diskussion⁵¹. Durch diese Vielzahl von Subprojekten gibt es manche Überschneidungen – ein Projekt könnte zur Komponente Menschenrechte gehören, doch manche seiner Elemente können beim Thema „Stärkung der Institutionen“ relevant sein. Die Folge daraus ist das Aufeinandertreffen von Akteuren mit verschiedenen Interessen, die verschiedenen Bereichen angehören. Was zeigt sich daraus? Durch Absprache und Harmonisierung der Interessen wird an einer integralen Entwicklung der Region gearbeitet. Die Überschneidungen unter den Komponenten und Akteuren bringen Vorteile mit sich, denn die logische Folge

⁵¹ Vgl. Dokument *Matriz de Marco Logico POG. Segunda Fase del Laboratorio de Paz en el Magdalena Medio*. http://www.pdpmm.org.co/pagina/usesfiles/docs/ANEXO_5_MARCO_LOGICO_POG.pdf (Stand 19. Mai.2009).

daraus ist ein festeres soziales Gewebe, mehr Sozialkapital, mehr Dialog und Angleichung von gemeinsamen Zielen⁵².

4.3. Beispielsprojekte zu den Komponenten

4.3.1. *Stärkung und Schutz der Menschenrechte am Beispiel der Humanitären Zonen*

Eines der interessantesten Projekte ist die Errichtung der so genannten *Humanitären Zonen* in 13 besonders gefährdeten Orten der Region. Es werden die Leitlinien des Laboratoriums unter besonderer Aufmerksamkeit auf den Schutz und Respekt für das Menschenleben implementiert. Dort werden verschiedene Mechanismen zur Stärkung des Prozesses für Selbstbestimmung und den Schutz des Lebens eingesetzt. Die verschiedenen Projekte geben der betroffenen Bevölkerung ein Vorbild für eine aktive zivile Partizipation⁵³. Zu den anderen Instrumenten gehört z.B. die so genannte „*alerta temprana*“, eine Art Frühwarnung, die mögliche Angriffe auf die Menschenrechte signalisiert und von den zuständigen staatlichen Institutionen Protektionsmaßnahmen verlangt⁵⁴.

Ziel der Arbeit in den *Humanitären Zonen* ist eine starke Interaktion und der aktive Dialog über die Anliegen des Ortes. Das Organisieren von runden Tischen bei der Entstehung jedweder Probleme wird zu einem der wichtigsten Instrumente zur Konfliktlösung. Dieser Mechanismus erwies seine Zweckmäßigkeit auch im Dialog mit den bewaffneten Akteuren. Das Resultat ist die Einbeziehung von allen und das Klarstellen gemeinsamer Interessen. Als Beispiel aus der Praxis kann man den Fall der Minenräumung in einer der *Humanitären Zonen* heranziehen:

„(...) in einem der Dörfer gab es in unmittelbarer Nähe der dortigen Schule so viele Antipersonenminen, dass man die Schule schließen musste. Doch die Menschen setzten sich mit den bewaffneten Akteuren zusammen und redeten darüber. Sie wollten, dass die Minen weggeräumt wurden. Und das wurde gemacht.“ (Interview mit J. Ángulo, f 3, 4).

In diesem Fall sieht man, wie Grassroots-Akteure ihr Einflussvermögen zusammenziehen und mit einer akkumulierten Durchsetzungskraft zu Gesprächspartnern der bewaffneten

⁵² Die gemeinsamen Ziele und der partizipativer Charakter des PDPs und der Friedenslaboratorien wird mehrmals von den befragten Experten hervorgehoben, (Vgl. z.B. Interview mit A. Barajas f 7, 8).

⁵³ Vgl. Logframe I. Friedenslaboratorium. Magdalena Medio. Abrufbar unter: http://www.pdpmm.org.co/usesfiles/docs/ANEXO_5_MARCO_LOGICO_POG.pdf (Stand 12. Jän. 2009)

⁵⁴ Informe de la primera Fase del Laboratorio de Paz. Programa Desarrollo y Paz del Magdalena Medio

Akteure werden. Für die letzteren ist ein gewisses Minimum an Akzeptanz seitens der Basisbevölkerung notwendig, um die eigene Legitimation in dem jeweiligen Ort aufrechterhalten zu können⁵⁵.

Die verschiedenen Aktionen zu nachhaltigen und koordinierten Lösungsvorschlägen bezwecken, dass der Staat den Betroffenen Schutz gewährt. Es wird versucht, nicht nur den Staat, sondern auch die kooperierenden Unternehmen in den jeweiligen Gemeinden, sowie die Einwohner selbst in diesen Prozess einzubeziehen. So wird der notwendige Garant für die Menschenrechte sichergestellt. In diesem Fall sieht man das Aufeinandertreffen aller drei Ebenen im Peacebuilding-Prozess – Basis, Mitte und Top. Betrachtet man die untere Ebene würde man Muster von Sozialkapitalbildung erkennen – durch den aktiven Dialog über die bestehenden Probleme und über die Gestaltung der Region. Dieser Prozess der breiten Diskussion steht allen offen. Dadurch wird gemeinsam nach einer Lösung gesucht. (vgl. Interview mit A. Barajas f 6, 7).

Die *Humanitären Zonen* zeigen, dass der Schutz des Menschenlebens und die integrale Entwicklung in einem Wechselspiel sind. Die Sicherstellung von physischer Integrität ist die höchste Priorität in diesen besonders prekären Ortschaften. Daher sind auch die produktiven Projekte unmittelbar oder indirekt diesem Ziel untergeordnet, folglich tragen auch die Projekte, mit denen man versucht, einen besseren Lebensstandard herzustellen, zum Schutz des Menschenlebens bei. Eine Dokumentenanalyse zeigt, wie sehr das in den Fachjargon des Programms, bzw. des Laboratoriums aufgenommen wurde – wenn man über Entwicklung spricht, ist das üblicherweise von dem Adjektiv „*integral*“ begleitet. Nach diesem Leitmotiv werden die Strategien der *Humanitären Zonen* gestaltet. Zu ihnen zählen produktive, soziale, kulturelle und infrastrukturelle Projekte, die wiederum unter starker Partizipation und Einbeziehung aller Betroffenen durchgeführt werden⁵⁶.

Die Experteninterviews im Zuge dieser Arbeit und die Analyse relevanter Dokumente über Magdalena Medio brachten eine Fülle von Informationen. Vieles davon besteht aus spora-

⁵⁵ Das ist eine häufige Meinung in einer Region, deren Bevölkerung eine langjährige Erfahrung der Koexistenz mit den bewaffneten Akteuren hat. Das wurde mir in inoffiziellen Gesprächen mit Experten vom CDPMM vertraut gemacht.

⁵⁶ vgl. verschiedene Dokumente des PDPMM, z.B. Matriz de Marco Logico POG. Segunda Fase del Laboratorio de Paz en el Magdalena Medio. Abrufbar unter: http://www.pdpmm.org.co/usesfiles/docs/ANEXO_5_MARCO_LOGICO_POG.pdf (Stand 12. Jan. 2009).

dischen Infostücken, die spannende Indizien liefern. Wenn man sie weiter verfolgt, würde sich ein vollständiges Bild aller drei Komponenten und somit der Gesamtproblematik ergeben. Jedoch würde ein solches Unterfangen die Grenzen dieser Diplomarbeit sprengen. Ich muss daher viele dieser Indizien „verschweigen“ – die Recherche darüber für eine weitere Analyse verschieben. Ich biete hiermit eine kurze Fassung der wichtigsten Aspekte der Mechanismen, die im Prozess für Entwicklung und Frieden eingesetzt werden. Ich versuche klare Beweise für die Effizienz dieses Projekts zu finden. Gesucht wird nach einer klaren Antwort auf die Frage: Friedenslaboratorien, lohnt es sich?

Die Analysten sprechen insgesamt von einer weiteren Verkomplizierung der Konfliktdynamik. Was bedeutet in diesem Fall eine Verbesserung der Menschenrechte? Die Antwort darauf ist eine Summe der quantitativen Indikatoren, sowie aber aus dem Stand der Menschenrechte in der Region während der acht Jahre „Inbetriebnahme“ der Laboratorien.

Man könnte der Frage nachgehen – wenn die Laboratorien erfolgreich sind, hat das die Lage der Menschenrechte verbessert? Das ist eine berechtigte Frage, allerdings soll man nicht vergessen, dass die Projekte der Laboratorien, auch wenn sie effizient sind, nur ein relativer Erfolg bleiben. Das heißt, dass sie ihr Ziel vom Schutz der Menschenrechte erfüllen. Dieser relative Wert weist darauf hin, dass die Laboratorien das Problem mildern und bestimmte Ursachen reduzieren können, ohne sie ganz zu bekämpfen. Wie im zitierten Fall der Minenräumung, in dem sie wirksam waren, ohne aber die Gründe für die Menschenrechtsverletzungen beheben zu können.

Es ist nicht realistisch zu erwarten, dass die Laboratorien der entscheidende Faktor für eine Verbesserung der Menschenrechte sein können, aber sie können effiziente Schutzmaßnahmen implementieren (z.B. im Bereich der Menschenrechte). Es ist sogar noch wichtiger, dass aufgrund der positiven ökonomischen Projekte die Einwohner der Region gegen die Angriffe der bewaffneten Akteure gestärkt werden können. Die Strategien zum Schutz der Menschenrechte haben bewiesen, dass sie in gewissen Fällen effizient sind. So ist es der Fall mit der *alerta temprana* – ein Mechanismus zur Frühwarnung in den humanitären Zonen. Das ist jedoch kein Mittel für akute Fälle – bei einer unmittelbaren Gefahr für das Menschenleben sind Frühwarnungen sehr wirksam, aber sie sind keine Strategie, die auf die Faktoren, die die Gefahr erzeugen, einwirken können. Hier erkennt man wieder den wahren Mehrwert des Projekts darin, Vorbild zu sein, indem es wirksame Alternativen für die Transformation des Konflikts aufzeigt.

4.3.2. *Stärkung der Institutionen. Ausbau demokratischer Staatlichkeit*

In der zweiten Komponente werden Projekte durchgeführt, deren Ziel die Erhöhung der Legitimität der regionalen staatlichen Behörden unter der Bevölkerung ist. Die Grundidee ist, dass diese Institutionen die legitimen Mechanismen sind, die der Bevölkerung ein würdevolles Leben, Souveränität und Frieden garantieren, bzw. garantieren sollen⁵⁷. Zu diesem Zweck arbeitet man auf zwei Schienen – einerseits werden Akteure der regionalen Institutionen ausgebildet und in der Ausübung ihrer politischen Tätigkeiten gestärkt, andererseits werden auch zivilgesellschaftliche Akteure (Jugendliche, Frauen, Handwerker, sonstige Gruppen der Bevölkerung) in partizipative Aktivitäten, wie Arbeitsgruppen und Foren, eingeschlossen. Somit werden die zivilgesellschaftlichen Akteure mit der Planung öffentlicher Politik vertraut. In Aktionen, die bis zu 2000 Einwohner umfassten, lernten diese über Angleichung und Überprüfung von regionalen Entwicklungsplänen und die Erstellung von Vorschlägen zur öffentlichen Politik⁵⁸. Hier spiegelt sich noch einmal das Motto des Projekts wider – eine Entwicklung für die Region, die in einer vollen Integration demokratisch und partizipativ gestaltet wird. Unter den Inhalten, die in den Informationsprogrammen vermittelt werden, ist auch die Idee, dass die einfachen Menschen sich ihrer Rechte und Bedeutung als soziale Subjekte bewusst werden. Dass sie ihre Meinung öffentlich ausdrücken können und sie selbst ihre Rolle als legitimer Teil des öffentlichen Lebens erkennen. Das wird auch anhand der regionalen unabhängigen Rundfunksender verwirklicht. Den Medien – einem weiteren Mittel zum Meinungsaustausch und zur Meinungsbildung – wurde auch Aufmerksamkeit entgegengebracht. Man förderte den Ausbau und die Arbeit regionaler unabhängiger Radiosender wie z.B. die *Antena del Rio*⁵⁹.

⁵⁷ vgl. Informe de la primera Fase del Laboratorio de Paz. Programa Desarrollo y Paz del Magdalena Medio

⁵⁸ vgl. ebd.

⁵⁹ *Antena del Rio* – unabhängiger Sender in Madalena Medio. Vgl. <http://www.prensarural.org/spip.php?article651> (Stand 3. März 2009).

4.3.3. Produktive Projekte

Die produktiven Projekte sind die Komponente, die auf die Verbesserung der ökonomischen (und somit auch der sozialen) Situation der Einwohner der Region abzielt. Sie versuchen die zivile Bevölkerung weniger verletzbar seitens der bewaffneten Akteure zu machen und verhindert zugleich eine mögliche Infiltrierung von bewaffneten Gruppen in die Projekte. Die produktiven Projekte sind auch eine Initiative die den Bauern Alternativen zum Anbau von illegalen Kulturen geben. Im ländlichen und städtischen Raum unterscheiden sich die Produktivprojekte. Ihr Themenspektrum ist sehr breit.

Es ist interessant einen Blick auf ihre Schwerpunkte zu werfen. Zu den Kleininitiativen in urbanen Orten zählen z.B. Bäckereien, Werkstätten für Holzmessung, Handel mit Nahrungsmitteln oder Snacks, die ambulant verkauft werden, aber auch Restaurants, Modeateliers, Waschdienstleistungen, um nur einige zu erwähnen. Zum Großteil sind das Kleininitiativen, die der jeweiligen Zielgruppe ein gewisses Einkommen sichern, und ihnen somit eine Verbesserung des Lebensstandards ermöglichen. Zu den produktiven Projekten im ländlichen Bereich zählt die Herstellung von Obst und Gemüse, sowie Viehzucht im kleinen Maßstab. Das vielleicht bekannteste, weil auch das umstrittenste, Projekt ist der Anbau der Ölpalme.

„Darüber gibt es Kritiken. Es wird satanisert. Aber es gibt zwei Arten von Produktion – die Großplantagen und die Ölpalme der so genannten finca campesina⁶⁰. Das Projekt finca campesina ist die alternative Antwort auf die groß angelegten Plantagen für Ölpalmen und hat das Ziel den Bauern eine Nahrungssicherheit zu gewähren. Das ist noch immer eine Herausforderung – das Ziel ist noch nicht erreicht. Ich komme wieder zum Thema, dass unser Produktionssystem anders als die Produktion von großem Maßstab ist. Ein guter Analytiker hebt diesen Unterschied hervor. (...)Die Ölpalme hat ein sehr umstrittenes Bild im Kopf der Menschen.“ (Interview mit L. Briceño f 3).

⁶⁰ *Finca campesina* – landwirtschaftliche Bauernbetriebe und Bauerinitiativen mit unterschiedlichem Schwerpunkt in der Produktion

Die Kritiken gegen die Ölpalmsplantagen basieren auf den negativen Erfahrungen mit der Anpflanzung der Palme in anderen Regionen Kolumbiens bzw. in anderen Ländern⁶¹. Dort wurde eine flächendeckende Anbauweise ohne Rücksicht auf das ökologische Gleichgewicht betrieben, was schwere Konsequenzen mit sich brachte: Die Menschen wurden von ihren Territorien vertrieben, um die Anpflanzungsfläche zu erweitern. In Magdalena Medio aber ist es anders (vgl. Interview mit L. Briceño, f3). Das Ölpalmenprojekt wurde mit ca. 170 000 Euro ausgestattet, was 1% der gesamten Finanzierung der Friedenslaboratorien ausmacht (ebd.). Hätte die EU ein verstecktes Interesse unter dem Deckmantel eines sozialen Projekts (so manche Kritiker) die Region für einen großflächigen mit der Umwelt unvereinbaren Palmenanbau zu nützen, wäre die Investition auch dementsprechend höher gewesen. In Wirklichkeit verläuft das anders – im so genannten Projekt „*Finca Campesina*“ bepflanzt man nur kleine Grundstücke mit der Ölpalme, so wie es mit anderen Kulturen (wie Kakao, Obst etc.) passiert. Die Produzenten sind eine gewisse Zahl von Familien. Somit stellt das Projekt das Unternehmen eines Familienbetriebs dar. Die Parzellen werden genau abgemessen und werden nicht in einem irregulären Maß zum Schaden anderer Anpflanzungen ausgebreitet (vgl. Interview mit L. Briceño f 3, 4).

4.4. Probleme und Herausforderungen im Prozess

4.4.1. Ausgangspunkt der Implementierung – der Kontext der Region

Es wurde schon angedeutet, dass die Friedenslaboratorien nicht als bahnbrechende Initiative, sondern eher als eine Erweiterung mit internationalem Rückhalt in den Prozess für Entwicklung und Frieden eingeflossen sind. Der wahre Pionier hier war die zivilgesellschaftliche Initiative Programm für Entwicklung und Frieden PDPMM, das auf eine gewaltfreie Strategie für ein besseres Leben setzt. Dieses Unterfangen trotzte der Ausbeutung der Ressourcen und der Aneignung des Reichtums der Region, während ihre Bevölkerung

⁶¹ vgl. Oil Palm and Other Commercial Tree Plantations, Monocropping: Impacts on indigenous Peoples' Land Tenure and Resource Management Systems and Livelihoods.

<http://www.google.at/search?hl=de&q=oil+palm+africa+plantation+un&meta=> (Stand 19. Mai 2009)

vgl. auch The flow of palm oil. Colombian-Belgium/Europe. A study from a human-rights perspective. 2006. Conducted by HREV for the Coordination Belge pour la Colombie

http://www.cbc.collectifs.net/doc/informe_en_v3-1.pdf (Stand 19. Mai 2009)

in bitterer Armut in einem Gewaltumfeld lebte (vgl. Interview A. Barajas f 1). Die Opfer dieses mutigen Engagements waren verlorene Menschenleben – manche der Teilnehmer an dieser Transformation wurden von bewaffneten Akteuren ermordet. Andere müssen auch noch in der Gegenwart mit Morddrohungen und anderen Einschüchterungsmitteln rechnen (vgl. Interview U. Duque f 1). Seit seiner Gründung 1996 kämpft das Programm weiterhin für seine Ziele, unabhängig von den weiter bestehenden Problemen und Kritiken. In diesem hoch polarisierten Kontext kam die EU mit ihrer finanziellen Unterstützung und ihrer Präsenz in die Region. Plötzlich war ein neuer Akteur von einem anderen Maßstab da. Das erklärt, warum die Diskussion auch international brisant erschien bzw. heute noch ist. Mit der Implementierung des Laboratoriums wurde der Prozess zur alternativen Friedensbildung in Magdalena Medio einem breiteren Publikum bekannt. Der Name des dazu gekommenen Projekt zieht die Aufmerksamkeit auf sich: *Friedenslaboratorien!* Das entfaltet die Debatte über die Suche nach Frieden weiter und gibt gleichzeitig den Kritikern neue Angriffsflächen. Im Kontext der Laboratorien, besonders in deren Anfängen, gab es mehrere Versuche einer Analyse, deren Objektivität zu überprüfen ist⁶². Eins ist sicher – sie greifen die heikelsten Aspekte des Projekts auf daher ist es wert, einer genauen Lektüre unterzogen zu werden. Im Folgenden werden manche dieser Kritikpunkte kurz aufgefasst.

Laut dem Verständnis Lederachs kann man die Friedenslaboratorien als eine mittelfristige Peacebuilding-Initiative qualifizieren. Sie überschreitet kurzfristige Programme von ein bis zwei Jahren, dauert normalerweise von fünf bis zehn Jahren und zielt gleichzeitig auf einen nachhaltigen langfristigen Prozess ab (vgl. Lederach 1997: 77). Das Projekt versucht durch Förderung produktiver Tätigkeiten, des friedlichen Zusammenlebens und der partizipativen Demokratie destruktive Dynamiken umzukehren. Einerseits wurde die Region Magdalena Medio als Ort der ersten Laboratorien ausgesucht, weil dort eine gut funktionierende Alternative bereits begonnen hatte – das schon weiter vorne dargestellte Programm für Entwicklung und Frieden (Vgl. Interview mit A. Barajas, f 3; und Interview mit J. Ángulo, f 3). Andererseits ist diese Region nach wie vor von schweren infrastrukturellen Mängeln geplagt, was eine große Herausforderung darstellt. Dazu kommt die schwierige Lage mit der Präsenz der bewaffneten Akteure.

⁶² Beispielsweise beschäftigen sich manche nur mit Einzelaspekten, die ohne Basis zum Vergleich, präsentiert werden (vgl. Interview mit L. Briceño).

„(...) in den Zonen, wo die Laboratorien entstehen treffen alle bewaffneten Akteure, inklusiv der Streitkräfte, im Streit um die Kontrolle über die Kriminalität, den Drogenhandel und andere Arten von Gewalt aufeinander. Es gibt auch sehr viel Druck seitens großer Unternehmen. Sichtbar ist der Konflikt vor allem, wenn Personen vertrieben werden, aber es gibt auch familiäre und andere Formen der Gewalt und darin existiert der Konflikt weiterhin.“ (Interview mit O.Suarez f 3)

Das ist der Kontext, in dem die Friedenslaboratorien ihre Ziele verwirklichen müssen. Als Folge davon ergibt sich eine Reihe von unterschiedlichen Problemen. Viele davon stehen in Zusammenhang mit den Mängeln des Staates (fehlende Infrastruktur). Andere dagegen ergeben sich aus der Interaktion zwischen den verschiedenen Akteuren im Projekt. Ein weiterer heikler Punkt sind die Bedingungen der internationalen Hilfe der EU. Darin werden die wichtigen Aspekte der EU-Strategie in der Kooperation dargestellt. Hier werden einige der Haupteinwände gegen die Friedenslaboratorien und die Hauptprobleme für dieses Projekt präsentiert.

4.4.2. Laster der Bürokratie

Wie passen sich die Zielgruppen und das CDPMM, das die Gelder verwaltet und die Subprojekte koordiniert, den Bedingungen der internationalen Kooperation der EU an? Die Meinung der Experten von CDPMM und der staatlichen Behörde *Acción Social*⁶³ geben einen Überblick darüber.

Bürokratie ist zu einem unerwünschten „Schlagwort“ für viele Fragen im Bereich der EU-Außenpolitik geworden. Es scheint ein unüberwindbarer Bestandteil der Thematik zu sein. *Welche sind die Haupteinwände im Fall der Friedenslaboratorien?*

Wie bereits hier ausgeführt, sind die Friedenslaboratorien ein Projekt, das den Prozess des PDPMMs finanziell und politisch unterstützt. Die Laboratorien sind also eine Anzahl von kleineren Projekten, die durch ein einheitliches Konzept – dessen drei Komponenten bereits dargestellt wurden – zusammen getragen werden. Es handelt sich also nicht um eine gänzlich neue Initiative, sondern um ein Projekt, das auf einen gewissen vorhandenen Status Quo weiter aufbaut. Die Laboratorien präsentieren einen Teil einer komplexen Unter-

⁶³ Vgl. hierzu vor allem das Interview mit J. A. Castañeda, Experte im *Acción Social*, zuständig für die Friedenslaboratorien und das Interview mit Oscar Suarez, ebenso Experte dieser Behörde.

nehmung. In diesem Wechselspiel zwischen alten und neuen Praktiken besteht ein gewisses Risiko eines möglichen Zusammenstoßes zwischen den implementierten und den neuen Strategien. Die EU in ihrer Rolle des größten internationalen Geldgebers im Projekt, hat das Recht, die Spielregeln ihrer Finanzhilfe zu definieren. Diese aber haben Auswirkungen auf andere, früher eingeführte Bestimmungen, die dem Kontext der Region eigen sind. Sie wurden vom Programm PDPMM ausgearbeitet. Ein möglicher Grund für das Entstehen bürokratischer Verfahren (vor allem, was das Ansuchen um Projektgelder betrifft) ist der Stand des Wissens und Know-how der Projektbegünstigten: Die Analyse der EU über das Programm für Entwicklung und Frieden hat bewiesen, dass die Zielgruppe und das CDPMM (als Verwaltungsorganismus) einen guten Grad an Wissen (und Können) hat.

„Zu jenem Zeitpunkt entschied die Delegation der Europäischen Kommission, dass wir aufgrund unserer Erfahrung imstande seien, 42 Millionen Euro zu verwalten.“ (Interview mit J. Ángulo f 1).

Allerdings erwiesen sich die Bedingungen der EU für die Gewährleistung der Projektförderung zu anspruchsvoll für die potentiellen Projektbegünstigten. Die regionalen Experten sind der Meinung, die Anforderungen seien den akuten Mängeln der Region nicht angepasst.

„Es gibt eine Sache – die unterschiedlichen Zeiten. (...) Das ist eine Schlüsselsache. Man kann nicht Zeitabschnitte überspringen. Bei Menschen, die immer eine eigene tägliche Routine hatten. Man kann nicht auf einmal jemanden zum Exporteur machen – einen Fischer z.B. der immer seinem einfachen Tagesablauf gefolgt ist, der jeden Tag sein Boot ins Meer brachte und seinen Fang schaffte. Das ist eine Kultur, die man nicht einfach so ändern kann – die Tatsache, dass man von einem Tag auf den anderen seinen Betrieb managen muss und zum Experten werden soll.“ (Interview mit O. Suarez f 6, 7)

Die komplizierten Bewerbungsverfahren werden als ein Hindernis für die Projekteffizienz empfunden. Experten meinen, es sei nötig, den elenden Lebensstandard der Zielgruppe schnell zu verbessern. Dazu kommt die Tatsache, dass die EU zu wenig Rücksicht auf den Kontext der Zielgruppen genommen habe. Die Folge davon ist ein Sinken der Motivation der Zielgruppen an einer aktiven Partizipation. Hier sieht man einen deutlichen Unterschied zu den Arbeitsstrategien des Programms PDP. Dort wird besonders darauf

geachtet, dass die Zielgruppen durch einen unmittelbaren und praktischen Nutzen eines Projekts für den gesamten Prozess gewonnen werden. Das produktive Projekt wird somit zum Mittel (vgl. Interview A. García f 2, 3).

So können sich z.B. die Menschen auf der Basis-Ebene mit einem Projekt erst dann identifizieren, wenn ihnen dieses eine konkrete Existenzsicherung bietet. Prekäre Lebensbedingungen wie Hunger und fehlender Schutz der Menschenrechte sind gleichzeitig ein Hindernis für die volle Partizipation am Projekt (Vgl. Interview J.A. Castañeda f 2).

4.4.3. Rücksicht auf das Spezifische?

Eine weitere unnötige Hürde sei die Tatsache, dass die EU sich ohne jede Abweichungen an ihre stipulierten Bedingungen hält, abgesehen davon, dass die Zielgruppen durch ihre Teilnahme an CDPMM-Projekten bereits ein gewisses Kompetenzniveau erworben hatten (vgl. Interview mit J.A. Castañeda ff 1). Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich die Regionen der Laboratorien in ihrem Handeln zu eingeschränkt fühlen. Dieses Anliegen entfachte eine Diskussion über technische Fragen, die hier nicht ausgeführt werden können. Zu ihnen gehören z.B. die genauen Bestimmungen für die Kontrollaufsicht. Diese beziehen sich aber zu sehr auf technische Details. Viel wichtiger ist es, auf die fehlende Flexibilität der Finanzierungsbedingungen hinzuweisen. Das ist nach wie vor einer der Streitpunkte der Diskussion.

In einem Kontext, wo die zivile Bevölkerung das Hauptopfer des Konflikts ist, wo Menschen in den schwersten Lebensumständen gefangen sind, fordern die regionalen Experten (z.B. jene, die dem CDPMM angehören) mehr Rücksichtnahme auf die spezifischen Anliegen der Zielgruppen. Dem zufolge ist es sehr wichtig, die produktiven Projekte mit weniger bürokratischen Bedingungen zu verknüpfen, weil die Zielgruppen nicht wegen mangelnder Bereitschaft, sondern aus existenziellen Gründen wie Hungersnot, nicht fähig sind, diese zu erfüllen (vgl. Interview mit A. Barajas f 3).

Die bürokratischen Stolpersteine dürfte auch die EU selbst wahrgenommen haben. Man kann das aus den Erfahrungen⁶⁴ und den Analysen in den letzten Landesstrategiepapieren schließen. Es wurde z.B. festgestellt, dass man in solchen Konfliktkontexten schneller agieren soll. Abseits dieser persönlichen Interpretation muss man die Hauptgründe für die Kritik an die Bürokratie noch einmal kurz darstellen.

Das CDPMM in seiner Rolle als Hauptinitiator und Verwalter des Prozesses hält die auferlegten Bewerbungsverfahren für die Finanzierung für unnötig. Das sei ein irrelevanter Geldaufwand, weil das Programm schon vor dem EU-Einstieg eine offene und pluralistische Vorgehensweise unter Berücksichtigung der Vorschläge der Bevölkerung hatte.

„(...) wir[setzten] uns mit allen Menschen zusammen, wir glauben, dass es so am einfachsten ist. Es ist wichtig Bedingungen zu schaffen. Wir wollen, dass die Gesellschaft für sich selbst denken kann, dass sie sich zu erklären versucht, wo die Widersprüche und die Lösungen sind. Wir helfen, schaffen Bedingungen, damit die Menschen an ihre Entwicklung denken können, selber etwas erbauen können, sich kennen lernen; wo sie mit den bewaffneten Akteuren sprechen können, damit sie für ihre Interessen verhandeln können.“ (Interview mit A. Barajas f 2)

Das CDPMM, das mittlerweile zu einem Hauptrepräsentanten der Region geworden ist, der die Anliegen und die Menschen dort in der Region am besten kennt, ist ausdrücklich gegen allgemeine Bewerbungsverfahren. Der Grund dafür – es wird gefürchtet, dass durch das obligatorische Bewerbungsverfahren das Geld an Akteure, denen die Problemlage der Region fremd ist, gehen könnte.

„Die Bewerbungsverfahren der EU sind für die Regionen der Projektimplementierung nicht angebracht. Laut denen, muss man solche Maßnahmen in Sachen der Finanzierung ergreifen. Und wer gewinnt sie? Die besten Projekte. Nun aber, die besten kommen nicht unbedingt aus der Zielregion, sondern werden möglicherweise von Experten verfasst. Der Unterschied ist, dass die Programme PDP ihre Unabhängigkeit haben und die Laboratorien – hier kommen viele NGOs ins Spiel, die auf eine Weise vielleicht die Zivilgesellschaft unterstützen aber nicht immer ein Teil der Zielbevölkerung sind.“ (Interview mit John A. Castañeda f 1)

⁶⁴ Vgl. Lessons learnt im Landesstrategiepapier der EU zu Kolumbien
http://ec.europa.eu/external_relations/colombia/csp/07_13_en.pdf (Stand 27.Febr. 2009).

Die Rigidität dieser Voraussetzungen ist der Treibstoff der Diskussion. Die Voraussetzungen sind für alle Empfängerländer weltweit gleich und sind somit ein Gegensatz zu den flexiblen Konditionen der Praxis, die bisher vom Programm PDPMM durchgeführt wurde. Die Experten des Programms können sich mit dem Mangel an Anpassungsvermögen der EU nicht anfreunden. Einerseits wird das EU-Geld gebraucht, andererseits erscheinen die Bedingungen für die Gewährleistung der Finanzierung mit der Verwaltungspraxis des Prozesses für Entwicklung und Frieden weniger kompatibel.

Worauf konkret basieren die Einwände? Der Fokus liegt zu sehr auf der Ausbildung der Projektbegünstigten. Allerdings muss man hier jedem sein Recht zugestehen – der EU, weil sie die effiziente Nutzung der Gelder sichern will, sowie den lokalen Akteuren, die das Projekt koordinieren und die Folgen der Bedingungen in ihrer täglichen Arbeit zu spüren bekommen. Sie sind direkte Zeugen davon, wie die Projektbegünstigten (sehr oft sind es Bauern der Region) angesichts der komplizierten Teilnahmeberechtigung scheitern und keine Finanzierung für ihre (oft existenzsichernden) Projekte bekommen.

„In einer Region mit so vielen Bedürfnissen sind 1200 Ausbildungsstunden für Menschen, die daran nicht gewohnt sind, zu viel. Es fehlt ihnen an Kompetenzen und es kann sein, dass sie mit einem großen Impuls anfangen. Doch dann bei der 200sten Stunde lässt die Energie nach. Nicht weil sie nicht mehr wollen sondern weil sie an Hunger leiden, weil sie auch andere Bedürfnisse haben.“ (Interview mit J.A. Castañeda f 2.).

Führt die EU eine effizienzorientierte Kooperationspolitik, indem sie sich an präzise ausgearbeitete Mechanismen der internationalen Kooperation hält? Oder sind die Projektbegünstigten – die Verwaltung der Projekte in der Rechtsperson von CDPMM und der Regionsbevölkerung in ihrem Handeln durch ebendiese fest gesetzten Regeln so sehr eingeschränkt, dass die Prinzipien des Projekts beeinträchtigt werden? Es ist schwierig die goldene Mitte in dieser Debatte zu finden, wo alle Seiten Recht zu haben scheinen. Die Antwort besteht möglicherweise darin, die Balance zwischen Projektleistung und Projektmanageln zu suchen. Daher lohnt es sich, auch einen Blick auf die anderen Herausforderungen für die Friedenslaboratorien zu werfen.

4.4.4. Die Friedenslaboratorien in der Zeit der Globalisierung

In der bis hierher geführten Analyse wurde das Bild eines abgegrenzten regionalen Projekts dargestellt. Man sah quasi eine Modell-Miniatur der kolumbianischen Problematik, die die Charakteristik des bewaffneten Konflikts darstellt. Allerdings bedeutet dieser Kleinmaßstab des Konflikts nicht, dass die Region Magdalena Medio ein abgeschirmter Landfleck ohne Bezug auf die nationale und globale Wirtschaft ist. Im Gegenteil, es ist eine Region, die den wirtschaftlichen Appetit verschiedener Großkonzerne weckt⁶⁵. Das lenkt die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, dass die regionalen Probleme und die Strategien zu deren Lösung in einem größeren Kontext stattfinden – nämlich in jenem der globalen Wirtschaft. Welche Bedeutung hat diese für den alternativen Prozess in Magdalena Medio und ist der Prozess mit den globalen ökonomischen Tendenzen vereinbar? Die Region ist das Zentrum der Petrolindustrie und hat neben anderen Naturressourcen auch eine wichtige geostrategische Lage. Ist der Prozess von CDPMM stark genug, um seine Unabhängigkeit zu garantieren und somit den gewonnen Raum für menschliche Entwicklung vor den Angriffen des Großkapitals zu schützen?

Der Prozess, in den die Friedenslaboratorien einstiegen, hat eine Doppelaufgabe in Hinblick auf die Globalisierung. Er versucht einerseits im Einklang mit seinen Grundprinzipien den globalen Tendenzen kompatibel zu werden. Andererseits zeigten die Projektakteure ihre Entschlossenheit, der Globalisierung die Stirn zu bieten, wenn das Konzept von Entwicklung und Frieden durch sie gefährdet wird:

„Wir definieren uns mit den alternativen Ansätzen. Wir sind gegen eine Anpassung an die Globalisierung um jeden Preis (...)“. (Interview mit L. Briceño f 2.).

Diese Entschlossenheit, auf die langen aufgebauten Grundprinzipien zu bestehen, kommt immer zum Ausdruck, wenn neue Elemente in den regionalen, vom Programm PDP geprägten Prozess dazu kommen. Diese können neue Ressourcen sein⁶⁶, wie das Projekt Friedenslaboratorien oder andere Einflussfaktoren. Das Programm PDP jedoch versucht seinen gewonnen Raum für politische Entscheidungen weiterhin zu nutzen, sodass

⁶⁵ Für Informationen über die Ressourcen der Region und die geplanten Großinvestitionen (Vgl. Interview mit Ubencel Duque f 1).

⁶⁶ Wie schon weiter oben erwähnt gibt es außer der EU auch andere Sponsoren.

die neuen Projekte in Abstimmung mit der Zielsetzung des Programms stehen (vgl. Interview mit J. Ángulo f 2, 3).

4.5. Im Visier der Kritiker

Der von den Friedenslaboratorien unterstützte Prozess der alternativen Entwicklung (eingeschlossen sind hier auch die Subprojekte und die Tätigkeit des CDPMM) wird von den verschiedenen Akteuren in der Region unterschiedlich empfunden. Da es um eine Erweiterung der Kompetenzen geht – um eine Akkumulation der Einflussbereiche – stößt das Projekt auf Feindseligkeit von diversen Seiten. Bewaffnete Akteure, Guerillas und Paramilitärs, und Teile der regionalen Behörden sprachen sich kritisch dagegen aus. Die Meinungen sind äußerst polarisiert – manche nennen das Projekt „unterschwellige Strategie“, „die Ergänzung zum *Plan Colombia*“, mit deren Hilfe der Staat versuche, in die Region seine am *Plan Colombia* ausgerichtete Politik zu infiltrieren (vgl. Interview mit A. Barajas f 3, 6).

Akteure des anderen Interessenslagers (beispielsweise der paramilitärischen Gruppen) sehen und sehen die Projektinitiativen des PDP und der Friedenslaboratorien als linke Politik. Als Paradebeispiel dafür, wie das Laboratorium zum Sünder erklärt wird, dient das Projekt mit dem Anbau der Ölpalme⁶⁷.

Wo liegt die Wahrheit in der Debatte? Es gibt zwar Quellen, die gewisse kritische Punkte gut aufgreifen, eine fundierte Analyse bleibt jedoch aus. Die Kritiken basieren selten auf professionellen Recherchen. Anstatt nach Optionen zur Problemlösung zu suchen, zeigen sie nur die kompromisslose Position einer starken politischen Ausprägung, die keine anderen Optionen als jene der Waffen zu bieten hat (vgl. Interview mit L. Briceño f 4).⁶⁸

Welche dieser Kritiken können eine wahrhafte Aussage über die Ideologie des Prozesses für Entwicklung und Frieden machen? Sind sie links oder rechts im politischen Panorama einzuordnen? Die Strategien des Programms werden von keiner strikten politischen Idee

⁶⁷ Das wurde bereits im Kapitel über die produktiven Initiativen behandelt.

⁶⁸ Im Interview wird detaillierter auf einen Artikel von Gearóid Ó Loingsigh eingegangen: *The Peace Laboratories of the European Union: Europe's Plan Colombia?* Vgl. <http://www.socialistdemocracy.org/News&AnalysisInternational/News&AnalysisIntEuropesPlanColombia.html> (Stand 18. Febr. 2009).

geführt, sondern sie werden aus ihrer unmittelbaren Praxis abgeleitet. Darüber hinaus merkt man, dass die produktiven Projekte einen Großteil des Laboratoriums ausmachen. Trotz der praktischen Orientierung vieler Projekte im Rahmen des Laboratoriums ist es (angesichts der Kritiken) relevant nach der ideologischen Basis des Prozesses zu fragen. Dieser folgt den simplen Grundprinzipien des 1996 ins Leben gerufenen PDPMM. Dem zufolge sind alle drei Komponenten mittels breiter Partizipation, offenen Dialogs und Rücksicht auf die Bedürfnisse der Region gestaltet. Bei der Auswahl von Projekten und Strategien wird vor allem eine Strategie, die an den Bedürfnissen der Region orientiert ist, angewendet. Natürlich liegen dem Handeln des Programms auch theoretische Überlegungen zugrunde. Diese sind verschiedener ideologischer Abstammung – man kann Ansätze von Keynes oder von Amartya Sen finden (vgl. Interview mit L. Briceño f 1).

4.5.1. Intensivierung der Kritik

Es liegt auf der Hand, dass mit dem Einstieg der EU die Dynamik des Prozesses komplizierter wurde. Mit der Implementierung der Laboratorien bekam der PDPMM-Prozess mehr an Finanzierung und politische Aufmerksamkeit. Die Friedenslaboratorien wurden ein bekanntes Thema im internationalen Bereich, was positive aber auch negative Folgen hatte. Das Projekt ist zur Zielscheibe vieler Gegner geworden. In den Kritiktopf werden viele, oftmals kontroverse Themen geworfen und gemischt. Ein positiver Nebeneffekt davon könnte jedoch die offene und pluralistische Debatte über das Projekt bzw. dessen Vorbildfunktion sein, sowie über die größten Anliegen der Region – der Schutz des Lebens der Zivilbevölkerung, die Verwirklichung der menschlichen Entwicklung ohne Exklusion einer Bevölkerungsgruppe und die weitere Implementierung von politischer Partizipation. So stellen sich die zentralen Anliegen von Magdalena Medio als Problemfragen nationaler Relevanz.

Nicht zuletzt gibt es auch Konkurrenz und Neid gegenüber dem CDPMM und anderen Teilnehmern an den Laboratorien, die Finanzierung für ihre Projektvorschläge bekamen. Diese Reaktion ist durchaus nachvollziehbar in einer Region mit vielen Bedürfnissen. Bei der Implementierung des Projekts können nicht alle Interessenten von den Fonds begünstigt werden. So bleiben manche Akteure in der Region enttäuscht, die angesichts der schwierigen Aufgaben des Projekts leicht Angriffspunkte in der Prozessimplementierung

zu finden vermögen. Oft ist der Grund für Kritik die Tatsache, dass viele regionale Behörden sehen, wie Ressourcen zu Projekten des Programms PDPMM oder der Laboratorien fließen. Diese Gelder sollten, so manche Bürgermeister, ihren Ämtern und nicht dem Programm PDP bzw. dessen Führungspersonal gehören (vgl. Interview mit A. Barajas f 3).

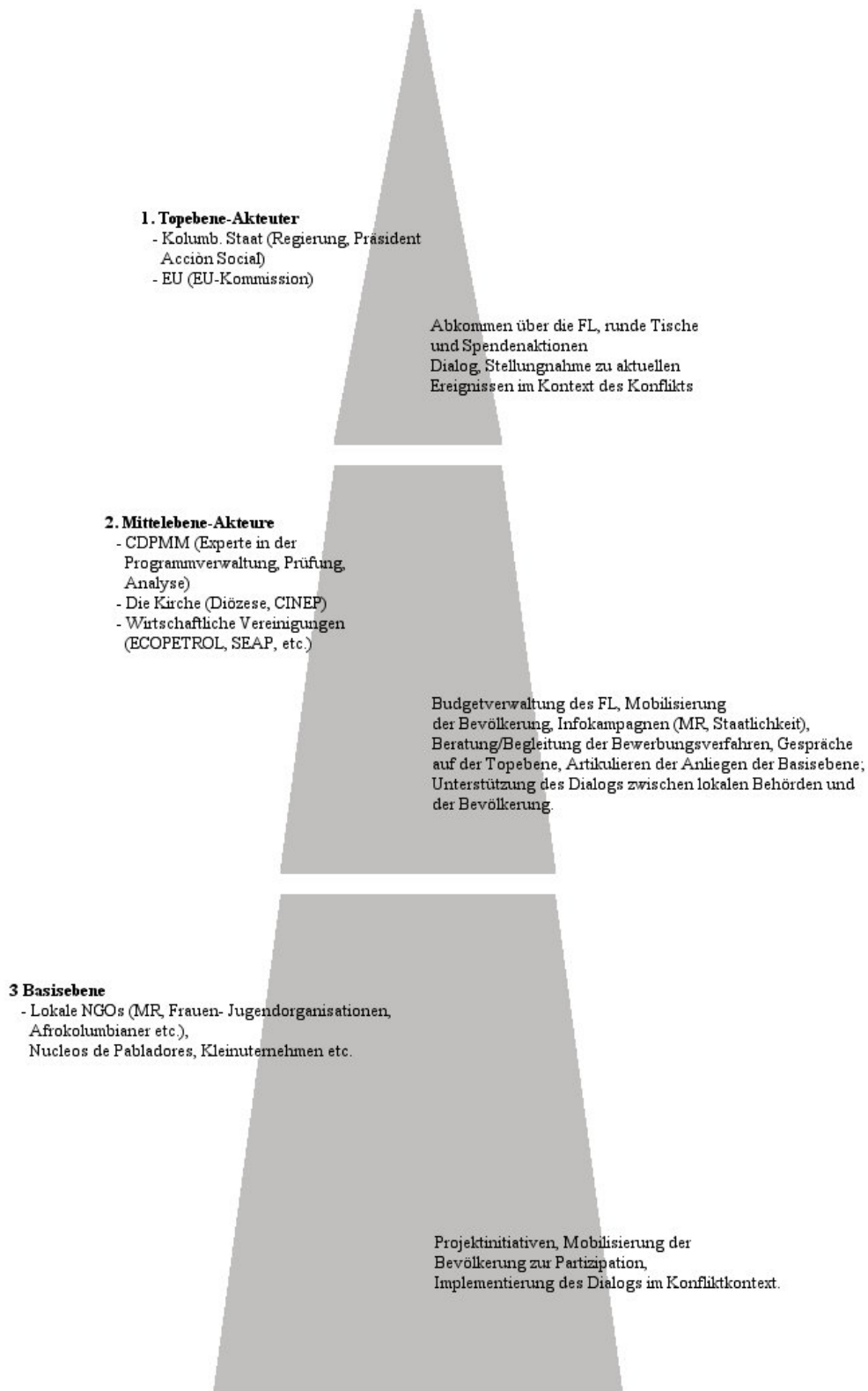


Abbildung 5. Die Dreiebenenpyramide der Akteure nach Lederach

Quelle: Lederach (1997: 39)

4.6. Die Friedenslaboratorien als Dreiebenenpyramide der Peacebuilding-Arbeit

Es ist schwierig das Programm PDP in Magdalena Medio und die ersten Friedenslaboratorien getrennt voneinander zu analysieren, denn das erste ist viel mehr ein Prozess als ein befristetes Programm. Das PDPMM steuert weiterhin die alternative Entwicklung der gesamten Region und liefert die Einbettung für die Laboratorien. Unter Experten (sowohl unabhängige, als auch solchen in Verbindung mit dem PDPMM) hat das Programm eine alt gediente Autorität. So sehr hat es sich in die Problematik der Region hineingearbeitet, dass in diesen Kreisen die Meinung herrscht, die Laboratorien seien lediglich eine weitere finanzielle Quelle des Programms. Das entspricht nur zum Teil den Fakten, denn die finanziellen Mittel, die durch diese EU-Initiative für den Prozess für Entwicklung und Frieden fließen, sind nur ein Teil des Mehrwerts der Laboratorien. In der Tat soll man die Bedeutung dieses Projekts mit internationaler Beteiligung als eine Gesamtsumme aus finanziellen Ressourcen und politischem Engagement einschätzen. Die Laboratorien beginnen dort, wo das PDP bereits eine Basis eingearbeitet hat, aber sie sorgen auch für neue Impulse und für eine verstärkte Kooperation zwischen den verschiedenen Akteuren im Peacebuilding-Prozess. Die Projekte, die zu Beginn der ersten Phase der Friedenslaboratorien gestartet wurden, traten in die Fußstapfen der vom PDPMM schon gestarteten Initiativen. Um nur einige davon zu erwähnen – mit der gestärkten internationalen Präsenz, die das Friedenslaboratorium mit sich brachte, wurden die so genannten *Espacios Humanitarios* zum Schutz der Grundmenschenrechte in Orten der Region, die von einer besonders hohen Gewalt seitens bewaffneter Gruppen betroffen sind, gegründet. Auch in der Komponente „Produktivprojekte“ unterstützte man jene Initiativen, die durch die Verhandlungsrunden zwischen der Regionsbevölkerung und dem CDPMM als relevant bestätigt wurden.

Die *Körperschaft Entwicklung und Frieden Magdalena Medio* (CDPMM) ist die Rechtsperson, die das Programm für Entwicklung und Frieden (PDPMM) seit 1998 steuert. Man identifiziert das Programm mit der Körperschaft und umgekehrt. Auf der Pyramide nimmt sie den Platz der Mittelebene-Akteure ein. Die Experten, die in der Körperschaft arbeiten, stammen oft aus der Region oder sie haben eine intensive professionelle Erfahrung dort gesammelt und kennen die Problematik und die Charakteristika der Region sehr gut. Die Interviews mit zahlreichen Mitarbeitern des Programms zeigten, dass sie sich in die Anlie-

gen der Region sehr gut einfühlen können. Diese Empathie erkennt man in Ausdrücken wie „wir“, wenn sie sich auf den Prozess beziehen. Oft werden damit nicht nur die Körperschaft, sondern die Region und die dazu gehörenden Probleme gemeint. Das Programm verwirklicht die Aufgabe, die Basisakteure in eine Dynamik einzubinden, an der auch Top-Ebene-Akteure teilnehmen. Auffallend ist, dass das PDPMM (bzw. die Körperschaft CDPMM) sehr unabhängig von den staatlichen Akteuren (Regierung, Planungsbehörden etc.) agiert. Einerseits liegt das am Ursprung des Programms: Es ist als Antwort auf die schwierige Situation der Region entstanden, aus den Kräften der zivilgesellschaftlichen Akteure, der Kirche und einem Kompromiss mit der Erdölindustrie. Seine Autonomie verdankt es zum Teil den verschiedenen und – wichtig zu bemerken – internationalen Sponsoren⁶⁹, die dem Programm Autonomie in der Verwaltung der Gelder einräumten. In diesem so geschaffenen Raum konnte das PDPMM seine Aktivitäten unabhängig vom Staat, der eine, auch zu einem gewissen Grad symbolische Rolle hatte, durchführen.

4.7. Erfolge der Friedenlaboratorien

4.7.1. Erfolgsmessung des Projekts

Die Frage, ob ein Projekt erfolgreich ist, ob es seine gesetzten Ziele erfüllt, ist wichtig für die Projektanalyse. Sie birgt viel Neugier und lässt oft den Entstehungskontext und den Projektmaßstab, in dem die Wirkung gemessen werden kann, außer Acht. Es war daher wichtig, zuerst das Spezifische an den Friedenslaboratorien und dessen Einbettung, dem Programm PDPMM, klar zu stellen. Die Komplexität des Konflikts in Kolumbien erklärt von vornherein, warum die Implementierung der Laboratorien mit vielen Schwierigkeiten einhergeht. Die ambitionierte Zielsetzung der Laboratorien und des Programms PDPMM sowie die Ausfächerung der Projektstränge⁷⁰ machen eine einsilbige Antwort auf die Frage nach der Projektseffizienz schwierig.

In welchem Sinne wird hier Erfolg verstanden? Wenn es sich um die Erfüllung der Indikatoren (wie z.B. Indikatoren des Logframes des Projekts) handelt, stehen positive Ergebnisse schwarz auf weiß fest (vgl. Interview mit J. Ángulo f 3). Allerdings sind nicht alle Fol-

⁶⁹ Die Finanzierung beider Projekte wurde im Kapitel II und III bereits erläutert.

⁷⁰ Damit sind die drei Hauptkomponenten des Projekts gemeint, die ihrerseits viele andere Subinitiativen umfassen.

gen aus dem Laboratorium mittels solcher Indikatoren zu erfassen. Es gibt Tatsachen, die mehr als die „nackten“ Produktionszahlen aussagen. Eine der wichtigsten davon ist, dass die Einwohner der Region dank der durchgeführten Aktivitäten (z.B. Subprojekte zur Einkommenssteigerung) imstande waren, auf ihrem Gebiet zu bleiben (vgl. ebd.). Noch wichtiger ist die Gesamtsumme der Resultate: Wenn das Gesamtergebnis aller Subprojekte mit positiven Tendenzen in der Konfliktdynamik einhergeht, kann man die Frage, ob das Projekt das Potential für eine Einwirkung auf die Konfliktdynamik hat, positiv beantworten. Auffallend bei den Analysen (den Evaluationsstudien sowie auch den Expertengesprächen) ist, dass die Laboratorien seit ihrer Implementierung für Kritiken sorgen und mit vielen Problemen seitens verschiedener Lager im Konflikt kämpfen müssen. Das spiegelt sich auch in den Expertenmeinungen wider⁷¹. Nach der Aufzählung der Probleme und Projektschwächen – einem obligatorischen Bestandteil der fachlichen Analyse – folgt jedoch die Liste der Projektleistungen.

Eine der wichtigsten Wirkungen ist der Aufbau eines kooperierenden Prozesses, in welchen regionale Behörden und partizipative Strukturen der Bevölkerung integriert werden. Aus der Perspektive von Lederachs Pyramide bedeutet es, dass die zweite und dritte Akteursebene miteinander verbunden werden. Dadurch wird an einer Konvergenz zwischen den Bevölkerungsbedürfnissen und den politischen Entscheidungen gearbeitet – ein Ziel, das weit über befristete finanzielle Hilfen hinausgeht und eine nachhaltige Wirkung anstrebt. Darin unterscheidet es sich von einer Projektfinanzierung, die nur für einen begrenzten Zeitraum sichergestellt wird. In diesem Sinn steht fest, dass die Friedenslaboratorien kein Hilfsprojekt sind, das *nur* eine Finanzspritze bietet. Viel mehr ist es ein Versuch, den politischen Prozess positiv zu beeinflussen, indem man sowohl den Behörden als auch der Bevölkerung Pflichten und Rechte einräumt.

„Die Verfassung sieht vor, dass diese Sphären der Partizipation⁷² von der Gemeindeverwaltung gewährleistet werden müssen. Letztere aber waren sich dieser Tatsache nicht bewusst. Also musste die Zivilgesellschaft diese Rolle allein übernehmen und mit den Bürgermeistern und den anderen sprechen, ihnen sagen: ‚Schauen sie, es gibt einen Raum für Partizipation, den so genannten Nationalen Planungsrat oder auch den Jugendrat der

⁷¹ Das gilt für jede der drei wichtigen Wirkungsbereiche, wie z.B. Menschenrechte. Es gibt viele positive Trends, auch wenn nur Teilerfolge, die dem Projekt zu verdanken sind. Für weitere Informationen Vgl. Interview mit J.A.Páez.

⁷² Originale Bezeichnung – *espacios de participación*.

Gemeinde, wo wir teilnehmen müssen, damit man öffentliche Politik betreiben kann.“
(Interview mit J.A. Castañeda, f 6.).

Den Experten des Programms CDPMM kommt die entscheidende Rolle zu, beide Akteurebenen, Behörden und Einwohner der Region, zu verbinden. Damit entspricht das dem Konzept der Mittelebene-Akteure bei Lederach. Hier liegt die Hauptlast des Projekts. Die Funktion dieser Akteure in den Friedenslaboratorien kann man unter anderem als Aufklärungsarbeit definieren. Sie besteht darin, die Behörden und die regionalen staatlichen Institutionen aber auch die Zivilgesellschaft auf die Pflichten und Rechte von jeder Seite aufmerksam zu machen. Erstere werden unterstützt und dazu aufgefordert, Öffentlichkeit und freien Dialog zur Verfügung zu stellen, letztere wiederum werden dazu mobilisiert, alle Instrumente der öffentlichen Politik zu nutzen. Es herrscht die Meinung, dass der so genannte Diskussionsraum, wo die Anliegen der Region offen diskutiert werden, allein ein Verdienst vom Programm für Entwicklung und Frieden ist (vgl. Interview mit J.A.Castañeda f 6).

„Was gemacht wurde, ist dass man es ihnen zur Kenntnis brachte, dass solche Mechanismen existieren und dass man das zulassen sollte. Das gilt auch für die Zivilgesellschaft – man sagt den Menschen, dass sie in diesem Raum eine partizipative Rolle einnehmen müssen. Man soll beiden Seiten zeigen, dass Recht UND Pflicht existiert. Dadurch kann es einen Raum geben, wo alle Teilnehmer sein können.“ (Interview mit J.A.Castañeda f 7).

Zurück zur Frage nach Erfolgsdefinition und Erfolgsmessung. Die Vertreibungen von Teilen der Zivilbevölkerung sind eine der schwersten Folgen des bewaffneten Konflikts⁷³. Es ist daher wichtig, dass dank der produktiven Projekte im Rahmen der Laboratorien und dank des Schutzes der Menschenrechte die Einwohner stark genug waren, um hier zu bleiben. Dies war möglich, weil sich viele Initiativen als existenzrettend erwiesen (vgl. Interview mit J. Ángulo f 4, 5).

Ein konkretes Beispiel ist die Gewährleistung von Nahrungssicherheit – und zwar in einem Prozess, in dem die Menschen die Nahrungsmittel zu ihrem eigenem Bedarf selbst produzieren können, ohne auf Hilfe angewiesen zu sein und ohne fehlende Basisprodukte mit

⁷³ Als Folge des Konflikts gibt es in Kolumbien ca. 3 Millionen Binnenvertriebene
vgl. http://ec.europa.eu/external_relations/colombia/csp/07_13_en.pdf (Stand 15. Jan. 2009).

Geld zu besorgen (vgl. Interview mit L. Briceño f 5). Allerdings ist diese Art von Nahrungssicherheit keine endgültige Lösung für das Problem. Es ist nur ein relativer Erfolg, der aber in einem breiteren Kontext anders erscheint. Ich will wieder den Hinweis auf die relative Wirksamkeit der Projekte hervorheben. Die Herausforderung hier ist es, diesen Erfolg auch auf globaler Ebene zu haben (vgl. L. Briceño f 2, u.a.). Es ist eine knifflige politische Aufgabe, gleichzeitig nach den Regeln der globalen Wirtschaft zu spielen, ohne auf die Grundprinzipien des Programms zu verzichten. Dabei kommt es auf die Anpassung der Ziele an die vorhandenen Instrumente zu deren Verwirklichung an. Zu den Zielen gehört die Sicherstellung von Nahrungsmitteln, bzw. die Erhöhung deren Produktion, etwas, das in Magdalena immer problematisch war. „Die Region hatte nie die Bedingungen für eine starke Nahrungsmittelproduktion“ (Interview mit L. Briceño f 5).

Unter den Erfolgen gibt es viele, die man als Mehrwert einschätzen kann. In diesem Fall kann man durch quantitative Indikatoren schwierig aufzeigen was Erfolg ist. Immerhin sind die Indikatoren eine sehr wichtige Leistung der Friedenslaboratorien und des Programms PDP. Der größte Verdienst laut Expertenmeinung ist die Konsolidierung der Zivilgesellschaft (vgl. Interview mit J.A. Castañeda f 8). Dieser gelang es durch den neu erkämpften Raum für Partizipation ihre diversen Organisationen zu konsolidieren (vgl. ebd.). So bekommt die Zivilgesellschaft die Möglichkeit, ihre Anliegen auszusprechen und noch wichtiger – die Chance am politischen Entscheidungsprozess Teil zu haben. Dank des Prozesses für Entwicklung und Frieden und der Friedenslaboratorien wurde die Zivilgesellschaft nicht mehr von den offiziellen Behörden ausgeschlossen oder stigmatisiert (vgl. ebd.).

Die Marginalisierung wurde nicht nur im politischen, sondern auch im wirtschaftlichen Bereich überwunden: Durch die Finanzierung für Kleinprojekte bekamen viele Einwohner zum ersten Mal die Möglichkeit, einen Kredit aufzunehmen und sich einem Produktionszyklus anzuschließen (vgl. Interview mit O. Suarez f 6). Aus einer breiteren Perspektive gesehen bedeutet das mehr als einen wirtschaftlichen Erfolg. Es bedeutet einerseits eine wirtschaftliche Verbesserung, die möglicherweise mit dem Projektende nicht mehr machbar sein würde. Andererseits aber besteht sein Wert auch in der Tatsache, dass somit der Zyklus der Verarmung durchbrochen wird (vgl. Interview mit G. Turriago f 1). Dieser und nicht die Armut aus Ressourcenknappheit wird als das wahre Übel empfunden, denn in der

Region sind prinzipiell viele Ressourcen vorhanden. Das ist die wahre Ursache für den Prozess der Verarmung (vgl. ebd.).

4.7.2. Mehrwert und Nachhaltigkeit der Friedenslaboratorien

Eine der wichtigsten Aufgaben der Laboratorien ist, neben der Erfüllung der vorgegebenen Anforderungen, sich auch im Kontext der globalen Wirtschaft nachhaltig zu erweisen. Die Frage der Nachhaltigkeit stellt auch die Frage, ob die Friedenslaboratorien in weitere Regionen Kolumbiens implementiert werden sollen. Könnte man daraus Inseln mitten im Konflikt schaffen?⁷⁴ Es wäre eine Übertreibung zu behaupten, dass sie Friedensoasen sind – ein Blick auf die gegebenen Opfer in Magdalena Medio vor allem in den Anfangsjahren⁷⁵ zeigt, dass die Transformation des Gewaltmechanismus einen langen Weg vor sich hat. In diesem Sinne sind die Friedenslaboratorien tatsächlich Werkstätten, wo man mit den vorhandenen Bedingungen versucht, einen neuen Prozess in Gang zu setzen. Es handelt sich hier nicht um das Errichten gewaltfreier Zonen, sondern darum, die Konfliktdynamik in eine gewaltlose zu transformieren. Daher kann man diese Regionen als Inseln bezeichnen, wo eine positive Transformation der Gewaltparadigmen stattfindet.

Angesichts der Erfolge des ersten Laboratoriums ergibt sich die Frage, ob es möglich wäre ein Archipel aus diesen Inseln zu machen? Ob es durch eine kontinuierliche weitere Ausdehnung des Projekts möglich wäre, dass sich der positive Effekt der Laboratorien landesweit einstellt? Das ist ein Spiel mit Vermutungen, das aber aus der Realität, aus realen Leistungen geschöpft wird. Man will gern glauben, dass das gute Vorbild des Magdalena Medio wie eine Schablone in weiteren Orten des Landes angewendet werden kann.

„Daher betone ich, dass wir das Angefangene weiter führen sollen. Bis hier haben wir einiges gelernt. Man hat schon auch ein gewisses Niveau an Organisation erreicht. Von einem Exportprozess kann man aber nicht sprechen. Daher wäre es besser an den existierenden weiter zu arbeiten anstatt in einer anderen Region, wo es keine Basis gibt, ein vier-

⁷⁴ Mittlerweile gibt es Friedenslaboratorien II und III, die in weiteren von bewaffnetem Konflikt besonders betroffenen Regionen in Kolumbien implementiert werden. Diese haben das Projekt in Magdalena Medio als Musterbeispiel, unterscheiden sich aber in manchen Details der Zusammensetzung, der Teil der fremden Beteiligung, der thematischen Komponenten etc. (Vgl. II. Friedenslaboratorium in Macizo Colombiano/Alto Patía: <http://www.laboratoriodepaz.org/> und III. Friedenslaboratorium in Montes de María: <http://www.fmontesdemaria.org/plaboratorio.asp> (Stand 19. Mai 2009).

⁷⁵ vgl. Informe de la primera Fase del Laboratorio de Paz. Programa Desarrollo y Paz del Magdalena Medio

tes Laboratorium zu starten. Denn ohne Basis wäre es nicht möglich das zu leisten, wovon ich jetzt spreche.“ (Interview mit J. A. Castañeda f 8, 9).

Die Frage der Nachhaltigkeit soll nicht nur im geschlossenen Raum Magdalena Medio betrachtet werden, sondern in ein breiteres Analysenszenario gesetzt werden. Die Erfolge der Projekte in der Region hängen mit dem globalen Handel und der Weltwirtschaft zusammen, d.h. sie können sich des Einflusses der globalen Wirtschaft nicht entziehen. Ob die Projekte nachhaltig sind bzw. nachhaltig sein können, kann man erst sagen, wenn diese mit Projekten im Großmaßstab kompatibel sind.

„Ich sehe es so: Die Projekte, die heutzutage in der Region weiter bestehen, sind nach den Bedingungen der globalen Ökonomie und des Großkapitals artikuliert. Sie entsprechen dem Exportangebot. Das ist das herrschende Modell. In unserem Fall geht es um die Gewährleistung von Nahrungsmitteln⁷⁶. Ich streite nicht ab, dass es produktive Projekte gibt, mit denen man Industrie machen kann, aber die Herausforderung ist, dass deren Produktionsausmaß dem Wettbewerb entspricht.“ (Interview mit L. Briceño f3).

Der Erfolge der einzelnen Komponenten der Friedenslaboratorien – Menschenrechte, demokratische Institutionen, produktive Prozesse – sind nicht nur nach quantitativen Indikatoren zu bewerten. Zu den wichtigsten Leistungen, neben dem erhöhten Resistenzvermögen der Bevölkerung, die jetzt ihr Recht auf Weiterleben in der Region in die Praxis umsetzen kann, zählt die gestiegene politische Partizipation und der politische Einfluss der Basisakteure und der CDPMM. Dieser Verdienst ist nicht einseitig: Es ist nicht lediglich ein Pluspunkt auf der Habenseite der Projektbegünstigten, sondern ein Ergebnis, das allen Akteuren zugute kommt. Es handelt sich dabei um die Sicherstellung der Interaktion zwischen Behörden und Bevölkerung. Mehr Partizipation der Basis-Akteure bedeutet mehr Mitsprache und Interaktion mit den Entscheidungsmern (d.h. den regionalen Behörden, was die offizielle Regionspolitik betrifft). Das erfolgte in verschiedenen Diskussionsrunden und Vorschlägen zur Politikgestaltung. In all diesen Aktionen fungiert das CDPMM als Relais zwischen Behörden und Gemeindeeinwohnern. Durch die Subprojekte dieser Zusammenarbeit wurde das über lange Zeit akkumulierte Misstrauen zwischen den regionalen Behörden und den Einwohnern abgebaut. Im Laufe der Informationskampagnen und der politischen Aktionen, die die CDPMM einleitete, wurde es den regionalen Institutionen

⁷⁶ Die so genannte *seguridad alimentaria*

klar, dass Menschenrechte und zivilgesellschaftliche Partizipation ein herkömmlicher (aber wichtiger) politischer Diskurs und keine „Themen der Linken“ sind. Es bleibt ein Ziel, diese Inhalte weiterhin zu einem Bestandteil der öffentlichen Politik der Behörden zu machen (vgl. Interview mit J.A. Páez f 1).

Viele richten den Blick auf die Friedenslaboratorien. Manche davon mit Erwartung, andere mit einer analytischen Haltung. In der Diskussion über die Leistungen bzw. über die verfehlten Vorhaben stellt sich die Frage der Nachhaltigkeit des Projekts. Aufgrund der starken internationalen Teilnahme daran und der Informationskampagnen sind die Laboratorien ins Blickfeld der internationalen und nationalen Öffentlichkeit geraten. Unter den vielen anderen Projekten mit internationaler Unterstützung hebt sich dieses Unternehmen hervor⁷⁷. Die Laboratorien genießen einen relativ hohen Popularitätsgrad⁷⁸ und man stellt oft die Frage nach ihrem tatsächlichen Einflussvermögen. Wird es den Projektbegünstigten gelingen, den gewonnenen Raum für einen unabhängigen, mit der Region abgestimmten Entscheidungsprozess auch nach dem Ende der Finanzierung weiter zu behaupten?

4.7.3. Die Friedenslaboratorien – (Nur) eine Finanzquelle?

Welches Resultat ergibt sich, wenn man die Kritikpunkte über die Leistungen der Laboratorien vergleicht? Obgleich die Kritik von innen (als interne Projektevaluation) oder von außen kommt, sieht man mittlerweile vor dem definitiven Schluss der ersten Friedenslaboratorien eine Reihe von Errungenschaften. In den verschiedenen Phasen der Projektdurchführung weist man auf eine Zahl von Leistungen hin. Auch rationale Analytiker, deren Aussagen über das Projekt dem Pathos der politischen Statements fern bleiben und präzise kritische Pointen setzen, streiten die positiven Effekte der Laboratorien nicht ab. Allerdings spalten sich sogar die positiven Meinungen beim Punkt über den eigentlichen Wert des Projekts. Das bejahende Expertengutachten mancher Analysten sieht die Friedenslaboratorien lediglich als eine Finanzierung für den Prozess, der lange vor dem Start

⁷⁷ Für Beispiele für alternative Projekte für den Friedensprozess Vgl. die Datenbank „gute Praktiken“ für den Frieden – *banco de buenas practicas* http://www.saliendodelcallejon.pnud.org.co/buenas_practicas.shtml (Stand 28. Febr. 2009).

⁷⁸ Es fehlt zurzeit noch immer an fundierten Studien, aber man findet in einschlägigen Publikationen über die neuen Entwicklungen des Friedensprozess in Kolumbien immer einen Hinweis auf die Laboratorien. Eine noch aktuelle Studie, die einer guten deskriptiven Abbildung des Projekts in Magdalena Medio bietet, ist „Peace Laboratory of Magdalena Medio: a Peace Laboratory?“, Miguel Barreto Henriques, 2007. http://www.cerac.org.co/pdf/CERAC_WP_6.pdf (Stand 19. Mai 2009).

der Laboratorien anfang, d.h. als eine zusätzliche Finanzquelle für das Programm für Entwicklung und Frieden in Magdalena Medio. Der politische Kontext und die politische Bedeutung des Projekts wird nicht berücksichtigt. Die Bedeutung dieser EU-Entscheidung, im Friedensprozess durch zivilgesellschaftliche Strategien einwirken zu wollen, wird negiert und zu einer Projektfinanzierung reduziert. Andere dagegen betonen die positiven „Nebenwirkungen“, wie z.B. die schützende Präsenz der internationalen Akteure – ein Mechanismus, der den Menschen in besonders prekären Orten der Region, als ein Schutzschild diene. Gelänge hier festzustellen, welche der beiden Seiten mehrere Argumente hat, würde man eine präzise Aussage über den Mehrwert der Laboratorien machen können.

Viele heikle Punkte wie Nachhaltigkeit und Überlebenspotential der Laboratorien unterliegen nach wie vor einer fachlichen Diskussion. Trotzdem spricht die große Zahl an realisierten Subprojekten für deren Effektivität⁷⁹. Die Leistungsbilanz der durchgeführten Projekte zieht einige Überlegungen nach sich:

Nach allgemeiner Überzeugung in Expertenkreisen wird der Gesamtprozess auch nach dem Abschluss der einzelnen Projektphasen fortbestehen⁸⁰. Diese Kontinuität konvergiert mit dem Verständnis Lederachs über die Dauer von Peacebuilding-Initiativen. Das bedeutet, dass eine nachhaltige Transformation von Konfliktdynamiken ihren Lauf genommen hat, so wie das die langfristige Zeitphase von Peacebuilding vorschreibt (vgl. Lederach 1997: 77). Es handelt sich um eine Progression, in der sich die Dynamiken weiter entwickeln bzw. Veränderungen durchgehen. Darüber hinaus soll eine Peacebuilding-Initiative eine solche Progression hervorrufen. Im Fall der Laboratorien ist eine Reihe von unterschiedlichen Subprojekten zu einem Prozess geworden, der über die Projektfristen hinausgeht. Wenn man dieser Überlegung weiter folgt, sieht man, dass die neuen Dynamiken – die positiven Muster wie z.B. die neu erworbenen Kompetenzen in Projektverwaltung oder das Ausüben und der Schutz der Menschenrechte – nicht mehr vom Projektende bzw. vom Ende der Finanzierung abhängen.

„Es gibt Projekte, die schon ohne Subventionen fortbestehen können. Meiner Meinung nach gibt es Projekte, die an Führungskompetenzen gewonnen haben, also das Ende vom

⁷⁹ Die Zahlen der durchgeführten Projekte der ersten Phase des Laboratoriums zeigen eine positive Leistungsbilanz (Vgl. Informe de la primera Fase del Laboratorio de Paz. Programa Desarrollo y Paz del Magdalena Medio)

⁸⁰ Es gibt z.B. eine effektive und eine operative Phase. Sie laufen nicht gleichzeitig ab, vgl. Interview mit J. Ángulo

Friedenslaboratorium ist nicht das Ende der Welt. Es gibt andere Wege, um Ressourcen zu finden“ (Interview mit L. Briceño).

Der Erfolg dieses Prozesses ist nicht nur an den Zahlen der realisierten Projekte zu messen. Viele Statistiken mit Daten über die Produktivinitiativen oder über die Zahl abgehaltener Workshops sind vorhanden. Wichtiger als die Zahlen sind jedoch die Rückschlüsse aus der gesamten Initiative. Die im Zuge der Implementierung gewonnenen Erfahrungen beweisen, dass es alternative Modelle, die auf eine starke Zivilgesellschaft und Chancen für Verwirklichung setzen, gibt. Man hat unmittelbar aus der Erfahrung gelernt, dass Kooperation mehr als ein Versuch im Alleingang bringt – etwas, worüber man vorher in Kolumbien nie gesprochen hatte (vgl. Interview J.A. Castañeda f 8). Diese Zusammenarbeit bezieht sich auf Grassroots-Akteure, die durch den offenen Dialog ein Instrument für die Beteiligung an den Prozessen bekamen. Die weiteren ebenso wichtigen Leistungen werden von Experten folglich aufgefasst:

„(...), man hat es klar gemacht, dass das Menschenleben respektiert werden soll. Drittens, dass die Menschen Recht auf Information haben. Viertens, öffentliche Organisationen, die kein Geld für die Bedürfnisse der Bevölkerung haben, wissen zumindest, wie sie Kleinprobleme lösen können. So verstehen sie, wie sie mit den Anliegen der Zivilgesellschaft umgehen sollen. Fünftes: Die Behörden wissen, dass sie sich der Gesellschaft viel mehr nähern können.“ (Interview mit J.A. Castañeda, f 8).

4.7.4. Was ist ein erfolgreiches Friedenslaboratorium?

Hiermit sieht man, dass es viel mehr um die Verwirklichung eines Kooperationsprozesses zwischen den Behörden (auf regionaler Ebene) und der Bevölkerung geht. Es geht um die Partizipation der Letzten an der Politikgestaltung der Region; um das Gewinnen von Erfahrung und Wissen. All dies fließt in einen komplexen Prozess der Einbeziehung aller Betroffenen mit Hilfe des verbindenden Organismus CDPMM zusammen. Diese Dynamik wäre ohne die materiellen Ressourcen nicht zu denken gewesen, aber die Leistungen zeigen, dass das Resultat an sich weniger mit Finanziellem zu tun hat, sondern mit der positiven Erfahrung einer Alternative für den Friedensprozess, die auf Entwicklung und Demokratie setzt. Der Erfolg zeigt sich durch das Entstehen konstruktiver Praktiken als Folge der

Initiative. Alle aufgelisteten Ergebnisse sind Teil einer positiven Transformation und können als Oberbegriff „konstruktive Dynamik“ genannt werden. Das ist die wahre Leistung des Projekts, das 1996 mit dem Programm PDPMM begann und durch das Laboratorium neue Impulse bekam.

Diejenigen, die dem Unterfangen der EU mehr Lob erteilen, tun es nicht wegen ihrer finanziellen Unterstützung, sondern weil die Union die politische Entscheidung traf das Projekt zu unterstützen. Sie betonen die symbolische Bedeutung dieser internationalen Präsenz.

„Aus dem Standpunkt der Beziehungen zu Kolumbien ist das Laboratorium eine sehr wichtige politische Erklärung. Es ist eine Art zu sagen: Wir sind da und bieten als Option zur Politik des Krieges eine Friedenspolitik.“ (Interview mit J. A. Páez, f 6).

In dieser Entschlossenheit spiegelt sich die konsolidierte Position des Programms als führender Akteur in der Entwicklung der Region wider. Es wird immer öfter die Loyalität des Organismus CDPMM gegenüber der gemeinsam eingenommenen Ideologie betont, die keine Zugeständnisse gegen Versprechungen für Ressourcen macht (vgl. Interview mit J. Ángulo, f 2, 3).

Ein sehr wichtiger Punkt, wo die Laboratorien Erfolg beweisen, betrifft ihren Kontext als Peacebuilding-Initiative. Nach dem Konzept gewisser Peacebuilding-Theoretiker⁸¹, gehören sie zu den Peacebuilding-Initiativen, deren Implementierung am schwierigsten ist, weil sie den jeweiligen Konfliktkontext sehr berücksichtigen, bzw. versuchen ihre Ziele an die Kontextdynamik zu binden. Je nach Implementierungskontext unterscheidet man drei Typen von Projekten: *in-the-conflict*, *on-the-conflict* und *around-the-conflict* Projekte (ebd.). Nach diesem Raster sollen die Laboratorien als eine *on-the-conflict*, aber möglicherweise auch als eine *in-the-conflict-Initiative* bezeichnet werden. Ihr Ziel ist es einen positiven Effekt für die Zielgruppe zu haben, aber auch sich positiv auf den Konflikt im jeweiligen Ort auszuwirken. Sie sind also ein Projekt, das versucht, *unmittelbar* in einem Konfliktkontext, Wirkung zu haben. Im Fall der Laboratorien handelt es sich um kein partielles Hilfsprogramm, das den Betroffenen kurzfristig Hilfe leistet sondern eine, die auf

⁸¹ Ich beziehe mich explizit auf Thania Paffenholz und Luc Reyhler, die in „Aid for Peace“ einen Überblick über die neuen Einsätze der Konflikttransformation bzw. der Evaluierung von Peacebuilding-Initiativen geben (vgl. Paffenholz 2007: 77).

langfristige Resultate und eine gesamte Veränderung setzt. Es ist ein Projekt, das in einer Situation, die ohne Aussichten auf einen baldigen Erfolg in den Friedensverhandlungen auf nationaler Ebene, operiert⁸². Somit entsprechen die Laboratorien der Idee von Lederach. Diese besagt, dass ein Peacebuilding-Projekt auf regionaler Ebene ansetzen kann, ohne das Zustandekommen eines offiziellen Waffenstillstandes zwischen den Konfliktparteien, bzw. dass Peacebuilding-Arbeit viel mehr als die Unterzeichnung eines Friedensschlusses impliziert (vgl. Lederach 1997: 71). Die Idee wird in der Praxis der Laboratorien und durch die Meinung der nahe stehenden und teilnehmenden Experten bestätigt.

„Sie [die Laboratorien] operieren mitten im Konflikt. Wenn man darauf hört, was die Weltbank sagt – dass man auf eine Postkonfliktphase warten muss, weil man die Ressourcen in unmittelbarem Konflikt verlieren würde... Das gilt bei einem Zusammenbruch der Institutionen, bei einem gescheiterten Staat. Aber der Staat ist nicht monolithisch. Der Staat in Bogotá oder Medellín ist ganz anders als der Staat an einem vergessenen Ort. Daher wartet man nicht auf eine Postkonfliktphase.“ (Interview mit A. García, f 2)

Ihre Strategie hängt mit möglichen Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien – der Regierung und den bewaffneten Akteuren – nicht zusammen. Im Gegenteil, sie haben eine Zielsetzung, die auf den Kontext der Region des Projekts abgestimmt ist. Die Projektziele unterscheiden sich von jenen am Verhandlungstisch auf nationaler Ebene – man setzt hier auf die Bekämpfung struktureller Probleme wie Armut, Ungleichheit und gesellschaftliche Exklusion anhand kleinerer, der Region und deren Einwohnern angepassten Projekte. Der Strategie des Peacebuilding-Prozesses in Magdalena Medio beruht auf der Überzeugung, dass die dauerhafte Lösung durch menschliche Entwicklung möglich ist und nicht, wenn Konfliktakteure die Oberhand gewinnen und einen anderen besiegen. (vgl. Interview mit J.A. Páez, f 2)

Die Frage, was die Teilnahme der EU auf der Topebene der kolumbianischen Politik bedeutet, wird ausführlicher im Kapitel über die Topebene-Akteure behandelt. Wichtig an dieser Stelle ist, durch die Darstellung der Projekte und die Strategien der Friedenslaboratorien eine Parallele zum Pyramidenmodell von Lederach herzustellen. Des

⁸² Für eine prägnante Darstellung von Status Quo des Friedensprozesses Vgl. *European Policies on Colombia*. An Vranckx IPIS background paper, abrufbar unter www.ipisresearch.be/download.php?id=69 (Stand 18. Febr. 2009).

Weiteren werden auch die Rolle der EU und des Staates dargestellt und es wird auf die soziokulturellen und sozioökonomischen Ressourcen des Projekts eingegangen. Im Einklang mit Lederachs Konzept von Peacebuilding zeigen sich die Mittelebene-Akteure als das tragende Element im Projekt – ohne die Bedeutung der anderen Teilnehmer am Prozess zu schmälern.

5. Topebene-Akteure

5.1. Die Regierung von Álvaro Uribe Vélez

5.1.1. Die politische Strategie von Uribe

Zu den Topebene-Akteuren, die an der Implementierung der Friedenslaboratorien beteiligt sind, zählen die EU und die kolumbianische Regierung unter der Führung von Präsident Álvaro Uribe Vélez. Charakteristisch für Kolumbien, wie auch für die meisten lateinamerikanischen Präsidentialrepubliken, ist das breite Spektrum an Befugnissen und Entscheidungskompetenzen, die dem Präsidenten zustehen. (Nolte 2004: 57). Das gilt besonders im Fall von Kolumbien, bzw. von Uribe, der eine sehr rigorose, von ihm persönlich geprägte Politik betreibt. Trotz der Tatsache, dass sein Regierungsstil kontinuierlich für starke Kritik in Sachen Menschenrechte und Demokratie sorgt, genießt er erstaunlich hohe Popularität⁸³. Der politische Erfolg von Uribe steht außer Zweifel – 2002 wurde er mit einer überwältigenden Mehrzahl der abgegebenen Stimmen gewählt und 2006 mit einer landesweiten Mehrheit zum zweiten Mal im Amt bestätigt⁸⁴. Diese Beliebtheit ist vor allem seinen Bemühungen um die Verbesserung der Sicherheitslage und den diesbezüglich erzielten Teilerfolgen zu verdanken. Seit seiner ersten Amtsperiode verfolgt er unausweichlich einen neuen politischen Kurs – eine Politik der harten Hand. Er will seinen offiziell genannten *Plan für einen kommunitären Staat* fortsetzen und versucht zurzeit, bei den Wahlen 2010 zum dritten Mal für das Präsidentenamt zu kandidieren.

Álvaro Uribe gibt eine sehr umstrittene politische Figur ab, konnte sich aber aus den vielen Skandalen, die ihm starke Verbindungen mit paramilitärischen Gruppen nachsagten,

⁸³ „Kolumbien nach zwei Jahren Präsidentschaft von Alvaro Uribe Vélez“ von Heinrich Meyer, unter <http://www.kas.de/wf/de/33.5198/> (Stand 12. Mai 2009).

⁸⁴ <http://www.faz.net/s/RubDDBDABB9457A437BAA85A49C26FB23A0/Doc~E42D4A76BB36F4BD789C7DE3C9E2FDEF8~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (Stand 18. März 2009).

retten⁸⁵. Eine Sache, die weder Anhänger, noch Kritiker abstreiten, ist, dass Uribe mit enormer Beharrlichkeit seine politische Strategie verfolgt. Diese beinhaltet die endgültige Zerschlagung aller aufständischen Kämpfer. Hiermit werden die Guerilla-Organisationen ins Visier genommen – ein Ziel, das als Uribes persönliches Anliegen und Leitmotiv der Regierungspolitik⁸⁶ gilt. Die politische Agenda der Regierung schlägt sich in einem offiziellen Dokument, dem Nationalen Entwicklungsplan, nieder⁸⁷ und besteht mittlerweile aus zwei Teilen (der Zahl der Amtsperioden entsprechend) deren Titel folgendermaßen lauten: „Auf dem Weg zu einem kommunitären Staat“ (Amtszeit 2002 – 2006) und „Der kommunitäre Staat – Entwicklung für alle“, (Amtszeit 2006 – 2010), der eine thematische Vertiefung des ersten Teils ist (vgl. ebd.).

Hier folgt eine Auseinandersetzung mit den Schwerpunkten der Politik der Uribe-Regierung und deren Relevanz bzw. Inkongruenz zur Strategie der Peacebuilding-Initiative Friedenslaboratorien. Dies bezieht sich nicht nur auf die Perspektiven für ein Ende des bewaffneten Konflikts sondern auch auf die Regierungsstrategien zu mehr Wohlstand und Demokratie in Kolumbien. Ein zentraler Punkt in der Analyse der Regierungspolitik ist die Teilnahme der EU als internationaler Akteur an diesem Prozess. Somit wird ein kurzer Überblick über die Interaktion zwischen diesen Akteuren geliefert, indem ihre Hauptinteressen und Teilnahmestrategien diskutiert werden. Es wird versucht, die Frage nach der Kohärenz zwischen der Regierungspolitik auf nationaler Ebene und der Regierungsverpflichtung zu den Friedenslaboratorien – einem regionalen Projekt – zu beantworten. *Wichtig ist hierbei herauszufinden, ob die Ziele der Laboratorien mit der Zielsetzung der Regierung kompatibel sind und ob Schnittstellen zwischen den Topebene-Akteuren und der Basisebene existieren.*

⁸⁵ Vgl. BBC News. Profile: Alvaro Uribe Velez: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/3214685.stm> (Stand 12. Mai 2009).

⁸⁶ Für eine Demobilisierung der verschiedenen paramilitärischen Gruppen sind andere Demobilisierungsprogramme vorgesehen, Vgl. „Ein Schwerpunkt der Regierungsarbeit von Präsident Álvaro Uribe ist die Demobilisierung der Paramilitärs in Kolumbien“ <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Kolumbien/mutter.html> (Stand 19. Mai 2009).

⁸⁷ Originale Bezeichnung *Plan Nacional de Desarrollo*. Er wird von der Nationalen Planungsbehörde ausgearbeitet und dem Kongress für Abstimmung vorgelegt, Vgl. *Plan nacional de desarrollo: Hacia un estado comunitario 2002-2006* <http://www.dnp.gov.co/PortalWeb/Portals/0/archivos/documentos/GCRP/PND/PND.pdf>, *Estado Comunitario: Desarrollo para todos (2006-2010)* <http://www.dnp.gov.co/PortalWeb/PND/PND20062010/tabid/65/Default.aspx> (Stand 12. Mai 2009).

Wenn man die Regierungspolitik mit jener der anderen involvierten Akteure vergleicht, kann man gewisse Dissonanzen feststellen. Die Hauptpunkte der Kritik basieren auf der umstrittenen Strategie zur Sicherheit und Wiederherstellung von Staatsgewalt auf dem gesamten Staatsgebiet. Diese Oberziele schließen einen Verhandlungsprozess mit den aufständischen Gruppen – FARC und ELN⁸⁸ als politische Partner aus. Die Regierung setzt auf starke militärische Präsenz, nicht ohne die logistische und finanzielle Unterstützung der USA, die durch den *Plan Colombia* nach Kolumbien fließt.

Exkurs: *Plan Colombia*

Der Aktion Plan für ein neues Kolumbien, dessen Hauptziele der Kampf gegen den Drogenhandel und gegen die Guerilla waren. Der Plan wurde 1999 von der damaligen kolumbianischen Regierung unter dem Präsident Andrés Pastrana präsentiert und bedurfte einer Finanzierung in Höhe von 7.5 Milliarden Dollar. Die USA verpflichteten sich mit einem 4-Milliarden-Betrag und blieben der Hauptsponsor dieser Initiative. Somit reiht sich Kolumbien (nach Ägypten und Israel) auf die dritte Stelle der Länder, die US-militärische Hilfe bekommen⁸⁹.

Weiterhin sieht Präsident Uribe den Einsatz ziviler Milizen vor, die die Kontrolle über wieder erkämpfte Zonen erhalten sollen. Der Präsident legt einen dermaßen großen Wert auf den Einsatz ziviler Personen als Hilfsmilizen, dass er verkündete, es gebe 40 Millionen Soldaten in Kolumbien, die die Guerilla-Kämpfer besiegen müssen⁹⁰ (vgl. Interview mit J.A. Páez, f 2). Die Einbeziehung der Zivilbevölkerung in den Konflikt, was eine Verletzung des humanitären Völkerrechts ist, stellt ein weiteres Element für Kritik an der Regierung dar. Diese nimmt sich auch das Recht darauf, den Ausnahmezustand zu verhängen – eine Maßnahme, die mit vielen Einschnitten in den Menschenrechten einhergeht. Dazu zählen unter anderem, das Ausgehverbot, die Verschärfung der Personalkontrollen und die Festnahmen ohne gerichtliche Anordnung (vgl. Cifuentes u. Gil, 2003, Internetquelle). Das gilt vor allem für besonders vom Konflikt betroffene Zonen des Landes⁹¹. Darüber

⁸⁸ Fuerzas Armadas Revolucionarias (FARC); Ejército de Liberación Nacional (ELN).

⁸⁹ Vgl. US General accounting office: Challenges in implementing Plan Colombia.

<http://www.gao.gov/new.items/d0176t.pdf>, (Stand 30. April 2009).

<http://www.cipcol.org/?p=826>. (Stand 13. Mai 2009).

⁹⁰ Kolumbien hat 42,090,503 Einwohner. D.h. Uribe bezieht sich praktisch auf die gesamte Bevölkerung und meint in mehr oder weniger übertragenem Sinne eine volle Militarisierung der Bevölkerung. Der Hauptgedanke von Uribe hier ist, dass die Guerilla von dem gesamten Volk bekämpft werden soll. (vgl. auch Guzman, Diego Enter Londres y Cartagena: Se “Embolataron los derechos humanos”).

⁹¹ Mit diesem Argument wurden gewisse Regionen zu den so genannten Rehabilitierungs- und Konsolidierungszonen oder auch Zonen der Wiederherstellung – *zonas de recuperación* – erklärt (vgl. Cifuentes, Migu-

hinaus, anstatt den Aufbau von Sozialkapital zu fördern und die gewaltfreien Mechanismen zu unterstützen, setzt die Regierung auf Zersetzung ebendieser sozialen Strukturen – dort, wo sie vorhanden sind. In vielen Orten werden Informantennetze aufgebaut, die durch eine weitere Involvierung von Zivilisten in die Konfliktaustragung zustande kommen sollen.

Diese Regierungsvision von demokratischer Politik und Durchführung eines Friedensprozesses steht im Widerspruch mit der Vision der Friedenslaboratorien. Die letzten setzen auf

- Gewaltlosigkeit und den Aufbau einer gewaltfreien Kultur
- Kompromissuche und Dialog mit allen Akteuren, einschließlich der bewaffneten Gruppen. Nach dem Vorbild des Programms für Entwicklung und Frieden wird es in den Laboratorien durch die offen ausgetragene Diskussion nach einer gemeinsamen Lösung der jeweiligen Probleme gesucht. Statt auf „Spitzelnetzwerke“, (so die Strategie von Präsident Uribe) wird in den Laboratorien auf Sozialkapital gesetzt. Des Weiteren versucht man die Ziele dieses Programms auch durch die Nutzung soziokultureller Ressourcen zu erreichen – ein zentrales Konzept in der Peacebuilding-Arbeit in von Konflikt geprägten Gesellschaften (vgl. Lederach 1997: 94).

Vergleicht man die zwei Strategien – diese der Laboratorien und jene der Regierung von Uribe (dem Konzept der demokratischen Sicherheit) – sieht man eine mangelnde Konvergenz. Das verringert die Chancen der Laboratorien für eine positive Wirkung auf die Konfliktdynamik. Darüber hinaus stellt das einen Widerspruch zu der Tatsache dar, dass die Regierung die Programme PDPs und die Friedenslaboratorien in ihr offizielles politisches Programm aufnahm. So stellt sich die Frage nach den Motiven, die hinter dieser Regierungsentscheidung stehen.

el / Gil, Andrés: Von Gaviria bis Uribe: Zwölf Jahre totaler Krieg gegen das kolumbianische Volk. Abrufbar unter:
http://www.nadir.org/nadir/initiativ/agp/free/colombia/txt/2003/gaviria_uribe.htm (Stand 12. Mai 2009).

5.1.2. Unterschiede und Parallelen zwischen der Strategien der Regierung und der EU

Die politische Strategie von Uribe ist durch den Vorsatz einer Bekämpfung aller Aufständischen und das somit angestrebte Beenden des Konflikts geprägt. Das Herzstück der Regierungspolitik ist die so genannte „*Seguridad Democratica*“ (Demokratischen Sicherheit). Im Unterschied zur EU-Politik der friedlichen Konfliktlösung und nachhaltigen Entwicklung setzt die Regierungspolitik auf Militarismus. Die vom Präsidenten Uribe inspirierte und energisch durchgeführte militärische Strategie zur Bekämpfung der Aufständischen und zur Verbesserung der Sicherheitslage widerspricht den Methoden der Friedenslaboren. Der eindeutige Beweis dafür ist die Verweigerung der Regierung, den Konflikt als solchen zu definieren. Zu diesem Zweck wird von der Regierung ein entsprechendes Vokabular verwendet, demnach in Kolumbien kein bewaffneter Konflikt existiert. Laut dem Präsidenten geht es nicht um einen – von manchen Konfliktsanalysten sogar als Bürgerkrieg definierten – internen Konflikt, sondern um Terrorismus gegen den Staat. Es ist eine häufige Praxis der kolumbianischen Spitzenpolitiker den Staat als Opfer zu präsentieren⁹², um dadurch mögliche Rechtfertigungsgründe für ihre Politik zu schaffen. Das ist wenig überraschend, wenn man diese Haltung zu den anderen prekären Punkten von Uribes Strategie addiert.

Viel verwunderlicher ist hier die Position der EU: Einerseits spricht sie der kolumbianischen Regierung ein großes Lob für ihre Bemühungen zur Verbesserung der Wirtschafts- und Sicherheitslage im Land aus, andererseits implementiert sie alternative Strategien für Frieden und Entwicklung. Bezüglich der Definition der Lage in Kolumbien zeigt sich die EU konsequent, indem sie das Existieren eines bewaffneten Konflikts zur Kenntnis nimmt und diesen dementsprechend bezeichnet. In diesem Punkt zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen der EU und der Regierung: Anders als die kolumbianische Regierung verwendet die EU in ihren offiziellen Dokumenten keine euphemistische Bezeichnung für den bewaffneten Konflikt. Diese Unterschiede im Diskurs der zwei Kooperationspartner ergeben einen nicht nachzuvollziehenden Dialog: Die zwei sehr eloquenten Top-Ebene-Akteure sprechen quasi in zwei verschiedenen Sprachen, trotzdem vermögen sie ihre

⁹² Sabine Kurtenbach, Petra Riedle, Michael Rösch: *Förderung der Zusammenarbeit von Staat und Zivilgesellschaft in Kolumbien*, in: Fragile Staaten. Deutschland / Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.), Beispiele aus der entwicklungspolitischen Praxis, 2007. Baden-Baden

Kommunikation aufrecht zu erhalten und die Erfolge der Laboratorien als Früchte ihrer verstärkten Kooperation zu präsentieren.

Die Strategie der demokratischen Sicherheit wird in Kolumbien, das auf ein breites Spektrum von Friedenspraktiken zur Konfliktlösung zurückblickt, mit viel Kritik aufgenommen. Besorgte Kommentare kommen seitens verschiedener internationaler Beobachter – sowohl NGOs als auch staatlicher Akteure. Die Hauptkritikpunkte der Demokratischen Sicherheit sind:

- Einschnitte in die Mittel der Sozialpolitik (zum Nachteil der Sicherstellung von mehr Sozialleistungen und Maßnahmen, die zu verbessertem Lebensstandard für breitere Bevölkerungsgruppen führen können).
- Die neoliberale Orientierung der Wirtschaftspolitik.
- Die Negierung der Existenz eines bewaffneten Konflikts.
- Der Abbau von gesellschaftlichen Netzen und Sozialkapital als Folge der Implementierung eines breiten Informantennetzes.
- Die prekäre Gesetzgebung, die gewisse bewaffnete oder andere illegale Akteure unter dem Deckmantel einer Demobilisierung straflos lässt.
- Die Involvierung der zivilen Bevölkerung in den Konflikt als unterstützende Flanke für die Armee – was einen Verstoß gegen das internationale humanitäre Recht darstellt.

5.1.3. Prioritäten der außenpolitischen Regierungspolitik von Álvaro Uribe Vélez

Analysiert man die Strategie der Uribe-Regierung, sieht man deutlich, dass der Präsident seine internationalen Kontakte sehr energisch pflegt – eine Tendenz, die er schon zu Beginn seiner ersten Amtsperiode begann. Ein Hinweis für die intensiven Bemühungen Uribes für mehr europäische Unterstützung sind die zahlreichen Besuche, die er in Europa in verschiedenen Phasen seiner Amtsperioden abstattete. Dazu gehören sowohl offizielle Visiten in verschiedenen EU-Ländern (2004 und 2008) als auch die Gipfeltreffen mit der Gruppe 24 (vgl. *European Commission. Audiovisual service*⁹³). Uribe strebt eine breite

⁹³ Ausführliche Fotoberichte abrufbar unter http://ec.europa.eu/avservices/photo/photo_reportage_en.cfm?id=77958&news=false&src=4, http://ec.europa.eu/avservices/photo/photo_reportage_en.cfm?id=62645&news=false&src=4

Kooperation mit verschiedenen internationalen Akteuren an. Trotz der autoritären Züge seines Regierungsstils⁹⁴ springt es ins Auge, dass der Präsident um die Gewinnung möglichst vieler internationaler Verbündeter bemüht ist. Einer dieser Einsätze ist die Organisation von internationalen Gipfeln jener Länder, die den Friedensprozess unterstützen⁹⁵. Hinter den energischen internationalen Beziehungen der Regierung stecken zwei Überlegungen:

- Die Gewinnung der Unterstützung der EU im Militärbereich. Angesichts der Unterstützung von Großbritannien für den *Plan Colombia* wurde gehofft, dass die EU den Plan einheitlich bejahen würde (vgl. Ramírez 2006: 99)
- Die Gewinnung der EU-Unterstützung für seine *Sicherheits- und Wirtschaftspolitik*, was unter anderem auch für die erfolgreiche Implementierung des *Plan Colombia* notwendig ist (vgl. ebd.). Der Grund dafür – die innere Ordnung ist eine Voraussetzung für die Gewinnung des Investorenvertrauens. Das Versprechen einer wirtschaftlichen Ankurbelung mittels Steigerung des Investorenvertrauens und die Zusage für mehr Wohlstand für das kolumbianische Volk ist ein zentrales Anliegen des Regierungsprogramms.

5.1.4. Kritik an der Regierung

Welche sind die Reaktionen auf diese Agenda und die Implementierung des Regierungsprozesses? Die Meinungen der verschiedenen Beobachter (darunter Kritiker und Kooperationspartner) variieren stark. Auf diplomatischer Ebene verpflichtet sich die Regierung mit den offiziellen Deklarationen auf die Sicherstellung von Menschenrechten und die Achtung der demokratischen Normen. Diese Bereitschaftserklärung genügt den meisten der kooperierenden Parteien, einschließlich der EU, um der Regierung ein positives Zeugnis auszustellen. Nichtsdestotrotz kommt es immer häufiger zu Kritik seitens internationaler Beobachter, die von größten Versäumnissen in der Einhaltung der Menschenrechte und der Demokratie sprechen. Das sind z.B. Human Rights Watch, Pax Christi oder das Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte. Die Folge davon ist ein geschlossener Kreis:

(Stand 18. Mai. 2009).

⁹⁴ Diego Guzmán: El modelo de estado de Uribe, abrufbar unter:

<http://www.pcslatin.org/publicaciones2/9/Modelo%20de%20estado%20de%20Uribe%20Velez%20ESP.pdf>

(Stand 8. März 2009).

⁹⁵ Die so genannte Gruppe der befreundeten Staaten, auch die *Gruppe 24* genannt.

In diesem werden von wichtigen internationalen Organisationen (den UN, der G24, etc) bindende Empfehlungen verabschiedet, die von der Regierung angenommen, jedoch nicht erfüllt werden⁹⁶.

Die Deklarationen, in denen die kolumbianische Regierung zur Achtung der Menschenrechte aufgefordert wird, sind ein oft benutztes Instrument der internationalen Gemeinschaft, die den Friedensprozess in Kolumbien von Nahem beobachtet. Die Aufforderungen bleiben jedoch von der Regierung häufig unbeachtet. So bleibt ein tatsächlicher Fortschritt der Demokratie aus und die angekündigten Verbesserungen werden zur abstrakten Dokumentensprache – zu einer Art Scheck ohne Deckung für die groß bekannt gegebenen guten Vorsätze des kolumbianischen Staates und seiner internationalen Partner. Teilerfolge wie das Zustandekommen mancher alternativen Projekte für Frieden und nachhaltige Entwicklung sind nicht abzustreiten, jedoch gibt es keine Schnittstelle zwischen diesen und der Makropolitik der Regierung. Die so konzipierte und durchgeführte Politik im Sozial- und Friedensbereich wirkt wie ein Ablenkungsmanöver – eine Art von feinem Überzug mit welchem man die andauernden Probleme kaschiert. Den internationalen Partnern wird das als eine Politik zur Ankurbelung der Wirtschaft und zum Aufbau staatlicher Autorität verkauft, während die Regierung seine menschenrechtswidrigen Praktiken weiterhin betreibt.

5.1.5. Der Widerspruch zwischen der Durchführung einer sozialen Politik mit demokratischen Werten und der Politik der demokratischen Sicherheit

Die Strategie von Álvaro Uribe Vélez setzt auf militärische Maßnahmen, wie die Erhöhung der Kompetenzen und des Ausmaßes der Streitkräfte, sowie eine Aufstockung der externen militärischen Hilfe (durch den *Plan Colombia*), statt auf Strategien zur Lösung der strukturellen Probleme. Die Staatsführung weist autoritäre Züge eines bürgerfremden Staates auf⁹⁷ (vgl. Guzmán) und fördert statt Sozialkapital und sozialer Kohäsion gegenseitiges Misstrauen und den Abbau der in Kolumbien ohnehin schwachen gewaltfreien Praktiken. Diese Methode strebt ein anderes Ziel als die Friedenslaboratorien an und verschärft die

⁹⁶ Vgl. 2009 Lourdes Castro: “A proposito de la mesa de coordinación y cooperación para Colombia: Algunas claves para la discusión.” abrufbar unter <http://www.cooperacioninternacional.com/descargas/lourdes.pdf> (Stand 4. März 2009).

⁹⁷ Vgl. Diego Guzmán: El modelo de estado de Uribe, abrufbar unter <http://www.pcslatin.org/publicaciones2/9/Modelo%20de%20estado%20de%20Uribe%20Velez%20ESP.pdf> (Stand 8. März 2009).

besagten strukturellen Probleme und sozialen Spaltungen. Die Peacebuilding-Initiativen zur friedlichen Konflikttransformation versuchen die sozialen und politischen Paradigmen zu verändern, sodass eine gewaltfreie Kultur geschaffen werden kann. Blicken wir aber auf die Regierungsstrategie zur Wiedergewinnung der Kontrolle über das Territorium: Innerhalb dieses Konzeptes werden zivile Milizen und bürgerliche Netzwerke, die die Armee unterstützen sollen, aufgestellt⁹⁸. Dieses Regierungskonzept führt gezielt zu einer starken Militarisierung der Gesellschaft⁹⁹. Hiermit ergibt sich ein markanter Kontrast zwischen der Regierungspolitik und dem Konzept der Friedenslaboratorien: Spitzelgesellschaft gegenüber Netzwerken gesellschaftlicher Vereinigungen; Zivile Milizen gegenüber Programmen für friedliches Zusammenleben.

Die EU zeigte sich mehrmals mit der neu definierten Politik der kolumbianischen Regierung sehr zufrieden¹⁰⁰. Die Union fand die Bereitschaft der Uribe-Regierung die Menschenrechte zu schützen und zu respektieren, sowie die Zivilgesellschaft anzuerkennen, als einen Fortschritt. Offiziell heißt diese Agenda „*Der Kommunitäre Staat – Entwicklung für alle*“ – ein Titel, wo eine deutliche populistische Nuance mitschwingt. Kommunitarismus steht hier für mehr Gleichheit und Entwicklung – mit anderen Worten für die ökonomische Verbesserung in einem Land, das reich an Ressourcen ist, dessen Bevölkerung aber chronisch von einem schweren sozialökonomischen Gefälle geplagt ist. Die so angekündigten Sozialprogramme von Uribe bekamen viel Applaus der Wähler und der Union. Ein weiterer Grund für das oft ausgesprochene Lob an Uribe seitens der EU sei seine Bemühung um Mitsprache und Verhandlungen mit allen Akteuren (ebd.), sowie seine Bereitschaft zur Stärkung der Institutionen und der Rechtstaatlichkeit¹⁰¹. Ein weiterer Schritt in diese Richtung ist die Einberufung einer Wahrheitskommission (Oktober 2005), deren Zweck die Wiedergutmachung und Aufarbeitung der Folgen des Konflikts ist. Eine schwierige Aufgabe, die mit dem Demobilisierungsprozess einhergegangen ist und eine

⁹⁸ Guzman, Diego: Entre Londres y Cartagena: “Se ‘embolataron’ los derechos humanos”. <http://www.dhcolombia.info/spip.php?article3> (Stand 4. März 2009).

⁹⁹ Vgl. Gärtner, Peter: „Der kolumbianische Konflikt“ Entstehung – Zusammenhänge – Dimensionen“ <http://www.quetzal-leipzig.de/wp-content/uploads/Der-kolumbianische-Konflikt.pdf> (Stand 25. April 2009).

¹⁰⁰ Vgl. Deklaration der Geberkonferenz für Kolumbien in London, abrufbar unter: <http://www.hchr.org.co/documentoseinformes/documentos/internacional/LondonDeclaration.pdf> (Stand 10. July 2003).

¹⁰¹ Vgl. PND (Nationaler Entwicklungsplan) der Regierung von Präsidenten Álvaro Uribe *Hacia un estado comunitario..* Deutsch: *Zu einem kommunitären Staat.*

Versöhnungsarbeit im Rahmen eines unbeendeten Konflikts zu leisten hatte¹⁰². Das Zustandekommen der Kommission war vor der Öffentlichkeit groß angekündigt – ihre Zusammensetzung versprach eine gerechte Vorgehensweise und sorgte sowohl international als auch innenpolitisch für große Aufmerksamkeit. Aufgrund mehrerer Probleme konnte sie jedoch noch vor dem Ablauf ihrer Tätigkeit die großen Hoffnungen, die man auf sie setzte, nicht erfüllen (vgl. ebd.). Mit solchen Maßnahmen bzw. mit deren Ankündigung gewann Uribe immerhin viel Aufsehen und Vertrauenskapital bei einem Großteil der kolumbianischen Bevölkerung. Es bedarf allerdings eines etwas genaueren Blicks unter die Oberfläche dieser gepriesenen Maßnahmen und der damit zusammenhängenden Kontroverse.

Das Umstrittenste an Uribes Strategie ist ihr Hauptziel: Die Verbesserung der Sicherheitslage durch einen intensiven Einsatz der Streitkräfte. Die letzteren werden von der Regierung nicht als bewaffnete Akteure sondern als Terroristen bezeichnet. Ein sehr fragwürdiger Teil der Regierungsstrategie ist der Einsatz möglichst vieler Zivilisten, die als Spitzel ins System gegen die Guerilla und insgesamt gegen alle möglichen „terroristischen“ Elemente eingesetzt werden. Somit werden möglicherweise kurzfristige Erfolge in der Sicherheitslage erzielt, allerdings um den Preis der Zersetzung gesellschaftlicher Netze und des Abbaus vom Sozialkapital.

Ein weiterer Kritikpunkt ist die Sozialpolitik der Uribe-Regierung, die lediglich einige wenige soziale Programme für die Förderung von schwachen Bevölkerungsgruppen vorsieht, ohne die Gründe für den bewaffneten Konflikt und die sozialen Missstände – wie z. B. fehlende Infrastruktur – behandeln zu wollen¹⁰³. Zu diesen Programmen zählen beispielsweise „*Familias en Accion*“ und „*Seguridad Alimentaria*“, die als Hilfsprojekte und nicht als Selbsthilfeprogramme definiert werden können. Das Problem liegt darin, dass diese Methoden statt zum Kompetenzaufbau der Betroffenen zu einer Abhängigkeit von weiterer Hilfe führen. Dieser Kritikpunkt wird in den Expertengesprächen explizit aufgegriffen (vgl. Interview mit L. Briceño f 6). Es handelt sich um Initiativen, die den Zielgruppen keine Chance zur Teilname am Entscheidungsprozess geben, sondern nur eine fertige von

¹⁰² Vgl. Sven Schuster: „Uribe wirft Nebelkerzen“ abrufbar unter <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Kolumbien/nebelkerzen.html> (Stand 27. April 2009).

¹⁰³ Vgl. „*PND: Deuda, Represión y negocio transnacional*“ abrufbar unter <http://colombia.indymedia.org/print.php?id=78669> (Stand 16. Febr. 2009).

oben bestimmte Lösung anbieten. Die abwertende Bezeichnung solcher „Sozialpolitik“ wird auf Spanisch als „*asistencialismo*“ bezeichnet¹⁰⁴.

Die Analyse der Politik von Uribe stellt eine sehr polarisierte Diskussion dar. Regierungskritische, unabhängige Experten¹⁰⁵ bezeichnen Präsident Uribe als Erzfeind des demokratischen Prozesses und des Sozialstaats in Kolumbien. In dieser Debatte gibt es aber auch eine andere Seite – ein Großteil der Bevölkerung zeigt starke Zustimmung zur Politik von Uribe. Welche sind die Quellen der politischen Legitimität Uribes? Der von ihm als Feind Nummer Eins inszenierte Akteur ist paradoxerweise zugleich sein stärkster Trumpf – nämlich die Guerilla¹⁰⁶. Das oberste Ziel seiner Politik ist die Zerschlagung der Guerilla sowie die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit im gesamten nationalen Hoheitsgebiet¹⁰⁷. Zu diesem Zweck setzt er mit allen Mitteln auf eine militärische Strategie zur Bekämpfung der nichtstaatlichen bewaffneten Akteure. Eine Strategie, die nicht nur mit einem verstärkten Einsatz der Streitkräfte zusammenhängt, sondern auch viele Auswirkungen auf die Menschenrechte und das internationale humanitäre Recht hat.

Zurück zur Streitfrage des militärischen Einsatzes: Vergleicht man das mit der EU-Strategie für Entwicklung und Frieden bzw. mit der Strategie der Friedenslaboratorien, würde man einen großen Widerspruch darin sehen. Anders als die EU ordnet die Regierung die Probleme in Kolumbien nach anderen Prioritätsmaßstäben. Sie erkennt nämlich nicht an, dass der Konflikt und die damit zusammenhängende Kriminalität, Gewalt und Verarmung, die im kolumbianischen Kontext in einer extremen Form vorkommen, eine Folge struktureller Probleme sind. Daher sieht das Regierungsprogramm eine Strategie für die sozialen und strukturellen Mängel erst nach der Sicherstellung des staatlichen Gewaltmonopols vor, bzw. nach der endgültigen Bekämpfung der nichtstaatlichen bewaffneten Akteure¹⁰⁸.

¹⁰⁴ *asistencialismo*, von *asistencia* – Hilfe, Beistand (PONS Spanisch-Deutsch 2005: 71). Abgeleitet von „Hilfe“. Mit diesem Begriff werden die exzessive Anspruchsnahme von unterstützenden Programmen und die daraus resultierende Abhängigkeit von weiteren Hilfsprojekten bezeichnet.

¹⁰⁵ Zu den Referenzdokumenten, die für diese Arbeit konsultiert wurden, zählen Beiträge gut gedienter Analysten und Journalisten wie z.B. Lourdes Castro, Diego Guzman, Socorro Ramirez, etc.

¹⁰⁶ Unter der Bezeichnung *Guerilla* werden in diesem Fall verschiedene aufständische Formierungen gemeint, vor allem aber die FARC.

¹⁰⁷ EU-Landesstrategiepapier. Kolumbien 2007-2013 (f 12).

¹⁰⁸ Sabine Kurtenbach, Petra Riedle, Michael Rösch: *Förderung der Zusammenarbeit von Staat und Zivilgesellschaft in Kolumbien*, in Fragile Staaten. Deutschland / Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.). Beispiele aus der entwicklungspolitischen Praxis, 2007. Baden-Baden.

Hiermit kann die zweite Hypothese aus der Analyse der Laboratorien herangezogen werden: Sie hinterfragt die Kohärenz zwischen der Regierungspolitik auf nationaler Ebene und der Verpflichtung der Regierung, das Projekt Friedenslaboratorien zu unterstützen. Der Überblick über die Hauptpunkte der *Politik der Demokratischen Sicherheit* führt zu folgenden Schlussfolgerungen: Der politische Kurs der Regierung von Álvaro Uribe, der das Land seit 2002 steuert, setzt auf Maßnahmen, die den Prinzipien der Friedenslaboratorien und des Programms PDP widersprechen. Das Zugeständnis, den Raum, in dem das Peacebuilding-Projekt seit der Gründung des Programms PDP stattfindet, für diesen partizipativen Prozess zu gewähren, ist ein politisches Manöver, mit dem die Regierung, sowohl international als auch innenpolitisch Gutpunkte gewinnt. Durch die Zusage für die Laboratorien (bzw. für das Programm PDP) verschafft sich der Staat einen Spielraum, der später zu den Zwecken des offiziellen Regierungskurses dient.

Folgt man diesem Gedanken weiter, kommt man zum Schluss, dass die kolumbianischen Regierenden die Friedenslaboratorien aus dem gleichen Grund wie die Programme PDP, die viel länger existieren, tolerieren. Die staatliche Gönnerschaft, die das Projekt genießt, ist eine Art von Öffentlichkeitsarbeit der Regierung. *Welcher Effekt wird damit erzielt?* Auf dem ersten Blick entsteht der Schein eines starken Regierungsengagements für soziale Politik und Demokratie. Jedoch zeigt die Auseinandersetzung mit der Regierungsstrategie, dass diese das Soziale nur wenig fördert. Folglich kann man die Schein-Gunst der Regierung als ein subtiler Versuch zur Eindämmung progressiver Praktiken für Frieden und Entwicklung interpretieren. Das könnte auch als eine verkappte Art zur Infiltrierung der Regierungspolitik unter Akteuren der Mittel- und Basisebene gesehen werden.

„Ich werde etwas sagen, es ist sehr drastisch. Ich sag es mit großer Vorsicht – man kann es falsch interpretieren. Ich glaube, dass die Regierung versucht, uns, das Programm PDP, in ihre Politik hineinzuziehen. In welchem Sinne? Sie lassen uns handeln, mit unserem Konzept, weil wir als sehr progressiv und reformatorisch gelten. Aber man weiß, dass die offizielle Politik anders ist. Als ob man uns ins Lager ziehen will, weil unsere Politik mit der anderen nicht übereinstimmt.“ (Interview mit L. Briceño f 2).

Was ist der Grund für die Zusage der Regierung zum Projekt „Friedenslaboratorien“ und was wird dadurch erreicht? Es ergibt sich eine Schein-Verpflichtung der staatlichen Top-

ebene-Akteure, die durch die Präsenz des Präsidenten und die Aufnahme dieses Projekts als Teil des nationalen Entwicklungsplans, glaubwürdig gemacht werden soll. Als Folge davon gelten die Laboratorien als ein Teil der sozialen Regierungsstrategie, jedoch gibt es außerhalb dieses Rahmens keine Schnittstelle, wo die Ziele der Laboratorien mit jenen der *Politik der Demokratischen Sicherheit* übereinstimmen. Aus der Perspektive der Nachhaltigkeit bedeutet das, dass die Ziele der Laboratorien (die nach dem Lederachs Konzept als eine langfristige Initiative zu betrachten sind) in der Zukunft nicht verwirklicht werden können. Sie werden möglicherweise nur ein Projekt mit Teilerfolg bleiben, das nie zu einem einheitlichen Prozess wachsen können wird. Und vice versa: Würde eine tatsächliche Übereinstimmung der nationalen Politik mit solchen regionalen Friedensprojekten zustande kommen, werden Einzelergebnisse (wie im Fall der Laboratorien), die sich auf die Konfliktdynamik in der jeweiligen Region auswirken, zu einer einheitlichen Strategie, die eine wirkungsvolle Alternative zum Frieden bieten kann.

5.2. Akteure auf der Topebene: Die EU als Partner in Peacebuilding

5.2.1. Ausblick über die internationale Kooperation vor den 1990er Jahren

Die Friedenslaboratorien sind ein Projekt der internationalen Kooperation der EU in Kolumbien. Es stellt zugleich einen Wendepunkt dieser Kooperation dar und steht als Wahrzeichen des EU-Engagements für den Friedensprozess. Das Besondere an der Unterstützung der EU liegt daran, dass sie zum Unterschied von den USA, den Konflikt in Kolumbien als eine Folge der strukturellen Probleme sieht (vgl. Ramírez 2006: 82, 83). Die EU sieht die Lösung des Konflikts in einen Verhandlungsprozess zwischen den Konfliktparteien, sowie in der Milderung des starken ökonomischen Gefälles. Sie ist der Ansicht, dass die Situation in Kolumbien, nicht nur eine Folge des bewaffneten Konflikts ist, sondern dass „sie auch eine soziale, politische und kulturelle Dimension hat“ (Ramírez 2006: 81, 82). Dazu kommt die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und Wirtschaftsentwicklung und Wiederaussöhnung (EU-Landesstrategiepapier 2007-2013, f 33). Dieses Anliegen wird am Beispiel der Friedenslaboratorien gezeigt. Dadurch wurden „lokale Initiativen zur Schaffung von Friedenszonen und Räumen für das ausgewogene Miteinander der Bürger unterstützt“ (ebd.).

Ende der 1990er als der Friedensprozess in Kolumbien im Aufwind war, agierte die EU als Mediator zwischen den Verhandlungsparteien (d.h. zwischen dem Staat und den diversen bewaffneten Akteuren) und wurde von staatlichen aber auch von zivilgesellschaftlichen Akteuren um diese Dienste gebeten. Um die Unterstützung Europas wurde angesucht, da der Konflikt eskaliert war (vgl. Ramírez 2006: 97). Die Union verfolgte die Entwicklung des Friedensprozesses und hatte oft die Rolle des Beobachters bei den Gesprächen zwischen den Kriegsparteien. Der gewaltlose Ansatz zur Konflikttransformation der EU bildet einen klaren Kontrast zur anderen Strategie, die in Kolumbien verfolgt wird – der von den USA unter der Regierung Andrés Pastranas implementierten *Plan Colombia*. Die US-Strategie reduziert die Möglichkeiten für Konflikttransformation auf die militärische Zerschlagung der aufständischen Gruppen durch eine drastische Erhöhung des Potentials der Streitkräfte und durch eine sehr umstrittene Bekämpfung des Drogenhandels und der illegalen Anpflanzungen.

Die EU hingegen lehnte diese Option¹⁰⁹ kategorisch ab und sprach sich für eine soziale und friedliche Konflikttransformation durch die Bewältigung der jahrzehntelangen sozialen Differenzen und der ökonomischen Missstände aus. Ein weiterer Teil der EU-Strategie ist die Förderung von demokratischer Staatlichkeit und demokratischen Institutionen.

Traditionell engagierten sich die EU und die anderen involvierten europäischen Akteure für einen Verhandlungsprozess zwischen den Konfliktparteien. Neben der EU sind auch einzelne EU-Länder mit bilateralen Kooperationsprogrammen in Kolumbien, bzw. im Friedensprozess tätig. Dazu kommen auch nichtstaatliche Akteure wie NGOs und diverse Arbeitsgruppen, deren Zahl seit den 90er Jahren sichtbar gestiegen ist. Daher spricht man von einer neuen Art des Engagements seitens verschiedener europäischer Akteure, wie z.B. der EU aber auch zivilgesellschaftlicher Organisationen. Die Folge davon ist die finanzielle (nicht nur die moralische) Unterstützung für Projekte. (vgl. Ramírez 2006: 95). Die von den involvierten europäischen Akteuren geführte Diskussion darüber trug viel dazu bei, die Konfliktproblematik zu verstehen, wie z.B. warum und inwieweit die Streitkräfte gefördert werden sollen, um die Sicherheit der Bevölkerung zu garantieren sowie um eine Auswahl von angemessenen Maßnahmen zu treffen. Diese gesamte Polemik hat die Wahrnehmung des Konflikts geprägt (ebd.).

¹⁰⁹ Vor allem ist das in der Ablehnung der Unterstützung für Plan Colombia mit 474 Gegen-Stimmen im europäischen Parlament zu sehen (vgl. Ramírez 2006: 85).

Allerdings ist die wohlwollende Stimmung zur mehr Kooperation für Kolumbien nicht einhellig. Der Union fehlt es immer noch an einer klaren Position dazu (vgl. Ramírez 2006: 93). Hier steckt eines der Hauptprobleme für die effektive Unterstützung der EU (vgl. ebd.). Die Vereinbarung einer einheitlichen, unter allen EU-Ländern abgestimmten, Position zum bewaffneten Konflikt hängt nicht nur mit der heterogenen Struktur der auf 27 Staaten erweiterten Union zusammen, sondern auch mit anderen Problemfragen, die in dieser Analyse besprochen werden¹¹⁰.

Die wichtigsten Dokumente der EU-Kooperation mit Kolumbien sind die letzten zwei Landesstrategiepapiere – für die Periode 2002-2006 und 2007-2013. Sie stellen einen Wendepunkt in der EU-Politik gegenüber Kolumbien dar. Darin verpflichtete sich die Union zur Finanzierung von Programmen, die auf eine Wirkung in den wichtigsten Problem-bereichen in Kolumbien abzielen (vgl. EU-Landesstrategiepapier für Kolumbien 2007-2013, f 27).

Diese entsprechen den drei thematischen Schwerpunkten der Friedenslaboratorien – Frieden und Stabilität samt alternativer Entwicklung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte sowie Wettbewerbsfähigkeit (ebd.). Die Friedenslaboratorien in Magdalena Medio wurden mit der Unterzeichnung des finanziellen Abkommens im Februar 2002 offiziell implementiert¹¹¹. Dieses Projekt kam im Zuge einer Intensivierung der Zusammenarbeit der EU mit Kolumbien zustande. Bis 1984 bekam das Land fast keine Entwicklungshilfe und es gab wenig Engagement für die Unterstützung des Friedensprozesses. Ab 1984 wurde die Hilfe für Kolumbien schrittweise auf 87 Mio. ECU erhöht – eine steigende Tendenz, die in der Bereitstellung von mehr als 160 Mio. Euro für die Periode 2007-2013 mündete¹¹². Die Mittel wurden für die so genannten „*allgemeine und spezifische Ziele*“ vorgesehen. Zu den ersteren gehören die Konsolidierung der Friedensaktionen, die Stärkung der institutionel-

¹¹⁰ Zu den am meisten diskutierten Fragen der gegenwärtigen EU-Politik gegenüber Kolumbien zählen die Bedeutung des Landes als Handelspartner der Union, die sich verändernden Interessen, die immer wieder neu definiert werden, die relative Entfernung des Landes: d.h. dass es weder strategisch-militärisch noch aus der Sicht des globalen Kampfes gegen den Drogenhandel eine direkte Gefahr für die EU darstellt. (Vgl. Ramírez 2006: 74).

¹¹¹ CEF - convenio específico de financiación, abrufbar unter <http://www.kus.uu.se/pdf/publications/Colombia/Anexo1.pdf> (Stand 12. Febr. 2009).

¹¹² Vgl. EU-Landesstrategiepapier für Kolumbien (2002-2006 bzw 2007-2011), abrufbar unter http://ec.europa.eu/external_relations/colombia/csp/02_06_en.pdf http://ec.europa.eu/external_relations/colombia/csp/07_13_en.pdf (Stand 15. Jän. 2009).

len Kapazitäten und der nachhaltigen Entwicklung in verschiedenen Regionen des Landes, insbesondere in denen, auf die sich die, von der EG im Zeitraum 2002-2006 finanzierten Aktionen für den Frieden und die lokale Entwicklung konzentrierten (EU-Landesstrategiepapier 2007-2013 f34). Dazu kam die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit, der Produktivität und des Handels (vgl. EU-Landesstrategiepapier 2007-20013: f37). Dieser wirtschaftlich orientierte Schwerpunkt ist auch im Konzept der Friedenslaboratorien zu sehen – er bildet die dritte Komponente: Produktiven Projekte zur nachhaltigen Entwicklung.

5.2.2. Interesse und Desinteresse der EU

In der Diskussion über die Rolle und das Ausmaß der EU-Teilnahme an der Lösungssuche im kolumbianischen Konflikt schwanken die Meinungen. Es ist schwierig einzuschätzen, wie groß das europäische Interesse an Kolumbien ist. Das Fazit fällt je nach Standpunkt anders aus. Hier werden die wichtigsten dieser Meinungsperspektiven präsentiert. An erste Stelle kommt die Frage ob die EU strategisch-ökonomische Interessen hat, welche ein stärkeres Engagement für Kolumbien bzw. dessen Friedensprozess rechtfertigen können. Manche Experten behaupten, die Union habe sich von ihrer Rolle als aktiver Mediator im Konflikt zurückgezogen, weil sie dort weder in politischer noch in wirtschaftlicher Hinsicht wichtige Positionen hat. Auf diese Weise kam es zu einem Engagement auf Sparflamme seitens der EU, obwohl diese traditionellerweise einem Kurs zur Förderung der Demokratie und des Friedensprozesses gefolgt ist.

Welche Prioritäten der EU-Wirtschaft gibt es, die eine intensivere Kooperation mit Kolumbien rechtfertigen können? In der neuen Politik gegenüber Kolumbien bleibt dieses Thema ein Bereich mit vielen Unbekannten. Die Bedeutung Kolumbiens als EU-Handelspartner wird unterschiedlich interpretiert. Was außer Zweifel steht, ist die Bedeutung der EU für Kolumbien selbst, denn die Union ist (nach den USA) der zweit wichtigste Handelspartner Kolumbiens und der größte Investor im Land¹¹³.

Welche anderen Faktoren bedingen die EU-Politik gegenüber Kolumbien? Welche davon fördern die Intensivierung der Zusammenarbeit und welche sprechen dagegen? Die Ko-

¹¹³ Vgl. http://ec.europa.eu/world/peace/geographical_themes/colombia/index_en.htm (Stand 25. Febr. 2009).

lumbien-Expertin Lourdes Castro weist darauf hin, dass Europa genauso wie Kolumbien in den letzten Jahren turbulente Zeiten erlebt hat, die viele Auswirkungen auf die internationale Kooperation einschließlich auf die Förderung für den Frieden in Kolumbien haben¹¹⁴. Die wichtigsten dieser Faktoren seien:

- Der von den USA ausgerufenen Krieg gegen den Terrorismus.
- Die Ruptur der Verhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC (während der Amtsperiode von Präsidenten Pastrana).
- Die neue politische Lage in Kolumbien: Der Amtseintritt von Präsidenten Álvaro Uribe und die Implementierung seines Programms zur Verbesserung der Sicherheitslage und der Bekämpfung der Guerilla, die so genannte Demokratische Sicherheit – d.h. die Sicherstellung einer inneren Ordnung und die Wiedergewinnung der Präsenz auf dem gesamten Staatsgebiet wurde zur Hauptpriorität.
- Die neue Rolle der EU als globaler Player. Demnach will sich die EU gleichzeitig als globaler Spieler behaupten, ohne die USA zu konfrontieren, gleichzeitig aber demonstriert sie klar, dass die europäische Friedensinitiative auf andere Mittel als die militaristische Strategie der USA setzt.
- Die Erweiterung der EU auf 27 Mitgliedsländer und deren Folgen für die Konkordanz der Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Das schließt in sich eine ganze Palette neuer Probleme ein, die sich aus dem Beitritt der neuen Mitglieder ergeben. Das führt möglicherweise zu einer Verschiebung der Interessen der EU-Außenpolitik zum Nachteil anderer, nicht europäischer Länder.

Hier wird die doppelte Bedeutung der Friedenslaboratorien sichtbar – sie sind ein sehr wichtiges EU-Projekt, welches mit den Topebene-Akteuren, der EU und der kolumbianischen Regierung, abgestimmt ist. Allerdings entstehen die Laboratorien in einem unterschiedlichen politischen und ökonomischen Kontext, der mehr mit den regionalen Akteuren (der Mittel- und Basisebene) als mit der Spitze zu tun hat. Traditionell pflegt die EU ihr Image als Befürworter der Demokratie. Ist jedoch im Fall Kolumbiens eine wertorientierte Haltung ausreichend, um ihre Politik zu bestimmen? Oder ist der Diskurs von ge-

¹¹⁴ Vgl. Castro G Lourdes: “A Proposito de la Mesa de Coordinacion y Cooperacion para Colombia: Algunas claves para la discusion”. Abrufbar unter: <http://www.cooperacioninternacional.com/descargas/lourdes.pdf> (Stand 4. März 2009).

meinsamen Werten und Demokratie nur eine thematische Floskel, die als Anhängsels zu den strategisch-ökonomischen Interessen angeboten wird?

Zu den Geboten der Wirtschaft, die nach neuen Absatzmärkten in Lateinamerika verlangen, kommen auch geopolitische Überlegungen ins Spiel. Laut diesen ist die EU an einer stärkeren Rolle in Kolumbien interessiert, weil ihr das einen politischen Vorteil gegenüber den USA geben kann. Dahinter steckt die Idee, dass die EU nicht mehr die zweite Geige spielen will, sondern dass sie versucht, zu einem wichtigen politischen Akteur in dieser Region zu avancieren¹¹⁵. Solche Gedanken führen zu einem delikaten Abwägungsspiel, weil das bedeuten würde, dass die Union anders als die traditionelle Vormachtsstellung der USA in Kolumbien eine andere politische Vision anbietet, welche die Friedenskultur fördert. Dies würde jedoch das Risiko einer Konfrontation mit den USA erhöhen. Eine frontale Kollision mit der globalen Macht USA ist aber unerwünscht. So ergibt sich ein Dilemma für die EU-Politik in der Region – welche Prinzipien und welche Interessen soll die Union verfolgen, um gleichzeitig in der Lage sein zu können, sich als wichtiger internationaler Partner zu behaupten? Die zwei Optionen die sich präsentieren sind gewaltfreie Konfliktbearbeitung oder Unterstützung des *Plan Colombia* als Verbündete der USA. Mit den Friedenslaboratorien aber hat die EU einen geschickten Zug vollzogen. Sie lanciert eine neue Strategie im Einklang ihrer neu konzipierten internationalen Kooperation, indem sie sich einem schon erprobten Projekt anschließt.

5.2.3. EU und die kolumbianische Regierung

Egal welche dieser Überlegungen das Interesse der EU in Kolumbien am besten begründet, liegt es auf der Hand, dass seit 2002 ein neuer, intensiver Kurs verfolgt wird, in welchem die Laboratorien einen zentralen Platz einnehmen. Wie bereits erwähnt, sind die Laboratorien eine Peacebuilding-Initiative, welche auf einen innerstaatlichen Konflikt, einschließlich auf die damit verbundenen strukturellen Probleme, einzuwirken versucht. Das Konzept dieses Projekts umfasst alle Prinzipien, die die Union in ihrer Kooperation verfolgt. Für die erfolgreiche Verwirklichung der Prinzipien und der Ziele der Kooperation wird ein geeignetes Instrumentarium gebraucht, mit dessen Hilfe die Union Einfluss auf die Akteure im

¹¹⁵ Vgl. A stronger Partnership between the European Union and Latin America Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities, 2006, f 5. abrufbar unter http://ec.europa.eu/external_relations/la/docs/com05_636_en.pdf (Stand 14. Mai 2009).

jeweiligen Prozess ausüben kann. Hier rückt die Frage: *Wie effektiv agiert die EU in der Verwirklichung ihrer demokratischen Prinzipien und was wird dadurch erreicht?*

Die Friedenslaboratorien stellen eine neue politische Strategie dar. Sie besteht aus mehreren, nicht nur politischen Elementen. In diesem Punkt zeigen sich die Laboratorien als ambitioniertes Projekt mit einer umfassenden Zielsetzung und einem großen Spektrum von Subprojekten. Dies wurde im vorigen Kapitel dargestellt, was viele Argumente für ein positives Gutachten über das Potential der Laboratorien ergeben hat. Abgesehen von der Erfolgseinschätzung und den derzeitigen Resultaten, ist es wichtig zu analysieren, ob die Friedenslaboratorien für die gesamte Strategie der EU im bewaffneten Konflikt und für die sozialpolitische Lage in Kolumbien relevant sind, sowie inwieweit die EU-Position zum Demokratisierungsprozess in Kolumbien mit den Zielen der Laboratorien übereinstimmt. Die heikle Frage ist, ob die EU auf die Politik zu Menschenrechten und zum demokratischen Regieren in Kolumbien Einfluss ausüben kann.

Die Friedenslaboratorien stellen jedoch nur einen Teil des gesamten EU-Instrumentariums dar. Es lohnt sich daher einen Blick auf die Position der EU insgesamt zu ähnlichen Problemfragen, wie z.B. den Schutz der Menschenrechte oder die Anerkennung der zivilgesellschaftlichen Akteure zu werfen. Das Projekt, das als eine der größten EU-Initiativen in Kolumbien gilt, ist allerdings für die EU gesamte Politik in Kolumbien nicht repräsentativ, wenn man die regionalen Friedensarbeitsprojekte mit den Beziehungen der politischen Akteure auf der Topebene vergleicht. Es gibt Indizien, die auf einen unzureichenden Einsatz der EU hinweisen. Das ist sichtbar, wenn es darum geht, im Fall von Menschenrechtsverletzungen oder unzureichendem Menschenrechtsschutz, diplomatischen Druck auf die Regierung auszuüben. In vielen Fällen werden demokratische Voraussetzungen von der Regierung nicht eingehalten und man spricht von einem zu „sanften“ diplomatischen Druck der Union. Ihr Willen, auf die Förderung der Zivilgesellschaft und Demokratie einzuwirken und sich für den Friedensprozess einzusetzen, wird eher sprachlich als tatsächlich in der EU-Kooperationsagenda zur Schau gestellt.

5.2.4. Einflussmöglichkeiten der EU: Instrumente und Strategien

Blicken wir kurz auf die Instrumente und Strategien, mit denen die EU Druck auf die kolumbianische Regierung auszuüben versucht, um sie zum Einhalten der Verpflichtungen zum demokratischen Regieren und Einhalten des internationalen humanitären Rechts sowie insgesamt zu mehr Menschenrechtsschutz aufzufordern. Zu den eingesetzten Mitteln gehören die Deklarationen, die auf den diplomatischen Treffen der internationalen Kooperation verabschiedet werden. Zur Gruppe der kooperierenden Länder (G 24) zählen die EU bzw. ihre Mitgliedsstaaten, und Repräsentanten anderer internationaler Akteure (z.B. die Weltbank, das UNDP etc.). Die wichtigsten dieser beratenden Runden waren die von Präsident Uribe organisierten Gipfel in London (2003), Cartagena (2005) und Bogotá (2007), die offiziell als Geberkonferenzen gelten¹¹⁶. Dort bietet sich eine Möglichkeit zur Bestandsaufnahme der politischen und ökonomischen Entwicklung in Kolumbien. Dabei wird geprüft, wie die Empfehlungen der internationalen Rechtsorgane (z.B. des Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte) umgesetzt wurden.

Die Gipfel-Deklarationen spiegeln die Entwicklungen im Dialog zwischen der Regierung und der EU (bzw. den anderen unterstützenden Ländern und Organisationen) wieder. Interessant für die Analyse ist die Deklaration von London¹¹⁷. Dabei sieht man viel Lob für die geplanten sozialen und ökonomischen Reformen von Präsident Uribe und für die Tatsache, dass die Regierung die Rolle der Zivilgesellschaft und der NGOs anerkennt (ebd.). Bezüglich der mangelnden Bemühungen für die Umsetzung demokratischer Anforderungen ist eine laue Kritik bemerkbar. Anstatt Rüge für die Nichteinhaltung der angenommenen Verpflichtungen gibt es vornehmlich Lob für die implementierte Politik der Uribe-Regierung. Die Geberländer haben die Möglichkeit, an die kolumbianische Regierung gewisse Bedingungen für die Gewährleistung der Kooperation zu stellen. Das sind z.B. die Anforderungen zum Einhalten der Menschenrechte, die eine Voraussetzung für die weitere Bereitstellung von humanitärer Hilfe und für die Unterstützung für den Friedensprozess ist¹¹⁸. Der Spielraum ist allerdings nicht sehr groß – die EU kann mit mehr Beharrlichkeit darauf insistieren und ihre Hilfe stärker davon abhängig machen. In einem solchen Falls aber ris-

¹¹⁶ Originale Bezeichnung – *mesas de donantes* (auch *mesas de cooperantes*) (Anm. d. Verf.).

¹¹⁷ Vgl. London Declaration, London donors' meeting, July 10, 2003. Abrufbar unter: <http://www.hchr.org.co/documentoseinformes/documentos/internacional/LondonDeclaration.pdf> (Stand 25. März 2009).

¹¹⁸ Vgl. La Mesa de Coordinación y Cooperación, una opción alternativa. Instituto de estudios geoestrategicos. Universidad Nueva Granada (Stand 7. März 2009).

kiert sie, dass die kolumbianische Regierung auf sie als führenden internationalen Gesprächspartner in der Konflikt Diskussion verzichten könnte¹¹⁹.

Es gibt auch andere internationale Akteure wie z.B. die Beobachterorgane der UN¹²⁰ oder eine Reihe von Nichtregierungsorganisationen (der erwähnte nichtstaatliche Organisation HRW etc.), die auf die prekäre Lage der Menschenrechte in Kolumbien scharf reagieren. Die ambivalente Haltung der kolumbianischen Regierung und der EU-Institutionen sowie die politische Lethargie der EU werden an den Pranger gestellt. Diese Kritik kommt von Seiten anderer im Friedensprozess involvierter Akteure – nichtstaatlicher europäischer oder kolumbianischer NGOs sowie anderer Teile der Zivilgesellschaft. Es lohnt sich, einen Vergleich zwischen der offiziellen Politik des Staates zur Konflikttransformation und Stärkung der Demokratie in Kolumbien und deren aktueller Lage zu machen. Was aus den Gipfel-Deklarationen herauszulesen ist, entspricht nicht der realen Situation des Friedensprozesses, Beispielweise der Menschenrechtslage und der diesbezüglichen Politik der Regierung. Viele fragwürdige Ereignisse werden nicht zur Kenntnis genommen, wie z.B. die Tatsache, dass es der Regierung bis jetzt nicht gelungen ist, die dringenden Empfehlungen zur Verbesserung des Rechtsstaates zu erfüllen. Das wird in einer Reihe unabhängiger Analysen, wie z.B. dem jährlichen Bericht von *Human Rights Watch* oder des Büros des Hohen Kommissars für Menschenrechte der UN zur Schau gebracht¹²¹. Diese Dokumente liefern mehrere Beweise dafür, dass die Regierung in unterschiedlichem Ausmaß für schwerste Menschenrechtsverletzungen verantwortlich ist¹²².

Welche Schlüsse sind aus der diplomatischen Diskussion über den Stand der Demokratisierung in Kolumbien zu ziehen und was sagen diese über die eigentliche Lage im Friedensprozess aus? Die Folge davon ist ein geschlossener Kreis: Eine Reihe wichtiger internationaler Organisationen (die EU, die G 24, u.a.) verabschieden Deklarationen über die Lage der Demokratie. Die damit zusammenhängenden Probleme¹²³ werden zur Kenntnis

¹¹⁹ Sabine Kurtenbach, Petra Riedle, Michael Rösch: *Förderung der Zusammenarbeit von Staat und Zivilgesellschaft in Kolumbien*, in Fragile Staaten. Deutschland / Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.), Beispiele aus der entwicklungspolitischen Praxis, 2007. Baden-Baden

¹²⁰ In Kolumbien sind vor allem die NGOs Human Rights Watch und Amnesty International tätig, die jedes Jahr Berichte über die Lage der Demokratie veröffentlichen.

¹²¹ Vgl. <http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/G09/118/54/PDF/G0911854.pdf?OpenElement> (Stand 12. März 2009) und Human Rights Watch. Report 2009, Chapter Colombia. <http://www.hrw.org/en/node/79342> (Stand 8. März 2009).

¹²² Gemeint ist hier vor allem die Regierung als Hauptgestalter der Politik und Koordinator der anderen Repräsentanten der Staatsgewalt.

¹²³ wie z.B. die chronische Schwäche des kolumbianischen Staates

genommen. In gewissen Fällen werden auch neue Bedingungen für die internationale Kooperation aufgestellt, die mehr demokratische Verpflichtungen für die Bereitstellung von Hilfe voraussetzen. Obwohl sie seitens der Regierung akzeptiert werden, bleiben sie selten erfüllt¹²⁴. So entsteht der Schein einer energischen Kooperation unter den internationalen Partnern und dem kolumbianischen Staat, aber Protest und Kritik werden nur mit leiser Stimme ausgesprochen. Die diplomatischen Treffen sind kein wichtiges Instrument der internationalen Partner Kolumbiens, sondern sie bleiben nur ein halbherziges Einflussmittel, das der Ernsthaftigkeit der Situation nicht entspricht.

Auf internationaler Ebene verpflichtet sich die Regierung mit einer offiziellen Deklaration über die Sicherstellung von Menschenrechten und demokratischen Normen, innenpolitisch jedoch ändert sich nichts. Im Gegenteil: internationale Beobachter-Organisationen berichten immer wieder von größten Menschenrechtsverletzungen und schweren Demokratiemängeln¹²⁵. Diese Überlegungen ergeben das folgende Fazit: Die diplomatischen Treffen bzw. die internationalen Aufsichtsinstrumente haben nur wenig Wirkung auf die Menschenrechtspolitik in Kolumbien. Sie sind auch für den gesamten innenpolitischen Prozess von nur geringer Relevanz. Es wird zwar nicht verneint, dass die Politik schon Teilerfolge feiern konnte: Auf der offiziellen Habenseite der Regierung sind z.B. gesunkene Verbrechensraten zu verzeichnen, aber das auseinander klaffende Gefälle zwischen Reich und Arm wird immer größer. Dies bleibt, nach wie vor, neben der Gewalt und Armut die größte Herausforderung für das Land¹²⁶. Auf Menschenleben wird weiterhin nur wenig Wert gesetzt. Das Land hat die zweitgrößte Zahl an Binnenvertriebenen weltweit¹²⁷. Insgesamt bleibt das Gewaltausmaß sehr hoch. Die Rate der politischen Verbrechen ist zwar etwa gesunken, aber andere Art von gewalttätigen Akten, wie z.B. Entführungen oder Morddrohungen sind gestiegen¹²⁸.

¹²⁴ Vgl. Lourdes Castro G.: A propósito de la mesa de coordinación y cooperación para Colombia: Algunas claves para la discusión. Unter <http://www.cooperacioninternacional.com/descargas/lourdes.pdf> (Stand 4. März 2009).

¹²⁵ Vgl. Berichte von HRW, Pax Christi, das Büro des UNHCHR etc.

¹²⁶ Vgl. The World Bank: Colombia country brief. Challenges ahead. <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/LACEXT/COLOMBIAEXTN/0,,menuPK:324969~pagePK:141132~piPK:141107~theSitePK:324946,00.html> (Stand 14. Mai 2009).

¹²⁷ "With 2 to 3 million displaced persons, Colombia presents the highest number of internally displaced people in the western hemisphere, and the second largest displaced population in the world after Sudan". UNHCR. State of the world refugees. Unter <http://www.unhcr.org/publ/PUBL/4444d3ce20.html> (Stand 14. Mai 2009).

¹²⁸ Vgl. Colombia: International community must demand action on human rights, abrufbar unter <http://www.reliefweb.int/rw/RWB.NSF/db900SID/MHII-6975GR?OpenDocument&rc=2&emid=ACOS-635NUU> (Stand: 16. März 2009).

Es ist nicht die Aufgabe dieser Analyse, eine Evaluation der gesamten Konfliktodynamik zu machen, sondern nach der Konvergenz zwischen der Regierungspolitik auf nationaler Ebene mit dem Prozess für Entwicklung und Frieden am Beispiel der Laboratorien zu fragen. Die unterschiedlichen Tendenzen, die auf diesen zwei Ebenen verlaufen, zeigen, dass die Bemühungen um Frieden der Topebene-Akteure leider von nur niedriger Intensität sind, und dass die kolumbianische Staatsführung unwillig ist, einen alternativen Weg zum Frieden durch Mitsprache aller Akteure einzuschlagen. Wie sonst ist es zu argumentieren, dass die Regierung die Anforderungen der internationalen Rechtsorgane mehrere Jahre lang nicht zu erfüllen vermag¹²⁹? Die negativen Berichte des Hohen Kommissars für Menschenrechte zeigen die Unangepasstheit zwischen der politischen Verpflichtung und dem realen Tatbestand in Kolumbien. Die Tatsache, dass der Staat nicht nur unfähig ist mit den Anforderungen fertig zu werden, sondern auch dass er bzw. manche Staatsakteure selbst an diversen Verstößen gegen die Menschenrechte Schuld tragen, sorgt für große Beunruhigung.

“To date, inquiries have been opened into dozens of current or former members of congress over their alleged ties to the United Self-defence Forces of Colombia (AUC) paramilitaries. Most of those being investigated are allies of President Uribe, including his cousin Mario Uribe, although the president himself has not been implicated.” (BBC News. Profile: Alvaro Uribe Vélez).

Noch schwerwiegender ist, dass diese Tatsache von den kooperierenden internationalen Akteuren, das Augenmerk gilt hier der EU, nicht mit der nötigen Ernsthaftigkeit wahrgenommen wird. Anstatt von der EU wegen der Doppelseitigkeit der Regierungspolitik, die zu mehr sozialer Ungleichheit und zu einer nur gemäßigten Verbesserung der Sicherheit im Land führte, gerügt zu werden, wird die Regierung im Allgemeinen, und der Präsident im Speziellen, von der EU hochgelobt.

5.2.5. Mehrwert der Beteiligung der EU für die Peacebuilding-Initiativen

¹²⁹ Hier ist v.a. die Rolle des Hohen Kommissars für Menschenrechte der UN, bzw. dessen Büro in Bogotá gemeint. Das Büro wurde 1997 als Maßnahme zum erhöhten Menschenrechtsschutz in Bogotá eröffnet, Vgl. Link: <http://www.ohchr.org/EN/Countries/LACRegion/Pages/COSummary.aspx> (Stand: 26. April 2009).

Die Friedenslaboratorien zeichnen sich durch eine relativ große Finanzierung, die die Union sicherstellt, aus. Der Mehrwert der EU-Teilnahme ist aber nicht so sehr an der Größe der Finanzmittel sondern an der politischen Bedeutung der EU zu messen. Wichtig ist es, diese EU-Teilnahme sowohl als internationaler Partner der kolumbianischen Regierung als auch als Unterstützer im regionalen Prozess in Magdalena Medio zu messen. Wenn man alle Effizienzfaktoren eines Projekts zusammenzählt, kommt das Ausmaß der finanziellen Ressourcen auf der Prioritätenliste für den Projekterfolg weit nach hinten. Viel entscheidender ist der politische Wille der Union, eine intensivere Rolle im Friedensprozess zu spielen, indem sie alternative Formen der Friedenssuche, wie z.B. das Programm für Entwicklung und Frieden unterstützt. Diese Hilfe findet Ausdruck im Zustandekommen der Friedenslaboratorien als ein komplementäres Projekt zu den bereits existierenden Initiativen.

Die verschiedenen politischen Ereignisse und Faktoren, die im Zeitraum dieser Projekte zu beobachten sind, spielen eine Rolle im gesamten Prozess für Entwicklung und Frieden. Es ist deshalb schwierig herauszufinden, welche Leistungen betreffend einer Verbesserung der sozialen und ökonomischen Lage in der Implementierungsregion (Magdalena Medio) an der EU-Teilnahme liegen. Es gibt solche, die dank der EU-Präsenz zustande kamen und andere, die eine Errungenschaft des Programms PDP sind. Darüber hinaus bestehen weiterhin viele Bedürfnisse, die nach einer Lösung drängen.

Die bisherige Analyse zeigte, dass die Friedenslaboratorien kein Novum im Bereich der Peacebuilding-Initiativen sind – sie kamen als Ergänzung eines schon früher angelaufenen Projekts in Gang. Das Innovative daran ist die Tatsache, dass sie das erste Projekt im Großmaßstab im Rahmen der EU-Kooperation und eine wichtige Unterstützung für den Friedensprozess in Kolumbien sind. Die Laboratorien unterscheiden sich in ihren Ausmaß nicht nur von anderen ähnlichen Projekten in der Region, sondern auch von der bisherigen Peacebuilding-Arbeit der EU in Kolumbien. Der Unterschied liegt vor allem darin, dass sie zum ersten Mal eine Strategie implementieren, die unter Berücksichtigung des Konflikts eingesetzt wird¹³⁰. Somit kommt es zu einem neuen Verständnis für die Konfliktsproblematik in Kolumbien. Dieser Ansatzpunkt ist eine Art Wiedergutmachung für die Schwächen der vorherigen Projekte europäischer Akteure. Zur Kritik an den früheren Beiträgen

¹³⁰ Vgl. Philipp Schönrock: Möglichkeiten eines Engagements der europäischen Union für Kolumbien, abrufbar unter http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/09_kkf_06_mee.pdf (Stand 24. Jan. 2009).

zur Friedenssuche zählt das mangelnde Wissen über das Spezifische des Konfliktes in Kolumbien und über die dadurch entstehende Problematik. Das war auch der Grund für frühere Ressentiments und Unzufriedenheit wegen der Projektauswahl der europäischen Akteure (vgl. Ramírez 2006: 101, 103). Die Kooperationsprojekte für Kolumbien vor diesem Zeitpunkt haben nicht erkannt, dass der bewaffnete Konflikt der Grund für die kritische Lage der Menschenrechte und für die in allen Bereichen herrschende Gewalt ist (vgl. ebd.).

Verfolgt die EU beharrlich genug ihre Position zur Förderung der Demokratie in Kolumbien? Wie groß und wie effektiv ist der Druck auf die Regierung, die angenommenen Verpflichtungen einzuhalten? Diese Fragen entfachen eine heftige Diskussion. Die Kritiken basieren auf den offiziellen Stellungnahmen der internationalen Akteure. Wie wahr und wie groß ist das europäische Engagement – das ist eine der zentralen Fragen im Rahmen dieser Diskussion, die auch einen Teil der Analyse der Friedenslaboratorien ausmacht.

Es ist interessant, die Relevanz der aufgenommenen EU-Verpflichtung zur Kooperation im Friedensprozess und die Beständigkeit, mit der die EU in dieser Frage interveniert, zu analysieren. In dieser Problematik sieht man zwei entgegengestellte Meinungen. Laut der ersten, übt die EU einen zu schwachen Druck auf die Regierung aus¹³¹, allerdings nicht zuletzt, weil ihr Interesse am Friedensprozess nachgelassen hat, so der Eindruck zivilgesellschaftlicher Akteure in Kolumbien (vgl. Ramírez 2006: 99). Betrachtet man die jährlichen Berichte der UN sowie die schon zitierten Dokumente der Menschenrechtsorganisationen¹³² kommt es zu Verwunderung angesichts der Abwesenheit von „Anmerkungen“ zur Situation der Demokratie in Kolumbien seitens der EU. Die ersten richten an die kolumbianische Führung eine Empfehlungsliste zur Verbesserung dieser schlechten Bilanz, die letzteren jedoch – die EU und die anderen unterstützenden Länder der G 24 – demonstrieren eine milde, sogar zustimmende Haltung. Das ist aus den schon oft erwähnten Deklarationen der Gipfel von London und Cartagena deutlich geworden¹³³. Somit entsteht ein großer Kon-

¹³¹ A proposito de la mesa de coordinacion y cooperacion para Colombia: Algunas claves para la discusion Lourdes Castro G. <http://www.cooperacioninternacional.com/descargas/lourdes.pdf> (Stand 4. März 2009).

¹³² Informe anual de la Alta Comisionada de las Naciones Unidas para los Derechos Humanos sobre la situación de los derechos humanos en Colombia, abrufbar unter <http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/G09/118/54/PDF/G0911854.pdf?OpenElement> (Stand 12. März 2009).

Human Rights Watch. Report 2009, Chapter Colombia, abrufbar unter <http://www.hrw.org/en/node/79342> (Stand 8. März 2009).

¹³³ Vgl. Deklaration von London und Cartagena (2003 bzw. 2007).

trast zwischen den Darstellungen der Situation in Kolumbien seitens der verschiedenen internationalen Partner im kolumbianischen Friedensprozess.

Was zeigt das Ausbleiben von Aufforderung zu mehr Schutz der Menschenrechte seitens der Union? Handelt es sich um eine konforme Haltung, indem die EU als Kooperationspartner auf einen scharfen Ton verzichtet, um mit einer geschmeidigen Diplomatie mehr zu erreichen oder ist das schlicht ein Mangel an Interesse? Es weist jedenfalls auf eine Zweideutigkeit der EU-Position gegenüber dem kolumbianischen Staat hin. In den offiziellen Dokumentenquellen der kolumbianischen Regierung und der EU¹³⁴ erklären sich beide Topebene-Akteure bereit, die Demokratie und den Wohlstand der Gesamtbevölkerung zu fördern. Trotz dieser Verpflichtung werden nach wie vor mehrere menschenrechtswidrige Fälle pro Jahr bewiesen. Der nationale Entwicklungsplan demonstriert, dass viele seiner Punkte im Widerspruch mit der Förderung der Zivilgesellschaft und der demokratischen Werte stehen. Statt Rüge seitens einflussreicher europäischer Partner sieht man jedoch ein unzureichendes Bemühen, Verbesserungen zu bewirken. Der anhaltende Konflikt, der weiterhin seinen Tribut an Menschenleben fordert und nicht nur die Bevölkerung am Land aber auch in den Städten in ein Gewaltszenario mitreißt, ist ein zwingender Grund für „einen stärkeren politischen Willen der Europäer“¹³⁵ und für eine einheitliche Position gegenüber der kolumbianischen Regierung (ebd.).

Ich möchte kurz das Augenmerk auf ein schon erwähntes Dokument richten. Dieses stellt die beifällige Position der EU zur Politik Uribes unter Beweis: die Deklaration des London-Gipfels. In diesem Dokument wird die damals neu verkündete Regierungsstrategie zu einer Konfliktlösung mittels Verhandlungen und Demobilisierung, sowie das Vorhaben, staatliche demokratisch regierende Institutionen auf dem gesamten Staatsgebiet zu implementieren, mit großer Zustimmung aufgenommen. Lobenswert sei auch die Regierungsverpflichtung zu mehr Toleranz gegenüber der Zivilgesellschaft (vgl. die Deklaration von Cartagena). Somit entsteht der Eindruck, dass die Regierung eine resolute Strategie für Demokratie und Sicherheit verfolgt. Schließlich heißt das Herzstück des Regierungsprogramms „Demokratische Sicherheit“ und es bestätigte sich in den zwei Wahlkampagnen

¹³⁴ Vgl. PND, Nationaler Entwicklungsplan bzw. die Landesstrategiepapier der EU.

¹³⁵ Schönrock: Möglichkeiten eines Engagements der europäischen Union für Kolumbien, abrufbar unter http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/09_kkf_06_mee.pdf (Stand 24. Jän. 2009)

von Uribe als sehr erfolgreich bei den Wählern. Daher soll die zustimmende Haltung der EU gegenüber dieser Politik nicht überraschen. Dazu kommen gewisse Fortschritte in der Sicherheitslage im Land¹³⁶. Mit dieser Leistung gewann die Regierung international und innenpolitisch Lob. Mehr Sicherheit, die mehr Investitionen nach Kolumbien locken soll – das ist das Versprechen, mit dem man die Bevölkerung einer stark zersplitterten Gesellschaft wie der kolumbianischen treffend ansprechen kann. Ein Diskurs, der viel Hoffnung bringt.

Jedoch nicht alle internationale Akteure, die an dem Konflikt in Kolumbien interessiert sind, teilen die Position der EU. Die Kritik kommt seitens unabhängiger internationaler Akteure, die angesichts der erwähnten demokratischen Mängel und Menschenrechtsverletzungen nur herbe Kritik für die Uribe-Regierung übrig haben¹³⁷. Das EU-Engagement bzw. die Art wie die Union ihre Verpflichtung zum Friedensprozess in die Tat umsetzt, wird mittels offizieller EU-Dokumente zu aktuellen Ereignissen, sowie anhand von Dokumenten anderer internationaler Akteure analysiert. Die Friedenslaboratorien gelten als die Visitenkarte der neuen internationalen Kooperation der EU. Sie sind ein häufig diskutiertes Thema mit vielen Schlüsselfragen, mit deren Hilfe man die europäische Rolle besser verstehen kann. So fragt man z.B. wie weit sich die offizielle Unterstützung der EU für die Menschenrechte und Demokratie in Kolumbien erstreckt. Handelt es sich nur um die Erteilung finanzieller Hilfe oder ist die Union bereit, auch diplomatischen Druck auszuüben?

Ins Auge rücken die so genannten „falsos positivos“-Vorfälle, die in Kolumbien und international für große Aufregung sorgten¹³⁸. Das Aufdecken außergerichtlicher Hinrichtungen von Zivilisten, die von Teilen des Militärs verübt und als im Kampf getötete Guerillakämpfer präsentiert wurden¹³⁹. Es ist wichtig zu betonen, dass die Opfer keiner der bewaffneten Parteien im Konflikt angehörten. Dieses grausame Verhalten gegenüber dem eigenen Volk löste große Empörung aus und veranlasste den Besuch der Hohen Kommissarin der UN für Menschenrechte Navi Pillay. Die schweren Menschenrechtsverletzungen, die sich während der Verfassung dieser Arbeit ereigneten, waren ein Anlass zu beobachten, wie sich die EU als einer der wichtigsten internationalen Akteure in Kolumbien, so die

¹³⁶ Vgl. The Virtuous Twins: Protecting Human Rights and Improving Security in Colombia, in <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=6112&l=1> (12. Mai 2009).

¹³⁷ Links: <http://www.hchr.org.co/>; <http://www.hrw.org/>; <http://www.amnesty.org/>

¹³⁸ Das Aufdecken dieser Praxis passierte im September bzw. Oktober 2008, d.h. zum Zeitpunkt der Recherche für die vorliegende Arbeit.

¹³⁹ http://www.kolko.de/artikel.php?art_id=1985 (Stand 14. Mai 2009).

offizielle Bezeichnung der EU-Organe, verhält. Wie ist die fehlende Stellungnahme der EU-Kommission zu deuten? Solche Fälle dienen als ein schlechtes Zeugnis für das EU-Engagement für Demokratie und Frieden. Ihr oft ausgesprochenes Vorhaben, die europäischen Werte weltweit zu „exportieren“ und die Demokratie zu hüten, hält die Union offensichtlich in Schranken, ohne den Rahmen der diplomatischen Sprache zu verlassen. Dazu kommt noch der Eindruck von unzureichendem Einsatz und mangelnder Flexibilität in einem sich veränderten Konfliktkontext.

In den Expertenmeinungen¹⁴⁰ spiegelt sich eine vorsichtige Bewertung der EU-Position wider bzw. eine Auseinandersetzung mit der Frage wie stark sie sich für die Förderung der demokratischen Werte verpflichtet. Seitens der Referenzpersonen aus den Projekten PDP und Friedenslaboratorien in Magdalena Medio wird der EU ein ambivalentes Verhalten vorgeworfen. Es gibt viel Empörung angesichts der Tatsache, dass die Union auf hohem politischem Level nur Lob für die Regierung findet und vor den groben Versäumnissen und Menschenrechtsverletzungen ein Auge zudrückt. Eine berechtigte Kritik, vergleicht man das Ausbleiben einer Stellungnahme der EU mit den Prinzipien der Laboratorien. Darin steckt eine Doppelseitigkeit – die EU-Strategie im Kontext des Projekts unterscheidet sich von ihrer Strategie in den hohen Etagen der Politik.

5.2.6. Die unsichtbaren Kanäle der Diplomatie

Hier werde ich zwei Beispiele heranziehen, die die Meinung der EU und der anderen involvierten Staaten zeigen: Die London-Deklaration der unterstützenden Länder und das oben angeführte Beispiel der Menschenrechtsverletzungen. Zum ersten Beispiel liegt ein Schlüsseldokument der internationalen Kooperation zu Kolumbien vor¹⁴¹. Zum zweiten gibt es noch keine offizielle Stellungnahme der EU.

Die Kritik an der fehlenden Kritik der EU hat allerdings einen Rechtfertigungsgrund. In der Diplomatie, vor allem in einer vertrackten innenpolitischen Situation wie in Kolumbien, erhöht sich die Komplexität der diplomatischen Beziehungen. Gewisse Schwierigkeiten sind zu berücksichtigen: sehr oft bleiben die Kanäle der Mitsprache zwischen den Top-

¹⁴⁰ Vgl. Interviews mit Experten, die am PDP oder den Friedenslaboratorien in Magdalena Medio beteiligt sind bzw. früher Teil genommen haben (z.B. Interview mit J.A. Páez, Oscar Suarez, Vgl. Anhang).

¹⁴¹ Vgl. die London-Deklaration.

ebene-Akteuren inoffiziell. Verhandlungen werden öffentlich, aber auch hinter geschlossener Tür abgehalten. Diese „mildernden“ Umstände werden auch von den Mittelebene-Akteuren in den Friedenslaboratorien hervorgehoben.

„Da die Diplomatie ihre eigenen Kanäle hat, können wir nicht wissen, inwieweit sie Druck auf die kolumbianische Regierung ausüben, damit diese ihre Politik des kommunitären Staates, d.h. das Konzept der demokratischen Sicherheit ändert und eine Alternative, wie z.B. die Unterstützung der Laboratorien ergreift.“ (Interview mit J.A.Páez, f 4)

Es bedarf nur einen Blickes auf die Berichte über die Situation der Menschenrechte, um diese Demokratiedefizite (in diesem Fall ein milder Ausdruck) festzustellen. Das Interesse gilt hier der EU und deren Engagement. Welche Rolle nimmt die EU in diesem Kontext als Garant der Menschenrechte und der Demokratie, so wie ihre offiziellen Grundprinzipien lauten, ein? Was ist die konkrete Auswirkung der Haltung der Union bei Ereignissen, die mit dem Projekt Friedenslaboratorien nicht verbunden sind, die aber gegen die von den Laboratorien (und somit auch von der EU) geförderten Prinzipien verstoßen?

5.2.7. Bilanz der Rolle der internationalen Akteure

Anders als die illegalen bewaffneten Akteure, die keine Rücksicht auf internationale Schutz- und Rechtsmechanismen nehmen (sei es weil sie nicht an politischer Anerkennung interessiert sind, sei es aus anderen Gründen), ist das Verhalten der Regierung (bzw. des Staates) zu einem unterschiedlichen Grad von den internationalen Rechtsnormen abhängig. Besonders wenn es sich um keinen gescheiterten Staat handelt, sondern, wie im Fall Kolumbien, um ein Land mit langjähriger Demokratie und mit Ambitionen in der internationalen Politik. Die Akzeptanz bzw. die Kritik seitens der internationalen Akteure ist ein wichtiger Faktor in der Konfliktdynamik. Ich folge dem Gedanken von Lederach – ein großes Gewaltausmaß hänge unter anderem von einer gewissen gesellschaftlichen Akzeptanz der Gewalt als Regelungsmechanismus ab (vgl. Lederach 1997: 149). Diese Feststellung dürfte auch im Kontext der internationalen Beziehungen zu Kolumbien gültig sein. Das lange Tauziehen auf der Suche nach einer Konfliktlösung liegt zu einem gewissen Grad an der zu wenig entschlossenen Position der internationalen Akteure, die den Friedensprozess unterstützen bzw. als Vermittler in der Konfliktlösung agieren. Richten wir

das Augenmerk auf die diplomatischen Bühne: Trotz internationaler Kontrollmechanismen und der zahlreichen offiziellen Treffen, auf denen die kolumbianische Problematik diskutiert wird, berichtet man weiterhin von Versäumnissen des Staates in seiner Funktion als Garant für die Demokratie und das Leben der Bürger. Noch beunruhigender sind die Beweise, laut denen gewisse Akteure dieses legitimen und demokratischen Staates, schwere Menschenrechtsverletzungen begangen haben. Solche erschütternden Feststellungen bleiben lediglich eine dramatische Reportage in den unabhängigen Medien, führen aber zu keinen sichtbaren Reaktionen bei den wichtigsten internationalen Akteuren¹⁴². Das bestätigt die Feststellung Lederachs über den Zusammenhang zwischen der Akzeptanz von Gewalt und deren Langwierigkeit.

5.2.8. Die EU-Teilnahme: Einsatz auf Sparflamme oder Schutzschild für die Friedensarbeit?

Die hier dargestellten Überlegungen über den EU-Einfluss auf den Topebene-Akteur, die kolumbianische Regierung, und über ihre Rolle als Schirmherr der regionalen Friedensarbeit im Zuge der Laboratorien, lassen darauf schließen, dass der Mehrwert der EU-Teilnahme die Summe aus ihrem finanziellen Beitrag und ihrer politischen Unterstützung in der Projektregion ist. Dazu zählt auch die Relevanz der Laboratorien für die Friedenspolitik der kolumbianischen Regierung. Die seit 2002 neu konzipierte EU-Strategie zu Kolumbien nährt die Hoffnung, dass die Union nicht nur als offizieller Geldgeber, sondern auch als Vertreter der europäischen Demokratieprinzipien aktiv ist bzw. im Zuge der Fortsetzung der Friedenslaboratorien aktiv sein wird.

Diese Art von „guten Diensten“ und die Symbolik, die die EU in Magdalena Medio hatte, machten einen Großteil des EU-Beitrags zur Friedensarbeit aus. Die Union diene als Schutzschild in einer Region, wo die Bevölkerung von verschiedenen bewaffneten Akteuren in einer Hammer-und-Ambos-Situation gefangen ist (vgl. Interview mit J.A. Páez). Wie viele Gutpunkte bringen die Friedenslaboratorien in Magdalena Medio auf das diplomatische Konto der EU und ist das genug um ihr Vorbild als Hüter der Menschenrechte und Demokratie gerecht zu werden? Es wäre interessant herauszufinden, ob die Vorteile

¹⁴² Allerdings ist es zu erwähnen, dass das Büro der UN für Menschenrechte bezüglich die Enthüllung von Massenmorden an Zivilisten, die von Einheiten der Armee verübt wurden, eine klare und kritische Position, nicht zuletzt mit dem Besuch der Hohen Kommissarin der UN für Menschenrechte genommen hat.

aus dieser Präsenz die festgestellten Mängel des europäischen Einsatzes für Demokratie der diplomatischen Leistung der EU wettmachen können. Ich werde dazu auf die Zahlen zurückgreifen und versuchen, durch Vergleiche anderer Projektfinanzierungen diese Fragen zu beantworten.

Die 42 Mio. Euro für die zwei Phasen der Laboratorien stehen im klaren Kontrast zum jährlichen Budget des *Plan Colombia*¹⁴³ und somit erübrigt sich der Vergleich der beiden Projekte. Es lohnt sich die Frage, ob die finanziellen Mittel in diesem Fall für die Projektwirkung ausschlaggebend sind. Kolumbien ist ein Land mit vielen ökonomischen Ressourcen und es herrscht die Meinung, dass es nicht finanzieller Hilfe bedarf, sondern adäquater politischer Instrumente und des nötigen politischen Raums, um die Transformation der Konfliktdynamik und die Behebung der strukturellen Probleme zu ermöglichen. Wie hier angeführt wurde, ist das Budget der Friedenslaboratorien nur eine Finanzquelle unter vielen anderen. Viel wichtiger für diese Peacebuilding-Initiative ist der Prozess, der durch die offiziellen internationalen Abkommen zwischen der kolumbianischen Regierung und den internationalen Akteuren Legitimität und Schutz bekam, sodass er weiterhin implementiert werden kann. Trotz des bescheidenen finanziellen Beitrags, bringt die EU eine hohe Leistung: Sie macht die Initiative und deren Inhalte auf verschiedenen politischen Ebenen bekannt. Sowohl unter Spitzenakteuren als auch unter regionalen Institutionen hat sie eine Rolle als anerkannter Repräsentant des Projekts und als ein wichtiges Bindeglied. Es ist viel mehr die Autorität der EU als ihre Finanzierung, die zu den angeführten hohen Leistungen der Laboratorien führte.

„Eine Intervention der EU in ein Projekt ist nicht irgendeine Sache, es ist nicht einfach eine weitere Finanzquelle. Es ist nicht eine NGO, die ein paar Pesos zusammenkratzt. (...) Die Tatsache, dass das Programm die politische Unterstützung der EU bekommt ist ein Meilenstein.“ (Interview mit J.A.Páez f 6).

Man kann sagen, dass Kolumbien eine Art Sonderfall der EU-Kooperation ist. Es wurde in den 80er Jahren als ein Land mit mittleren Einkommen eingestuft, was ihm einen ungüns-

¹⁴³ 2000 beschlossen die USA 7,5 Milliarden Dollar für die Finanzierung des Plan Colombia für eine 6-jährige Periode. Vgl. US General accounting office: Challenges in implementing Plan Colombia, abrufbar unter <http://www.gao.gov/new.items/d0176t.pdf> (Stand 30. April 2009).

tigen Platz unter den anderen Unterstützungsländern brachte¹⁴⁴. Es handelt sich um eine große ökonomische Ungleichheit, die in Kolumbien zu einem Dauerproblem geworden ist. Laut Einschätzungen kolumbianischer Experten und laut internationalen Armutsindikatoren ist Kolumbien kein armes Land. Das eigentliche Problem ist der Prozess der Verarmung (vgl. Interview mit G. Turriago f 1). Mittlerweile lebt mehr als 49 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze¹⁴⁵, was sich aber nicht aufgrund Ressourcenmangel, sondern aus den Gewaltstrukturen ergibt¹⁴⁶. Diese Kausalität ist einer der Gründe für die neue Ausrichtung der EU-Kooperation – der Prozess von Frieden und Demokratie wird samt einer nachhaltigen ökonomischen Entwicklung gefördert. Des Weiteren entspricht das der Idee von Lederach, dass ausgerechnet die soziokulturellen Ressourcen einer Region und nicht die ökonomischen eine Schlüsselrolle im Peacebuilding-Prozess haben. Demnach ist die relevante Strategie, mehr Wert auf ebendiese soziokulturelle Ressourcen zu legen, um die strukturellen und politischen Probleme lösen zu können. In einer Interpretation des Lederachschen Gedankens sind der Aufbau gesellschaftlicher Netzwerke und die Förderung gewaltfreier Muster wichtiger als das Ausmaß der ökonomischen Ressourcen. Dadurch wird vermieden, die Unterstützung für Peacebuilding-Arbeit auf die Sicherstellung von Finanzierung zu reduzieren und die Zielgruppe von einer weiteren Hilfslieferung abhängig zu machen. Stattdessen wird der Zielgruppe in diesem Projekt beim Aufbau von Fähigkeiten geholfen, mit denen sie später einen nachhaltigen Prozess aus eigener Kraft durchführen kann.

Die Friedenslaboratorien brachten dem Prozess für Entwicklung und Frieden viele Vorteile: vor allem die Zusammenwirkung zwischen Staat und Mittelebene-Experten und die Kooperation zwischen den regionalen Behörden und der Bevölkerung. Die Gesamtinitiative – sowohl der früher vom Programm PDP angefangene Prozess, als auch die späteren Projekte der Friedenslaboratorien – ist kein Versuch den Staat zu ersetzen, sondern die Weichen für ein gewaltfreies Leben in Menschenwürde zu stellen. Sie haben dazu beigetragen, den vom Staat gewährleisteten Raum für eigenständige politische Gestaltung opti-

¹⁴⁴ Philipp Schönrock: Möglichkeiten eines Engagements der europäischen Union für Kolumbien.

¹⁴⁵ UNDP – Assessment of development results. Evaluation of UNDP contribution. Evaluation Office, September 2007: http://www.undp.org/eo/documents/ADR/ADR_Reports/ADR_Colombia.pdf (Stand 13. Dez. 2008).

¹⁴⁶ Für ein reich an Ressourcen Land gibt es in Kolumbinen ein großes gesellschaftliches Gefälle, niedrigen Lebensstandardindex in einer strapazierenden Kriegsökonomie, die die Demokratie im Land großen Gefahren aufsetzt (vgl. Ramírez 2006: 81, 82).

mal zu nutzen und die erworbenen Kompetenzen weiter zu stärken. Das „Sonderzeichen“ der EU, das die Laboratorien nicht nur symbolisch mit sich brachten, hat dabei geholfen, der Bevölkerung in den Projektzonen mehr Sicherheit gegenüber den bewaffneten Akteuren zu geben. Allerdings war eine solche „Schutzfahne“ nicht nur bei Paramilitärs und Guerillagruppen nötig, sondern auch im Zusammenhang mit der Regierungspolitik in der Region und ihrem Einfluss auf die Projektimplementierung. Die Teilnahme der EU bedeutete für viele der Projektteilnehmer einen anderen Status: Sie bekamen automatisch mehr Legitimation und wurden von der Regierung mit einer anderen Einstellung wahrgenommen. In diesem Sinne diente das Engagement der EU als eine Demokratiekontrolle über die Regierungsmaßnahmen und wirkte sich auch auf die staatliche Politik in der Region der Laboratorien aus. Diese Kontrolle durch Präsenz ist in manchen Fällen dermaßen effizient, sodass manche politischen Beobachter meinen, die Kriegspolitik des kolumbianischen Staates sei anders in den Orten, wo es mit der EU kooperiert wird (Interview mit J.A.Páez f 3).

6. Schlussfolgerungen

6.1. Bestätigen und Widerlegen der Hypothesen

Was ist aus der Darstellung des Projekts „Friedenslaboratorien“ und ihrem Kontext zu schließen? Die drei Fragen am Analyseanfang untersuchten die Nachhaltigkeit dieser Initiative und ihr Potential als alternatives Modell für Frieden und Entwicklung. Die Hypothese überprüfte die Zusammenhänge dieser Initiativen mit den Faktoren, die sie bedingen. Dazu zählen die Interessen der Akteure, die darin involviert sind und die daraus entstehende Kohärenz bzw. die entstehenden Widersprüche im Prozess der Durchführung des Projekts.

Die erste Hypothese besagt, dass aufgrund fehlender Infrastruktur die Ziele des Projekts „Friedenslaboratorien“ nicht ausführbar sind. Sie würden ein verfrühter Schritt bleiben – ein ambitionierter Versuch mit guten Vorsätzen, der aber ohne den politischen Spielraum und ausreichende ökonomische Mittel von wenig Effizienz sein wird. Aus diesem Grund würde das Projekt ein verfrühter Schritt bleiben, der auf einem unvorbereiteten Boden nachhaltige Resultate anstrebt. Dieses Ziel ist nur zum Teil realisierbar. Das wurde durch

die Auseinandersetzung mit dem Projekt gezeigt: viele Teilerfolge wurden bereits verzeichnet¹⁴⁷.

Die vielen Hinweise auf den Erfolg der einzelnen Initiativen innerhalb der Friedenslaboratorien wären ausreichend, um die Hypothese zu widerlegen und dem Projekt ein positives Zeugnis auszustellen, wenn man die Zeitperspektive der Peacebuilding-Arbeit nach Lederach nicht berücksichtigt. Laut Lederach ist ein relevanter Zeitrahmen sehr wichtig für den Erfolg einer Peacebuilding-Initiative und im Fall der Laboratorien geht es um einen langfristigen Prozess. Die festgestellten Leistungen der Laboratorien in Magdalena Medio sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt – acht Jahre nach dem Projektstart – ein Teilerfolg. Man kann auf lange Sicht nicht voraussagen, ob sich diese positive Tendenz fortsetzen könnte, weil sie an den zeitlichen und regionalen Kontext der Laboratorien gebunden ist. Dazu ist es noch ungewiss, wie viel Potential die Laboratorien haben, um ihr positives Beispiel außerhalb der Region Magdalena Medio anzuwenden und somit einen positiven Effekt auf die Konfliktdynamik auf nationaler Ebene erzielen kann.

Unter Berücksichtigung der Hauptziele der Programme PDP ergeben sich gewisse Erfolgserwartungen an die Friedenslaboratorien. Die wichtigste davon ist, das Projekt zu einer konkurrenzfähigen Initiative innerhalb der globalen Wirtschaft zu machen. Das wurde bis dato nur in einem kleineren Rahmen bestätigt – die Friedenslaboratorien, zusammen mit den Initiativen des Programms für Entwicklung und Frieden führten zu einer Verbesserung der ökonomischen Lage der Bevölkerung in der Region. Die Projektbegünstigten erreichten vieles im sozialen und politischen Bereich nicht nur als Folge des gestiegenen ökonomischen Standards, sondern auch dank der Förderung der soziokulturellen Muster, die allmählich die Gewaltdynamik in eine Friedensdynamik umwandeln. Ihre Errungenschaft ist, den Einwohnern eine Chance für politische Mitgestaltung in der Region zu geben. Das nächste Ziel ist jedoch, am internationalen ökonomischen Prozess teilzunehmen. Der Export in großem Maßstab ist jedoch ein Szenario, das kaum vorstellbar ist (vgl. Interview mit J.A. Castañeda f 8). Um diese nächste Stufe erklimmen zu können soll die notwendige Infrastruktur bereitgestellt werden. Das Fortbestehen des Prozesses hängt von zwei Hauptaufgaben ab: das Problem der fehlender Infrastruktur zu lösen und den gewonnenen politi-

¹⁴⁷ Die Analyse der Experteninterviews stellte fest, dass sich eine Reihe von Einzelprojekten im Rahmen der Gesamtinitiative als erfolgreich und nachhaltig erwies.

schen Raum weiterhin zu bewahren sowie den Prozess der Partizipation zu konsolidieren (vgl. Interview mit J. Ángulo f 3).

Die hier ausgestellte *zweite Hypothese* von der Unvereinbarkeit der offiziellen Politik der Regierung von Álvaro Uribe Vélez wurde durch die Analyse der Experteninterviews und des Dokumentenstands widerlegt. Allerdings bedarf die Frage nach der Übereinstimmung zwischen der Politik der Uribe-Regierung und den offiziell festgesetzten Zielen eines *kommunitären Staates* einer ausführlicheren Analyse, die eine Bilanz auf lange Sicht ziehen kann. Es würde sich lohnen, eine detaillierte Untersuchung der ökonomischen und sozialen Maßnahmen dieser Regierung durchzuführen. Ein solches Unterfangen bedingt die Einbeziehung einer statistischen Auswertung der wirtschaftlichen Programme bzw. der Finanzierung für soziale und ökonomische Entwicklung. Das wäre einer eigenen Forschungsarbeit Wert. Es genügte aber für die Analyse der Friedenslaboratorien einen Einblick in diese Problemfrage zu geben. Aus diesem Grund suchte diese Arbeit nach den übereinstimmenden Punkten bzw. deren Fehlen, zwischen der Regierung und dem regionalen Prozess der Friedenslaboratorien.

Die dritte Hypothese fragte nach der Bedeutung der EU für den Peacebuilding-Prozess in Magdalena Medio. Hier wurde die Bedeutung der EU für das Projekt analysiert. Dabei betonte ich, dass es sehr wichtig ist, dass die Leistung der Friedenslaboratorien von der Leistung des regionalen Programms für Entwicklung und Frieden untrennbar ist. Das weist darauf hin, dass der festgestellte Erfolg nicht allein der Teilnahme der EU zu verdanken ist, weil das Projekt auf der soliden Basis einer schon etablierten Initiative seinen Anlauf nahm. Bei der Analyse der Rolle der EU im Prozess ist es deshalb wichtig, eine Trennlinie zwischen beiden zu ziehen. Die Friedenslaboratorien brachten das Aufsehen und die Legitimation eines internationalen Partners mit sich – eine starke Präsenz in einem vom bewaffneten Konflikt geplagten Ort. Als eine weitere Folge des Zustandekommens des Projekts wurde der Staat als Topebene-Akteur in eine Initiative, die ursprünglich von Akteuren der Mittel- und der unteren Ebene durchgeführt wurde, involviert. Auf der Basis des abgeschlossenen Projektabkommens geht der Staat eine Verpflichtung zur Unterstützung dieser Initiative ein. Die EU gewährte den Großteil der Finanzierung und zeigt sich mit den

Projektbegünstigten in der Region¹⁴⁸ solidarisch. In einem gewissen Ausmaß wurde die Fahne der Union zum Schutzschild der Bevölkerung in diesem Ort. Somit hat die EU-Teilnahme zwei Folgen für die Friedensarbeit und die Bevölkerung in Magdalena Medio:

- Erstens, die EU ist durch ihre Teilnahme und sichtbare Präsenz in Magdalena Medio eine Art „Abschirmung“ für die Einwohner einer Region, die vom bewaffneten Konflikt schwer betroffenen ist. „Abschirmung“ bedeutet hier eine gestiegene Lebenssicherheit und ein hohes Maß an Toleranz seitens der bewaffneten Akteure.
- Zweitens, das EU-Engagement ist ein Faktor, der dazu führte, dass die Regierung mehr Rücksicht auf den Anspruch auf Partizipation und mehr Verpflichtung für die alternativen Friedensinitiativen demonstrierte. Es handelt sich um einen Prozess, der von Nichtregierungsakteuren durchgeführt wird und sich vom traditionellen Regierungskurs unterscheidet. Durch die Friedenslaboratorien gelingt es, solche Initiativen auf ein anderes Niveau zu bringen. Die Einbeziehung internationaler Akteure führte zu einer rigorosen Diskussion über die Ziele und die Problematik des Projekts nicht nur national, sondern auch im internationalen Maßstab.

Es bleibt noch zu klären, wie die Beziehung der EU zu dem anderen Akteur in diesem Prozess – der Regierung des Präsidenten Uribe – ist bzw. sich weiter entwickeln wird. In dieser Phase¹⁴⁹ kann man in Anlehnung an Lederachs Konzept bestätigen, dass die internationale Gemeinschaft den Peacebuilding-Akteuren die notwendige Legitimität gewährt.

6.2. Friedenslaboratorien. Lohnt es sich?

Es ist nicht realistisch zu erwarten, dass die Friedenslaboratorien allein der entscheidende Faktor zur Verbesserung der Menschenrechte an einem Ort sein können. Außer Zweifel steht jedoch, dass sie als positives Vorbild dienen, wie die Zivilbevölkerung gegenüber der Gewalt und den bewaffneten Akteuren in einem Konflikt stärker werden kann und wie das friedliche Zusammenleben mit Achtung auf die Menschenwürde zu verwirklichen ist.

¹⁴⁸ Dazu zählen die technische Unterstützung in der Anfangsphase, die Besuche in der Projektregion und die Stellungnahmen zu der aktuellen Situation, (vgl. Interview mit J. Ángulo).

¹⁴⁹ Der erste Teil des Projekts – die hier behandelten Laboratorien in Magdalena Medio wird Ende 2009 vollständig abgeschlossen. Die weiteren „Staffel“ – die Laboratorien II und III sind noch in Implementierungsphase, daher ist eine Schlussevaluation noch nicht möglich.

Nicht nur die hier einzeln erwähnten Instrumente der Laboratorien, sondern auch das gesamte Projekt ist eine Art Mechanismus zum Schutz der Zivilbevölkerung (vgl. Int. Arturo García f 2). Dies hat sich in mehreren Beispielen effizient erwiesen, wie z.B. der hier zitierte Frühwarnung-Mechanismus der *alerta temprana* (Vgl. f 38). Um das bildhaft zu umschreiben – die Laboratorien sind ein Mittel für akute Fälle – sie können erfolgreich bei einer unmittelbaren Gefahr für das Menschenleben sein. Allerdings können solche Schutzmechanismen die gefahrerzeugenden Faktoren selbst nicht beeinflussen. Diese bzw. deren Bekämpfung verlangen nach einer umfassenderen Peacebuilding-Arbeit auf nationaler Ebene.

Die eigentliche Bedeutung der Laboratorien ist jedoch nicht allein im relativen Erfolg ihrer Subprojekte zu suchen. Ihr Mehrwert ist nicht nur in der Anerkennung und der Legitimation, die die Akteure in Magdalena Medio dadurch bekommen haben. Der Mehrwert der Laboratorien ist anhand der Etablierung eines partizipativen politischen Prozesses in der Region zu messen. Ihnen ist auch ein weiterer positiver Aspekt, der weit über den regionalen Kontext hinausgeht, zu verdanken: Sie sind für den gesamten Peacebuilding-Prozess in Kolumbien ein Vorbild. Dieses zeigt wirksame Alternativen für Frieden und beiten somit neue Paradigmen für ein Leben abseits der Gewalt.

Abkürzungen

ACCI	Agencia Colombiana Para la Cooperación Internacional
CDPMM	Corporación Desarrollo y Paz Magdalena Medio (Körperschaft für Entwicklung und Frieden Magdalena Medio)
CEF	Convenio Específico de Financiación
EC	Europäische Kommission
ECOPETROL	Größter Ölkonzern Kolumbiens
ELN	Nationales Befreiungsheer
EU	Europäische Union
FARC	Bewaffnete Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens
G24	Gruppe der 24 Länder zur Unterstützung des Friedensprozesses in Kolumbien
IHR	Humanitäres Völkerrecht
OCHA	United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs
PDP	Programa Desarrollo y Paz
PDPMM	Programa Desarrollo y Paz Magdalena Medio
PND	Plan Nacional de Desarrollo (Nationaler Entwicklungsplan)
SEAP	Sociedad Economica de Amigos del Pais
UN	United Nations
UNDP	United Nations Development Programm
USAID	United States Agency for International Development
USO	Gewerkschaft der Arbeiter der Petrolindustrie
UNHCHR	Office of the High Commissioner for Human Rights

Literaturverzeichnis

Alcántara Sáez, Manuel (Hrsg.): Colombia ante lo retos del siglo XXI (2001), Univ. De Salamanca.

Anderson, Mary B.: Do no harm: How aid can support peace – or war (1999), Lynne Rienner, Boulder, Colo (u.a.).

Bacher, Georg : Der Beitrag von Wahrheitskommissionen zur Friedenskonsolidierung und dauerhaften Versöhnung: das Beispiel Südafrika (2004), Lang, Frankfurt am Mein, Wien (u.a.).

Bernecker, Walther L. / Tobler, Hans Werner (Hrsg): Handbuch der Geschichte Lateinamerikas. Lateinamerika im 20. Jahrhundert (1996), Klett-Cotta, Stuttgart.

Boron, Atilio A.: State, capitalism, and democracy in Latin America (1995), Rienner, Boulder (u.a.).

Bresser, Pereira, Luiz C.; Maravall, José Maria; Przeworski, Adam: Economic reforms in new democracies. A social-democratic approach (1993), Cambridge.

Castro Garcia, Lourdes: Lazos visibles, senderos posibles : el impacto del Plan Colombia en la región Andina: realidades y desafíos para la Unión Europea (2003), Ediciones Antropos, Bogotá.

Chesterman, Simon: You, the people: the United Nations, transitional administration, and state-building (2004), Univ. Press, Oxford.

Dietrich, Wolfgang: Schlüsseltexte der Friedensforschung (2006), LIT-Verl. Wien (u.a.).

Döring, Nicola: Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler (2006), Springer Mediz. Verlag, Heidelberg.

Drekonja-Kornat, Gerhard (Hrsg.): Lateinamerikanistik : der österreichische Weg (2005), LIT-Verl. Wien (u.a.).

Drekonja-Kornat, Gerhard (Hrsg.): Kolumbien zwischen Krieg und Frieden (2003), Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 2003/6, Wien.

Drekonja-Kornat, Gerhard: Colombia: politica exterior (1982), Univ. de los Andes, Bogotá
Galtung, Johan: Frieden mit friedlichen Mitteln: Friede und Konflikt, Entwicklung und Kultur (1998), Opladen: Leske und Budrich.

Evaluacion de resultados e impactos tempranos del programa Paz y Desarrollo y Laboratorio de Paz. Informe metodológico ajustado. Bogota D.C. Febrero de 2007; de encargo por Departamento Nacional de Planeación y Acción Social.

Gutiérrez, Francisco (Hrsg.): Nuestra guerra sin nombre: transformaciones del conflicto en Colombia (2006), IEPRI Grupo ed. Norma, Buenos Aires (u.a.).

Hernandez Osorio, Álvaro: Kolumbien: der (un)lösliche Konflikt (2007), Univ., Dipl.-Arb., Wien.

Holley, Gerhard: Von Rio nach Wien: eine Bestandsaufnahme der interregionalen Beziehungen zwischen der EU und den Staaten Lateinamerikas und der Karibik vor dem Gipfel von Wien (2006), Lit.-Verl., Wien.

Hörtner, Werner: Kolumbien verstehen. Geschichte und Gegenwart eines zerrissenen Landes (2007), Rotpunktverlag, Zürich.

Imbusch, Peter / Zoll, Ralph (Hrsg.): Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung. (1996), Oplden: Leske und Budrich.

Klein, Thomas M.: Performance Management in der humanitären Hilfe und internationalen Entwicklungszusammenarbeit (2007), Südwindverlag, Wien.

Kurtenbach, Sabine (Hrsg.) Die Andenregion - neuer Krisenbogen in Lateinamerika (2004), Vervuert, Frankfurt am Main.

Kurtenbach, Sabine (Hrsg.): Kolumbien zwischen Gewalteskalation und Friedenssuche. Möglichkeiten und Grenzen der Einflussnahme externer Akteure (2001), Vervuert.

Kurtenbach, Sabine (u.a.): *Förderung der Zusammenarbeit von Staat und Zivilgesellschaft in Kolumbien*, in: Fragile Staaten. Deutschland / Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.), Beispiele aus der entwicklungspolitischen Praxis, 2007. Baden-Baden.

Lederach, John Paul: Building Peace: Sustainable reconciliation in divided society (1997), United States Institute of Peace Press, Washington D.C.

Lederach, John Paul: Preparing for Peace. Conflict transformation across cultures (1999), New York, Syracuse Univ. Press.

Lievesley, Geraldine: Democracy in Latin America: mobilization, power and the search for a new politics (1999), Manchester Univ. Press. Manchester.

Luc Reyhler and Thania Paffenholz. Peace-Building: A Field Guide (2001), Lynne Rienner Verl.

Mahony, Liam / Eguren, Enrique: Gewaltfrei stören, Gewalt verhindern: die Peace Brigades International (2002), Rotpunktverlag, Zürich.

Mainwaring, Scott (Hrsg.): Democratic accountability in Latin America (2003), Oxford Univ. Press, Oxford.

Mainwaring, Scott (Hrsg.): Issues in democratic consolidation: the new South American democracies in comparative perspective (1992), Univ. of Notre Dame Press. Notre Dame.

Miall, Hugh: Contemporary conflict resolution: the prevention, management and transformation of deadly conflicts (1999), Polity Press (u.a.), Cambridge.

Nuscheler, Franz : Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik (2004), Dietz, Bonn.

O'Donnell, Guillermo: Helen Kellogg Institute for International Studies: The quality of democracy: theory and applications (2004), Univ. of Notre Dame Press.

Paffenholz, Thania / Reyhler, Luc: Aid for Peace. A guide for planning and evaluation for Conflict Zones (2007), Nomos, Baden-Baden.

Palacios, Marco; Safford, Frank (Hrsg.): Colombia, país fragmentado, sociedad dividida ; su historia. 2006, Bogotá.

Pearce, Jenny: Kolumbien: im inneren des Labyrinths (1992), Stuttgart.

PNUD: El conflicto, callejón con salida. Informe Nacional de Desarrollo Humano para Colombia (2003).

PONS, Großwörterbuch für Experten und Universität, Spanisch (2001). Ernst Klett Verlag
Programa de Laboratorio de Paz en el Magdalena Medio (PDPMM) (2000), POG –

Putnam, Robert D.: Better together. Restoring the American community (2003), Simon & Schuster, NY.

Putnam, Robert D: Democracies in flux: the evolution of social capital in contemporary society (2002). Oxford Univ. Press, NY (u.a.).

Ramírez, Socorro: Actores europeos ante el conflicto colombiano, in: Gutiérrez, Francisco (Hrsg.): Nuestra guerra sin nombre: transformaciones del conflicto en Colombia (2007), IEPRI Grupo ed. Norma, Buenos Aires (u.a.). (71-116).

Ramírez, Socorro: Colombia: entre la inserción y el aislamiento. La política exterior colombiana en los años noventa (1997), Siglo de hombre, Bogotá.

Rathgeb, Peter: Kolumbien – die Paramilitärs auf dem Vormarsch zur legalisierten Staatsmacht eine Gesellschaftsanalyse Kolumbiens anlässlich des Reintegrationsgesetzes "Justicia y Paz" und anhand der Staatstheorie Niccolò Machiavellis (2006), Univ., Dipl.-Arb., Wien.

Rey, Romeo: Geschichte Lateinamerikas vom 20. Jahrhundert bis zur Gegenwart (2006), Beck, München.

Richani, Nazih: System of Violence. Systems of Violence: The Political Economy of War and Peace in Colombia (2002) State University of New York, NY.

Sen, Amartya Kumar: Ökonomie für den Menschen: Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft (2002), Dt. Taschenbuch Verl., München.

Solimano, Andrés (Hrsg.): Colombia. Essays on Conflict, Peace, and Development (2000), The World Bank, Washington D.C.

UNDP: Informe nacional de Desarrollo Humano 2003, El Conflicto, Callejon con salida (2003), Bogotá.

Vogt, Wolfgang R. (Hrsg): Gewalt and Konfliktbearbeitung- Befunde – Konzepte – Handeln (1997), Baden Baden.

Onlinedokumenten und Webseiten

Acción Social – Agencia Presidencial para Cooperación Internacional y Política Social: La estrategia de cooperación internacional de Colombia
<http://www.accionsocial.gov.co/contenido/contenido.aspx?catID=467&conID=313&pagID=556> (10. März. 2009).

Barreto, Miguel Henriques: Peace laboratory of Magdalena Medio: “A peace laboratory?” (2007), in CERAC, Centro de recursos para el análisis de conflictos.
http://www.cerac.org.co/pdf/CERAC_WP_6.pdf (30. Jän. 2008).

Boutros-Ghali: An agenda for peace. Preventive diplomacy, peacemaking and peace-keeping; Report of the Secretary-General pursuant to the statement adopted by the Summit Meeting of the Security Council on 31 January 1992 / Boutros Boutros-Ghali . - New York: United Nations: Online abrufbar:
<http://www.un.org/Docs/SG/agpeace.html> (8. Mai 2009)

Cifuentes, Miguel / Gil, Andrés: Von Gaviria bis Uribe: Zwölf Jahre totaler Krieg gegen das kolumbianische Volk.
http://www.nadir.org/nadir/initiativ/agp/free/colombia/txt/2003/gaviria_uribe.htm (12. Mai 2009).

Castro, Lourdes: A Propósito de la Mesa de Coordinación y Cooperación para Colombia: Algunas claves para la discussion.
<http://www.cooperacioninternacional.com/descargas/lourdes.pdf> (4. März 2009)

Colombia. Beyond Armed Actors. A Look at Civil Society in: Revista Harvard Review for LA). Revista Harvard Review for LA 2003.
<http://www.dreclas.harvard.edu/revista/articles/view/244> (6. Juli 2008)

Cifuentes, Miguel /Gil, Andrés: Von Gaviria bis Uribe: Zwölf Jahre totaler Krieg gegen das kolumbianische Volk.
http://www.nadir.org/nadir/initiativ/agp/free/colombia/txt/2003/gaviria_uribe.htm (12. Mai 2009).

Colombia: International community must demand action on human rights, in Relief Web
<http://www.reliefweb.int/rw/RWB.NSF/db900SID/MHII-6975GR?OpenDocument&rc=2&emid=ACOS-635NUU> (11. März 2009).

Colombia: The peace laboratory – a marriage of rural development and peace, in Information and communication action on peace, security and stability.

http://ec.europa.eu/world/peace/geographical_themes/colombia/index_en.htm (25. Febr. 2009).

Conflict Barometer 2008. Heidelberg institute for international conflict research

http://hiik.de/de/konfliktbarometer/pdf/ConflictBarometer_2008.pdf (20. März 2009).

Construir la paz y el desarrollo humano a nivel regional en Colombia, in UNDP Sala de prensa

<http://content.undp.org/go/newsroom/2008/may/contruir-la-paz-y-el-desarrollo-humano-a-nivel-regional-en-colombia.es;jsessionid=ar8KR2dlV2Qc?lang=es> (10. Mai 2009).

Das Amt des Ombudsmanns ist in Kolumbien

<http://www.defensoria.org.co/red/>

Declaración de Paris sobre la eficacia de la ayuda al desarrollo: Apropiación, Armonización, Alineación & Resultados.

http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/09_kkf_06_mee.pdf (24. Jän. 2009).

El mapa de los Programas de Desarrollo y Paz en Colombia

<http://www.irenees.net/fr/fiches/analyse/fiche-analyse-590.html> (17. Dez. 2008).

EU-Commission. Country Strategy Paper. Colombia (2002 – 2006)

http://ec.europa.eu/external_relations/colombia/csp/02_06_en.pdf

EU-Commission: Country Strategy Paper. Colombia (2007 – 2013)

http://ec.europa.eu/external_relations/colombia/csp/07_13_en.pdf (15. Jän. 2009).

European Commission. Audiovisual service:

http://ec.europa.eu/avservices/photo/photo_reportage_en.cfm?id=62645&news=false&src=4

http://ec.europa.eu/avservices/photo/photo_reportage_en.cfm?id=77958&news=false&src=44 (18. Mai. 2009)

García Duran, Mauricio: Colombia: challenges and dilemmas in the search for peace,

abrufbar unter <http://www.c-r.org/our-work/accord/colombia/challenges-dilemmas.php> (6. Juli 2008).

Gärtner, Peter: „Der kolumbianische Konflikt“ Entstehung – Zusammenhänge – Dimensionen“

<http://www.quetzal-leipzig.de/wp-content/uploads/Der-kolumbianische-Konflikt.pdf> (25. April 2009).

Gómez, Carlos Mario: Economía, Desigualdad y Conflicto en Colombia.

http://www.distriseguridad.gov.co/cosed/documentos/economia_desigualdad_en_colombia.pdf

Guzmán, Diego: El modelo de estado de Uribe.

<http://www.pcslatin.org/publicaciones2/9/Modelo%20de%20estado%20de%20Uribe%20Velez%20ESP.pdf> (8. März 2009).

Human Rights Watch. Report 2009, Chapter Colombia.
<http://www.hrw.org/en/node/79342> (8. März 2009).

Kuiper, Jeroen: „Ein Schwerpunkt der Regierungsarbeit von Präsident Álvaro Uribe ist die Demobilisierung der Paramilitärs in Kolumbien“
<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Kolumbien/mutter.html> (5. Mai 2009).

Kurtenbach, Sabine (2004): Studien zur länderbezogenen Konfliktanalyse. im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung.
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/02954.pdf> (8. April 2008).

International Crisis Group reports: Colombia: Presidential Politics and Peace Prospects, in: International Crisis Group reports by region **latin america & caribbean** Colombia
<http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=1269> (12. Sept. 2008).

The international Crisis Group: The Virtuous Twins: Protecting Human Rights and Improving Security in Colombia
<http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=6112&l=1> (12. Mai 2009).

Informe de la primera Fase del Laboratorio de Paz. Programa Desarrollo y Paz del Magdalena Medio.
http://www.pdpmm.org.co/usesfiles/descargas/INFORME_LABORATORIO_DE_PAZ_P_RIMERA_FASE.PDF (22. Sept. 2008).

La estrategia de Cooperación Internacional de Colombia, in: Accion social - Agencia Presidencial para cooperacion internacional y politica social.
<http://www.accionsocial.gov.co/contenido/contenido.aspx?catID=467&conID=313&pagID=556> (10. März. 2009).

La mesa de coordinación y cooperación, una opción alternativa in Instituto de estudios estrategicos. Universidad Nacional Nueva Granada.
<http://209.85.129.132/search?q=cache:zr63TMadeIIJ:www.umng.edu.co/www/resources/analisis%2520no.%25208.doc+universidad+militar+nueva+granada+mesa+de+colombia+coordinacion+y+2005+febrero+cooperacion+conocida+como+instituto+de+estudios+geoestrategicos&cd=1&hl=de&ct=clnk&gl=at> (7. März 2009).

London donors' meeting, July 10, 2003. London Declaration:
<http://www.hchr.org.co/documentoseinformes/documentos/internacional/LondonDeclaration.pdf> (25. März 2009).

Loingsigh, Gearóid Ó "Laboratorios de Paz de la Unión Europea: ¿El Plan Colombia de Europa?" <http://www.revistapueblos.org/IMG/pdf/laboratorios.pdf>
<http://www.socialistdemocracy.org/News&AnalysisInternational/News&AnalysisIntEuropeesPlanColombia.html>
Spanische Version: <http://www.revistapueblos.org/IMG/pdf/laboratorios.pdf> (18. Febr. 2009).

La mesa de coordinación y cooperación, una opción alternativa in Instituto de estudios estrategicos. Universidad Nacional Nueva Granada:
<http://209.85.129.132/search?q=cache:zr63TMadeIIJ:www.umng.edu.co/www/resources/a>

[nalis%2520no.%25208.doc+universidad+militar+nueva+granada+mesa+de+colombia+coordinacion+y+2005+febrero+cooperacion+conocida+como+instituto+de+estudios+geoestrategicos&cd=1&hl=de&ct=clnk&gl=at](#) (7. März 2009).

Meyer, Heinrich: Kolumbien nach zwei Jahren Präsidentschaft von Alvaro Uribe Vélez, in: Konrad Adenauer Stiftung. Internationale Zusammenarbeit
<http://www.kas.de/wf/de/33.5198/> (12. Mai 2009).

Nolte, Detlef: Presidentialism Revisited, Lateinamerika Analysen 7, Februar 2004, S. 55-88. Hamburg: IIK;
http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/ilas/archiv/la_analysen/la07-03no.pdf (11. Mai 2009).

Observatorio de derechos humanos y derecho humanitario Coordinación Colombia – Europa – Estados Unidos Colombia CEPRID: Ejecuciones extrajudiciales, realidad inocultable. <http://www.nodo50.org/ceprid/spip.php?article321> (2. Dez. 2008).

Oil Palm and Other Commercial Tree Plantations, Monocropping: Impacts on indigenous Peoples' Land Tenure and Resource Management Systems and Livelihoods.
<http://www.google.at/search?hl=de&q=oil+palm+africa+plantation+un&meta=> (19. Mai 2009).

Pearce, Jenny: The crisis of Colombia's state.
http://www.opendemocracy.net/democracy-protest/colombian_crisis_4617.jsp (11. Febr. 2009).

Plan Integral de Desarrollo Humano Sostenible para la Region de los Montes de María.
<http://gobersucre.gov.co/Plan%20Montes%20de%20Maria.pdf> (8. Aug. 2008).

Plan nacional de desarrollo: Hacia un estado comunitario 2002-2006
<http://www.dnp.gov.co/PortalWeb/Portals/0/archivos/documentos/GCRP/PND/PND.pdf> (12. Mai 2009)

Plan nacional de desarrollo: Estado Comunitario: Desarrollo para todos (2006-2010)
<http://www.dnp.gov.co/PortalWeb/PND/PND20062010/tabid/65/Default.aspx> (12. Mai 2009).

PNUD: Buenas practicas para superar el conflicto.
http://www.saliendodelcallejon.pnud.org.co/nuestras_bpracticasshtml (12. Mai 2009).

Profile: Alvaro Uribe Vélez, in: BBC News:
<http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/3214685.stm> (12. Mai 2009)

Proceso Londres-Cartagena - Bogotá y G24, in UNDP
<http://www.pnud.org.co/sitio.shtml?apc=i1-----&s=g&m=a&cmd%5B333%5D=i-333-f472d05a93e6bb5fcb906bf3205a6323> (20. März 2009).

Programa desarrollo y paz Magdalena Medio
<http://www.pdpmm.org.co/FAQs.asp>
<http://www.pdpmm.org.co/> (18. Dez. 2008)

Red de gestores de paz

http://www.rgs.gov.co/items_areas_tematicas.shtml?cmd%5B63%5D=x-90-9907 (1. Jän. 2009).

Reis, Bettina: La estrategia de cooperación de la UE en Colombia con énfasis en los laboratorios de paz: objetivos, resultados, viabilidad y perspectivas.

http://www.giemic.uclm.es/index.php?option=com_docman&task=doc_view&gid=1185&Itemid=60 (12. Dez. 2008)

Rojas, Diana Marcela: Balance de la politica exterior del gobierno Uribe. En Dossier: 4 años del gobierno Uribe: balance y perspectivas. (10.2.2006) IEPRI, Universidad Nacional de Colombia

<http://www.scielo.org.co/pdf/anpol/v19n57/v19n57a05.pdf> (4. Febr. 2009)

Schönrock, Philipp: Möglichkeiten eines Engagements der europäischen Union für Kolumbien.

http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/09_kkf_06_mee.pdf (24. Jän. 2009)

Schuster, Sven: Uribe wirft Nebelkerzen. In: Uni Kassel Friedensgruppe.

<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Kolumbien/nebelkerzen.html> (27. April 2009).

The flow of palm oil. Colombian-Belgium/Europe. A study from a human-rights perspective. 2006. Conducted by HREV for the Coordination Belge pour la Colombie.

http://www.cbc.collectifs.net/doc/informe_en_v3-1.pdf (19. Mai 2009).

UNHCHR: Informe anual de la Alta Comisionada de las Naciones Unidas para los Derechos Humanos sobre la situación de los derechos humanos en Colombia.

<http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/G09/118/54/PDF/G0911854.pdf?OpenElement> (12. März 2009).

UNHCHR: Informe anual del alto comisionado de las naciones unidas para los derechos humanos e informes de la oficina del alto comisionado y del secretario general.

http://www.hchr.org.co/documentoseinformes/informes/altocomisionado/Informe2008_esp.pdf (12. März 2009).

UN: Universal periodic review: Report of the Working Group on the Universal Periodic Review. Colombia.

[http://www.internaldisplacement.org/8025708F004CE90B/\(httpDocuments\)/A343660FFB139CCDC12575A500475140/\\$file/A_HRC_10_82_Colombia_E.pdf](http://www.internaldisplacement.org/8025708F004CE90B/(httpDocuments)/A343660FFB139CCDC12575A500475140/$file/A_HRC_10_82_Colombia_E.pdf) (14. Mai 2009).

Uribe's re-election: can the EU help Colombia develop a more balanced peace strategy?

In: Latin America Report International Crisis Group reports: (NR 17 – 8 June 2006)

http://www.crisisgroup.org/library/documents/latin_america/17_uribes_re_election.pdf (12. Sept. 2008).

US General accounting office: Challenges in implementing Plan Colombia.

<http://www.gao.gov/new.items/d0176t.pdf> (30. April 2009).

Vieira, Constanza: Rights-Colombia: UN Warns of Civilian Killings by Military
<http://ipsnews.net/news.asp?idnews=44565> (16. März 2009).

Zinecker, Heidrun: Was aber bedeutet Regime-Hybrid in der politischen Realität Kolumbiens? in: Ketzal. Politik und Kultur in Lateinamerika (2004)
<http://www.quetzal-leipzig.de/dossier/der-kolumbienkonflikt-im-regionalen-kontext> (27. April 2009).

**Interview mit Luis Briceño, Experte im Bereich Wirtschaftsprojekte im CDPMM,
Barrancabermeja, am 27. Mai 2008**

Frage: *Ich würde gern mehr über die produktive Komponente des Projekts wissen. Frieden durch Entwicklung – ist das die Idee?*

Luis Briceño: Ja, im Sinne der Strukturen und der produktiven Strategie findet man die Bestätigung, dass die Art und Weise von Frieden von der Art und Weise der Entwicklungsförderung abhängt. Wenn die Entwicklung weiterhin ein ausschließender Prozess ist, ist die Folge davon eine Rohstoffwirtschaft. Wenn das stimmt, wird es für uns sehr schwierig, den Frieden aus der Sicht der strukturellen Bedingungen zu stiften. Wenn uns das nicht gelingt, würde das ein Modell der ausschließenden Wirtschaft bedeuten, mit vielen Beschränkungen und mit einer hohen Polarität zwischen den ökonomischen Sektoren. Das würde das Modell der extensiven Viehzucht bedeuten. Die Art und Weise der Produktionsprojekte wird sich auf den Frieden auswirken. In einem strukturellen Sinn. Das Programm für Entwicklung und Frieden ist etwas mehr als Verhandlungen mit den bewaffneten Akteuren. Darin sind, in einem strukturellen Sinn, die Lebensbedingungen der Menschen inbegriffen – dass sie auf ihrem Landstück, in ihrer Region, bleiben können und in den Genuss ihrer Güter kommen können. So wurde das von Pater Pacho de Roux¹ artikuliert. Im produktiven Teil wird die Strategie klarer formuliert: sie besagt, dass unsere Mission und Anliegen das produktive Nutzen des Territoriums ist. Weiterhin, dass es von seinen eigentlichen Einwohnern bebaut wird. Das ist eine Vorbedingung. Dieses Konzept wird durch die Agrarprojekte, die so genannten *fincas campesinas* verwirklicht. Letztere bestehen aus zwei Komponenten: Produkten, mit denen man ein Minimum an Nahrungsmittel schafft (das ist die so genannte Nahrungssicherheit)² und aus Spitzenprodukten, die auf dem Markt als Handelsware verkauft werden. Das ist das Konzept – es geht um das Zustandekommen einer Wirtschaft, in der sich die Volkswirtschaft mit der Initiative *fincas campesinas* ergänzt. Das gibt uns eine konkrete Idee über die nachhaltige Entwicklung. Durch diese Art von nachhaltiger Entwicklung glauben wir einen Frieden von innen, einen Frieden mit endogener Entwicklung schaffen zu können. Wie es in der Analysestudie dieses Jahres zu sehen ist: schon 10 Jahre lang findet das statt.

(...)

Luis Briceño über das Konzept des PDPMM

Es wurde nicht explizit festgesetzt, auf welcher Theoriebasis das Programm beruht. Wir schließen das aus unseren Lektüren oder aus der intensiven Arbeitserfahrung. Ich betone, dass wir keine fest gesetzte Theorie in unserem Rahmenprogramm haben. Klar, wir beziehen uns auf viele – zu unseren Referenztheoretikern zählen Ökonomen wie Amartya Sen oder Keynes. Unsere ökonomischen Prinzipien sind sehr von Pacho de Roux beeinflusst, der selber Ökonom ist. *Wir sind eine Art Reformisten mitten im Kapitalismus*. In einigen Fällen argumentierten wir viel mit der Makroökonomie und mit der keynesianischen Ökonomie, d.h. dass der Staat intervenieren muss. Dass die öffentlichen Ausgaben einem Sozialstaat zugunsten kommen sollen. Wir haben keinen exakten theoretischen Rahmen. Alles ist ein deduktiver Prozess.

¹ Francisco (Pacho) de Roux, jesuitischer Priester, Ökonom, 1994 war er einer der Mitgründer des zivilgesellschaftlichen Projekts Programm für Entwicklung und Friedens in der Region Magdalena Medio.

² Im span. *seguridad alimentaria* (Anm d Verf.)

Frage: *Wie können diese ökonomischen Überlegungen mit der Weltwirtschaft, mit der Globalisierung in Einklang gebracht werden?*

Luis Briceño: Das ist die Herausforderung. Pacho de Roux sagt: „Wir müssen daran arbeiten, um zu zeigen, dass eine andere Globalisierung möglich ist.“. Wir definieren uns mit den alternativen Ansätzen. Wir sind gegen eine Anpassung an die Globalisierung um jeden Preis, weil das bedeuten würde, dass wir das extraktive Model, nicht akzeptieren. So würde uns eine endogene Entwicklung nicht gelingen. Ich sage Herausforderung, weil man hier versucht, auf lokaler Ebene zu arbeiten. Es geht darum, sich durchzusetzen, die Ziele zu treffen. Es ist möglich. Wir haben gemerkt, dass die Durchführung der Programmplanung und die globale Ökonomie aufeinander prallen. Sie ist unserer Zielsetzung nicht vorteilhaft. (...) Hier gibt es zwei Gesichtspunkte – von innen gesehen, im Kontext des Programms, ist es ein bisschen, wie gegen den Strom zu schwimmen. Und es gibt viele Argumente dafür. Pacho de Roux ist ein viel größerer Utopist als ich. Er sagt, die Agrarwirtschaft sei wettbewerbsfähig, sie könne in der großen Liga mitspielen. Und ich sehe es so – die Agrarwirtschaft kann man so fördern, dass sie im Rahmen der Globalökonomie funktionsfähig ist. Aber das Großkapital der globalen Ökonomie kann die Agrarökonomie ruinieren.

Blickt man auf die Ökonomie der Globalisierung wird klar, dass es kein Szenario, keine Bedingungen gibt, die unserem Vorschlag günstig sind. (...) Es ist eine Herausforderung, dass wir im Rahmen der Makroökonomie, in lokalen Prozessen Einfluss ausüben können. Ich werde etwas sagen, das sehr drastisch ist. Ich sag es mit großer Vorsicht – man kann es falsch interpretieren. Ich glaube, dass die Regierung versucht, uns, die PDPs, in ihre Politik hineinzuziehen. Im welchen Sinne? Sie lassen uns handeln, mit unserem Konzept, weil wir für sehr progressiv und reformatorisch gelten. Aber man weiß, dass die offizielle Politik anders ist. ***Als ob man uns ins Lager ziehen will, weil unsere Politik mit der anderen nicht übereinstimmt.*** Das bedeutet, dass man eine politische Stellung annimmt, um diese Aussage machen zu können.

Frage: *Heißt das, dass die Methoden der politischen Ökonomie, so wie sie im nationalen Entwicklungsplan zu lesen sind, für ihre Ziele von keinem Vorteil sind?*

Luis Briceño: So ist es. Sie würden vorteilhaft sein, wenn es ein Szenario, wenn es Bedingungen dazu gäbe. Wenn z.B. die Maßnahmen der politischen Ökonomie in der Agrarpolitik der Regierung sichtbar und explizit zu erkennen sind. Man könnte sagen „Ja, das stimmt“. Aber man soll sich die Agrarpolitik der letzten Regierungen anschauen. Man merkt, dass es keine positive Diskriminierung gegenüber der Bauernwirtschaft gibt. Im Gegenteil, diese positive Diskriminierung ist in der Formulierung der Politik verloren gegangen – die ganze Förderungspolitik ist langsam verloren gegangen. So geschah es in der Agrarpolitik. Nehmen wir z.B. die Analysten. Sie sind keine Politiker, aber du wirst sehen, dass sie die Agrarreform als wichtiges Thema abgestrichen haben. Man spricht nicht mehr von einer Agrarreform und die *Politik* (Anm. d V.) ist sehr stark an Produktivität ausgerichtet. (...) Die Konzentrierung von Landbesitz ist ein wichtiges Thema und die Politik neigt nicht dazu, nach einer strukturellen Lösung zu suchen. Wir prallen aufeinander, weil wir an unsere Programmprinzipien glauben. Wir haben gesagt, dass das Land ein struktureller Faktor ist. Ich werde einige Beispiele herbeiführen, die erklären, warum wir gegen das dominierende Modell sind:

Heute fühlt man eine große Spannung zwischen den Großkapitalinvestitionen und unseren Prozessen, die mit Kleinkapital operieren. Das Utopische ist, Bündnisse zu schließen und in der großen Liga mitzuspielen, sobald die politischen Instrumente nicht da sind. Die politische Elite zeigt auch kein Interesse daran, diese Probleme zu lösen (...). Ich sehe es so – die Projekte, die heutzutage in der Region weiter bestehen, sind nach den Bedingungen der globalen Ökonomie und des Großkapitals artikuliert. Sie entsprechen dem Exportangebot. Das ist das herrschende Modell. In unserem Fall geht es um die Gewährleistung von Nahrungsmitteln (wieder wie in Fußnote 1). Ich streite es nicht ab, dass es produktive Projekte gibt, mit denen man Industrie machen kann, aber die Herausforderung ist, dass sie wettbewerbsfähig werden. Zu den Problemfaktoren gehören Kapital, Kredite. Auch das Land ist ein problematischer Faktor. In Magdalena Medio gibt es ein großes Problem im Bezug auf den Landbesitz. So ist es in 60% des Territoriums. Das gibt uns keine Sicherheit. Es macht uns gegenüber dem Krieg und dem ökonomischen Fortschritt schwach.

Frage: *Unter allen Produktivprojekten gibt es jedoch viele, die erfolgreich sind.*

Luis Briceño: Ja, ein relativer Erfolg. Es kommt darauf an, wie man es misst. Erfolg ist es, wenn man auf eine neue Weise die Sachen angeht (...). Einer der Erfolge war das Regionalprojekt für Kakao, das in 17 Gemeinden durchgeführt wurde. Die bebaute Fläche war sehr groß, das ist wichtig. Auch die Nummer der Familien, die dort arbeiten ist wichtig.

Frage: *In Hinsicht auf die Nachhaltigkeit?*

Luis Briceño: Das Programm kann den Wechsel, den Magdalena Medio braucht, nicht verwirklichen. Für mich liegt seine Stärke darin, eine Referenz für die anderen zu sein. Es ist wichtig, dass es einen möglichen Weg für diejenigen zeigt, die daran teilnehmen. Aber unser Programm ist klein, es wird 20% der Bevölkerung ausmachen. Für jene, die daran nicht teilnehmen, wird es ein Vorbild. Auch eine Option zum Plan Colombia.

(...)

Luis Briceño: *Auskunft über das umstrittene Projekt der Ölpalme:*

[Es geht um] die Projekte der Ölpalme im Kleinmaßstab – Darüber gibt es Kritiken. Es wird satanisiert. Aber es gibt zwei Arten von Produktion – die Großplantagen und die Ölpalme der so genannten *finca campesina*³. Das Projekt *finca campesina* ist die alternative Antwort auf die groß angelegten Plantagen der Ölpalme und hat als Ziel, den Bauern eine Nahrungssicherheit zu gewähren. Das ist noch immer eine Herausforderung – das Ziel ist noch nicht erreicht. Ich komme wieder zum Thema, dass unser Produktionssystem anders als die Produktion von Maßstab ist. Ein guter Analytiker hebt diesen Unterschied hervor. Ich verteidigte unser Konzept gegen die Kritiken von Gearóid Loingsigh⁴. Die Ölpalme hat ein sehr umstrittenes Bild im Kopf der Menschen. Ich sagte ihm (Loingsigh): „Wenn Sie zwischen beiden Produktionsweisen nicht unterscheiden, sind Sie kein rigoroser Analytiker“. Aus seiner Sicht, in seinem politischen Rahmen gibt es aus diesem politischen System keinen Ausweg. In seinem Kontext kann man

³ Finca campesina – agrare Bauernbetriebe mit unterschiedlichem Schwerpunkt in der Produktion

⁴ Gearóid Ó. Loingsigh – Journalist; „Red Banner“ Magazine, usw.

nichts tun außer zum Gewehr zu greifen und dem Kapitalismus ein Ende zu setzen. Es gibt keinen Ausweg, keine Veränderung. Nichts. Das ist doch eine Karikatur.

Die andere Analytikerin – Bettina Reis. Sie ist sehr kritisch, aber sehr rigoros. Das macht einen Unterschied. Am Ende macht sie eine starke Kritik an den Laboratorien, aber sie tut es mit Rigorosität. Und Loingsigh wird nur von seiner politischen Ideologie geführt. Und das ist schlichtweg eine Interpretation. Ich persönlich kritisiere sie sehr, weil sie alles über einen Kamm schert. Sie ist radikal, ich respektiere sie, bin aber anderer Meinung, weil diese Ansicht die sozialen Organisationen lahm legt. Sie gibt ihnen die falsche Botschaft, vor allem heutzutage. Ich war, sagen wir, von den Linken, etwas radikal, aber ich schätze diese Botschaft als inadäquat. Er (Loingsigh) ist Wissenschaftler und hat einen interessanten Standpunkt. Loingsigh zitiert sie, differenziert aber nicht, er sieht nicht die verschiedenen Szenarien. So bleibt er auf dem halben Weg, weil seine politische Besinnung im Vorhinein festgelegt ist.

Die Friedenslaboratorien kann man mit der Ölpalme allein nicht identifizieren. Für Kritiker wie ihn, ist das Programm schlicht der Ölpalmanbau. Er machte eine Analyse des Paramilitarismus hier und als die Rede von den Laboratorien war, sagte er, sie seien die Palme. Ich fragte ihn: *„Haben Sie die Kakaoprojekte nicht vergessen? Was wissen Sie darüber? Oder über die Projekte mit Obstkulturen? Kennen sie den Prozess mit den Milchprodukten in Sur de Bolivar? Wissen sie davon? Sie schauen sich den Prozess an und sehen nur die Palme. Es ist ein heikles Thema. Man muss den Kontext betrachten. Sie schildern das Programm Entwicklung und Frieden als die Spitze der Lanze des Paramilitarismus. Aufgrund ähnlicher Kommentare – ich entschuldige Sie nur, weil sie Ausländer sind – aber wegen solcher Kommentare wurden Bauern, Teilnehmer am Programm. Den ganzen Kontext, alles muss auf den richtigen Platz stellen – den Paramilitarismus, seine Funktionsweise, die Globalisierung. Ich widerspreche, weil Ihr Rahmen den gesellschaftlichen Organisationen keine Optionen zulässt.“*

Frage: Gibt es Politiker, Personen, die es gern mit dem Projekt der Ölpalme versuchen würden?

Luis Briceño: Das Thema „Ölpalme“ sorgt immer für Diskussionen. Die Geschäftsleute kritisieren unser System, es sei ineffektiv laut ihnen. Doch die Teilevaluationen haben bewiesen, dass dies nicht stimmt. Man hat nachgewiesen, dass Bauernfamilien schon Erfolg hatten und so jeden Monat ihren Kredit zurückzahlen können (...) Das Thema Ölpalme wird von der Öffentlichkeit als sehr widersprüchlich empfunden, weil es mit dem Paramilitarismus assoziiert wurde – in Hinblick auf die großen illegalen Investitionen. Die Ölpalme ist der Grund für die Abholzung des Waldes. Sie ermöglicht einem die Kontrolle auf dem Territorium. Es ist ein Produkt, das die Menschen aus ihrem Land vertreibt. Wir sind sehr kritisch gegenüber dem (bestehenden) Risiko.

Frage: Kann man behaupten, dass die Geldgeber die Projektauswahl beeinflusst haben?

Luis Briceño: Ob jemand das beeinflusst hat? Ich glaube nicht. Hier hat man es so gemacht. Die Leute vom Programm – alle zusammen und Pacho (de Roux, Anm. d. V.) haben mit den Menschen über verschiedene Möglichkeiten gesprochen. Ein Beispiel – man hat hier in Magdalena Medio Kakao auf eine eigene Weise produziert. Ein technisches Beispiel – ich bin kein Fachmann in dieser Frage, aber ich habe viel darüber nachgedacht, welche die kleinste Ware für die Bauern wäre, die rentabel ist. Wenn man sich darüber keinen

Gedanken gemacht hat, kann man leicht einen Fehler machen. Zum Beispiel lohnt es sich, für eine Familie auf zwei Hektaren mit einem Kredit Kakao anzubauen? Die Erfahrung hat gezeigt, dass wenn man es nicht auf drei Hektaren macht, würde man keinen Erfolg haben, weil der Kredit sehr verpflichtet. Es gibt andere Beispiele unserer Erfahrung zufolge: Bananen sind nicht so gut, weil sie für die Wirtschaftsflüsse nicht angebracht sind. Es ist eine Erfahrung, etwas, das man nicht weiß, ohne einen Lernprozess zu durchgehen.

Ich komme zurück zum Punkt, dass das Programm mit den Menschen gearbeitet hat. Das es auf sie zuhörte, einen Dialog mit ihnen startete. Wir haben einiges eingeführt (...). Der Kakao (der Kakaoprojekt, Anm. d. V.) war einer der Vorschläge. (...) Magdalena Medio hat nicht den besten Boden, es ist nicht wie das Tal vom Rio Cauca (...). Das Programm hat versucht mit dem Vorhandenen, mit dem, was für die Region typisch und eigen ist, zu arbeiten statt mit etwas, das ihr fremd und neu ist. Die Projekte, die man initiiert stammen von hier. (...)

Luis Briceño über die Nachhaltigkeit des Projekts

Etwas konkreter zum Thema der Nahrungssicherheit. Meiner Meinung nach, ist das ein schwaches Konzept, obwohl es verständlich ist.

Etwas Konkretes über die Nahrungssicherheit. Für mich ist das ein schwaches Konzept, obwohl man es nachvollziehen kann. Es wurde sehr stark von den selbst hergestellten Produkten für Eigenbedarf bestimmt. Das ist, glaube ich, der richtige Standpunkt. Dieser Punkt der Nahrungssicherheit bezieht sich mehr auf die Ernährung und überschreitet alle Dimensionen meiner Erfahrung als Ökonom. Es geht um etwas mehr und ich glaube, dass es innovativ ist. Es erklärt das Thema der Nahrungssicherheit nicht nur mit der *Finca* (dem Grundstück, Anm. d. Verf.). Die *Finca* ist nur ein Teil davon. Man muss aber auch an den ländlichen Markt und ans lokale System denken. Dieses Thema muss man in unserem Prozess viel mehr entwickeln.

Das Konzept der *finca campesina* – des Erwerbs durch die Produktion von einem führenden Exportprodukt – ist von der Idee der Nahrungssicherheit Richtung “Marktexport” abgerückt. Dabei hat man das Prinzip der Nahrungssicherheit vernachlässigt, meiner Meinung nach. (...). Hier gibt es eine große Herausforderung, weil die Nahrungssicherheit keine Priorität der Regierungspolitik ist. Zumindest nicht im Sinne einer Nahrungssicherheit, deren Basis die Bauern sind. Im makroökonomischen Kontext ist die Nahrungssicherheit laut der Agrarwirtschaft eine Versorgung mit Nahrungsmitteln mit Produkten und Mitteln wie in jedem anderen Land. Andres gesagt – für die kolumbianische Regierung gibt es Nahrungssicherheit. Aber die Produkte, die uns fehlen, müssen wir uns kaufen. Die Politik der Nahrungssicherheit basiert nicht auf der kolumbianischen Bauernschaft. Nein. Um das etwas gröber auszudrücken – Nahrungssicherheit bedeutet für die Regierung Geld für den Kauf von Nahrungsmitteln zu haben. Das genügt ihnen. (...). Das bedeutet sehr viel, weil in dieser Region jener, der Geld hat, das Brot kauft. (...). Das bedarf noch immer einer Analyse. Aus einem ökonomischen und mehr sogar aus politischem Standpunkt halte ich das Thema der Nahrung für sehr strategisch (...)

In unserm Programm wäre es auch von strategischer Bedeutung, uns mit diesem Thema mehr zu beschäftigen. Es fehlt immer noch an einem überzeugenden Konzept. Jedenfalls beginnt man das Thema heftig zu diskutieren, weil hier viele Investitionen hinein fließen. Und wenn es keine ausreichende Produktion von Nahrungsmitteln gibt, würde das zu Schwierigkeiten führen. Weil die Sache ungefähr so ist –

wer das Geld hat, der kauft die Nahrung. Das ist sehr wichtig hier in Magdalena Medio, weil Magdalena Medio nie eine Region der Nahrungsproduktion war. Die Abhängigkeit davon ist sehr hoch hier. Es ist sehr wichtig, weil die Herausforderung lautet: die Bauern selbst sollen imstande sein Nahrung herzustellen. Das ist sehr wichtig, weil die Bauern unsere soziale Basis sind und wenn dieser Basis einer Strategie fehlt, würde man nichts machen können. So wird aus uns nur die Idee bleiben, die zwar schön, aber lediglich eine Idee ist.

Frage: *Wird es möglich sein, nach dem Ende der Finanzierung die Projekte weiterhin durchzuführen?*

Luis Briceño: Die Prozesse, die an Reife gewonnen haben, werden weiterhin bestehen. Jene, denen es nicht gelingt, wird man beenden, außer sie finden eine Alternative. Sehr wenige werden alleine weiter implementiert werden. Es fehlt noch immer vieles, um nachhaltig zu werden und diesbezüglich gibt es auch eine Diskussion. Es wird sich nicht lohnen, die Projekte, die trotz der Ressourcen das nicht geschafft haben, zu fördern. Es ist gut erfolgreiche Projekte zu unterstützen, z.B. auf dem Gebiet von Sur de Bolívar⁵, die als Folge des Kriegs (gemeint ist der bewaffnete Konflikt), am schwächsten in seiner Entwicklung ist. Wenn es an mir liegt, würde ich das ganze Geld dafür verwenden, Produktion von Nahrungsmitteln sicherzustellen. Dort, in Sur de Bolívar gibt es noch einiges zu tun. Ihnen fehlt mehr als anderen. Es ist eine schwierige Region. Ich sehe darin eine politische Entscheidung – es lohnt sich mehr Unterstützung zu geben.

(...)

Meiner Meinung nach hält die Praxis, den Menschen nur Hilfsprogramme anzubieten, diese weiterhin in Armut. Solche Kunstprojekte führen zur Armut. Man wird sehr manipulierbar. Die Subsidien, die man für eine gewisse Zeit gibt – das ist in Ordnung. Aber man soll alleine durchstarten können. Wenn wir nicht weiter gehen, werden wir die Probleme nicht lösen können. Alle Kleinprojekte – wie *Paz y Desarrollo* (Projekt für Frieden und Entwicklung), wie die Projekte für die Vertriebenen – sie sind kurzfristig. In dieser Sache zweifle ich viel. (...) Sie verschaffen der Regierung politischen Spielraum, weil sie den Leuten helfen, aber es ist kein nachhaltiges Projekt, aus der Sicht der Höhe der Finanzierung und der Zeitfristen. Das sind Projekte, die sich vom Friedenslaboratorium unterscheiden. Sie sind vom kleinen Maßstab, aus der Sicht der Nachhaltigkeit sind sie falsch, meiner Meinung nach. Wenn es ihr Ziel ist, Hilfe zu leisten, dann gut. (...)

Wir müssen das Problem des Landbesitzes, bzw. der Landnutzung lösen. Die Vertriebenen müssen zurück zu ihren Orten, mit Geschäften, mit wirtschaftlichen Projekten. Aber das kostet der Regierung Geld. Es gibt die Vision, dass ein Staat dafür Geld ausgeben würde, aber ja, es kostet ihm was. Wenn ich das machen würde, wird es mit Subsidien und nachhaltigen Projekten sein. Und hier – dem Schein nach – man gibt dafür aus, aber es wird verwendet, *ohne die Probleme der Abhängigkeit von Hilfsprogrammen zu lösen.* (...)

Frage: *Sind die drei Projekte – Die Laboratorien, das Projekt für Frieden und Entwicklung und die PDPs voneinander unterschiedlich?*

Luis Briceño: Ja. Aber sie können sich gegenseitig ergänzen. (...)

Es gibt Projekte, die schon ohne Subventionen fortbestehen können. Meiner Meinung nach gibt es Projekte, die an Führungskompetenzen gewonnen haben, also das Ende vom Friedenslaboratorium ist nicht das Ende

⁵ Sur de Bolívar – ein Teil der Region Magdalena Medio (Anm. d. Verf.)

der Welt. Es gibt andere Wege, um Ressourcen zu verwalten. Ich glaube, dass unsere Projekte mit dem Staat etwas konkreter geworden sind. Die Menschen, die daran teilnehmen – sie versuchen ihre Ziele neben der offiziellen Politik, d.h. der regionalen Politik, zu formulieren und die Unterstützung des Staats einzufordern. Die Sache ist, dass der Staat – in diesem Fall die regionalen Behörden – sehr schwach ist. Es gab kein Wissen, wie sie Projekte unterstützen. Sie wussten nicht, wie man den Gewinn einer Region mit Erdöl verwenden kann. Barrancabermeja hat ein Millionenbudget. So war es lange Zeit gewesen. Aber die großen Probleme – heute sind sie weiterhin da. In Barranca gibt es kein Trinkwasser. Es ist knapp. Wenn man an die ganze Geschichte der Stadt und deren ganzes Geld denkt, sollte sie mit Abstand besser als Bucaramanga sein. (...) Aber Barranca ähnelt einem zurückgebliebenen Dorf ... Wegen Aufträgen, die nichts bringen. Sie bringen sehr wenig. Das ist ein gutes Thema zum Forschen.

Was mich beunruhigt ist, dass in den zehn Jahren, die ich hier verbracht habe, Barranca nicht vorangekommen ist. Ja, es gibt Fortschritte, aber nur wenig. Es gibt Handel, der aber nicht organisiert ist. Es ist ein informeller Handel. Ein Beispiel – die Industrie hat sich nur bezüglich der Erdölgewinnung entwickelt. Ein Einkaufszentrum wird z.B. erst jetzt gemacht.

Interview mit John Anthony Castañeda, Beratungsexperte der Regierungsbehörde Acción Social für das Programm für Entwicklung und Frieden und die Friedenslaboratorien,

Bogotá, am 18. Juni 2008

***Frage:** Die Friedenslaboratorien folgen der Strategie der Programme für Entwicklung und Frieden (PDP). Wo ist der Unterschied? Was ist das Neue?*

John A. Castañeda: Allerdings gibt es einen Nachteil – die Bewerbungsverfahren der EU passen nicht zu den Regionen der Projektimplementierung. Laut denen, muss man Bewerbungsverfahren für die Gelder veranstalten. Und wer gewinnt sie? Die besten Projekte. Nun aber, die besten kommen nicht unbedingt aus der Zielregion, sondern sie werden gegebenenfalls von Experten verfasst. Der Unterschied ist, dass die PDPs ihre Unabhängigkeit haben und die Laboratorien – bei ihnen kommen viele NGOs ins Spiel, die auf eine Weise vielleicht die Zivilgesellschaft unterstützen aber nicht immer ein Teil der Zielbevölkerung sind. Im ersten Laboratorium hat sich das Programm in Magdalena Medio sehr bemüht, diese Unabhängigkeit zu behalten. Sie hatte schon ein Netzwerk von Basisorganisationen, die alle im Entscheidungsnehmensprozess involviert waren. Man hat somit eine direkte Strategie gesucht. Das ist der Unterschied – die PDPs haben ihre Unabhängigkeit. Dagegen bekommen bei den Laboratorien die NGOs das Geld. Die Basisorganisationen haben ein breites soziales Fundament aber sie sind noch nicht soweit, nach den EU-Bedingungen mit den NGOs erfolgreich zu konkurrieren. Und hier geht die Unabhängigkeit verloren.

***Frage:** Sie sprechen von Nachteilen. Ist das nicht eher theoretisch gesehen? Denn in Wirklichkeit nehmen in Montes de Maria sehr viele (225) Basisorganisationen am Bewerbungsverfahren Teil und nur eine davon kommt aus Bogota. Dazu noch ein paar Organisationen von Sincelejo, das nicht zur Region des Laboratoriums gehört aber für eine so genannte Einflusszone gilt¹. Der Großteil der Bewerber sind Basisorganisationen der Region.*

John A. Castañeda: Ja, aber, das sind einfach Basisorganisationen, die um Beratung angesucht haben, weil sie wissen, dass sie mit den NGOs nicht mithalten können. Daher haben wir es so organisiert, dass sie bei der Formulierung der Projekte von den PDPs unterstützt werden, um mit den NGOs, die an den Bewerbungsverfahren teilnehmen werden, mithalten zu können.

Seitens der EU gibt es viele Einschränkungen, welche die Basisorganisationen daran hindern, an der Bewerbungsaufforderung Teil zu nehmen. Wenn die EU sagt, dass sie sich beteiligen sollen, dann sollte sie auch keine Regeln setzen, die die Organisationen davon hindern.

Die EU verlangt einiges – z.B. Fähigkeiten. Große Organisationen, die schon mit anderen Kooperationspartnern Erfahrung hatten, haben das. Dann will man Erfahrung im Prozess – das haben wir auch. Man verlangt nach Basisorganisationen. Aber die Basisorganisationen, wenn sie keine Erfahrung damit haben, brauchen eine NGO, einen Vermittler also, damit sie auf diese Weise am Programm teilnehmen können. Allerdings nicht als Auftragsführende, sondern als Programmbegünstigte. Daher wollen wir, dass die Basisorganisationen nicht nur in den Genuss der Mittel kommen, sondern dass sie diese auch selber verwalten, damit sie an Stärke gewinnen. Wir können nicht garantieren, dass die Organisationen, die mit dem PDP zusammen gear-

¹ Span. zona de influencia

beitet haben, gewinnen werden. Wir haben Basisorganisationen, die aber die Fähigkeiten, die in den Bewerbungsbedingungen angefordert werden, nicht haben. Genau hier stimmt es mit der Balance nicht.

(...)

Wir wollen zwei Typen von Bewerbungsverfahren für die Projektsfinanzierung – für stärkere und für schwächere Organisationen.

(....)

Frage: *Befürchtet man, dass die NGOs, die einer Region nicht angehören, die Bedürfnisse der Zielgruppe nicht gut artikulieren können?*

John A. Castañeda: Der Budgetrahmen der EU sagt – 7% für Administrativkosten. So bleiben 93% für das Projekt, dazu kommen 3 % für das Personal, welches die NGO selber rekrutiert. Das ist das Beste und passiert in den Projekten für Wirtschaftsentwicklung. Bei den anderen Projekten jedoch – im Bereich der Menschenrechte und der Stärkung der demokratischen Staatlichkeit – ist es schwierig, weil man viele Stunden für Kompetenzaufbau verlangt. Ich sage nicht, dass das schlimm ist. Aber es ist überflüssig: In einer Region mit so vielen Bedürfnissen sind 1200 Stunden für Ausbildung viel für Menschen, die daran nicht gewohnt sind. Es fehlt ihnen an Kompetenzen und es kann sein, dass sie mit einem großen Impuls anfangen, dann aber, bei der 200sten Stunde lässt die Energie nach. Nicht weil sie nicht mehr wollen, sondern weil sie an Hunger leiden, weil sie auch andere Bedürfnisse haben. Das ist das Problem dieser zwei Linien, denn sie sind immer auf die Einschulungskomponente konzentriert. Im Endeffekt sehen die Menschen nicht, dass es überhaupt ein Projekt gibt.

Und was passiert? Eine NGO kommt mit einem Projekt, wessen Teilnehmer als direkte Begünstigte gelten, aber die Leute haben keinen Nutzen davon, weil sie nur an 200 Ausbildungsstunden teilnehmen können. Nicht weil sie nicht wollen, sondern weil sie nicht im Stand sind, eine Schulung von 1200 Stunden zu absolvieren.

Frage: *Wie hat man das beim ersten Laboratorium in Magdalena Medio vermieden? Gab es keine Bewerbungsverfahren?*

John A. Castañeda: Es gab eine Verhandlung, eine Besprechung, damit es einen positiven Anstoß gibt. Und es gab nur eine Ausschreibung, aber sie war viel flexibler. Man hat sozusagen alles gefiltert – die besten Vorschläge wurden ausgesucht. Man sagte – das sind die besten Strategien, die wir unterstützen werden. So war es in den ersten drei Jahren. Dann gab es jedoch ein Bewerbungsverfahren, aber es war klein, nur für neue Projekte, vor allem für die Unterstützung von Frauen und Jugendlichen. Es war ein Mix – ein wenig von allem. Die alten Projekte wurden weiter implementiert. Im Fall von Montes de Maria gibt es nur eine Projektausschreibung. Dann das Bielspiel des Projekts mit der Finanzierung der Weltbank. Hier gibt es keine Ausschreibung (...). Durch eine gemeinsame Sitzung wird es entschieden, welche Projekte unterstützt werden sollen. Beim ersten Laboratorium war das eine Diskussionsrunde, in der die Entscheidungen koordiniert wurden.

Frage: *Warum verwendet man bei den Laboratorien nicht mehr das gleiche Verfahren? Hat der Prozess an Essenz verloren?*

John A. Castañeda: Jedes Programm hat seine Strategie. Man findet nicht in allen drei die gleichen Strukturen: z.B. die *nucleos de pobladores*². Man versucht dieses Schema in den anderen PDP einzusetzen, ohne diesen Namen zu verwenden. Die Basisorganisationen in einer Konfliktregion werden immer schwach bleiben, sobald man ihnen die Chance nicht gibt, direkt an den Programmen teilzuhaben, wenn man keine direkte Verbindung mit ihnen hat. Es geht hier nicht so sehr um Unabhängigkeit sondern um die Angehörigkeit, um die Teilnahme am Prozess.

Frage: Unterscheidet man streng zwischen einer Basisorganisation und einer NGO in den Regionen?

John A. Castañeda: Ja, es ist anders. Es geht um jene NGOs, die sich in Kolumbien sehr vermehrt haben, denn hier ist sehr viel Geld der [internationalen] Kooperation eingeflossen. Sie sind zu Experten geworden, welche auf Projektsuche sind, also es geht dabei nicht um die Menschen. Wenn man will, dass die NGOs teilnehmen, dann sollten sie den Prozess begleiten. Aber sie sollten nicht die direkte Verwaltung der Projekte haben. Genau umgekehrt denkt die EU. Sie haben Bedingungen, eine Fachsprache, die für die Bauer sehr schwierig ist. Warum lassen sie die Ressourcen nicht direkt zu den Zielgruppen fließen, damit sie auch durch Praxis an Erfahrung gewinnen?

Frage: Es gab viel Kritik bezüglich dieser Strenge. Wie ist es zu dieser Änderung gekommen, vergleichen wir das erste mit den anderen Laboratorien?

John A. Castañeda: Es kommt seitens der EU. Die EU gibt das Geld, daher diktiert sie die Regeln. Sie sagt: „Das sind die Bedingungen für die ganze Welt und die ganze Welt hält sich daran“.

(...)³

Frage: Es stellt sich heraus, dass es sehr schwierig ist, ein gutes Beispiel, wie dieses von Magdalena Medio zu replizieren. Hier handelt es sich eigentlich um das Beispiel des Programms PDPMM, dessen Erfolg anerkannt ist. Warum kann man nicht diese Methode weiter anwenden?

John A. Castañeda: Man muss eine Sache klarstellen – die Figur von Francisco de Roux. Als Präsident Pastrana mitten im Friedensprozess war, kam die Gruppe der befreundeten Staaten⁴, weil sie im Prozess kooperierten. Sie kamen nach Barrancabermeja und trafen sich mit Pacho de Roux. Er erzählte ihnen, was das Programm bis daher gemacht hatte, und sie, z.B. der Friedensemissär, sagten – ah, das ist so etwas wie ein Friedenslaboratorium. Dann bewilligten sie die finanzielle Unterstützung. Bei dem zweiten und dritten Laboratorium war es aber anders. Dann sagte die EU – Sie müssen die Verfahren, die für alle Länder der internationalen Kooperation üblich sind, durchführen. Und man versteht ihre Angst, dass Ressourcen verloren gehen können.

Frage: Was rechtfertigt diese Änderung der Bedingungen?

John A. Castañeda: Es wird befürchtet, dass das Geld auf eine oder andere Art verloren gehen kann. Der einfachste Weg die Korruption zu vermeiden ist durch ein weiteres Begleitungsverfahren möglich. Eine der

² *nucleos de pobladores* (spanisch) – Kerngruppen aus führender Personen in einer Gemeinde, einem Ort, etc. (Übers. d. Verf.).

³ An dieser Stelle folgt ein ausgelassener Abschnitt mit sehr detaillierten Informationen über die technischen Bedingungen.

⁴ Span. *Grupo de los países amigos*

wichtigsten Entscheidungen, die Pacho de Roux in Sachen Vertrauen fällte, war allen [in der Region] zu sagen: *“Ich gebe euch keine Sicherheitspolizei. Wenn ihr das Geld verliert, wird das ihr Problem sein. Die Region wird dieses Geld verlieren.”* Als man später Bilanz zog, war kein Peso verloren. Also, es gibt ein gewisses Vertrauensprinzip. In den Projektsverfahren aber gibt es dieses Vertrauensprinzip nicht. Die EU und die kolumbianische Regierung behaupten, dass man durch die Verfahren, jede Korruption vermeiden kann und sie beharren darauf. In diesem Punkt sind die Sachen sehr strikt. In einem gewissen Moment kam es zu einem Missverständnis. Zuerst gab es Verhandlungen und die Ressourcen wurden vergeben. Dann aber kam das Thema der Verfahren. Man sagte: *„Wir haben doch anders angefangen und jetzt kommen sie mit diesen Aufsichtsbedingungen. Aber sie kommen erst dieses Jahr... Ich habe damit schon früher angefangen. Verlangen sie von mir jetzt nicht, dass ich von diesem Punkt hier starte“*. Es entsteht also ein Limbo. Daher gab es zusätzliche Gespräche und die Aufteilung der Ressourcen wurde nun von der EU durchgeführt. Die Finanzierung für die anderen Laboratorien werden von Accion Social verwaltet, was ich sehr bedauere. Die Situation ist sehr kompliziert. Die EU sagte: *„Nein, in den anderen Laboratorien werden wir immer dieses Verfahren durchführe. Das heißt, dass das Geld nicht direkt kommt, sondern dass alles durch Accion Social kontrolliert wird“*. Etwas, dass ich kompliziert finde.

Frage: *Hat die Accion Social mehr Kompetenzen bekommen? In den zweiten oder dritten Laboratorien?*

John A. Castañeda: Im dritten Laboratorium weiß man es noch nicht. Die Accion Social hat die Aufsicht auf die PDPs. Die PDPs wiederum spielen eine Vermittlungsrolle – einerseits machen sie den Aufsicht der Programme für Frieden und Entwicklung⁵ (Das Programm ist von der Weltbank finanziert), andererseits durch die Verfahren der Projektausschreibungen, die sie in beiden Laboratorien machen. 50 Prozent der Organisationen sind jetzt durch Beratung und begleitende Aufsicht gestärkt.

Frage: *Meine Frage bezieht sich auf den gewissen Eindruck, laut dem die EU sich aus der Sache Schritt für Schritt zurückzieht. Gleichzeitig kommt an ihre Stelle Accion Social mit mehreren Befugnissen...*

John A. Castañeda: Es ist sehr kompliziert. Die Programme, die direkt von Accion Social verwaltet werden sind 30 oder etwa mehr. Und jedes davon ist anders. Die Programme zur Entwicklung und Frieden haben die Organisationen (Basisorganisationen in der jeweiligen Region – Bem.) als Zielgruppe. sie sorgen dazu, dass die Organisationen ihre Fähigkeiten stärken. Aber es gibt auch andere, die direkt mit den Bevölkerungsgruppen arbeiten. Man kann das nicht vergleichen. Man versucht es zu kombinieren – z.B. durch übergreifende Programme wie JUNTOS. Es wird versucht, durch die Stärke, welche die Organisationen im Rahmen der Laboratorien bekommen, sie an andere Programme und Körperschaften zu binden, nicht nur an Accion Social, wie z.B. mit dem Agrarministerium oder anderen, laut ihren Interessen. Dazu kommen auch Banken und andere Organismen, die Kredite für Produktivinitiativen gewährleisten können.

Frage: *Meine Frage bezieht sich auch auf die symbolische Bedeutung der EU und der Accion Social. Man spürt, dass die Rolle der EU, im Vergleich zu der Zeit der ersten Laboratorien, weniger bedeutend ist. Sogar ein Beispiel des Logo der EU – ist heute das Emblem der EU weniger präsent als dieses der Accion Social?*

⁵ Im spanisch – „Programa Paz y Desarrollo“, d.h. „Programm Frieden und Entwicklung“. Nicht zu verwechseln mit dem Programm für **Entwicklung** und **Frieden** (PDP).

John A. Castañeda: Es ist schwierig zu sagen. Warum? Als das Programm anfang, gab es eine sehr enge und direkte Verbindung zwischen ihm und dem Friedenslaboratorium. Die Staatsregierung nimmt nur die Initiative der Programme PDPs auf. Was machen sie damit? Sie gehen zwei Wege – das Programm für Frieden und Entwicklung mit Ressourcen der Weltbank und die Laboratorien, die von der EU finanziert werden. D.h. die Regierung beginnt einen intensiven Dialog mit beiden Programmen. Die Kommunikation zwischen allen wird flüssiger, direkter. Es ist eine engere Verbindung da. Gleichzeitig tritt die EU etwa in den Hintergrund und beschäftigt sich heute viel mehr mit dem der Aufsicht der Programmverwaltung, ohne dass sie direkten Einfluss ausübt. (...) Jetzt wird nicht über die Zugehörigkeit und die Autonomie der Programme geredet. Früher gab es seitens der EU mehr Dialog. Sie versuchte stärker verschiedene Initiativen mit den Programmen zu koordinieren.

Frage: *Bedeutet dieser Wechsel, dass die Laboratorien jetzt mehr Unabhängigkeit haben?*

John A. Castañeda: Nein, weil wir [die *Accion Social*, Anm. d. Verf.] der Garant für das Einhalten der Prozessverfahren geworden sind. Die öffentlichen Organe sind wenig effizient wenn es darum geht, das Geld zum richtigen Zeitpunkt zukommen zu lassen. Alles ist sehr kompliziert wenn es Vermittler gibt. So stößt man auf Doppelverfahren – diese der Regierung und der Union. Es gibt z.B. eine Bedingung seitens der Nationalregierung, dass Gelder, die schon vergeben wurden, nur dieses Jahr (das nächste nicht mehr) verwendet werden können. Man fragt nicht mehr ob eine Maßnahme für die Region relevant ist.

Folgendes passiert – man muss zuerst die Rahmenbedingungen der Regierung und dann auch diese der EU beachten. Erst danach wird an die Zielgruppen gedacht. Die offene Diskussion hat früher sehr viel geholfen. Man fragte was die zivilgesellschaftlichen Akteure meinen, was für der Regionen angebracht wäre. Heute ist es dermaßen anders, sodass ins dritte Laboratorium eine neue Komponente eingeführt wurde. Sie heißt Politischer Dialog. Dabei geht es um die Gestaltung der öffentlichen Politik. Das ist wichtig. Aber es gibt auch andere wichtigen Themen, wie die Sicherstellung von Nahrungsmitteln⁶, die Menschenrechte, die früher im Dialog zwischen der Regierung und der Regionen viel präsenter waren.

Frage: *Können Sie mir konkrete Erfolgsbeispiele im Bereich der Menschenrechte und der demokratischen Staatlichkeit geben?*

John A. Castañeda: Ja. Unterschiede, die ein Teil des Erfolgs sind. Früher waren die Organisationen der Zivilgesellschaft sehr ausgeschlossen – von allen staatlichen Akteuren. Folglich schlossen sie sich zusammen. Sie übten eine starke Kritik den staatlichen Organisationen gegenüber – dass man die Bedürfnisse der Zivilgesellschaft nicht angeht, dass den Basisorganisationen keine Chance für eine direkte Mitwirkung gegeben wird. Durch die *Accion Social* erzielte man einen qualitativen Sprung – im zweiten Friedenslabor verstand man, dass das einzige was in Kolumbien Garant für die Demokratie ist, die Einrichtung öffentlicher Institutionen die direkt mit den Menschen sprechen können, ist. Also was passierte in Magdalena Medio? Ein Gespräch unter Gehörlosen. Einerseits soziale Organisationen, sehr gestärkt in ihren Fähigkeiten, mit Diskurs und Bereitschaft für Dialog, denen gegenüber aber eine Gemeindeverwaltung mit einer Statistikbase standen, die nicht entgegen kommen konnte, weil sie weder das Wissen, noch das Können hatte. Das ist uns bewusst. Wir wissen auch dass die Gemeindebehörde ihrer Sache nicht kundig ist und dass sie korrupt ist. Das hätte zu einem Teufelskreis werden können. Weil sie weiter gehen, ohne zu wissen wie sie darauf reagieren wollen.

⁶ Spanisch: *la seguridad alimentaria*

Im Zweiten Laboratorium haben wir eine Strategie: durch die zweite Komponente – *Stärkung der Regionalverwaltung*. Man arbeitet daran, sodass die Normen der Verfassung, die die Behörden anwenden sollen, tatsächlich implementiert werden. Wir werden versuchen, dass die regionalen Behörden zu Garant der Menschenrechte werden. Wir ermöglichten den Dialog zwischen der Regionalverwaltung und der Bevölkerung, der letzteren haben wir auch eine Chance gegeben, alleine die Initiative zu ergreifen. So werden die regionalen Institutionen fähig, den Bedürfnissen der Bevölkerung nachzugehen, sodass sie auch nach dem Beenden des Projekts *Friedenslaboratorium* fähig sind, ihren Aufgaben und Pflichten nachzukommen. All das führt zu der Realisierung eines Dialoges.

Der Verdienst der Friedenslaboratorien ist zweierlei: Erstens, der Zivilgesellschaft freien Raum zu geben, so wie es in der Verfassung steht; etwas, das bis daher nicht verwirklicht wurde. Zweitens, man sagte der regionalen Administration, sie solle einen Dialog mit der Zivilgesellschaft starten.

(...)

Detaillierte Information über die Komponente „Stärkung der Menschenrechte“

John A. Castañeda: Am Beispiel des zweiten Laboratoriums – man arbeitet auf diese Weise: Erstens mit der Gemeindeverwaltung. Es wird eine Strategie erstellt (...) Zweitens – es wird daran gearbeitet, dass die Gemeindeverwaltung ihren Aufgaben nachkommt. Gut, aber man kann in einer Gemeinde nicht arbeiten, wenn diese ganz verfallen ist. Man kann in einer Gemeinde, die kein Geld hat, nichts machen. Was wir tun ist es, die Ressourcen der DNP direkt in die Gemeinden fließen zu lassen. Letzteren müssen allerdings eine Evaluation der Effizienz und der Effektivität machen, damit man die Konditionen verbessert, damit sie ihren konstitutionellen Pflichten nachkommen und mehr Ressourcen bekommen können. Klar, das ist ein ganzer Prozess. Der erste erfolgreiche Schritt ist, dass man den Dialog mit den Gemeindebehörden und der Bevölkerung einleitete. (...)

Das Laboratorium, das am meisten in der Komponente der Rechtsstaatlichkeit und der Partizipation errang, ist das zweite Laboratorium. In Magdalena Medio hatten sie den freien Raum für Partizipation am politischen Prozess schon gewonnen. Es ist wichtig das Laboratorium in einen politischen Akteur zu transformieren, welcher am Prozess teilnimmt und zur Realisierung der Demokratie führt. Dazu gibt es viele Beweise: durch Beratungsgremien oder Stadträte. In Magdalena Medio gelang es, dass die Einwohner an all diesem teilnehmen. Die Verwaltungsorgane – Behörden, Bürgermeisterämter etc. – haben sich sehr qualifiziert. Die Folge davon: die Menschen haben das Gefühl, dass ihre Interessen vertreten sind. Daher zollt man den Behörden in diesen Gemeinden Respekt.

Frage: Woran liegt dieser Wille zur Partizipation? Wie kann man die regionalen Politiker dazu aufmuntern, am Prozess teilzunehmen?

John A. Castañeda: Es ist schwierig zu sagen. Was ich jetzt erzähle ist, dass diese Menschen die Schwierigkeiten des Prozesses überwunden haben. Früher haben sie nicht einmal die Partizipation als Begriff gekannt. In Magdalena Medio wurden die Themen der Zivilgesellschaft eingeleitet und die Gemeindepolitiker haben es erkannt, dass sie sich der Zivilgesellschaft annähern können und somit einen Weg zu mehr Partizipation schlagen können. Jedenfalls der Raum für Partizipation wurde von den Programmen PDPs erkämpft. Das ist ein Verdienst der PDPs.

Frage: *Es gibt also keine Verpflichtung außer der moralischen, die sie zur Partizipation anspornt...*

John A. Castañeda: Doch. Es ist eine Pflicht laut dem Gesetz. Die Verfassung sieht vor, dass diese Räume der Partizipation von der Gemeindeverwaltung gewährleistet werden müssen. Die letzteren aber waren sich dieser Tatsache nicht bewusst. Also die Zivilgesellschaft musste diese Rolle allein übernehmen und mit den Bürgermeistern und den anderen sprechen, ihnen sagen: „Schauen sie, es gibt einen Raum für Partizipation, den so genannte Nationaler Planungsrat oder den Jugendrat der Gemeinde, wo wir teilnehmen müssen, damit man öffentliche Politik betreiben kann.“

Frage: *Das bedeutet, dass der Dialog durch die Vorschläge der Basis-Akteure vorangetrieben wird?*

John A. Castañeda: So ist es in Wirklichkeit. Man erwartet, dass auch die Gemeinden Vorschläge zu diesen Projekten einbringen. Wenn die Frage ist, ob der Raum für Partizipation der Gemeindeverwaltung zu verdanken ist, ist die konkrete Antwort darauf „Nein“. Was getan wurde ist, dass man es ihnen zur Kenntnis brachte, dass es solche Mechanismen existieren und dass man das zulassen sollte. Das gilt auch für die Zivilgesellschaft – man sagt den Menschen, dass sie in diesem Raum eine partizipative Rolle einnehmen müssen. Man soll beiden Seiten zeigen, dass es Recht UND Pflicht existiert. Dadurch kann es einen Raum geben, wo alle Teilnehmer sein können.

Frage: *Sind die Ämter der Bürgermeister zu den Bewerbungsverfahren nicht zugelassen?*

John A. Castañeda: Jetzt nicht mehr. Aber in Magdalena Medio – ja.

(...)

Frage: *Ist die EU-Unterstützung für diese strukturellen Prozesse der Politik der Regierung angemessen? Ich meine, dass die Projekte mit EU-Hilfe sind im Produktionssektor in Regionen, wo es große infrastrukturellen Mängel gibt. Koinzidiert das EU-Projekt mit der Regierungspolitik, so wie sie im Nationalen Entwicklungsplan festgeschrieben ist? Ist diese Initiative nachhaltig?*

John A. Castañeda: Warum die Frage? Was meinst du damit?

Frage: *Die Frage ist ob die Laboratorien sich lohnen. Gibt es Bedürfnisse, die man angesichts der schweren Mängel nicht befriedigen kann?*

John A. Castañeda: Ja. Ich verstehe was du meinst. Es stimmt. Es gibt Projekte in abgelegenen Orten... Das ist eine Schwäche der internationalen Kooperation und der kolumbianischen Regierung. Die Regierungsprojekte sind eher an eine Auslandsfinanzierung gerichtet. Das Entwicklungsmodell setzt auf eine Öffnung gegenüber dem Auslandskapital und hier ist das soziale Element sehr reduziert. Die internationale Kooperation leistet oftmals einen Ersatz für den Mangel an sozialen Leistungen. Man macht also eine Autobahn zwischen Bogotá und Cali. In der Mitte gibt es Infrastruktur aber es wird offensichtlich, dass es abseits davon keine soziale Aktion gibt, welche für die Nutzung der Autobahn behilflich ist. Und wer wird Profite machen? Jener, der 40 Lastwägen hat, eine Kommerzialisierung schon eingeleitet hat und mit etablierten Exportrouten zählt. Der Bauer aber wird weiterhin darum bitten, dass man ihm hilft, ein Minimaleinkommen zu erwirtschaften, damit er überleben kann. (...)

Die Regierung hat im Bereich der Sozialpolitik nicht sehr viel gemacht, d.h. im Bereich, wo man konkretes Handeln braucht. Auch die internationale Kooperation hat aber den notwendigen Dialog nicht gefördert. Die internationalen Akteure haben nicht gesagt: „*Schauen sie, wir haben vor, das und jenes zu tun Warum machen wir nicht gemeinsam einen Plan?*“. Das sind viele Aktionen, die man fördern will. Ich kann z.B. Kakao in San Vicente de Chucurí anbauen wollen, aber wenn es mich 3 Stunden kostet weil, die Strasse nicht asphaltiert ist... Ich könnte doch alles Notwendiges tun, denn ich habe die soziale Organisation, den Bedarf und den Vorrat, um dieses Produkt zu vermarkten. Aber es wird mir zu teuer, weil die Strasse nicht in Ordnung ist. In so einem Zustand kann das Produkt nicht rechtzeitig transportiert werden. Dazu zählt der zusätzliche Exportaufwand.

(...) Aber für dieses Problem ist das Friedenslaboratorium nicht zuständig. Das ist ein Problem der Regierung.

Frage: Aber die Frage ist eher, warum unterstützt die EU Projekte, die nur kurzfristig Auswirkung haben können?

John A. Castañeda: Ich glaube nicht, dass es kurzfristig sein wird. **In Kolumbien sprach man nie davon, dass es sich mehr auszahlt, zusammen statt individuell zu arbeiten.** Zweitens, man hat es klar gemacht, dass das Menschenleben respektiert werden soll. Drittens, dass die Menschen Recht auf Information haben. Viertens, öffentliche Organisationen, die kein Geld für die Bedürfnisse der Bevölkerung haben, wissen zumindest, wie sie Kleinprobleme lösen können. So verstehen sie, wie sie mit den Anliegen der Zivilgesellschaft umgehen sollen. Fünftes – man sah ein, dass die Behörden wissen, dass sie sich der Gesellschaft viel mehr nähern kann. Es gibt also Anliegen, die man eher vor Ort lösen kann als von Bogota.

Betrachtet man all das, sieht man, dass man viel geleistet hat. Die Leistung ist darin, dass die Gemeindebehörden jetzt keine Angst haben, der Bevölkerung näher zu kommen. Früher dachten sie über diese Konfliktregionen, dass es dort Zivilgesellschaftsorganisationen linker politischer Besinnung gibt. Und umgekehrt: die Bevölkerung in den Regionen dachte über die Behörden, dass sie alle korrupt sind und ihnen die Ressourcen berauben. Jetzt aber gibt es einen Dialog. Ich sage nicht, dass das Problem gelöst wurde, aber zumindest hören wir uns einander.

Frage: Würde es sich lohnen, ein viertes Friedenslaboratorium zu gründen?

John A. Castañeda: Es würde sich lohnen, die zweite Phase des Projekts – die Laboratorien, die wir gerade durchführen – zu Ende zu bringen.

(...)

Ich bin ein leidenschaftlicher Fußballfan und bin gut informiert. Ich erzähle dir Folgendes –Real Madrid hat 30 Millionen Euro bezahlt, um Zidane ins Team zu holen⁷. Man darf nicht denken, dass die Probleme mit dem Budget der Laboratorien gelöst werden können. Es ist nicht viel. Vor einiger Zeit machten wir eine Evaluation der Ressourcen, die Accion Social hat. Es gibt auch andere Programme der Regierung, z.B. *Familias en Accion*, die 8-9-mal mehr als die Laboratorien zur Verfügung haben und dann erst diese Subsidien [der EU, Anm. d. Verf.]. Man muss das wissen. Man muss das schätzen und wir tun es. Das hilft uns wirklich. Aber es wird das Problem nicht lösen. Daher beharre ich darauf, dass wir das Angefangene weiter füh-

⁷ Genaue Info: 44 Britische Pfunde, ca. 48 Millionen Euro, vgl. <http://soccerlens.com/football-transfer-fee-records/84/> (Stand 30. Jän. 2009).

ren sollen. Bis daher haben wir einiges gelernt. Man hat schon auch ein gewisses Niveau an Organisation erreicht. Von einem Exportsprozess aber, kann man nicht sprechen. Daher anstatt in einer anderen Region, wo es keine Basis gibt, ein viertes Laboratorium zu starten, wäre besser am existierenden weiter zu arbeiten. Denn ohne Basis würde es nicht möglich das zu leisten, wovon ich jetzt spreche. Daher sage ich: Ja es lohnt sich. Und das alles mit der EU. Ich glaube, dass wir weiterhin für ein gemeinsames Ziel arbeiten.

Interview mit José Antonio Páez, Experte in CDPMM, zuständig für die Projekte im Bereich “Menschenrechte”

Barrancabermeja, am 28. Mai 2008

José Antonio Páez: Ich gehöre zum strategischen Team und arbeite in der ersten Strategielinie des Laboratoriums – Strategien für Konsensbildung, Frieden und Menschenrechten (Mein Job ist alle gemeinschaftliche Prozesse, die die Institutionen einbeziehen, zu begleiten. Das Ziel ist, dass sie sich mehr mit dem Thema der menschlichen Würde auseinandersetzen und das zum Schwerpunkt zu machen, um nach einer Lösung der Konflikte zu suchen.

Frage: Es ist nicht einfach. Das Thema der Menschenrechte ist ein ungreifbares Thema...

José Antonio Páez: Ja. Es ist eher eine Frage der Ethik. Eine Frage wie man handelt. Aber es gibt auch konkrete Themen: die Deklaration der Menschenrechte, die Millenniumsziele.

Frage: Gibt es Indikatoren, mit denen man den Stand der Menschenrechte messen kann?

José Antonio Páez: Das Observatorium macht die Berichte. Es gibt Indikatoren – z.B. die Sicherheit der Menschen, mit der man abmessen kann, wie hoch die Möglichkeit ist, dass die Menschen auf ihrem Territorium bleiben können – ob ihr Recht darauf beachtet wird. Daher verwendet man im Aufsichtsverfahren auf die Vertreibungen eigene Indikatoren. Es gibt eine riesige Studie sowie Abkommen mit dem UNDP. Es gibt Personen, die durch die regionalen Entwicklungspläne der Gemeinden den vertriebenen Personen begleiten. Ein anderer Indikator ist das Recht auf Leben. Es gibt Aufsichtsverfahren von außergerichtlichen Hinrichtungen oder von Drohungen und bewaffneten Aktionen. Auch das Thema des IHR¹. All das ist sehr konkret. Sachen, die von dem Staat gemacht wurden – es gibt ein Observatorium, das über die nicht Erfüllung der Basisbedürfnisse berichtet. Auch ein Ausmaß an Daten, die uns konkrete Information über die Situation der Menschenrechte geben. In den letzten Jahren haben wir auch mit den Gemeinden intensiv gearbeitet. Damit die Gemeindebehörden es verstehen, dass es diese Standards, diese Indikatoren gibt, sodass sie in die regionalen Pläne integriert werden. Wie ein Schwerpunkt in die Politik der Verwaltung. Damit sie verstehen, dass dies ein konkretes Arbeitsinstrument ist, und nicht ein Thema der Linken.

Frage: Trifft die Politik der Regierung mit dem Konzept des Programms für Entwicklung und Frieden Magdalena Medio?

José Antonio Páez: Nein, sie treffen nicht zusammen.(...) Es gibt Programme, in denen wir die gleiche Strategie verfolgen, wie z.B. die Programme für Entwicklung und Frieden. Aber nicht die Politik der Regierung, deren Schwerpunkt die so genannte demokratische Sicherheit ist... Laut dieser ist der Drogenhandel² Feind Nummer Eins der Gesellschaft und es sei am wichtigsten, den Krieg zu gewinnen mit Methoden, die jede Toleranzgrenze überschreiten. Damit stimmen wir nicht zu. Aber wir begleiten die Regierung auf der Suche nach Konfliktlösung, auch die Regierung von Uribe, indem wir dem besonders gefährdeten Teil der Bevölkerung helfen. Wir hören auf sie zu und versuchen, dass die Regierungsmitglieder auf uns hören; dass die Generäle auf die Menschen hören. Über Uribe und die Regierungspolitik zu reden bedeutet, dass man die

¹ IHR – Internationales Völkerrecht

² Im span. – so genannte *narcoterrorismo*, (Anm. d. Verf.).

Sachen auf eine bestimmte Art und Weise machen soll. Unsere Methode ist anders – gemeinsam, im Rahmen eines Prozesses, wo die Entscheidungen an der Basis, und nicht von oben getroffen werden. Die Lösung ist durch menschliche Entwicklung und nicht durch den Sieg über einen bewaffneten Akteur (...).

Frage: Wenn diese Politiken nicht zusammen treffen, kann man sagen, dass sie aufeinander prallen?

José Antonio Páez: Natürlich. Wenn man einen Anspruch stellen soll, oder etwas anzuprangern; wenn man mit lauter Stimme sprechen muss. .

Frage: Ich beziehe mich auf das Folgende – wie wird Sozialkapital prodzier und wie wird soziales Gewebe geschaffen?

José Antonio Páez: Das ist sehr klar im Plan Colombia zu sehen – diesen Strategien zugrunde liegen die Streitkräfte. Die Menschen sind ein sekundäres Thema, das nach der Kriegsstrategie zur Etablierung der staatlichen Hoheitsgewalt auf das Territorium kommt. Erst dann kommt die Frage der sozialen Kohäsion. Wir halten das Konzept des „Estado Comunitario“³ für sehr gefährlich. Wenn man sagt, dass es in Kolumbien 40 Millionen Soldaten gibt, die mit 10 Tausend Terroristen fertig werden müssen, bedeutet das eine Ruptur mit den Prinzipien der Institutionalismus. Das heißt, dass man den falschen Schwerpunkt setzt.

Wir setzen auf einen Prozess, wo die Menschen über ihre Entwicklung selbst bestimmen können, und auch auf Solidarität und Entscheidungsnahme in einem zivilen Konztext. All das bedeutet, dass wir die zivilgesellschaftlichen Versammlungen, die sozialen Organisationen als Garant für die Menschenrechte sehen. Es ist nicht einfach. Es bedarf eines Dialogs oder der Schaffung strategischer Allianzen und das würde uns nicht gelingen, wenn wir nichts machen. Man soll jene, die glauben, der Krieg sei die einzige Lösung der Probleme, überzeugen, dass das nicht stimmt. Wir müssen darüber nachdenken, wie man diese Akteure transformieren kann. Man soll die Organisationen stärken und den Dialog, die Mitsprache fördern, gesetzgebende Versammlungen gründen, also Szenarien einer zivilen Kultur. Das ist sehr wichtig. Dieser Weg führt zur strategischen Wiedergewinnung des Territoriums⁴. Außerdem ist es wichtig, dass man versucht, den Gemeinden, also den Menschen sogar im unmittelbaren Konfliktkontext ein Minimum an Respekt zu zollen. Das heißt, dass die Armee mit Hilfe seines Geheimdienstes, den Schutz der Menschenrechte sicherstellen sollen. (...) Trotz allen Kriegsmaßnahmen soll das Menschenleben respektiert werden. Man kann nicht Menschen ohne gerichtliche Anordnung festnehmen. Folter soll verboten werden. Das sind ganz einfache Sachen – der erste Schritt nach einer so genannten Humanisierung des Konflikts.

Frage: Was ist die Rolle der EU in diesem Prozess?

José Antonio Páez: Der Einsatz der EU ist, Vertrauen und Glaubwürdigkeit für die sozialen Prozesse zu verschaffen. Sie versucht zu überzeugen, dass sogar in den schlimmsten Konflikten, der Ausweg in der

³ Estado comunitario – *kommunitärer Staat*. Das ist das Motto von Uribes Regierungspolitik (siehe http://www.dnp.gov.co/archivos/documentos/GCRP_PND/Concepto_CNP_bases_plan.pdf (Stand 25. Jän. 2009).

⁴ Die Idee von Recuperación del territorio liegt zugrunde der Politik von Präsidenten Uribe. Das bedeutet vor allem die Stärkung der Streitkräfte und die Bewaffnung von Zivilisten als Mittel zur Reduzierung bzw. zur kompletten Bekämpfung illegaler bewaffneter Gruppen (siehe http://www.dnp.gov.co/PortalWeb/Portals/0/archivos/documentos/DEPP/Seguimiento_Resultados/1_Balance_general_caratula.pdf (Stand 27. Jän. 2009).

Weisheit und die Erfahrung der Menschen liegt. In diesem Sinne versucht sie die Demokratie und die Partizipation der Menschen zu stärken, ohne die Bedeutung des Staates auszuholen. Das ist etwas sehr interessant und innovativ, weil man sagen kann – entweder steige ich aus oder ich gehe einen Kompromiss ein, ich suche den mittleren Weg. Beachte, dass die Unterstützung der EU immer mit der abgestimmten Teilnahme des Staates kommt. Außerdem die Prozesse, die sie in den Laboratorien durchführt, fördern den Ausbau demokratischer Staatlichkeit. Das sind Aktivitäten, die die Macht auf eine demokratische Weise ausüben. Das ist sehr vernünftig. Es ist eine ganz andere aber entschlossene Art zu sagen, dass es möglich ist die schwierigsten Probleme, wie jene der illegalen Anpflanzungen, auf einen anderen Weg zu lösen.

Frage: *Änderte sich das Engagement der EU für Unterstützung in diesem Prozess? Änderte sich die Politik des Staates? Gelingt es der EU die letztere zu verändern, sie flexibler zu machen?*

José Antonio Páez: *Das ist eine Art Hintertür im Kontext des ultimativen Kriegs. Die Kriegspolitik des kolumbianischen Staates ist anders in den Orten, wo es mit der EU kooperiert wird. Weil sie eine Vertiefung der regionalen Prozessen und die Teilnahme solcher Projektträger wie der Kirche oder CONSORNOC⁵ zulässt. Diese Organisationen sind ein Beweis dafür, dass der Staat eine Möglichkeit für alternative Lösungen gewährt. Man kann sagen, dass in diesen Fällen der Staat allein nicht die ganze Kontrolle hat. Hier[in der Region Magdalena Medio, Anm. d. Verf.] gibt es ein gewisses Maß an Autonomie, was das Umgehen mit Konflikten betrifft. Der Staat ist weiterhin daran interessiert die Opposition auf Distanz zu halten. Deutlich wird das in der Diskussion darüber, wie man das Friedenslaboratorium definieren soll und ob es hier ein bewaffneter Konflikt existiert. Ich bin der Meinung, dass dies ein Konzept ist, zu welcher der Staat seit je eine ablehnende Haltung hat. Darunter steckt auch die Wichtigkeit von dem Militär und der Wirtschaftshilfe einiger Staaten, die über Waffen verfügen. Eine direkte Hilfe im Konflikt. Es kann damit zusammenhängen. In gewisser Hinsicht ist die EU wichtig für die Suche nach einem anderen Weg. Andererseits war die Kriegsthematik eine Priorität für den Staat.*

Frage: *Außer der Humanitären Zonen, gibt es andere Methoden zur Konfliktlösung?*

José Antonio Páez: *Man versucht mehr Organisationen aufzubauen. Es werden Netze der Frauen-, Jugend- und anderen Organisationen gegründet. Sie sind eine andere Form der Konfliktlösung. Das unterscheidet sich vom extraktiven Model, das mit seinen Megaprojekten die Menschen in die Flucht jagt. Die Strategie zum erfolgreichen Umgang mit diesen Konflikten besteht aus Kenntnis und Investigation über seine Auswirkungen und Akteure. Die Studien werden vom Observatorium der Menschenrechte⁶ durchgeführt. So kennt man die Situation näher lernen. Ein Teil dieser Strategie ist das Stattfinden von Foren und Debatten über die Auswirkung der Megaprojekte und über die Möglichkeiten für menschliche Entwicklung. Die humanitären Zonen sind ein Raum für Dialog, einschließlich mit den bewaffneten Akteuren, wo man auch über die Produktivprojekte spricht. Auf diese Weise versuchen wir einen Staat zu schaffen, der Garant für die Menschenrechte ist. (...) hier in der Region versuchen wir mit den Verwaltungsbehörden und mit den politischen Sektoren zu sprechen. Das sind Schlüsselsachen.*

⁵ CONSORNOC – Vereinigung verschiedener Nichtregierungsakteure. Mitkoordinator von Friedenslaboratorium im Bundesstaat Norte de Santander, siehe <http://www.consornoc.org.co/>

⁶ OPI – Observatorio de Paz Integral www.opi.org.co

Frage: *Ist die Präsenz der EU eine Art Fahne, eine Stütze, die dem Prozess Schutz geben kann?*

José Antonio Páez: Man kann sich in die Stelle der EU nicht versetzen, weil sie ein Organismus mehrerer Staaten ist. Eine Gruppe vieler Völker. Ich weiß es nicht. Man könnte nicht wissen, wie weit sie [die EU-Länder] gehen würden. Man nimmt an, dass es eher ein Gespräch zwischen Uribe und ihnen ist. Aber zurzeit kann man in Hinblick auf die Lage sagen, dass die Unterstützung der EU für das PDP sehr wichtig war. Ehrlich gesagt, ich könnte nicht voraussagen, wie weit sie gehen würden. Wir haben um einiges gebeten und gesehen, dass es noch nicht ausreichend ist. Aber ich kann sagen, dass wir viel mehr Unterstützung im Dialog über das Recht auf Leben bekamen und viel weniger darin, dass dieser Konflikt als solcher definiert wird.

Frage: *Würden Sie sagen, dass es nicht genug diplomatischen Druck gibt?*

Juan Antonio Páez: Die Diplomaten haben ihre eigene Kanäle, daher wissen wir nicht, wie viel Druck sie tatsächlich ausüben, damit eine Umwandlung der Regierungspolitik des „kommunitären Staates“. Staates und der demokratischen Sicherheit in eine andere Richtung zu erreichen. Wie z.B. das Friedenslaboratorium. Wie kann man das interpretieren? Ein Indikator dazu ist ob Uribe ein solches Projekt unterstützt oder nicht. Ein zweiter Indikator wäre, ob der Präsident das Staatsbudget für Militäraktionen kürzt. Oder eine Debatte über die illegalen Anpflanzungen startet. Die von den US bestimmte Politik wird hier besprochen, weil es auch andere Meinungen gibt.

Der diplomatische Einfluss war in gewissen Fällen schwach. Es wäre *unfair zu sagen, dass sie nicht genug darauf beharrt haben, aber das Auto ist festgefahren. Andererseits haben sie immer sehr viel Betonung auf die Bedeutung unseres Prozesses gesetzt. Sie haben immer gesagt, dass sie das unterstützen. Diese Haltung war uns hier in Magdalena Medio sehr wichtig.*

Jetzt wird nach einer politischen Lösung gesucht. Jedoch in welchem Ausmaß sie Druck ausüben... Man vermutet, dass es eher ein Gespräch zwischen ihnen und Uribe ist. Jedenfalls ist es eine Tatsache, dass sie (die EU, Anm. d. V.) den Programmen PDP starken Rückhalt gegeben haben. (...) Da die Diplomatie ihre eigenen Kanäle hat, können wir nicht wissen, inwieweit sie [die EU-Staaten] Druck auf die kolumbianische Regierung ausüben, damit sie ihre Politik des kommunitären Staates und ihr Konzept der demokratischen Sicherheit ändert und eine Alternative, wie z.B. die Unterstützung der Laboratorien ergreift (...).

Frage: *Ist mehr Initiative nötig, als einfach dabei zu sein?*

José Antonio Páez: Also wenn es um Druckausüben geht, war die Präsenz der EU sehr wichtig. Das ganze ist sehr komplex. Viele Sachen spielen hier mit und nur einiges hat sich bewegt, aber diese Bewegung hat uns einen gewissen Spielraum, hat uns etwa Luft zum Aufschnappen gegeben. Es ist nicht einfach die Rolle der EU genau zu artikulieren weil es auch andere Akteure gibt.

Frage: *Hat man eine Verbesserung in der Situation der Menschenrechte durch das Projekt Friedenslaboratorium feststellen können?*

José Antonio Páez: Eines ist sicher – in der Periode 2002-2008 kam es zu anderen Bedingungen in der Definition vom Schutzmechanismus der Menschenrechte. Ich spreche von der Entscheidung des Obergerichtshofes über die Innenvertriebenen. Das wird auch im Gesetz „Gerechtigkeit und Frieden“, das die Bemühungen des Staats sich vom *Narcoterrorismus* zu trennen, widerspiegelt. Die Menschenrechte stellen nicht nur auf regionaler Ebene ein Thema dar. Es ist sehr wichtig, was das Gerichtshof macht (...) Außerdem wären die

Programme und die Laboratorien nicht möglich gewesen, wenn die Organisationen in der Region einen schweren Schlag nicht erlebt hätten. Sie wären vielleicht verschwunden. Heute aber gibt es einiges. Es gibt Organisationen. Es gibt soziales Gewebe. Für die Menschenrechtsbewegung, und für die Bewegung für das Leben der Region war das eine Art Puffer. Auch mit Hilfe der Ressourcen der EU als Partner des kolumbianischen Staates und mit dem Vorbild von Pacho de Roux und den Priestern, die in jeder der Stadtvierteln gearbeitet haben.

In den 80er gelang es der kommunistischen Partei eine große Mobilisierung. Das war ein starker Ausdruck der Menschenrechte in den 90ern. In den 90ern war es in Magdalena Medio sehr schwierig, für diese Sache aktiv zu sein. Es gab Gräueltaten aber es gelang ihnen nicht, die totale Kontrolle zu gewinnen. Es gab Dissidenten. Es gab eine institutionelle Präsenz – die Abteilung für die Menschenrechte, die dem Vizepräsidentenamt, einer vertrauenswürdigen Staatsinstitution, angehört. Somit sollte man die Lage der Menschenrechte messen. Heutzutage übernimmt der Staat die Verantwortung für seine Verstöße gegen die Menschenrechte. Das ist eine radikale Änderung.

Frage: Gelang das durch das Amt des Vizepräsidenten?

José Antonio Páez: Mit Hilfe dessen Beamten oder der Observatorien. Auch durch die so genannte Intersektorale Kommission für das Leben. All das wird vom Amt des Vizepräsidenten unterstützt und dynamisiert. Es wird eine interinstitutionelle Stelle geschaffen, deren Zweck eine Brücke zwischen die Institutionen und sozialgesellschaftlichen Organisationen zu schlagen. Außerdem gab es Personen, die zu den Militärs gegangen und ihnen sagten: „Schauen sie, die Bauer werden ermordet“. Die Beschwerden über Taten, die von den Sicherheitskräften begangen wurden, werden jetzt bei der Stelle für Menschenrechte der Staatsanwaltschaft eingereicht.

Frage: Passiert all das in Magdalena Medio zur Folge der Bemühungen des CDPMM?

José Antonio Páez: Ja, auch. Das Programm versucht Bedingungen herzustellen, sodass der Staat die Verantwortung für sein Handeln übernimmt, auch dass der Staat der Bevölkerung ermöglicht, sich zusammenzutun und Entscheidungen über ihre Anliegen zu treffen. Das Programm versucht Bedingungen zu schaffen, die den Prozess hier in Einklang mit den globalen ökonomischen Phänomenen bringen. Das ist etwas sehr wichtig. Es geht nicht nur darum zu denunzieren (...) sondern um die Bemühungen um eine soziale Transformation und eine tiefgreifende Politik.

Frage: Gibt es hier bessere Bedingungen für eine Friedenspolitik? Kann man sagen, dass die Friedenslaboratorien Friedensinseln sind?

José Antonio Páez: Es ist möglich, dass dieses Archipelago zu einem Staat wird. Eine kritische Masse, der eine Transformation gelingen würde. Denn natürlich, es gibt auch Laboratorien, die gerade anfangen. Es gibt neue Laboratorien, wo die Situation sehr schwierig ist – es gibt z.B. allein dieses Jahr 300 Unfälle zur Folge der Antipersonenminen, wo es ganze Blöcke bewaffneter Akteure mit großer Kampfkapazität gibt. Mit Gemeinden, deren gesellschaftliches Gewebe total zerstört ist und mitten drin das Programm. Sie beginnen erst jetzt und wir haben inzwischen schon einen sehr starken sozialen Prozess – aktive Gewerkschaften, den Widerstand der Bauer, Netzwerke. Hier gab es womit man zu arbeiten anfangen kann. Wir sind (den anderen, Anm. d. V.) etwa 10 Jahre im Voraus.

Frage: Sie sind optimistisch? Kann man dieses Projekt auf nationale Ebene ausdehnen?

José Antonio Páez: Ich glaube ja. Sogar die kommenden Megaprojekte bedeuten eine Möglichkeit. Ich meine Projekte wie in Sogamoso. Oder das Beispiel von hier – die Verbesserung der Situation mit ECOPETROL. Sowie die Tatsache, dass die Bürgermeister sich mit der Region identifizieren. Das gibt uns viel Kraft. Die Auslieferung der Drogenchefs, die Tatsache, dass die Mafiastrukturen geschwächt werden, und dass den Menschen erlaubt wird in den gemeinschaftlichen Organisationen Entscheidungen zu treffen. *Das ist ein sozialer Tsunami. Die Transformation hat begonnen und das ist ein irreversibler Prozess.* Es kann sein, dass hier und dort Gewalt aufflackert. Es kann sein, dass es unter den Militärs einige terroristische Strukturen gibt. Vielleicht gibt es noch welche, die glauben, dass man die anders Denkenden eliminieren soll. Es mag sein, dass die FARC weiterhin bedrohen, die Gemeinden und die Wirtschaft zu destabilisieren. Das ist wohl möglich. Alle Akteure haben ein Destabilisierungspotential und sie können diesen Status quo weiterhin aufrecht halten. Es gibt Interessen, dass es so bleibt. Aber die Solidarität der Menschen und der gesunde Menschenverstand – dass man sagen kann, was uns nicht taugt, dass man von Gräueltaten müde ist – das beginnt sich hier zu akkumulieren. Dies macht uns optimistisch. Es gibt uns die Möglichkeit, weiter zu machen. Wir haben 30, 40 Jahre lang den Krieg überstanden und jetzt sind die Bedingungen anders.
(...)

Frage: Jeder der Akteure hat seine eigene Idee von Frieden... Können Sie mir ein Beispiel dafür geben, wie man sich den Frieden vorstellt?

José Antonio Páez: Es gibt viele. Die Aufständischen denken, dass Frieden die Überwindung des Klassenkampfes ist. Es gibt auch die Extremen, die glauben, dass sobald der private Besitz abgeschafft wird, wird Frieden herrschen. Es gibt einen anderen Sektor unter den Aufständischen, die Reformisten sind. Sie glauben, dass man den Schaden wiedergutmachen soll und akzeptieren sogar den Privatbesitz, damit man den Bauern Recht auf Landesbesitz gibt. Das sind Friedensbedingungen mit denen man Verhandlungen anfangen kann. Das wäre möglich mit einem freien Markt und einem Staat, der Garant für die Rechte ist. Außerdem gibt es auch die extremen Rechten, die denken, dass der Frieden mit der Zerschlagung der Drogenhändler möglich ist. Die extremen Rechten glauben, dass der Schlüssel zum Frieden der liberale Markt und der starke Staat ist. Dieses Friedenskonzept lässt aber sehr große soziale und ökonomische Ungleichheiten zu, sowie das Aufrechterhalten von Mafiastrukturen. (...). Aus dieser Hinsicht könnte man glauben, dass der Wechsel durch die Teilnahme einer größer werdenden Zahl von Menschen an den politischen Entscheidungen und den in der wirtschaftlichen Harmonisierung möglich ist. Hier können wir ansetzen.

Frage: Das Friedenslaboratorium – ist das nur eine finanzielle Quelle?

José Antonio Páez: Nein, es ist auch ein politisches Engagement. Dazu noch ist das wirtschaftliche Element nicht so stark. Es ist viel mehr ein politisches und soziales Konzept aus der Sicht der Region. Aus der Sicht der Beziehungen zu Kolumbien ist das Laboratorium eine sehr wichtige politische Erklärung. Es ist eine Art zu sagen: Wir sind da und bieten als Option zur Politik des Krieges eine Friedenspolitik. Und das Programm PDP – es existiert viel länger als das Laboratorium und entstand aus dem Kampf der zivilen Bevölkerung für eine gerechte Gesellschaft. Die Unterstützung des PDP und des Laboratoriums ist äußerst wichtig. Eine Intervention der EU in ein Projekt ist nicht irgendeine Sache, es ist nicht einfach eine weitere Finanzquelle. Es

ist nicht eine NGO die ein paar Pesos zusammenkratzt. Nein. Die Tatsache, dass das Programm die politische Unterstützung der EU bekommt, ist ein Meilenstein. Und, klar, wirtschaftlich ist das auch sehr wichtig.

Interview mit Arturo Garcia, unabhängiger Experte und Berater im Bereich Projektentwicklung, Projektdurchführung und Evaluierung regionaler Entwicklungsprojekte (wie z.B. der Programme PDP und der Friedenslaboratorien)

Bogotá, am 15. Mai 2008

Frage: Welche Vorteile hat das Projekt Friedenslaboratorien im Vergleich zu anderen ähnlichen Projekten? Welches Potential haben diese, um zum Prozess der Konflikttransformation beizutragen?

Arturo Garcia: Es gibt einfach nur die PDPs¹, die anderen, Projekte wie das Programm Paz y Desarrollo² oder die Friedenslaboratorien sind nur finanzielle Quellen. Und jedes davon hat seine Rahmenbedingungen.

Frage: Der einzige Unterschied ist also, woher das Geld kommt?

Arturo García: Nein, es gibt Unterschiede – es gibt große und kleine Projekte. Manche haben keine Ausschreibungen für die Vergabe der bereitgestellten Finanzierung. Das sind einfachere Projekte, bei denen das Geld direkt der Zielgruppe gegeben wird. Andere wie die Friedenslaboratorien operieren durch eine Verwaltungsbehörde. Das Projekt *Paz y Desarrollo* operiert mit einem Kredit der Weltbank und ist an das Konzept der PDPs mehr angepasst, als die Friedenslaboratorien. Die PDPs haben mehr für die Konsolidierung und den Aufbau von Netzwerken geleistet. Und das Laboratorium hat den Schwerpunkt auf der Stärkung der Behörde und der Institutionalisierung.

Arturo García über die Programme für Entwicklung und Frieden und das neue Projekt – die Friedenslaboratorien

Die Initiative [des Programm PDP] existierte bereits. Der Prozess entstand in Barrancabermeja, dem Zentrum der Ölindustrie Kolumbiens und in der dazu gehörigen Region. Es entstand mit Geld von ECOPETROL³, auf Anlass einer Auseinandersetzung mit der Gewerkschaft der Ölarbeiter (USO)⁴. Das war viel früher als die EU oder die Weltbank. Dann kam die Weltbank, und dann die Friedenslaboratorien der EU. Daher sage ich, dass diese nur eine Finanzierungsquelle ist.

(...)

Das PDP schließt alle Ressourcen und alle Bedürfnisse der Region in sich ein. Der Unterschied ist, dass das PDP die drei Komponenten genau festlegt und integriert – die humanitäre Betreuung, die Rekonstruktion des Öffentlichen und die Schaffung einer ökonomischen Basis. Die anderen Programme operieren nur in einem oder zwei Bereichen. Bezüglich der Methoden – es gibt kein fertiges Rezept. Es gibt Vernetzungen, auch die *Nucleos de Pobladores*, womit Sozialkapital hergestellt wird. (...) Das Thema Sozialkapital kann man aus einer diskursiven Sicht behandeln. Das Sozialkapital ermöglicht eine Produktivität in Zonen, wo es keine Skalenökonomie gibt.

Frage: Wie ist die Beziehung zwischen den Geldgebern, z.B. zwischen der EU, und der Weltbank?

¹ PDP – Programas Desarrollo y Paz *Programme für Entwicklung und Frieden*

² Programas Paz y Desarrollo – Programme für Frieden und Entwicklung finanziert von der Weltbank.

³ Ecopetrol – das größte staatliche Erdölkonzern Kolumbiens

⁴ USO – Union sindical obrera –Gewerkschaft der Arbeiter in der Erdölindustrie

Arturo García: Francisco de Roux hatte schon mit der Bedingungen der Hilfe eine Ärger. Und zwar nicht wegen der Finanzierung allein, sondern weil die Projektsverfahren sehr kompliziert waren. Es war schon mit der Weltbank so, aber bei dem Verfahren der EU wurde es noch schlimmer.

Frage: Wie kann man die Auswirkung evaluieren?

Arturo García: Man kann als Referenz den Indikator für Frieden und Entwicklung nehmen. Das nährt sich an das Konzept der menschlichen Würde und das Konzept von Amartya Sen über die [realen] Möglichkeiten. Was bedeutet Entwicklung? Bedeutet es, dass es keinen Zwang gibt? Dass man nicht bedroht oder umgebracht wird? Oder dass es Möglichkeiten für Partizipation und ein Minimum an Bedingungen gibt, was wichtiger als die wirtschaftliche Auswirkung ist?

Frage: Die Frage würde man auch so formulieren können: Führt wirtschaftliche Verbesserung zur mehr politischen Einflussnahme?

Arturo García: Nicht unbedingt. Es ist möglich, dass man einen besseren Lebensstandard hat und dass es trotzdem Unterdrückung existiert.

Frage: Im Bezug auf die Kritiken, die Friedenslaboratorien seien zu sehr auf Produktivprojekte fokussiert, frage ich, ob man in die Komponente Menschenrechte und Partizipation, mehr hätte investieren sollen?

Arturo García: Es ist wichtig, dass man bedenkt, wie die Reihenfolge geändert wurde – von Programmen für Entwicklung und Frieden zu Projekten für Frieden und Entwicklung. Für mich persönlich ist es wichtig, dass man in allen assoziierten Zonen einen gewissen Schutz bieten kann. Das heißt Schutz in einem Krisengebiet **im** Kontext des Konflikts. Es kann vorkommen, dass ein Priester da ist und die Leute zu ihm sagen: Schauen sie, jetzt bedroht man uns nicht. Wir werden nicht umgebracht aber wir verhungern (...). [Weil] das produktive Interesse die Organisationskraft stärkt. Das ist die Basis auf der man nach mehr Partizipation verlangt und mehr Sicherheit anstrebt.

(...)

Frage: Wie können sich die Menschen im Projektnetzwerk schützen?

Arturo García: Man kann darauf reagieren. Wenn z.B. ein Arbeiter in den Goldminen angegriffen wird, wird Alarm unter mehreren Menschen geschlagen – unter den Kakaoh Herstellern oder jenen, die Ölpalme anbauen. Menschen aus den Ausbildungsprogrammen. Sie vereinen sich, um darauf reagieren zu können. D.h. jetzt ist es nicht so einfach, dass jemand dich angreift. So funktioniert das.

Frage: Es gibt auch Kritiken, laut denen die Regierung versucht hat, eigene Projekte zu implementieren, obwohl die Idee der Friedenslaboratorien, Projekte der Basisebene zu unterstützen ist. Gibt es hier eine Kollision?

Arturo García: Wenn ich ein Programmverwalter wäre, würde ich alle staatliche Programme nutzen. Das Problem ist nicht der Ressourcenmangel. Ressourcen gibt es. Es gibt aber keine einheitliche Strategie, hier ist das Problem. Es bedarf einer produktiven Entwicklung, die den Frieden unterstützt.

*Frage: Eine Frage bezüglich der Theorie: Sind die Friedenslaboratorien eine Initiative **im** Konfliktkontext, eine Einwirkung **auf den** Konflikt oder eine Initiative, die den Konflikt **umgeht**?*

Arturo García: Sie operieren inmitten des Konflikts. Wenn man sieht, was die Weltbank sagt – dass man auf eine Postkonfliktphase warten muss, weil man die Ressourcen in unmittelbarem Konflikt verlieren würde... Das gilt bei einem Zusammenbruch der Institutionen, bei einem gescheiterten Staat. Aber der Staat ist nicht monolithisch. Der Staat in Bogotá oder Medellín ist ganz anders als der Staat an einem vergessenen Ort. Daher wartet man nicht auf eine Postkonfliktphase.

Bezüglich der Evaluierung – man nimmt z.B. zwei Regionen – mit und ohne Programm für Entwicklung und Frieden. Diese, in der es kein PDP gibt, sieht besser aus. Daher kann man sagen – das Projekt hat doch nichts gebracht. Eben nicht. Man kann das nicht vergleichen, weil die PDPs in besonders problematischen Regionen, die viel langsamer vorankommen, operieren.

Frage: Was ist ausschlaggebend bei der Auswahl einer neuen Region als Friedenslaboratorium? Wie war das z.B. bei der Auswahl der Regionen für die Laboratorien III?

Arturo García: Man wählt weder den Ort mit den meisten Problemen noch jenen, wo es keine gibt. Man muss schauen, wo es sowohl Probleme als auch Bedingungen gibt. Dort, wo es Probleme und keine Konditionen gibt, ist kein Fortschritt möglich. Grundsätzlich lautet die Regel, die Balance zwischen den Möglichkeiten und den Problemen zu suchen.

Frage: Sieht man andere Projekte vor?

Arturo García: Ich weiß es nicht. Ich würde dafür raten, das Projekt nicht zu sehr auszuweiten, sonst würde man im Endeffekt kein Resultat haben. Jedenfalls, was ich vor allem schätze ist ihre Bedeutung als Vorbild – die Tatsache dass man ein Beispiel hat. Wenn man ein Projekt startet, beginnt ein Prozess der Multiplizierung. Wie es z.B. in Magdalena Medio war – aus einer Initiative, die 30 Gemeinden umfasste, wuchs das bis auf 18 Programme für Entwicklung und Frieden.

Interview mit Arturo Barajas, Experte im CDPMM, Bereich Menschenrechte

Barancabermeja, am 30. Mai 2008

Frage: Kann man behaupten, dass ein besserer ökonomischer Zustand zum Frieden führt?

Arturo Barajas: Es ist nicht sicher. Die Gewalt entsteht als Folge der Misslichkeiten der Armut. Das ist wahr, aber man kann nicht beweisen, dass Menschen, die gegeneinander Gewalt ausüben und rebellieren, am ärmsten sind. Manchmal die ärmsten „verkaufen“ sich, lassend sich in irgendeinen Prozess involvieren, der mit gesellschaftlicher Transformation wenig zu tun hat. Ihr Verständnis über die Welt bleibt sehr eng, da ihre Bedürfnisse unbefriedigt sind. Es ist wahr, dass Kolumbien kein armes Land ist. Es ist reich. Die Region Magdalena Medio ist ziemlich reich. Aber ihr wird dieser Reichtum beraubt. Und die Region verbleibt wie in einem Loch – mit all den Minen, mit den Umweltschaden und einer armen Bevölkerung. Ich denke, dass der Unterschied zwischen dem Friedenslaboratorium und den Programmen PDPs genau hier liegt – die Laboratorien sind ein Engagement, eine Art Wetteinsatz, ein Versuch, Friedensbedingungen zu schaffen, damit wir den Menschen hier, Zugang zu diesem Reichtum haben.

Das Programm PDP sagt: *„Diese Region wird sehr schlecht verwaltet. Wir müssen eine bessere Verwaltung haben.“* Sobald es keine wirtschaftlichen Bedingungen für eine produktive Infrastruktur, die den Menschen ein gutes Leben ermöglichen, gibt, wird es nie Frieden geben. Und ich sehe es immer öfter so, dass Entwicklung und Frieden Synonyme sind. Entwicklung ist ein anderes Wort für Frieden, so wie Frieden auch Entwicklung heißt. Es kann keinen Frieden geben, sobald die Basisbedürfnisse nicht befriedigt sind. Und Entwicklung gibt es nur dann, wenn dabei an die Menschen gedacht wird. Was bis jetzt als Entwicklung bezeichnet wurde, war nicht für die Menschen gedacht. Es war nicht im Dienst der Menschen. Heute sehen wir eine Entwicklung, die den Großkapital-Inversionen dient. Sie dient also den Investoren. Man glaubt, dass es Entwicklung gibt, wenn es Sachen gibt. Wenn wir Strassen und Technologie haben. Und die Menschen? An die Menschen wird es nicht gedacht. Daher sprechen wir hier (in Magdalena Medio) von nachhaltiger menschlicher Entwicklung, um diese von der anderen zu differenzieren. Die andere, die menschenfremd ist, deren Ziel lediglich das ökonomische Wachstum ist. Besser gesagt, das ist ein Plünderungsmodell, eine Entwicklung durch Enteignung und Beraubung der Ressourcen. Diese Ausbeutungsmethode wird in Schwierigkeiten geraten, sobald wir es bemerken, was uns passiert. Wir schauten untätig zu, dann dachten wir uns, dass wir damit Schluss machen müssen.

So begannen die liberalen Bewegungen, die diesem Modell die Bremse ziehen wollten. So wie die liberale Partei Kolumbiens in den 30er. 1936 gab es eine sehr wichtige Staatsreform. Die sozialen Bewegungen, nicht die bewaffneten Akteuren – das sind Menschen, die aufwachen, denken und sehen, dass wir mitten vom Reichtum sind und nichts unternehmen. Dass wir zuschauen, wie man uns das wegnimmt. In den Jahren nach der Ermordung des Leaders der Liberalen, Gaitán, dachte man, dass man dies auf den Weg des Friedens nicht erreichen kann und so entstanden die Bedingungen für die aufständischen Bewegungen. Auch in Mexiko und anderen Ländern entstanden Rebellenbewegungen. Die Sache ist, dass dieses Land sehr reich ist und der Reichtum seinen Menschen gehören soll.

Frage: *Allerdings befindet sich dieser Reichtum in den Händen der bewaffneten Akteure. Und die Kriegs-ökonomie erweist sich auch als nachhaltig. In diesem Sinne bieten die Friedenslaboratorien jungen Menschen mehr Optionen, um den friedlichen Weg zu schlagen?*

Arturo Barajas: Klar, ich gebe dir Recht. Daher habe ich davon gesprochen, dass es möglich ist durch einen institutionellen Weg das zu ändern. Der friedliche Weg endete in den 1950ern. Die Liberalen und die Konservatoren machten einen Pakt – eine Nationalallianz (die Nationale Front, Anm. d. V.) und schlossen somit der Zivilgesellschaft den politischen Weg, um den Prozess beeinflussen und transformieren zu können. Da der politische Weg versperrt wurde blieb der Zivilgesellschaft nur der bewaffnete Weg. Das war in den 60ern, 70ern, 80ern bis in den 90ern Zeichen der Müdigkeit zeigte. Daher entstand das Programm für Entwicklung und Frieden Mitte der 90er. Die Rebellenbewegungen wurden müde. Sie konnten nicht beweisen, dass sie besser waren, als das, was sie verändern wollten. Und dann wurde das Programm¹ und sagte „Nein! Wir sollen den Staat oder diesen Zustand ändern. Mit Hilfe der gleichen Instrumente, der gleichen institutionellen Utensilien wird die Veränderung kommen. Und darin ist unsere Rolle.“

Frage: *Welche Möglichkeiten werden den einfachen Menschen angeboten, z.B. einem jungen Mann? Gibt es mehr Möglichkeit für einen Job, für ein normales Leben?*

Arturo Barajas: Gut, das bezieht sich auf die Logik und die Methodologie, die das Programm implementiert und konstruiert. Am Anfang haben wir eine Diagnose erstellt, man lies viel. Zwei Fragen kamen zur Diskussion: Warum sich in einer derart reichen Region die Armut weiter verbreitet? Und warum Menschen, die so Freude am Leben und auf Feiern haben, in Gewalt leben? Die Lösung das erste Problem ist – Entwicklung und auf das zweite – das wir Frieden schaffen sollen. Daher heißt das Programm Entwicklung und Frieden. Anfangs dachte man sich: *Wenn wir allen ausgeschlossenen Menschen (Jungen, Frauen usw.) sagen – wir werden die Entscheidungen für euch treffen, würde es nicht funktionieren. So waren alle Modelle, die [bis daher] hier implementiert wurden.* Daher setzten wir uns mit allen Menschen, wir glauben, dass es am einfachsten ist und es ist wichtig Bedingungen zu schaffen. Wir wollen, dass die Gesellschaft für sich selbst denken kann, dass sie sich zu erklären versucht, wo die Widersprüche und die Lösungen sind. Wir helfen, schaffen Bedingungen, damit die Menschen an ihre Entwicklung denken können, selber etwas erbauen können, sich kennen lernen; wo sie mit den bewaffneten Akteuren sprechen können, um für ihre Interessen zu verhandeln. Genau das ist die Methodologie des Programms und daher heißt es Friedenslaboratorium. Wir haben der EU den Vorschlag gemacht. Es ist nicht die EU, die es hier brachte. Sie sagten uns: diese Initiative ist uns aufgefallen. Das Laboratorium ist ein Versuch, eine Methodologie, Konflikte in einem Land auf Mikroebene zu lösen. Wenn wir ein z.B. ein Ölunternehmen mit diesen Arbeiter sind, ist unsere Aufgabe weder mit den Arbeitern einen Streik auszurufen, noch die Polizei im Namen des Unternehmens anzurufen, sondern einen (runden Anm. d. A.) Tisch zu organisieren, zu dem sich alle zusammen hinsetzen. Sowie dieser Firma es klar zu machen, dass sie ohne die Arbeiter nicht auskommen kann und den Arbeitern zu erklären, dass ohne das Unternehmen sie keinen Job haben werden. Also dass alle es sehen, dass sie sich gegenseitig brauchen und dass sie nach einer Lösung, die für alle gut ist, suchen können.

¹ Programa Desarrollo y Paz Magdalena Medio

Frage: Welche Inhalte kommen seitens der EU. Gibt es einen Schwerpunkt, der sie setzt?

AB: Es gibt eine Basisstudie, die wir stets aktualisieren. Sie bestimmt die Strategie, die wir verwenden. Die EU sagte zu uns: „Wir wollen nichts mit der Wirtschaft anfangen. Sie haben selber genug wirtschaftliche Tätigkeiten. Hier gibt es Land, Bäume, die man anbauen kann. Es gibt aber einen Konflikt und wir wollen, dass das gelöst wird. Hier können wir euch unterstützen. Zu einem Großteil ist die Armut in der Region eine Folge des Konflikts weil das ist, wie du sagtest, eine Form von Geschäft, ähnlich wie die internationale Konzerne, die hier investieren und den Gewinn wegbringen. Daher ist es so, dass wenn man in einer Region Produktivprojekte lanciert und den Gemeinden mehr Ressourcen gibt, eigentlich das Geld den bewaffneten Akteuren zukommen lässt. Denn wenn z.B. ein Bauer zwei Pesos verdient und sie es aber zu vier machen, kommt der bewaffnete Akteur und nimmt ihm die zwei, die er zusätzlich verdient. Solange der Konflikt existiert könnte man das ökonomische Problem nicht lösen. Weil der Konflikt die Kontrolle über die Ressourcen der Region hat. Also sagte die EU zu uns: „Was sie machen ist interessant. Wir wollen sie daran unterstützen. Daher unterstütze die EU nicht die PDP und das Friedenslaboratorium sondern deren Friedensinitiative. Als wir den Konzeptvorschlag des FL gemacht haben, sagte die Union: *„Um den Frieden zu gewinnen müssen sie den Menschen konkrete wirtschaftlichen Projekte anbieten“*. Andererseits wird man uns nur für Politologen halten. Denn der Bauer, dem das Fischen wichtig ist, wird sich mit uns nie zur Diskussion setzen, wenn wir ihm nicht helfen, das Problem des Fischfangs zu lösen. Aber wenn wir ihm mit einem Projekt helfen, ihm eine Option zum Prosperieren bieten, dann wird er bereit sein, mit uns über den Rest zu reden. Ich glaube, dass die EU sagte: „Eine Strategie für den Frieden, die auf Mitsprache und Diskussion mit der Zivilgesellschaft setzt – ja! Das werden wir unterstützen. Jedoch erkennt man, dass es auch Produktivprojekte gibt, mit deren Hilfe der Dialog möglich wird.“

Frage: Wie verhalten sich die bewaffneten Akteure in diesem Kontext? Was ist ihre Haltung gegenüber dem Programm, gegenüber dem ganzen Prozess?

Arturo Barajas: Die Bewaffneten Akteure hatten immer schon viel Argwohn gegenüber dem Programm. Er Guerilla sagt, wir seien der politische Diskurs, eine quasi „soft Strategie“ vom Krieg. Wir seien die soziale Strategie, der soziale Plan des neoliberalen Modells. Und das Militär sagen, dass wir die sozialen Flügel des Guerillas sind. Es gibt einen politischen Teil, auch Unternehmen, die den Paramilitarismus unterstützen und sagen, wir seien ein Bestandteil des Guerillas. So spricht man von uns. Für die eine sind wir das Zuckerbrot, der Gegensatz zu der Peitsche, mit dem man den neoliberalen Plan hier infiltrieren kann, um die Schätze der Region für sich zu gewinnen. Um es den Konzernen zu ermöglichen, hier Fuß zu fassen. Sie haben uns das gesagt, sie haben es auch geschrieben. Es gibt Dokumente. Und die Bürgermeisterämter, die über das regionale Budget verfügen. Die Bürgermeister meinen: *Wie kommt es dazu, dass wir [d.h. die CDPMM, Anm. D. Verf.] die Ressourcen verwalten?* Wären wir nicht da, so die Bürgermeister, würde das Geld zu innen fließen. Daher schauen sie neidisch auf uns und sagen, dass wir die Guerilla anspornen oder dass wir ein Teil des neoliberalen Modells darstellen. Das sind die zwei Diskurse, die von den bewaffneten Akteuren und von den Institutionen geführt werden um uns von allen Seiten zu stigmatisieren. Aber heutzutage weiß die offizielle Macht und alles was dazu gehört, dass wir keinen Teil der aufständischen Bewegung sind. Sie wissen es!

Sogar wenn wir die bewaffneten Kräfte dazu auffordern, ihren Pflichten nachzugehen. Aber das gleiche passiert mit der Guerilla – sie wissen perfekt, dass wir keinen Teil des neoliberalen Modells bilden, dass uns niemand für so was zahlt. Sie verwenden das, wenn sie sehen, dass viele ihrer Unterstützer mit uns zu sympathisieren beginnen. Daher brauchen sie einen Diskurs, mit dem sie sich von uns abzeichnen können.

Frage: *Stimmt es also, dass die Angst der Paramilitärs und der Guerilla vor dem PDPMM darin liegt, dass die Gesellschaft anscheinend an Stärke gewinnt?*

Arturo Barajas: Es kommt daher, weil wir mit unserer Strategie zu zeigen versuchen, dass es für die Bevölkerung in Magdalena Media möglich ist, statt des bewaffneten Weges, einen anderen Weg nach besserem Leben zu schlagen, ohne Druck und ohne illegale Bereicherung. Unsere Rolle besteht darin, den Menschen zu sagen, dass die bewaffneten Akteure ihnen einen tödliches Projekt anbietet, einen Teufelskreis, der kein Ausweg aus der Armut ist. Wir pflegen es zu sagen, dass es möglich ist, ein würdevolles Leben zu erlangen, indem wir miteinander sprechen und auf uns hören.

Frage: *Trifft dieses Projekt mit der Demokratischen Sicherheit – der politischen Strategie der Regierung – zusammen?*

Arturo Barajas: Sie treffen nicht zusammen. Die demokratische Sicherheit koinzidiert mit dem anderen Projekt, dem Projekt der Gewalt, wo man die Leute mit Gewalt ausraubt. Mit dem Projekt, in dem die Bauern aus ihrem Land vertrieben werden. Diese Strategie lautet – „Setzen wir auf den Krieg, um die Leute von hier zu vertreiben“. Und es tut mir so sehr Leid, dass die EU der Regierung lobt und die Hand ausstreckt, den Präsidenten auf die Schulter klopft, wo gleichzeitig diese Regierung den Einzug des ausländischen Kapitals und der Großkonzerne fördert, indem sie Bedingungen für die Ausplünderung der Region schafft. Und wir haben es den Botschaftern, die zu Besuch kommen, also zu jenen, die uns zu Wort lassen, gesagt. Wir verstehen nicht, warum sie sagen, dass sie unsere Friedensinitiative unterstützen und loben und gleichzeitig die Regierung und die Projekte loben, welche im Widerspruch zu unserer Initiative stehen.

Frage: *Meinen sie das Projekt der Demokratischen Sicherheit?*

Arturo Barajas: Ja.

Frage: *Schließlich hat die Politik der EU zwei Seiten?*

AB. Ja. Sie sagen uns, dass sie uns unterstützen werden. Dass dies ein Teil der Sozialpolitik ist. Es stimmt nicht. Wir sind ein Produkt, das der Region eigen ist. Was wir machen steht im Widerspruch mit der Regierung, besonders im Bezug auf die Regierungspolitik der Demokratischen Sicherheit, die uns die internationalen Konzerne hierher bringt und verschiedene Umweltlizenzen. Sie verlangen, dass die Menschen die Umwelt nicht verstören, kommen aber mit Bevollmächtigungen, die genau das machen. Mit einer Bevollmächtigung die Menschen, die Bauern zu vertreiben. Mit solchen Gesetzen wird die Region verwüstet. Mit den Gesetzen, die während der acht Jahre der Demokratischen Sicherheit verabschiedet wurden. Was wir hier machen wird von der Regierung unterstützt, weil vom Gesetz her ist die Regierung verpflichtet, in die Sozialpolitik zu investieren und wir fordern diese Ressourcen auf, wir bekommen sie. Jedoch sind wir kein Teil der Politik der demokratischen Sicherheit. Wir gehen einen anderen Weg. Unser Ziel ist anders.

Frage: *Bezüglich der Kritiken, die meinen, dass die Friedenslaboratorien den Einmarsch der Großkonzerne in die Region ermöglichen: gibt es Beispiele, die das bestätigen?*

Arturo Barajas: Ich habe das nicht gemeint.

Frage: *Nein, ich beziehe mich auf die Kritiken, die ich gelesen habe. Es gibt viele, aber keine davon scheint gerechtfertigt zu sein.*

Arturo Barajas: Man kann nicht wissen, was die Überlegungen der EU sind. Aber eins ist klar – das war nicht die Absicht der EU. Ob sie möglicherweise daran gedacht haben... Das kann man nicht sagen, aber das Friedenslaboratorium wurde nicht mit dieser Absicht geschaffen. *Das Friedenslaboratorium bietet der Region und dem Land einen Weg Probleme inmitten des Konflikts zu lösen. Eine Methode, womit man entgegengesetzte Interessen auf den Tisch legen kann und die bewaffneten Akteure zur Diskussion bringen kann.*

Frage: *Also kann man nicht behaupten, dass ein Unternehmen, ein Konzern auf irgendeine Weise davon Profite gezogen hat.*

Arturo Barajas: So ist es. Das Laboratorium wird nicht für die Schaffung von günstigen Bedingungen für große Unternehmen, sondern für die Schaffung der Prämissen für ein würdevolles Leben. Zumindest ist es so laut den Dokumenten und unserer Tätigkeit – d.h. als eine Friedensoption auf Mikroebene, lokal, die konkrete Maßnahmen anwendet. Das andere, was dem Großkapital zunutze kommt, hat mit dem Friedenslaboratorium nicht zu tun. Das sind andere Projekte, wie z.B. der Paramilitarismus oder die neoliberale Strategie des kolumbianischen Staates heutzutage. Alle Gesetze der Regierung, alle Veränderungen der Gesetze für den Bergbau, der Wechsel der Umweltpolitik, und der Land- und Wasserpolitik; die Reform in der Agrarpolitik, die alle von einem von *Parapolitik* infiltrierten Parlament verabschiedet wurden. All das spielt mit. In dieser Region ist nicht nur die Strategie der Friedenslaboratorien, sondern auch das andere Modell, das dem Großkapital behilflich ist.

Es ist daher wichtig, dass wir in der Zukunft sagen können, was in der Region dem Friedenslaboratorium und was dem anderen Modell zu verdanken ist. Aus einer perversen Logik aber könnte man sagen – nein, es sind nicht zwei Modelle sondern ein und dasselbe. Das Zuckerbrot und die Peitsche einer Strategie. Ich glaube das nicht. Hätte es das Friedenslaboratorium nicht gegeben, würde es heute statt drei, zehn Millionen Vertriebenen in Kolumbien geben. *Der Verdienst der Friedenslaboratorien ist es, dass der Bauer nicht vertrieben wird, dass man sich gegen die Vertreibungsversuche wehren kann. Dass die Menschen in ihrem Land bleiben können, dass sie um ihr Recht auf Weiterleben in diesem Ort kämpfen können (...).* Man sieht, dass wir hier tatsächlich dem anderen Modell, das auch Druck ausübt und von manchen die *Demokratische Sicherheit* genannt wird, Paroli bieten.

Frage: *Kann man diesen Widerstand anhand solcher Projekte wie z.B. der Humanitären Zonen messen?*

Arturo Barajas: Die *Humanitären Zonen* sind ein Beweis dafür, dass die Menschen da geblieben sind. In diesem Sinne – ja. Es gibt aber andere Regionen ohne ein PDP und ohne Zivilgesellschaft. Dort kam das Kapital der Großkonzerne mit einer frenetischen Geschwindigkeit an. Wie z.B. in Urabá. Was unter anderen das Modell darstellt, das man hier lancieren wollte. Er vernichtete das soziale Gewebe dort, was sehr leicht war, denn es keine Zivilgesellschaft gibt. Hier in Magdalena Medio wurde dieses Modell dank dem Frie-

denslaboratorium nicht zugelassen. Allerdings auch wenn es gebremst wurde, haben manche nicht aufgegeben, es zu implementieren. Es stellt die Institutionen unter Druck, damit uns die Unterstützung der Zivilgesellschaft entzogen wird und damit das PDP geschwächt wird. Nicht nur der Präsident wird unter Druck gesetzt, auch die UE und die USA, um im Spiel dabei zu sein. Es ist klar, dass es Kapital von den USA hier kommt und, dass der *Plan Colombia* eine Zuckerbrot-und-Peitsche-Politik ist. Der soziale Teil ist das Zuckerbrot, das den Einzug der Konzerne ermöglichen sollte.

Frage: *Gibt es Beispiele für ein Programm oder ein Projekt, das mit Ressourcen von Plan Colombia finanziert wird?*

Arturo Barajas: Wir arbeiten mit Ressourcen der kolumbianischen Regierung, oder mit Ressourcen die von USAID, der Weltbank oder der EU kommen, weil wir auf die Verpflichtung der Regierung zu Investitionen in die Zivilgesellschaft beharren. Daher, anstatt dass andere diese Ressourcen verwenden, machen wir es selber. Wir verstehen von Management und wissen genau, was wir in der Region stärken müssen. Wir haben darum gekämpft, dass die Leute das Recht auf diese Ressourcen haben, dass man für Sozialpolitik investiert. Wenn man eine klare Idee davon hat, wie die Ressourcen verwendet werden ist es egal woher das Geld kommt. Das heißt – wir haben mit Ressourcen des Programms PDP, der Weltbank gearbeitet. Das Kakaoprojekt für viele Bauer er Region wurde mit Geld der EU finanziert. Heute bekommt er Ressourcen der USAID², des *Plan Colombia* aber das hat die Strategie, die wir implementieren nicht geändert. Sie versucht Innovationen hervorzubringen, die das Leben der Kakaoproduzenten erleichtern können.

Frage: *Hängt die Art und Weise auf die man die Ressourcen verwendet davon, ob die Menschen freie Hand haben?*

Arturo Barajas: Wenn die Leute einen Schulungsprozess bewusst durchgehen, wenn sie sich eine klare Idee von ihren Wünschen gemacht haben, setzen sie sich mit jenen, die die Ressourcen haben und verhandeln. Sie sprechen miteinander und sagen – Dieses Geld brauchen wir und zwar für das und das. Wir haben es klar – unsere Gemeinden teilen unsere Strategie – dass die Männer und Frauen in Magdalena Medio ihre Entwicklung selber gestalten. Nicht wir (das Programm PDPMM, Anm. d. V.), sondern sie. Wir sagen ihnen nicht, wann sie „Ja“ und „Nein“ sagen sollen. Sie selber treffen die Entscheidungen. Eine andere Sache ist ob sie das Geld nehmen, und wie sie es verwenden, oder besser gesagt ob sie von den Organisationen verwendet werden. Unsere Rolle ist es zu verhindern, dass es ungenutzt bleibt. Wir helfen ihnen, ihre Entwicklung selber zu bestimmen. Wenn du dir Dokumenten der Friedenslaboratorien liest, wirst du sehen, dass unser Ziel die Stärkung des sozialen und politischen Subjekts ist. D.h. eine Zivilgesellschaft, die an ihre Entwicklung denkt (...).

Frage: Stimmt es das die Projekte das Resultat des Prozess zwischen dem PDP, den Gemeinden und den Laboratorien sind?

Arturo Barajas: Ich war in der ersten Phase des FL. Wir haben Workshops in allen Gemeinden organisiert, um die Leute zu fragen was sie wollen. Mit dem Ergebnis haben wir den operativen Plan ausgearbeitet.

Frage: *War das ein gemeinsames Projekt?*

² USAID – United States Agency for Development

Arturo Barajas: Ja. Allerdings entstand in der zweiten Phase eine Agenda, wo kein Komma, kein Zeichen und kein Wort von uns waren. Es war ein Dokument von den Menschen der Region. Wir haben natürlich im methodologischen Teil geholfen, aber es war ein Prozess, der in den Ortschaften, dann in den Gemeinden, den Subregionen und schließlich auf regionaler Ebene stattfand.

Frage: *Mit solchen Verwaltungsmechanismen wie die nucleos de pobladores?*

Arturo Barajas: Mit den *nucleos de pobladores*, mit Organisationen von Fischern, Jugend- und Frauenorganisationen, d.h. mit der Zivilgesellschaft von Magdalena Medio. So haben wir alle zusammen unseren Vorschlag und eine Liste mit Projekten erstellt. In die Versammlung der *nucleos de pobladores* wurden je zwei Vertreter entsendet. So finden wir Kraft, damit die Regierung uns nichts entzieht. Seitens der EU gab es nie einen Versuch, uns etwas wegzunehmen, auch weil unsre Absichten kohärent ist. Die kolumbianische Regierung dagegen, ja, sie versuchte Änderungen zu bringen, dass man Sachen anders formuliert. Dazu sagten wir – der Vorschlag kommt nicht von uns, sondern von der Region Magdalena Medio.

Frage: *Kann man das so definieren – die Stiftung Entwicklung und Frieden Magdalena Medio ist eine von vielen Experten zusammengesetzte Methode, die flexibel ist, sodass sie den Bedürfnissen der Region nachkommen kann?*

Arturo Barajas: Genau, die Korporation ist eine Methodologie, mit der wir alle erreichen was die Region will. Wir wollen ist, alle für diesen Prozess zusammenzubringen; den Menschen zu helfen, ihre Region besser zu verstehen. Wir leisten Hilfe beim Erstellen von aktuellen und realistischen Analysen des regionalen Kontexts, damit wir keinen Fehler in unserem politischen Konzept begehen.

Frage: *Ich vermute, dass es viele Ideen gab, da es auch viele Bedürfnisse gibt. Waren daher die Bewerbungsverfahren sehr selektiv?*

Arturo Barajas: Meiner Meinung nach war dieses Verfahren unangebracht für uns. Es ist das Resultat der Logik der EU und des Staats. Wir haben darum gekämpft, dass es keine Bewerbungsverfahren gibt. Wir haben darum gestritten, weil wir schon aus den Diskussionsrunden erfahren haben, was die Leute brauchen. Wir haben das formuliert, das war die Formulierung des Friedenslaboratoriums. Wir haben hart darum gekämpft, dass man möglichst wenig Geld für die Bewerbungsverfahren verwendet und es ist uns gelungen.

Frage: *Wie kann man aber ohne Bewerbungsverfahren die Ressourcen verteilen?*

Arturo Barajas: Das Friedenslaboratorium war keine importierte Initiative. Sie ist hier entstanden. Es ist ein gemeinsamer strategischer Vorschlag. Wenn es die Rede von der Notwendigkeit von Bewerbungsverfahren war, wussten wir schon, welche Initiativen in der Region man lancieren sollte. Wir haben eine Schule für die Ausbildung der Bauern, ein regionales Planungssystem, Stärkung des Netzes der Jugendorganisationen, Unterstützung für die öffentlichen Radiosender – *La Antena del Rio*³. Wir hatten schon eine Strategie. Und wenn wir Bewerbungsverfahren gehabt hätten, wäre es möglich gewesen, dass man uns einen Radiosender gegen den Guerilla bringen könnte. Erstens es hatte schon einige Projekte gegeben, die vor dem FL vom Programm für Entwicklung und Frieden durchgeführt wurden, Projekte, die schon unterwegs war. Zweiten sie hatten schon bewiesen, dass sie erfolgreich waren. Drittens: die Menschen hier, sei es mit Ressourcen

³ *La Antena del Rio* – öffentlicher Radiosender in Barrancabermeja, Santander, 780 Am.

oder ohne, hatten angefangen diesen Radiosender und diese Netzwerke von Frauenorganisationen und andere Vereinigungen auf den Vordermann zu bringen. Daher war es für uns ziemlich heikel diese Assoziationen etc. unter den gleichen Wettbewerbsbedingungen mit einem Bürgermeisteramt zu stellen. Denn es könnte sein, dass es ein gutes Bürgermeisteramt ist oder doch ein Amt, wo sich Parapolitik infiltriert hat. Und in technischer Hinsicht hat eine offizielle Behörde viel mehr Kenntnisse, um ein Projekt gut zu erstellen. Und das ist kein leeres Geschwätz... Wir machen keine Kriegspropaganda sondern Projekte für Entwicklung und Frieden. Daher haben wir mit der EU verhandelt nur wenig Geld für die Bewerbungsverfahren zu verwenden, weil wir hier schon bewiesen haben, dass wir etwas durchführen und es gut machen. Daher wollen wir, dass die EU-Ressourcen das unterstützt, was wir schon machen. Aus diesem Grund verstehen wir nicht, dass man uns Bewerbungsverfahren auferlegt (...).

Frage: *Es gab doch (auch früher) Bewerbungsverfahren...*

Arturo Barajas: Ja, es gab sowohl in der erste als auch in der zweiten Phase aber wir haben darum gekämpft, dass man in der 1. Phase einen kleinen Teil des Gelds verwendet und in den 2. sogar mit noch weniger auskommt. Mit viel Energie gelang es uns, dass wir unsere Projekte selber entwickeln und durchführen und genug Kontrolle darauf ausüben, um es zu vermeiden, dass man uns inkongruente Projekte aufzwingt (auferlegt). Denn es würde uns nicht gefallen, dass Experten von Bogota her kommen, die uns sagen, wir sollen das und jenes tun. Das würden eben externe Experten, die die Region nicht kennen.

Frage: *Stimmt es nicht, dass externe Experten die Evaluation der Projekte machen?*

Arturo Barajas: Es ist daher besser Personen anzuheuern, die Beratung bei der Projekterstellung machen.

Frage: *Für die Aufsicht?*

Arturo Barajas: Nein, für die Beratungsverfahren .

Frage: *Und wie ist es mit den Evaluationsstudien? Wie z.B. jene, die im Auftrag der Geldgeber von Econometria⁴ durchgeführt wurden?*

Arturo Barajas: Dazu kann ich Ihnen etwas erzählen. Die Studien von *Econometría* oder von anderen hochwichtigen Experten sind für uns eine andere unangebrachte Sache. Leider ist das Geld der EU, das in die Gemeinden fließen soll. Es bleibt aber in Bogota. Manchmal werden Experten nicht von Bogota sondern vom Ausland geholt und in die Region kommt nichts. Diese Experten kommen, machen ihre pünktliche Besuche und normalerweise schlechte Studien. Dann sind sie wieder weg. Es ist ihnen egal, ob die Studien stimmen, weil man ihnen große Summen zahlt –all das sind Ressourcen, die man der Region entzieht. Uns wäre es lieber, dass die Aufsicht von jemand der Region gemacht wird. Jemand, der uns sagt – „Aufpassen!“. Das ist Geld, das die Gemeinden dringend brauchen.

Frage: *Allerdings alle Studien haben bestätigt, dass der Prozess erfolgreich ist.*

Arturo Barajas: Ja, darum geht's. Sie haben das festgestellt, was wir ohnehin wussten. Das sage ich – es ist ein Zeit- und Geldverlust diese Experten anzuheuern und sie auch hier zu Besuch zu haben. Man muss sie vom Flughafen abholen, sie herum führen, ihnen Interviews geben, ihnen erklären wie es läuft, damit sie es

⁴ Econometría – statistisches Unternehmen in Kolumbien

verstehen. Sie können darüber nicht wissen, klar, sowieso, und sie können das Ganze in ein paar kurzen Besuchen nicht verstehen. Außerdem haben sie keine anderen Referenzpersonen als uns selber. Also wozu dann? Ich weiß nicht. Es scheint, dass die internationale Kooperation der EU nach diesen Prinzipien funktioniert.

***Frage:** Was wird kommen, wenn die Ressourcen aus sind? Wird das Programm fähig, um den Prozess weiter durchzuführen?*

Arturo Barajas: Unsere Arbeit ist eine Verpflichtung gegenüber der Region. Wenn ich im Programm heute nicht mehr angeheuert werde, werde ich weiter für die Region arbeiten. Wir haben fast überall für eine nachhaltige Strategie gesorgt. Für ein Ausbildungsprojekt für Bauern zur Stärkung der Leader in der Region z.B.. Heutzutage haben sie ein Unternehmen, eine eigene Schule⁵. Das ist nicht mehr ein Teil des Friedenslaboratoriums sondern ihr eigens Projekt. Jetzt wissen sie, wie es geht. Jeder, der hier war, bleibt hier und arbeitet weiter, auch nach dem Projektsende.

Ich habe es schon gesagt – es ist nicht recht um ausländische Almosen zu bitten, wenn das Reichtum schon da ist. Wir dürfen nicht die Hände in den Schoß legen und zuschauen, wie man uns ihn wegnimmt. Was wir machen müssen ist diesen Reichtum zu Diensten der Region zu nutzen. Mir kommt es lustig vor, dass hier die japanische Regierung kommen wird, dass sie hier so und soviel Millionen Pesos investieren wird. Was machen wir allerdings? Man soll die Steuereinkommen hier investieren, damit die Regionen ihre regionale Entwicklung selbständig machen können. Die kolumbianische Gesetzgebung trotz dieser Sache aber wir setzen immer mehr Druck darauf, dass sich dieser Zustand bessert.

***Frage:** Glauben Sie, dass es die Region selbst genug Ressourcen hat?*

Arturo Barajas: Ja.

***Frage:** Eine Prognose –wäre es gut, mehr Friedenslaboratorien zu starten? Kann man sie als ein Muster weiter implementieren?*

Arturo Barajas: Ja. Man soll dann aber dasselbe mit Pacho de Roux tun, [Lachen, Anm. d. Verf.]. Es geht nicht nur um seine Erfahrung. Es geht um viel mehr, die er hat. Unter anderem soll es eine Option für ein würdevolles Leben des Menschen geben. Das ist ein Leitmotiv dieses Konzepts, sowie dass es eine klare Vorstellung gibt, damit man in einer von Gewalt beherrschten Region darum kämpfen kann. Wenn man genau weiß, was im Spiel ist, hat man die Bereitschaft, das Risiko einzugehen. Ich denke nicht, dass alle Programme in Kolumbien dieser Logik folgen. Hoffentlich kann man das replizieren so wie wir es hier machen.

***Frage:** Ist es möglich das zu wieder anzuwenden, bis man einen flächendeckenden Effekt hat? Im Sinne einer Ausdehnung von Mikro- zur Makroebene?*

Arturo Barajas: Unser Vorsatz, die Intention des Friedenslaboratoriums ist die Konstruktion eines politischen und sozialen Subjekts. Es gibt schon eine Zahl von Personen, die die Bereitschaft haben und wissen, worum es in dieser Idee geht, aber es fehlt noch viel. Es fehlt uns noch immer eine soziale, zivile und politische Bewegung vom regionalen Charakter. Das haben wir noch nicht geschafft. Wir haben verstanden, dass durch das Erlangen dieses Ziels wir auch einen Sozial- und Rechtsstaat haben können. Etwas ähnliches ist in

⁵ Corporacion escuela de formación campesina

der zweiten strategischen Linie zu finden – das Ziel von der Konstruktion eines sozialen Rechtsstaates, der die demokratische innere Ordnung garantiert. Das kann man durch eine zweiseitige Strategie erreichen – auf einer Seite durch die Stärkung der Zivilgesellschaft, deren Organisation und die Kapazitäten der sozialen Subjekte, damit sie fähig sind ihre Rechte auszuüben. Die zweite Komponente ist die Stärkung der Institutionen, damit sie die Fähigkeiten gewinnen, die Bedürfnisse der Bürger zu verstehen. Also wie soll man den sozialen Rechtsstaat bilden? Mit starken Institutionen, die einen besseren Dialog mit ihren Bürgern hat und mittels Zivilgesellschaft. Anders als ein Staat, der nur auf sich selbst hört mit einer Zivilgesellschaft, die nicht mit-spricht. (...)

Ein starker Staat und eine starke Zivilgesellschaft Was man Friedenslaboratorium nennen kann ist der Beweis, dass ein Rechtsstaat nicht nur mittels der Institutionen sondern mittels der Zivilgesellschaft möglich ist.

Interviewer: *Vielen Dank!*

Interview mit Gabriel Turriago, verantwortlich für die Koordination des UNDP mit dem 3. Friedenslaboratorium in Montes de María
Bogotá, am 21. Mai 2008

Gabriel Turriago wurde gebeten über die Programme für Entwicklung und Frieden und die Friedenslaboratorien zu erzählen.

Gabriel Turriago: Die Auswirkung der sozioökonomischen Komponente ist eigentlich der mögliche Effekt auf die strukturellen Bedingungen, die Schuld an den Prozess der Verarmung sind. Es gibt einen Unterschied zwischen Leben in Armut und Leben in einem Zyklus, der Generationen dauert und sich wiederholt. Man verwaltet die Aktivitäten und die Projekte im Rahmen der sozioökonomischen Bedingungen, die von diesem Prozess der Verarmung zu einem Prozess der Empowerment führen. Oder man versucht, das Leben der am schwersten Betroffenen zu beeinflussen, diesen Menschen eine Möglichkeit für Einkommen zu geben. Aber die Frage ist – *Wohin dann, wenn die Projekte beendet werden?* Die Laboratorien lancieren Projekte dort, wo schon gewisse Bedingungen geschaffen wurden.

Der Schwerpunkt der Debatte ist die Nachhaltigkeit. Und in den dritten Laboratorien wird es ein einziges Bewerbungsverfahren für die Finanzierung der Projekte geben. Es wird nicht mehr möglich, ausschließlich mit einer aller drei Komponenten zu arbeiten. Man kann sich z.B. mit einem Produktivitätsprojekt bewerben aber dieses muss an eine der anderen Komponenten knüpfen – an die Stärkung der Institutionen oder an die Menschenrechte und Friedenskultur. Und es muss ein Projekt sein, das zumindest 3 Gemeinden umfasst.

(...)

Frage: Können sie ein Beispiel von einem Projekt aus zwei thematischen Komponenten geben?

Gabriel Turriago: Nehmen wir z.B. sechs Jugendorganisationen und zwei von drei Gemeinden – Morroa, San Antonio de los Palmitos und San Jacinto. Das sind Gemeinden, wo es viele Handwerker gibt. Man sagt: Stärken wir doch die Produktion der Sombreros. Es wird eine handwerkliche Schule eröffnet, wo man lernt, wie die Arbeit verbessert werden kann. Aber gleichzeitig wird in dieser Schule von den zuständigen auch ein Workshop für Menschenrechte durchgeführt. Das Thema kann aus dem Umweltbereich sein. Das zeigt uns, dass das Projekt der dritten Komponente – Produktivität – mit dem Thema Menschenrechte verbunden wird und zwar mit den so genannten Menschenrechten der dritten Generation. So erwecken wir durch die neuen Projekte nicht nur den Wunsch nach Geldbeschaffung, sondern auch das Bestreben nach einer humanen umweltfreundlichen Wirtschaft.

Frage: Wie entstehen die Projekte?

Gabriel Turriago: Es gibt die so genannten unterstützenden Organisationen. In Montes de María ist das die Vereinigung *Fundacion Desarrollo y Paz Montes de María*¹, in Magdalena Medio die Korporation von Pacho de Roux². Sie stellen den Leuten Fragen wie z.B.: Was sind die Gründe für die Verarmung in einer Region, die reich an Ressourcen ist? Warum hat eine solche Region so viele arme Einwohner? Das führt zu einem Dialogprozess, wo man darüber reflektiert. Und das schafft die Bedingungen, die dann die Interesse

¹ fortan FDPMM bezeichnet

² Francisco (Pacho) de Roux – jesuitischer Priester und Initiator der Gründung der Korporation PDPMagdalena Medio. Eine emblematische Figur in den Friedensaktivitäten in Kolumbien

der Geldgeber wie z.B. das Interesse der EU wecken und sie beginnen, eine Kooperationsinitiative zu lancieren. Man stellt solche Fragen wie: Was für eine Wirtschaft brauchen wir in dieser Region? Was sollen die Bürger tun, um die gesetzten Ziele, die sich auf die genannten Probleme (Exklusion Gewalt, etc.) beziehen, zu erreichen? Das sind Fragen, die lange diskutiert wurden. Daher hat sich die EU für eine Intervention in Meta und nicht z.B. in La Guajira entschieden. Damit sie nachher im EU-Parlament Resultate zeigen können.

Frage: Was ist ausschlaggebend, damit eine Region als Ort eines Friedenslaboratoriums zu wählen?

Gabriel Turriago: Es gibt keine feste Regeln. Man versucht die Kriterien homogener zu machen, aber zurzeit ist das nicht so weit. Ich kann nur über das dritte Laboratorium sprechen. In Montes de Maria verwendete man eine Reihe von Variablen, mit der Hilfe man neu Programme evaluierte. Dann wurden politische Kriterien angewendet. Die Regierung, sowie die EU und das PDP führte eine Analyse durch. Der Evaluierungsprozess wurde von en UNDP begleitet. Wir haben eine These, laut der die internationale Kooperation und die Zivilgesellschaft eine Gemeinsamkeit bilden – das ist eine Bedingung, die zum Prozess von Entwicklung und Frieden beiträgt.

Frage: Kann man vorhersagen, ob das Projekt das Potential haben würde, eine Auswirkung auch auf nationaler Ebene zu haben?

Gabriel Turriago: Es gibt Herausforderungen. Viele stellen sich diese Frage – Experte, die Regierung, die EU. Wie man den Übergang von der charismatischen Führung zu einer kollektiven Führung mit mehr Bürokratie schafft. Wie könnte man die Spielregeln des Öffentlichen ändern? Wie gelingt uns eine institutionelle Transformation des Öffentlichen wie z.B. in den Institutionen der Gemeinden? Eine andere Herausforderung ist einen Raum für Dialog zu organisieren, wo man über die öffentliche Politik zur gewaltfreien Transformation des Konflikts diskutiert. Das ist eigentlich die Strategie der PDPs. Es ist noch zu früh, um ihre Leistung messen zu können. In der Regierungspolitik hat man vorgeschlagen den Prozess von Entwicklung und Frieden zu steuern. Und der Staat hat einige Vorschläge zur Stärkung der Zivilgesellschaft, ohne die Möglichkeit auszuschließen das mit militärischen Mitteln zu tun. Die PDPs sind zwischen diesen beiden Optionen. Bezüglich der Schaffung der PDPs muss man das Folgende betrachten: Wie fähig ist der Staat, diese Programme zu unterstützen und wie fähig sind sie, um zu einer friedlichen Lösung der Armuts- und Gewaltprobleme beizutragen? Das ist eine Diskussion, die gleichzeitig auf lokaler und nationaler Ebene mit der Suche nach Konfliktlösung präsent ist.

Frage: In Sachen der Finanzierung – was wird mit dem Prozess passieren, sobald die Projekte beendet werden?

Gabriel Turriago: Das ist eine der großen Fragen. Man muss sich im Klaren sein, dass die internationale Kooperation nicht für immer da sein wird.

(...)

Die PDPs sind soziale und institutionelle Vereinigungen in den Regionen. Sie sind bunt zusammengesetzt – es gibt Jugend-, Frauen- oder Handwerkerorganisationen. Sie alle sind im Netz der Organisationen in Montes de María zu sehen. Die Aufgabe ist, dass sich diese Systeme über eine einzige Friedensvorstellung einigen. Und dass sie auf der Basis dieser Vision an einem Transformationsprozess aktiv teilnehmen können. Außerdem versucht man diese Transformation mit der regionalen Politik, den Regierungsprogrammen und den

ökonomischen Ressourcen zu harmonisieren und zum Endziel – der Konfliktsüberwindung – zu steuern. Wenn dieser Prozess an Kraft und Struktur gewinnt, wird die Kooperation aufrecht bleiben. Programme wie die PDPs werden dann verschwinden und der Demokratie Platz machen, die die Menschen völlig allein ausüben könnten. Das wird sogar eine direktere und stärkere Demokratie als die Partizipation mit Hilfe der PDPs sein. Das ist eine große Herausforderung. Die Regierung sucht Ressourcen aber das sind nur Kredite.

Frage: *Was ist der Vorteil der Laboratorien im Vergleich zu anderen Projekten?*

Gabriel Turriago: Wir sind eine politische Strategie, die nach Möglichkeiten für Entwicklung in einem Konfliktkontext sucht. Das Programm REDES oder das Projekt Frieden und Entwicklung sind viel mehr auf Hilfsinitiativen für besonders bedrohte Bevölkerungsgruppen (vor allem für Innenvertriebene) ausgerichtet. Das

Friedenslaboratorium versucht mittels Projekte eine vielseitige Wirkung zu haben. Die Initiative REDES hat keine Projekte. Sie bietet Begleitung bei der Projektausführung. Sie machen das sehr intensiv trotz der knappen Ressourcen. Das soll zur Schaffung von Bedingungen für Frieden und Entwicklung führen.

Der andere Unterschied ist das Ziel von jedem einzelnen dieser Programme. Unser Ziel ist durch die Wiedergewinnung der öffentlichen Politik eine Basis für die Demokratie zu schaffen. Das Projekt Frieden und Entwicklung ist eine Ergänzung, die mit den Initiativen der Friedenslaboratorien übereinstimmt. Sein Programm erlaubt den Geldgebern die Effektivität ihrer Investitionen zu verbessern und mehr Resultate zu erzielen.

Ein anderer Unterschied ist, dass die Laboratorien keine kolumbianische Erfindung sind. Die PDPs, die Dynamik der Prozesse in den Regionen (wie bei Pacho de Roux) haben viel früher als die Laboratorien existiert. Aber als die EU-Kommission entscheiden wollte, wo sie investieren würden, haben sie das Beispiel des Programms in Magdalena Medio genommen. Das ermöglichte ihnen ihre Investition besser einzusetzen. Und sie nannten das Projekt Friedenslaboratorium.

Interview mit Julia Ángulo, Geschäftsführerin bei CDPMM, Abteilung Administration und Finanzen
Barrancabermeja, am 29. Mai 2008

Der Interviewer: *Julia Ángulo wurde gebeten über den Anfang der Friedenslaboratorien zu erzählen:*

Julia Ángulo: Im Prozess zwischen Kolumbien und ihnen [den Repräsentanten der EU-Kommission, Anm. d. Verf.] werden die Ressourcen nicht direkt an die begünstigten NGOs geleitet. Stattdessen werden einige Rahmenbedingungsabkommen zwischen der europäischen Kommission und der Republik Kolumbien eingegangen, laut denen die Ressourcen zuerst zugunsten des kolumbianischen Staates gehen und von ihm weiter verteilt werden sollen. Auf dieser Basis wurde 2001 ein Rahmenbedingungsabkommen zwischen der Delegation der EU-Kommission¹ und Kolumbien abgeschlossen, laut welchem die *Acción Social*² der Projekts begünstigte ist.

Was ist *Acción Social*? Es ist eine Körperschaft, die im Auftrag des Staates vor der Delegation der EC verantwortlich ist. D.h., dass das Projekt Friedenslaboratorien der *Acción Social* zugute kommt. Früher hieß die begünstigte Körperschaft ACCI³. Es gab aber eine Restrukturierung, daher heißt sie heute *Acción Social*. Laut demselben Rahmenbedingungsabkommen, sollte das Projekt in der Region Magdalena Medio implementiert werden. Dort gab es eine Organisation, die imstande war, die Ressourcen zu verwalten. Auf dieser Basis gibt es ein weiteres Abkommen, laut welchem die *Acción Social* die Korporation für Entwicklung und Frieden Magdalena Medio (CPDMM) als autonome Verwaltungskörperschaft wählte, die in budgetären, technischen und Finanzierungsfragen die Verantwortung trug. In Hinsicht auf die Vollzugsbefugnisse unterscheidet sich die ersten Friedenslaboratorien, also wir, von den zweiten und dritten Laboratorien sehr viel voneinander. In den letzteren (Laboratorien II. und III. Anm. d. Verf.), bekommt die *Acción Social* die Ressourcen und beauftragt dann andere Organisationen. Bei uns ist jedoch anders: Die Delegation der EC erteilt die Ressourcen an die *Acción Social*, die sie uns mittels eines Abkommens weiter leitet und wir sind diejenige, die dann Organisationen in der Region mit Projekten beauftragen. Das ist der Unterschied zwischen uns und den anderen Friedenslaboratorien. Das Endziel ist dasselbe. Zu jenem Zeitpunkt entschied die Delegation der EC, dass aufgrund unserer Erfahrung wir imstande seien, 42 Millionen Euro zu verwalten.

Julia Ángulo über die Verwaltung der Finanzierungsgelder:

In diesem Abkommen gibt es eine übergeordnete Instanz – das interinstitutionelle Komitee. Es besteht aus der *Acción Social*, der Delegation der EC, Bürgermeistern und Gouverneuren, Vertretern von Frauen- und Sozialorganisationen. Der Prozess wird von ihnen getragen. Sie geben Vorschläge für eine angepasste Nutzung der Ressourcen der Laboratorien in Magdalena Medio.

En diesem Abkommen wurden zwei Phasen bewilligt. Die erste davon endete 2005. Man erstellte eine Evaluierung, die nach der Überprüfung von *Acción Social* an die EU geschickt wurde. Die EU bestätigte die Fortsetzung des Prozesses, also dessen zweite Phase. Sie begann in 1. September 2005. Am 30. März 2009 sollen alle Projekte beendet werden. Die Abschlussphase dauert vom 1. April 2009 bis Jänner 2010.

¹ Vollständige Bezeichnung - Delegacion de la Comisión Europea para Colombia und Ecuador

² Accion Social – präsidentielle Behörde für die internationale Kooperation

³ ACCI - Agencia Colombiana para la Cooperación Internacional

Julia Ángulo über die *Verhältnisse zwischen der EU und dem CDPMM*

Wir waren Verbündete auf einem gemeinsamen Weg. Wir hatten einen direkten Zugang zu der Union. Hin- gegen mussten die anderen Laboratorien immer durch die Acción Social kommunizieren. Bei jedem Problem setzten wir uns zum Diskussionstisch, einem Mechanismus, den wir haben, was das Projektsverwaltung erleichtert. Die Beziehungen zwischen uns sind sehr gut, weil sie [die Repräsentanten der Delegation, Anm. d. V.] sehr oft auf Besuch hier sind. Es ist wichtig, dass sie kommen, dass sie die Projekte besuchen, sich mit den Organisationen zusammenschließen.

Frage: Meinen Sie unter „sie“ die Delegation als Vertreter der EC?

Julia Ángulo: Ja.

Frage: Spürt man einen Einfluss im Prozess der Projekterstellung? Entsprechen zum Beispiel, die Projekte den Programmen der Regierung?

Julia Ángulo: Sie haben eine andere Art zu handeln. Als das Programm Friedenslaboratorium 2000 präsentiert und 2001 gebilligt wurde, waren wir schon im nationalen Entwicklungsplan. Die Strategielinie der des Projekts war schon etabliert und wir mussten uns dem Regierungsplan nicht anpassen, weil das Projekt schon beschlossen wurde. Sie, die Regierenden, wussten, dass es schon ein Laboratorium gab, und, dass man dieses in die Agenda einschließen sollte. Die Delegation konzipierte einige Projekte, die 2001 ins Leben gerufen wurden. Die thematischen Linien des Projekts harmonisieren mit dem Nationalplan für Entwicklung aber nicht weil wir uns daran angepasst haben, sondern weil unser Projekt einer fixen Dauer von 8 Jahren hat. [Ansonsten, Anm. d. Verf.] könnte die Regierung jede Zeit sagen – Sie werden nun dieses oder jenes Projekt machen. Aber in unserem Fall ist es anders! Die Delegation bewilligte ein Projekt von acht Jahren und das einzige, die man uns sagte, war: „Sie sollen in zwei Phasen arbeiten.“

(...) Die Regierung nahm an den Bewerbungsverfahren energisch Teil – durch den nationalen Entwicklungsplan, dass für die Entwicklungsprogramme zuständig ist. Sie verfolgten sehr genau die Linie „Humanitäre Zonen“⁴. Der Regierungsplan also stößt auf keinen Fall mit unserer achtjährige Planung zusammen.

Frage: womit unterscheidet sich das Friedenslaboratorium von den Programmen für Entwicklung und Frieden (insgesamt 19, Anm. d. V.)?

Julia Ángulo: das sind zwei verschiedene Sachen. Das Laboratorium ist ein Programm der EU und die PDPs des UNDP (...). die anderen sind Initiativen und hängen von den Wünschen der Region ab. Sie haben keine Rechtspersönlichkeit und müssen eine solche suchen. In unserem Fall ist die Korporation Entwicklung und Frieden Magdalena Medio die Rechtsperson. Während das Laboratorium ein Programm mit einem zeitlich festgelegten Anfang und Ende ist, sind die PDPs eine Initiative der Regionen und werden von ihnen nach eigenem Gutdünken bestimmt.

Frage: Es gibt manche, die die Laboratorien als nur eine weitere Finanzquelle definieren. Ist das übertrieben?

Julia Ángulo: Ja, bestimmt. Es ist sehr traurig, weil das bedeuten würde, dass die Laboratorien eine Art Bank für Projekte ist, die sich nach der Finanzierung richten muss. Genau hier ist der Unterschied. Sie kön-

⁴ originale Bezeichnung – *espacios humanitarios*

nen z.B. Ressourcen haben, aber wenn die Anforderungen den Prinzipien des Programms widersprechen, können Sie sich gleich Ihr Geld zurück nehmen. Ich werde die Prinzipien des Programms wegen Geld nicht opfern. Es ist eine langfristige Strategie. Das Gute an den Laboratorien ist, dass sie [bzw. ihre Projekte, Anm. d. Verf.] als Vorschläge der Gemeinden formuliert wurden.

(...)

Frage: *Wie ist der Name (Friedenslaboratorium, Anm. d. V.), der sehr plakativ ist, entstanden?*

Julia Ángulo: Man sprach hier früher davon, eine entmilitarisierte Zone mit Selbstverwaltung im Rahmen des Verhandlungsprozesses⁵ zu errichten. Die Region trotzte jedoch dieser Idee. Die EU, die das verfolgte, wusste, dass es schon eine Initiative für Entwicklung und Frieden gab und sagte: „Warum versuchen wir nicht, ein Laboratorium zu initiieren und zu sehen, wie es mit diesen Ideen und den Vorschlägen, die aus der Bevölkerung kommen, läuft?“ Daher der Name „Friedenslaboratorien“.

Frage: *Das heißt, es entstand als ein gemeinsames Projekt, das von allen gemacht wurde?*

Julia Ángulo: Ja. Es war ein kollektiver Prozess – wir und die Delegation im Einvernehmen von *Acción Social*.

Frage: *Das Projekt wird dieses Jahr abgeschlossen. Hat es seine Ziele erreicht?*

Julia Ángulo: Ja, die Regierung beauftragte für die externe Evaluation eine Firma, *Econometría*, und ihre Indikatoren bewiesen, dass wir die gesetzten Ziele erreichten. Ja, man kann sagen, dass die Resultate vorhanden sind, die erste Phase ist schon komplett abgeschlossen. Jetzt am Ende des Jahres müssen wir eine Evaluation des operativen Planes machen. Das Wichtige vor allem ist, dass die Menschen auf ihren Territorien, in ihren Orten geblieben sind und, dass Vorschläge immer wieder kommen. Die größte Leistung ist, dass sich mit dieser Investition den Menschen neue Horizonte geöffnet haben, ihnen gezeigt haben, was man in einem Konfliktumfeld machen kann. Dazu noch wurde es bewiesen, dass man durch Dialog einen Friedensprozess starten kann. Der Beweis dafür lieferten die *Humanitären Zonen*.

Frage: *Wird es über eine mögliche Fortsetzung der Finanzierung gesprochen*

Julia Ángulo: Ja, aber nicht über die Finanzierung des Laboratoriums, sondern über Ressourcen für einen Konsolidierungsprozess. Was meine ich damit? (...) es gibt viele Projekte, wie diese des Kakaos oder der Ölpalme, die jetzt Hilfe bei der Exportierung brauchen. Das sind Kleininitiativen, die jetzt auf einer weiteren Stufe sind. Die Initiative „Nucleos de pobladores“ z.B. – das sind Organisationen ohne Rechtspersönlichkeit, d.h. Kleininitiativen, die mittlerweile auf einer weiteren Stufe sind, jedoch keine Rechtsperson darstellen. Sie [Die Teilnehmer an diesen Initiativen] haben sich zusammengetroffen, was sie auch weiterhin machen, um gemeinsam Entscheidungen zu treffen. Mit der Konsolidierung wurden sie zu einer Versammlung. (...) Wir wünschen uns aber eine Konsolidierung der ganzen Region statt vieler kleiner Organisationen.

Frage: *Mit Hilfe der Produktivprojekte hat man eine wirtschaftliche Verbesserung verzeichnen können. Welche Bedeutung hatte das für den Friedensprozess?*

⁵ 1998 stimmte die kolumbianische Regierung zu, der Rebellenorganisation FARC, eine entmilitarisierte Zone einzuräumen.

Julia Ángulo: Zuerst – das Konzept über die humanitären Zonen war früher in der nationalen Politik nicht präsent, mittlerweile aber, wurde es von der Regierung verwendet. Zweitens – warum es für den Friedensprozess nützlich war? Ich erkläre es kurz mit dem Folgenden – in einem der Dörfer gab es in unmittelbarer Nähe der dortigen Schule so viele Antipersonenminen, dass man die Schule schließen musste. Doch die Menschen setzten sich mit den bewaffneten Akteuren zusammen und redeten darüber. Sie wollten, dass die Minen weggeräumt wurden. Und das wurde gemacht. Jetzt wird ein so genannter politischer Dialog implementiert, was unter Teilnahme der Basisorganisationen zum Zweck des Friedensprozesses verwendet wird. Das wird durch die Programme PDPs gestaltet.

Die dritte Leistung des Programms ist der nationale Friedensrat⁶. Wir vom Programm für Entwicklung und Frieden, wurden dort eingeladen und haben schon einen ständigen Sitz. Es ist tatsächlich der Rat, welcher die Richtlinien des Friedensprozesses setzt. Hiermit haben Sie drei Argumenten für die Auswirkungen. Am Wichtigsten ist das dritte Beispiel.

Frage: Sind alle diese Erfolge den verbesserten ökonomischen Bedingungen zu verdanken?

Julia Ángulo: Ja.

(...)

Frage: Spürt man die Präsenz der EU hier als eine Fahne?

Julia Ángulo: Mehr als nur eine Fahne. Zuerst als ein Schutzschild. Die vorige Woche kamen dreizehn Botschafter. Sie sagten: „Wir sind gekommen, um unsere Solidarität mit euren Problemen zu zeigen.“ (...). Das beweist, dass sie uns nahe stehen. Der Vorsitzende der Delegation der EC, Doktor Cardesa⁷, reiste nach einer Farm für Ölpalme in einem Ort in San Pablo. Er setzte sich mit der Gemeinde dort und sprach mit den Menschen. Er sagte zu ihnen: „Ich bin hier, um euch zuzuhören. Warum sagen Sie, dass die Regierung nicht hilft? Wie haben Sie die Ressourcen verwendet?“

(...) Die Delegationsrepräsentanten kommen persönlich hier. Man spürt diese Nähe, und es ist nicht seit jetzt. Sie warten nicht einfach auf einen Informationsbericht. Also die EU ist nicht nur eine Fahne. Die Menschen hier denken nicht, dass die Union nur eine Finanzquelle, nur ein Geldgeber ist. Sie spüren, dass die Union mit uns am tatsächlichen Schauplatz – im Schlamm und in der Hitze arbeitet, um alle Schwierigkeiten lösen zu können.

Frage: Wurde genügend Sozialkapital geschaffen, um diesen Prozess alleine weiterzuführen? Um das Projekt aus eigener Kraft aufrechtzuerhalten

Julia Ángulo: Es wäre vielleicht ein Widerspruch, wenn ich Ihnen mit „nein“ antworte, denn wir viel Geld in den Konsolidierungsprozess investieren. In sozialer Hinsicht – ja! Es gibt eine starke Sozialbase. Und dieser Prozess entwickelt sich weiter. Die Friedenslaboratorien haben das unterstützt. Mit oder ohne Ressourcen gibt es eine starke soziale Basis. In wirtschaftlicher Hinsicht brauchen aber die Wirtschaftsprjekte noch immer Unterstützung. (...) Das heißt, dass es keine völlige finanzielle Abhängigkeit gibt, aber dass Ressourcen weiterhin gebraucht werden.

Frage: Eine Prognose?

⁶ Im span.: Consejo Nacional de Paz - Nationaler Friedensrat

⁷ Fernando Cardesa García – Vorsitzender der Delegation der EC für Kolumbien und Ecuador.

Julia Ángulo: Also... es soll nicht sein, dass wir uns hinsetzen und sagen: „Wir brauchen Konsolidierung“. Wir kennen den Prozess. Eine Prognose wäre, wenn ich sage, dass wir uns zusammenschließen müssen. Hier sind alle Behörden inbegriffen – Bürgermeister, Gouverneure, die Regierung selbst. Auch die Gemeinden und die Bevölkerung, die alle an diesem Prozess weiter arbeiten. Wenn es uns nicht gelingt, dass sich alle Akteure dem Prozess anschließen, wird es sehr schwierig. Aber das ist schon im Gang. Zum Glück gab es sehr erfolgreiche Regionalwahlen für Bürgermeister und Gouverneure, die am 1. Jänner dieses Jahr stattfanden. Ein Beispiel mit den Regionalbehörden von César⁸. Dort gibt es ein Projekt – die so genannte Volksanwaltschaft⁹, die sehr viel gebracht hatte. Das ist ein Amt, wo die Leute hingehen und sich über verschiedenes beschweren können. Sie können sagen z.B.: „*Schauen Sie, mir ist das und das passiert. Was kann ich dagegen tun?*“ Und der Volksanwalt sagte dazu: „*Ich werde mit Ihnen ein Abkommen für vier Jahre abschließen – es st zwischen Ihnen und mir. Aber ich möchte, dass das Projekt an dem Sie arbeiten, vorangeht. Das es zu einem Muster für weitere Implementierung wird*“. (...)

Außerdem gibt es eine Initiative für die Nahrungssicherheit¹⁰, die jetzt auch von den Gouverneuren durchgeführt wird. Die Tatsache, dass dieser Vorschlag jetzt in den regionalen Plänen Platz findet, ist ein gutes Zeichen. Bezüglich der regionalen Planung – man kann sagen, dass die Entwicklung einer Region von der Nutzung deren Territorium abhängt. Die Auffassung von Landnutzung bedingt das Scheitern oder den Erfolg eines Prozesses. Uns ist es gelungen, an der Regionalplanung von 30 Gemeinden in Magdalena Medio teilzunehmen. Geholfen hat hier die Unterstützung des Bürgermeisters und der Gouverneuren. Unser Ziel ist nicht die Behörden bzw. den Staat, zu ersetzen. Unsere Aufgabe ist diese zu gewinnen. Und sie sind schon dabei – die Bürgermeister und die Gouverneuren. Auch die Regierung meldet sich positiv. Klar, es gibt Schwierigkeiten, aber durch Dialog konnten wir viele davon überwinden.

Interviewer: *Vielen Dank!*

⁸ César – Departament in Norden Kolumbiens

⁹ im span. *Defensoría del pueblo*

¹⁰ im span. *La seguridad alimentaria*

Luis Daniel Santos Experte der Accion Social, zuständig für die Koordinierung der Programme PDPs und der Friedenslaboratorien

Bogotá, am 20. Mai 2008

Luis Daniel Santos erzählt über die Friedenslaboratorien:

Die Friedenslaboratorien bringen das weiter, was die PDPs¹ angefangen haben. Noch vor den Laboratorien gab es die Programme PDP, z.B. in Magdalena Medio, auch in Montes de Maria... Die Programme versuchen nicht alle Probleme in diesen Regionen zu lösen, sondern sie zeigen neue Wege auf, wie man die Probleme eingehen kann und vielleicht in einem bestimmten Augenblick gelingt es die Politik zu transformieren, was sich möglicherweise auf das ganze Land ausdehnen kann. Das ist eine Lernzeit mit innovativen Pilotprojekten, die dann in mehreren Orten durchgeführt werden können.

Frage: *Wie gelingt es, die Unabhängigkeit des Projekts zu sichern in Anbetracht der Rolle der Regierung, (z.B. in Rücksicht auf die Begleitverfahren und die Prozessaufsicht)?*

Luis Daniel Santos: Für die Regierung sind die Programme PDP ein Partner (...). Wir haben versucht einen Prozess zu beginnen, wo Vertrauen geschaffen wird. Nicht nur zwischen der Zivilgesellschaft und der Regierung aber auch im Bezug auf die EU. Ein Teil dieser Vertrauensbildung war der Versuch, die Politik, die in den Regionen beschlossen wird mit der Politik der Regierung zu harmonisieren und herauszufinden ob das im Rahmen der regionalen Autonomie möglich ist. Das Laboratorium begann mit dem Abkommen, das wir abgeschlossen haben. *[Die Tatsache], dass sich die Zivilgesellschaft, die Träger der internationalen Kooperation und die Regierung zusammengetan haben ist eine Neuigkeit für Kolumbien. Das passiert fast nie.*

Frage: *Worin ist die Präsenz, sprich die Unterstützung des Staats zu sehen?*

Luis Daniel Santos: Wo man das finden kann? Gleich in der Finanzierungsabkommen, wo man sieht, dass gewisse Ressourcen von der internationalen Kooperation zur Verfügung gestellt werden. Auch dort verpflichtet sich die Regierung dieses Anliegen zu unterstützen. (...). Ein anderer Beweis ist das Dokument des Nationalen Planungsamtes². Dort steht, dass die Regierung sich verpflichtet die Laboratorien, eigentlich die Programme zur Entwicklung und Frieden zu unterstützen. Und die Unterstützung der Regierung für die PDPs datiert seit längerer Zeit. Die staatliche Strategie zur Kooperation gilt auch für die Programme PDPs. Zweitens – die Regierung evaluiert die Strategien verschiedener Programme – das ist sehr wichtig, weil ihre Methoden innovativ sind. Drittens – das dritte Friedenslaboratorium, also dessen politische Komponente, hat das Ziel, alle Erfahrungen, die in den Laboratorien gemacht wurden, aufzusammeln.

Frage: *Wie kann man die Vorschläge, die man in den Laboratorien macht, in die Regierungspolitik, d.h. in den nationalen Entwicklungsplan des DNP inkorporieren?*

Luis Daniel Santos: Das Regionalprogramm PDP in der Region Montes de Maria ist keine Rechtsperson. Es ist ein Netzwerk von Organisationen – in dieser Zahl soziale und andere gesellschaftlichen Organisationen, in denen man nachdenkt, analysiert, mobilisiert. Es gibt zwei Sachen – das Netzwerk der Organisationen der

¹ PDP – Programas Desarrollo y Paz, Programme für Entwicklung und Frieden

² DNP – Departamento Nacional de Planeación

Region Montes de Maria und die Stiftung “Netzwerk für Entwicklung und Frieden in Montes de Maria”³, das eine Rechtsperson ist. Es ist anders als das Netzwerk aber ihr Ziel ist ebendieses Netz zu stärken. (...) In Montes de María wirst du viele Projekte finden. (z.B.) das Programm Frieden und Entwicklung⁴, dass mit einem Kredit der Weltbank finanziert wird und das im Unterschied zum Laboratorium, dass jetzt durchstartet, schon früher angelaufen ist. (...) es wird erwartet, dass durch die verschiedenen Programme Erfahrungen gewonnen werden, die dann die Politik transformieren können, und zwar nicht nur auf nationaler Ebene sondern auch auf lokaler Ebene, was die regionale Politik verändert. (...) Wenn du nach Montes de Maria gehst, wirst du Projekte finden, die seit 10 Jahren durchgeführt werden. Sie sind schon zu Prozessen geworden, können also Einfluss auf die Regierungspolitik, auf diese Ebene haben.

In Montes de Maria ist das noch auf lokaler und vielleicht regionaler Ebene. Aber was der Nationale Entwicklungsplan macht ist durch die Stärkung der Institutionen diesen Initiativen Unterstützung zu geben, um mehr Ressourcen zu gewinnen, um sie zu konsolidieren. (...) Die Regionen versuchen mehr Information zu sammeln, damit wir die öffentliche Politik gestalten können. (...) nehmen wir mal das zweite Laboratorium – es gibt viele Instanzen, die sich damit beschäftigen – ein beratendes Komitee, das Diskussionstreffen über alle Themen organisiert. Dort debattiert man über alles. Das letzte Treffen war unglaublich!

Frage: *Verläuft der Prozess der Verteilung von Ressourcen nach Wettbewerbsfähigkeitsprinzip? Gibt es viele Projekte, die ohne Finanzierung bleiben?*

Luis Daniel Santos: Das Problem ist, dass die Kriterien für die internationale Kooperation der EU für die ganze Welt gleich sind. Wir haben uns besonders bemüht, den Prozess so zu machen, dass die Finanzierung an lokale Organisationen geht und nicht an eine NGO, die vielleicht viel Expertenwissen über Projekte hat, aber keine politische Legitimation. Wir versuchen immer, dass das Gewinnprojekt in der lokalen Gemeinde, d.h. in der Region einen gesellschaftlichen Halt hat. Das zweite Element ist, dass die Laboratorien eine Stelle haben, das so genannte Führungskomitee, wo alle Repräsentanten der Region teilnehmen – dazu zählen die Bürgermeisterämter, die zivile Bevölkerung, die Senatoren, die Zivilgesellschaft. Sie setzen die Prioritäten auf politische Ebene. Sie entscheiden welche Projekte Vorrang haben und bieten Bratung an. (...) Das Führungskomitee entscheidet welche Projekte Ressourcen bekommen, und zwar so, dass sie den Bedürfnissen der Region wirklich entsprechen. Das Führungskomitee besteht aus allen Kräften der Region.

Dieser Prozess besteht aus zwei Teilen – der eine ist der institutionelle Rückhalt, so wie es im nationalen Entwicklungsplan steht, nämlich „Wir werden die PDPs durch die Friedenslaboratorien unterstützen“. So werden Ressourcen auch für die Zukunft bereitgestellt. Aber außer der Laboratorien gibt's auch andere Finanzquellen, die die gleichen Prinzipien haben. Ein anderer Geldgeber gibt verschiedene Finanzmittel, z.B. die Initiativen der Vereinten Nationen. Es gibt eine politische und institutionelle Unterstützung sowie die Möglichkeit, Ressourcen aufzutreiben. Dieser Prozess, der in den Regionen stattfindet, erlaubt uns Wissen zu gewinnen und nicht nur die nationale aber auch die lokale und die regionale politische Agenda zu gestalten. Im Führungskomitee in Montes de Maria sind neben den Bürgermeistern und deren Mitarbeitern die Gouverneure, Vertreter von Frauen- und Jugendorganisationen und Afro-Kolumbianer. Die Arbeit in diesem Kom-

³ Red montemariana und Fundacion Red Desarrollo y Paz de los Montes de María
<http://www.fmontesdemaria.org/noticia.asp?idnoticias=98>

⁴ Programa Paz y Desarrollo

tee ist freiwillig. (..) die Demokratie ist langsam und dauert sehr aber wir setzen großen Wert darauf. Der Prozess läuft langsam aber er greift tief ins Detail. Dafür ist er sehr legitim.

Frage: *Ist das eine Art von offenem Forum?*

Luis Daniel Santos: Es ist ein Prozess, wo wir alle zur Übereinstimmung kommen müssen. Es ist auch eine Probe politischer Partizipation.

Frage: *Stecken viele Mühen drinnen? Kostet es viel Zeit?*

Luis Daniel Santos: Wir als staatliche Agentur können alle Entscheidungen allein treffen. Ich könnte dann ruhig schlafen. Das ist aber nicht der richtige Weg. Der richtige Weg ist, dass wir uns gegenseitig anhören. Vielleicht kommen andere Programme, wo die Entscheidungen von der Regierung genommen werden, aber hier setzen wir neue Methoden ein.

Frage: *Ist genau das der Vorteil, der dieses Projekt von anderen unterscheidet? Warum investiert man ausgerechnet hier und nicht in ein anderes ähnliches Unternehmen?*

Luis Daniel Santos: Das ist ein Pilotprojekt [gemeint ist hier das erste Laboratorium, bzw. die Erfahrung des Programms für Entwicklung und Frieden in Magdalena Medio, Anm. d. Verf]. Es findet statt in einem Ort mit extrem hohem Gewaltausmaß. Seine Methoden zielen auf eine direkte Auswirkung in der Region ab. Das und die Tatsache, dass das Projekt auch in anderen Orten des Landes erfolgreich implementiert wurde hat die EU dazu bewegt ausgerechnet in die Friedenslaboratorien zu investieren. Jedoch will ich wieder betonen, dass die Friedenslaboratorien halt ein Finanzierungsinstrument sind. (...)

Frage: *Was wird passieren, sobald die Finanzierung am Ende ist?*

Luis Daniel Santos: Wir denken momentan darüber nach. Ob es diesem Projekt gelingt, die öffentliche Politik zu ändern... Es gibt eine fundamentale Bedingung – das Geld für das Projekt ist abgestimmt und wird zu einem bestimmten Punkt ausbezahlt werden. Aber auch die Bürgermeisterämter verfügen über ein gewisses Budget. Falls es dieser Initiative gelingt in den öffentlichen Institutionen Fuß zu fassen, wird sie sich langfristig etablieren. So wie das mit dem Projekt „Humanitäre Zonen“ passiert. Im (Departement) Bolívar z.B. wird es nicht mehr nötig nach Finanzierung zu suchen, weil das ein Teil der Regionalpolitik geworden ist. Was wir wollen ist, dass die Bürgermeister die Lokalbehörden immer mehr in der Art und Weise der Laboratorien denken und arbeiten.

Frage: *Sind die Programme nachhaltig?*

Luis Daniel Santos: Es wurde schon beweisen, dass viele Projekte ganz klein angefangen haben. Aber während dessen gewannen sie an Erfahrung. Es gibt z.B. in Montes de Maria viele Initiativen, die ganz klein gestartet haben, bis sie den Menschen ermöglichten an den Bewerbungsverfahren für die Projektfinanzierung der Laboratorien teilzunehmen.

Frage: *Hat die EU die Ressourcen, so wie das im Landesstrategiepapier steht, schon zur Verfügung gestellt? Diese 33 Mio. Euro?*

Luis Daniel Santos: Wir haben noch keine offizielle Information darüber.

Frage: Kann man das Vorbild der Friedenslaboratorien auf weitere Teile des Landes exportieren, bis man quasi ein Netz hat

Luis Daniel Santos: Die Laboratorien sind nur ein Instrument zur Unterstützung der Programme PDPs. Sie sind ein Rückhalt für die PDPs. Wichtig ist, dass die Prinzipien der Laboratorien, deren Schwerpunkte, in die öffentliche Politik aufgenommen wurden, dass die öffentliche Politik mit der Stimme der Laboratorien spricht. (...). Die Regierung hat sich dazu entschlossen, den Prozess in diesen Regionen zu unterstützen. Sie unterstützt also eine Innovation. Wichtig ist die Erfahrungen zu sammeln und anhand dieses Vorbilds etwas neues zu schaffen. Das ist ein empirischer Beweis dafür, wie man die Sachen anders machen kann, ohne Diskurs und Theorie. Ein Beweis dafür, wie man Friedenspolitik betreiben kann.

Frage: Kann man sagen, dass die Laboratorien eine Art Friedensinseln sind?

Luis Daniel Santos: Nein. Sie sprechen miteinander. Sie alle sind einem Netzwerk. Jedes davon hat sein eigenes beratendes Komitee und die fünf Netze (die regionalen Netzwerke der Projekte für Frieden und Entwicklung), auch die Laboratorien sind immer im Gespräch miteinander. Wir suchen immer nach Synergie.

Frage: Können Sie eine Prognose erstellen?

Luis Daniel Santos: Aus dem Herzen oder dem Verstand heraus? Ich bin sehr optimistisch. Die Projekte für Friedenskultur z.B.. Sie sind unglaublich – das sind junge Leute, Afrokolumbianer... Die Regierung ihnen jede Menge von ihnen lernen. Ich habe mit Beamten der Regionalbehörden, die von einer mit Friedenslaboratorium ausgestatteten Region kommen, geredet. Klar, die Laboratorien können nicht alle Probleme lösen, aber das Wichtigste ist, dass sie zusammen mit den PDPs Bedingungen schaffen, mit deren Hilfe man auf strukturelle Weise für Entwicklung und Frieden arbeiten kann. Dieses Land ist jedoch so kompliziert und dynamisch... Dazu noch die Gewalt, die alles viel schwieriger macht...Trotzdem bin ich ein Optimist. In Magdalena Medio gab se viele Bedrohungen. Dennoch geht das Programm weiter. Hier geht es um ein Zusammenkommen von dem Programm, den Bürgermeistern samt deren Ämtern und den Gemeindebehörden. Jetzt wird eine Plattform aufgebaut, das die Erfahrungen sammeln soll, so dass alle, nach und nach stärker werden.

Frage: Gibt es seitens des Staates konkrete Hilfsmaßnahmen im Fall von Drohungen?

Luis Daniel Santos: Ja, es hat allerlei Unterstützung gegeben, sogar vom Amt des Ombudsmannes⁵. In Magdalena Medio war sogar der Präsident Uribe auf Besuch. Das wichtigste ist, dass das Programm die Menschen mobilisiert.

Interviewer: Vielen Dank!

⁵ Das Amt des Ombudsmanns ist in Kolumbien ein populäres Mittel zum Schutz der Menschenrechte. Dort werden allerlei Beschwerde über Menschenrechtsverletzungen eingereicht; im Span. *la defensoría del pueblo* – Siehe <http://www.defensoria.org.co/red/>

Interview mit Ubencel Duque, Vorsitzender der Sektion Menschenrechte im CDPMM
Bogotá, am 24 Juni 2008

Frage: Inwiefern unterscheidet sich der Kontext der MR in der Region Magdalena Medio im Vergleich zum Anfang der Programme?

Ubencel Duque: die Elemente, die mit Menschenrechtsverletzungen zu tun haben sind präsent. Was sich änderte ist die Dynamik der Akteure. Die heutige Situation kann man folgenderweise beschreiben: es gibt viele Bedrohungen für die Personen und die Leader des Programms. Zu den Opfern zählen 33 Personen, die im Rahmen des Programms arbeiteten. Sie wurden ermordet. Und warum hat das mit den Menschenrechten zu tun? Weil es keine genaue Investigation gibt, die sagen könnte, woher die Drohungen kommen, wer die Verantwortenden sind. D.h. dass es sehr viel Straflosigkeit gibt, was der Grund für die ständigen Risiken für die Bevölkerung und deren zivilgesellschaftliche Leader in der Region. Außerdem existiert eine Praktik, gerichtliche Maßnahmen gegen Leaders und Organisationen zu ergreifen. Viele Gemeinden waren Zeuge, wie ihre Leader festgenommen wurden. Es gibt geltende Haftbefehle, viele gesellschaftliche Leader sind allerdings jetzt frei. Gegen manche von ihnen gibt es laufende Ermittlungsverfahren aber das Problem ist, was man dabei erlebt hat. Man sieht wie jene, die eine nicht ganz saubere Vergangenheit haben, von den Anreizen, die für Informanten und Teilnehmer an den Reintegrationsprogrammen angeboten werden, angelockt werden. Sie machen Deklarationen, dass sie Ex-Paramilitärs sind. Es gibt auch einen Anreiz der Profite, wenn man sich einem Programm, das angeblich für das Wiedereingliederung ins zivile Leben ist, anschließt. Im Endeffekt werden diese Menschen nicht nur zu Informanten sondern auch sie kommen wieder in die Region und beteiligen sich an militärischen Aktionen, durch welche die Gemeinde in ihrem Konsolidierungsprozess und Widerstand entmutigt werden.

Dabei sehe ich es ein weiteres Element, das auch eine Komponente der Menschenrechte ist. Nämlich wenn staatliche Organen Justizmaßnahmen oder besser gesagt gerichtliche Maßnahmen ergreifen. Es gibt Rechtsanwälte, die die diese zivilgesellschaftlichen Leader mit Haftbefehl begleiten. Sie werden entlassen aber ihre Namen bleiben gebrandmarkt und das wirkt sich negativ auf die Gemeinschaft (Gemeinschaftssinn) aus, was der Grund für Unsicherheit in der Region ist.

Es gibt zwei weitere Sachen. Erstens: in Magdalena Medio wird mit einer Investition von ungefähr 12 Tausend Millionen Peso in den nächsten 5 Jahren gerechnet. Diese Investition wird bedeuten, dass die Regierungspolitik, für solche Investitionen relevanten Projekten unterstützen wird. Es würde auch bedeuten, dass dies zu einem Risikofaktor für die Landesbevölkerung wird. Es geht um das Risiko vor Vertreibungen, weil der Großteil dieser Initiativen Projekte für die Gewinnung von Kohlen, Gold oder Erdöl, sowie Projekte für Straßenbau ist. Das würde die ländliche Bevölkerung wieder dem Risiko aussetzen (Das Risiko einer Vertreibung, Anm. d V.). Hier gibt es zwei Sachen, welche die Situation sehr heikel macht. Das eine ist die Konsolidierung vom Plan Colombia und das Ziel, das im Nationalen Entwicklungsplan steht– die Notwendigkeit von Sicherheit als ein Garant für die Investitionen. Damit man in Kolumbien investiert. Doch die Politik, die Kapital in die Region anlocken will ist nicht vorteilhaft für die Bevölkerung und die soziale Organisationen, weil sie günstige Bedingungen für Großinvestitionen schafft.

Das andere ist – ich glaube ein bekanntes Thema – die Rekonfigurierung und Rekonstruktion der Paramilitärs in Magdalena Medio. In einem komplizierten Zusammenhang mit dem Drogenhandel ist das weiterhin an der Tagesordnung in der Region. Darin ist auch die strategische Besetzung von Regionen und Korridoren des Drogenhandels inbegriffen, was sich auf die urbane und ländliche Bevölkerung sowie auf die Institutionen auswirkt. Hier in Magdalena Medio hoffen wir weiterhin auf eine Friedenspolitik, die durch die Gestaltung einer regionalen Friedensagenda möglich ist. Anhand dieses Gesamtprozesses ist es möglich die Implementierung einer Strategie für Frieden in der Region zu ersuchen. Es besteht nur eine kleine Chance (umschrieben), aber wir glauben, dass die Bedingungen dafür vorhanden sind. Es gibt Themen, die für eine Diskussion schon gut strukturiert sind. Es gibt Menschen in den Behörden, Bürgermeister, die einer solchen Initiative zustimmen würden.

Was uns viele Sorgen bereitet, ist das Implementieren des Gesetzes „Gerechtigkeit und Frieden“¹, denn wir befürchten, dass dieses eine Rückseite hat – dass wichtige Chefs des Drogenhandels zusammen mit Verantwortlichen von paramilitärischen Einheiten, die das Leben in Magdalena schwer gemacht haben, in die USA ausgeliefert werden. Auf diese Weise werden Verbrechen des Narcotráfico und solche gegen die Menschheit über einen Kamm geschert. Das ist sehr beunruhigend. Wir glauben, dass man viel daran arbeiten muss, damit unsere alternative Wege und das Thema der Wahrheit und der Gerechtigkeit und Reparationen (für die Opfer) ein Teil der regionalen und nationalen politischen Agenda wird.

Frage: Sie haben das Ziel von Plan Colombia, das Ziel des Nationalen Entwicklungsplans und die Strategie der Friedenslaboratorien. Ist es möglich, dass diese drei zusammen mit der Zielsetzung von PDPMM in Einklang gebracht werden

Ubencel Duque: Ich glaube es nicht. Was aufeinander treffen kann sind das Ziel von Plan Colombia mit der „Demokratischen Sicherheit“ des Nationalen Entwicklungsplans – einer Strategie zur Kontrolle über das Territorium. Sie können auf keinen Fall mit den Zielen des PDPMM und der Friedenslaboratorien konvergieren, wenn das die Frage ist. Auf keinen Fall! Daher glauben wir, dass die Bedrohung ein Vorzeichen ist, dass ein Projekt im Kommen ist. Wir haben festgestellt, dass die größten Hindernisse für das PDP mit den erwähnten Zielen und mit der Politik auf nationaler Ebene. Es wäre sehr gut, wenn du dir die von der EU durchgeführten mittelfristigen Evaluationen ansiehst. Die Politik der ländlichen Entwicklung ist für den Prozess und die Praktiken, die wie im FL durchführen, nicht vorteilhaft. Das Gesetz für den Bergbau ist ebenso von Nachteil für die Praktiken der Region, weil viele Bauern ihr Land verlassen werden müssen, damit man die Ressource erschließen kann. Es handelt sich von ländlichen Zonen, die vom Programm sowohl durch produktive als auch durch soziale (Menschenrechts)-Projekte gefördert werden. Wir sind mit dem Konzept zur alternativen Entwicklung im Plan Colombia und mit dem Konzept der jetzigen Regierung nicht einverstanden. Wir denken, dass die Region mit ihren Verbündeten und der inneren Kraft, die sie jetzt hat, Aufmerksamkeit auf sich ziehen kann, damit eine Diskussion über diese Themen stattfindet. Eine detaillierte Diskussion, weil das andere Problem von Magdalena Medio ist, dass sie kein Sprachrohr im Kongress hat. Daher muss sie aus eigener Kraft, durch ihre Organisationen und Praktiken von sich reden machen. Um vorschreiten zu können. Ohne dass man vergisst, dass der Kongress auch ein Austragungsort, den wir noch erreichen müssen. Zurzeit arbeiten die Regionsorganisationen und die Institutionen zusammen mit dem Frie-

¹ Sp. *La ley justicia y paz* - das viel umstrittene Gesetz für die Entwaffnung, Verbrechenklärung und die gesellschaftliche Reintegration von Paramilitärs

denslaboratorium in einem gemeinsamen Prozess. Es verschiedene Orte, wo man Vorarbeit geleistet hat. In der Region Sur de Bolívar² haben wir die intersektorale Kommission, die Kommission für Dialog, wo wir Themen wie Menschenrechte, Bergbau und das Verhalten der dortigen Paramilitärs diskutiert haben. In Barrancabermeja gibt es auch eine intersektorale Kommission für das Leben, wo man die Anliegen der Menschenrechte diskutiert. Das sind die Dialoginstrumente, mit denen wir eine Debatte über die Probleme von Magdalena Medio einleiten können. Es gibt auch andere, die aus dem Streik der Erdölarbeiter von ECO-PETROL entstanden sind. Wie z.B. der Runde Tisch, der sehr interessant ist, weil man dort wieder die wichtigsten Fragen über Eröl, die Region und den Frieden stellen kann. Das Programm (gemeint wird das PDPMM, Anm. d. Verf.), die Diözese in Barrancabermeja, Ecopetrol und die Gewerkschaft USO waren Teilnehmer im Rahmen des Runden Tisches. Es ist sehr interessant – es war eine Diskussion wie damals bei der Entstehung des Programms für Entwicklung und Frieden.

***Frage:** Trotz der großen Meinungsunterschiede erkennt man einen Wechsel in der Position des Staates gegenüber der Entwicklung der Zivilgesellschaft? Sieht man mehr Unterstützung? Oder weniger Missvertrauen?*

Ubencel Duque: Die Tatsache, dass es ein Kooperationsprogramm gibt spricht für die Unterstützung der Regierung. Jedoch es gibt auch einen Widerspruch. Auch wenn die Regierungsinstitutionen wie z.B. des DNP oder die Accion Social und sogar der Präsident unserer Leistung in Magdalena Medio eine große Anerkennung zollen. Das steht fest. Ich muss eines sagen: nach dem Vorbild von PDPMM entstanden 15 weitere Initiativen. Von der ganzen Nation zeigten sie wie es den Regionen durch ihre Arbeit gelingen kann, sich als ebenbürtige Gesprächspartner und Subjekte zu etablieren. Wie man ein Entwicklungsmodell, das der Region inhärent ist, schafft. Das kann auch Vorbild für die Politik auf nationaler Ebene sein. Im dritten Friedenslaboratorium ist der Zusammenfassung und die Anerkennung der Arbeit der vorherigen Laboratorien und der Programme PDP sichtbar.

Die Frage für uns bleibt – wie können wir unabhängig werden, wir können wir genügend Stärke als Gesprächspartner und Teilnehmer in der Diskussion mit der Regierung gewinnen, damit diese Prozesse, die nicht als Regierungsinitiative, sondern in den Regionen autonom entstanden sind, im Endeffekt nicht institutionalisiert werden. Das ist unsere Herausforderung. Ja, es stimmt, dass unsere Arbeit anerkannt und geschätzt wird, aber das darf nicht dazu führen, die Erfahrung zu instrumentalisieren und sie für andere Zwecke zu nutzen, ohne Rücksicht auf die Prozesse der Region, die wir heutzutage implementieren.

² Sub de Bolívar – eine Subregion in Magdalena Medio

Interview mit Oscar Suarez, früher beim Programm PDPM (Beratung und Evaluierung). In den letzten zwei Jahren in der Regierungsbehörde Acción Social als Koordinator der Programme für Frieden und Entwicklung und der Friedenslaboratorien.

Bogotá, am 17. Juni 2008

Frage: Was ist das Gemeinsame und das Verschiedene zwischen den Programmen PDPs und den Friedenslaboratorien?

Oscar Suarez: Die Geschichte begann 1996 als man diese Prozesse und deren Replizierung startete. Sie haben eine andere Strategie zur Lösung der Probleme der Regionen. (...) Diese Programme wurden durch die Regierung mit einem Kredit der Weltbank finanziert. Man muss sich überlegen, wie man einen sozialen Prozess in der Region selbst, d.h. mit einem regionalen Schwerpunkt konstruiert. Anders als der zentralistische Ansatz der Regierungspraktik. Jedes Programm für Entwicklung und Frieden hat seine eigenen Ziele und Arbeitsweise aber durch das Zusammenfließen von Finanzquellen wie z.B. das Friedenslaboratorium und das Projekt Frieden und Entwicklung, das einen Kredit der Weltbank hat, werden die Initiativen der PDPs unterstützt.

Die Friedenslaboratorien haben Ressourcen – nicht nur von der EU sondern auch aus der deutschen Kooperationsarbeit sowie Unterstützungsabkommen mit Bürgermeisterämtern. Allerdings haben sie immer versucht die Arbeit der PDPs in den Regionen zu unterstützen. Dann kamen die Friedenslaboratorien und erklärten ihre Bereitschaft diese Politik weiter zu führen, wie z.B. die Politik des PDP in Magdalena Medio – die Entwicklung an der Basis als die Zivilgesellschaft als Akteur. Es ist eine andere Sache, dass mit dem Amtseintritt der Regierung von Uribe der politische Kontext anders wurde.

(...)

Meiner Meinung nach änderten sich die politischen Umstände. Man kann sagen, dass der Hauptakteur – das Programm PDP – nicht nur die Unterstützung der Weltbank und der EU hat, sondern auch eine Finanzierung der Regierung, sowie Geld aus den USA: Allerdings immer mit dem Ziel, die jeweilige Strategie in der Region zu unterstützen.

Frage: Es sieht so aus, als ob die Laboratorien nur eine weitere Finanzquelle wären...

Oscar Suarez: Nicht nur eine Geldquelle. Die Entstehung der Laboratorien kommt auch als Folge der verschiedenen Sozialprogramme, die ebenso von der Acción Social unterstützt werden und welche einen Wandel durch die Zivilgesellschaft anstreben. Also – ein anderer Weg von Peacebuilding.. Die Laboratorien schlossen sich das an. Jedenfalls war ihr Ziel die zivilen Organisationen, die mit dem PDPM arbeiteten, zu unterstützen. Dann kam es zu einer anderen Strategie aus den Laboratorien in den anderen Regionen.

(...) Der politische Kontext hat sich mit dem Amtseintritt der Regierung von Uribe geändert. Seine Strategie war anders als die Strategie von Pastrana. Alles änderte sich, das ganze Schema – mit welchen Akteuren, welcher Dialog möglich war. Alles was früher war wurde anders, allerdings heißt das nicht, dass der Prozess selbst aufgehört hat

Frage: Wie wird die Rolle der EU empfunden? Ist diese nur symbolisch?

Oscar Suarez: Ich glaube nicht. Nicht nur symbolisch. Ich denke, dass sie ein der wichtigsten Verbündeten waren. In welchem Sinne? Jedes Land, das einem Staat Kooperationshilfe gibt hat seine eigenen Regeln. Im

Fall der EU ist es so – man gibt Unterstützung und man legt selbst die Regeln fest. Die Union hat immer den Prozess unterstützt, die ganze Strategie, die Beratung, aber man führte auch neue Bedingungen und Kompetenzen zur Verwaltung der Finanzhilfe ein. Und dann das Symbol, das die EU darstellte, war gegenüber manchen bewaffneten Akteuren z.B. den Paramilitärs, wie ein Schutzschild.

(...)

Frage: *War die Präsenz der EU tatsächlich ein Schutzmechanismus?*

Òscar Suarez: Sie (die EU-Länder, Anm. d. V.) geben die Ressourcen für unsere Strategie und waren hier zu den schwierigen Zeiten am Anfang des Programms. Sie haben das Programm unterstützt und machten offizielle Äußerungen zu Tatsachen mit denen sie nicht einverstanden waren. Man kann das auf der Webseite der Delegation (der EC Anm. d. Verf.) lesen. Das sind z.B. Meinungen zu Angriffen oder Entführungen und Morde von (zivilgesellschaftlichen, Anm. d. Verf.) Leadern, die ein Teil des Programms waren. Die EU hat so zu sagen den Prozess durch ihre Präsenz abgeschildert. Auf diese Weise haben sie dazu beigetragen.

(...)

Frage: *Haben sich die Bedingungen für die Geldnutzung und die Befugnisse der EU geändert, vergleiche man das ersten und dem dritten Laboratorium?*

Òscar Suarez: Ich glaube, dass die politischen Bedingungen sich geändert haben. Die Finanzierung wird von einer Einheit [Acción Social], welche der Regierung weisungsgebunden ist, verwaltet. Außerdem änderten sich die internationalen Abkommen für Kooperation, also das gesamte internationale Panorama, was man in der Deklaration von Cartagena und zuletzt in der Deklaration von Paris sieht. Das hat direkte Auswirkungen auf die Bedingungen für Finanzhilfe. Aber auch die Konditionen für deren Nutzung sind anders. Nicht nur die Hilfe der EU aber auch jene von anderen Geldgebern. Seit dem Konzept des ersten Friedenslaboratoriums hat sich viel geändert. Der Regierungswechsel im Jahr 2002 und die damit verbundenen gesamte Änderung der internationalen Kooperationshilfe haben die Sachen weiter modifiziert und all das brachte Auswirkungen mit sich.

Frage: *Offensichtlich hat sich vieles geändert. Was ist beim alten Geblieben?*

Oscar Suarez: Das erste Friedenslaboratorium unterscheidet sich vom III. Laboratorium, weil beide in unterschiedlichen politischen Kontexten entstanden sind. Zum Beispiel laut dieser Regierung gibt es in Kolumbien keinen bewaffneten Konflikt, sondern Gewalt, Kriminalität usw. usf. und diese verschiedenen Kontexte hatten verschiedene Strategien zu Frieden und Entwicklung ergeben.

Frage: *Wenn man sich aber die Dokumente der Laboratorien ansieht, sehen sie ziemlich gleich – die drei Hauptkomponenten - Menschenrechte, Regierbarkeit und produktive Projekte. Das bleibt.*

Oscar Suarez: Ja, die Achsen sind gleich, aber die Projekte – z.B. die *Espacios Humanitarios*¹ in Orten, die von hoher Gewalt gekennzeichnet sind. Dort begann ein gemeinschaftlicher Prozess. Dort präsent zu sein – das war das Anliegen der EU. Das ist der Fall nur im ersten Laboratorium. Weil die politische Situation anders wurde. Diese Strategie – in den Konfliktszonen den bewaffneten Akteure die Stirn zu bieten – das gab

¹ „Humanitäre Zonen“, ein Projekt in Magdalena Medio in besonders vor Gewalt gekennzeichneten Orten dieser Region, wo spezielle Maßnahmen zum Schutz der Menschenrechte eingeführt wurden.

es nur im 1. Friedenslaboratorium. In den anderen ist viel mehr die Rede von der Schaffung einer Friedenskultur oder von Produktivprojekten.

Frage: Welche sind die Zeichen des bewaffneten Konflikts in der Region Montes de Maria? Ist es nur ein sprachlicher Unterschied, wenn man von einer organisierten Gewalt statt eines bewaffneten Konflikts redet und welche ist die konkrete Gefahr für ein würdevolles Leben?

Oscar Suarez: Es gab tatsächlich gewisse Gespräche mit ELN. Aber es geht nur um einige Annährungsversuche, ich habe Dokumente über einen Waffenstillstand gelesen und es gibt halt nur Abkommen über Arbeitsagenden aber nichts mehr. Die gleichen bewaffneten Akteure sind noch immer dort. Sie werden entweder von der so genannten neuen Generation von Paramilitärs ersetzt oder sie weiterhin dort bleiben. Es ist so – in den Zonen, wo die Laboratorien entstehen, treffen alle bewaffneten Akteure, inklusiv die Streitkräfte, aufeinander und kämpfen um die Kontrolle über die Kriminalgeschäfte, des Drogenhandels oder es kam zu anderen Arten von Gewalt. Es gibt auch sehr viel Druck seitens großer Unternehmen. Sichtbar ist der Konflikt vor allem, wenn Personen vertrieben werden, aber es gibt auch familiäre und andere Formen der Gewalt und darin existiert der Konflikt weiterhin.

Frage: Ein Vergleich zwischen den Kontexten von Montes de Maria und Magdalena Medio?

Oscar Suarez: Wenn man die Ressourcen der EU mit dem Budget der jeweiligen Regionen vergleicht, sieht man, dass sie nicht einmal 10, oder 20 Prozent ausmachen würden, und man könnte nicht sagen, dass man mit soviel Geld Frieden schafft. Aber wenn man sich die Projekte aus einer anderen Perspektive anschaut – dass sie versuchen, Initiativen zu starten, die einen Multiplikationseffekt haben. Wenn man in einem Territorium Bedingungen für einen Wechsel schaffen kann, den multiplizierbar ist, der die anderen „anstecken“ kann, dann ja, dann kann man sagen, dass diese Initiative zum Frieden beiträgt. Man soll nicht die Größe der Finanzhilfe, sondern deren strategische Bedeutung in einem Territorium betrachten. Die Frage danach, wie man Bedingungen schafft, ohne Diskriminierung – egal ob es um Vertriebene oder Nicht-Vertriebene geht, sondern um den Versuch die Menschen zu Bürgern zu machen, die ein würdevolles Leben haben können: das ist auch die Strategie der PDP

Frage: Man hat festgestellt, dass es in diesen Regionen an Infrastruktur mangelt. Es gibt keine Verbindungen zum Markt. Würden diese Produktivprojekte nicht ein verfrühter Schritt sein, wenn man zuerst die notwendige Infrastruktur nicht sicherstellt?

Oscar Suarez: Man muss das so angehen – welche Verantwortung wem zusteht. Welche ist die Verantwortung der Regierung und welche fällt der internationalen Kooperation zu. Die Laboratorien wollen nicht die Staatskompetenzen ersetzen – z.B. sie fangen mit dem Gesundheitswesen oder der Bildung nichts an, weil das eine Sache des Staates ist. Wenn man fehlende Infrastruktur – wie Aquädukte, Strassen usw. mit den Ressourcen der Laboratorien besorgen will, würden sie nie ausreichen. Zu den Aufgaben der Laboratorien zählt die Auseinandersetzung mit den Problemen der Regionen - Ungleichheit, Ungerechtigkeit. Wie man die lokalen Bedingungen ändern kann, wie man die Bevölkerung in den Prozess der Entscheidungsnahme involviert; wie man einen Bauern auf den runden Tisch bringen kann. Aber sie haben niemals versucht den Staat zu ersetzen. Sie haben versucht eine Perspektive zu öffnen, die zeigt, wie man die Sachen mit den vorhandenen Infrastruktur angehen kann. Und haben Strategien vorgeschlagen, die dazu passend sind.

Frage: Sie haben sich also dem infrastrukturellen Mangel angepasst?

Oscar Suarez: Ich sage es anders – die Strategie kann darin bestehen, das ganze Geld in ein Projekt wie die *Seguridad Alimentaria* zu stecken. Man kauft somit Saatgut und ermöglicht der Bevölkerung eine Ernte für Eigenverbrauch. Das passierte in Gemeinden, die lange in einer prekären Lage waren, ohne die Möglichkeit nicht einmal ein Nahrungsminimum zu schaffen. Sie überlebten auf gewisse Wege: durch Solidarität oder sonst wie konnten sie hier bleiben. Und jetzt mit diesen Projekten versucht man zu zeigen, dass es möglich ist, Rentabilität zu erzielen, indem man die infrastrukturellen Probleme anpackt, wie z.B. die Ökonomie der illegalen Anpflanzungen usw. usf.

Frage: Versucht die Regierung ihre Politik, so z.B. die Doktrin der demokratischen Sicherheit mit ihrer Verpflichtung, die sie vor den internationalen Akteuren angenommen hat, zu harmonisieren? Wie z.B. ihr Konzept zur Entwicklung mit dem Konzept des Friedenslaboratoriums anzupassen?

Oscar Suarez: Zurzeit wird es versucht zu gewissen Bestimmungen zu kommen, die es früher nicht gab. Das kann man z.B. an der Strategie der Regierung zur Armutsbekämpfung sehen. Wie im Programm *Juntos* – ein Projekt mit dem man wieder die Armut zu bewältigen versucht. Solche Initiativen werden auch mit den Millenniumszielen vereinbart – wie man auch aus der Planung *Vision Colombia 2019* sieht, nämlich, dass die kolumbianische Regierung versucht hat, ihre Politik an die internationale Kooperation zu binden, sie daran anzupassen. Das passiert durch verschiedene Organisationen wie z.B. Acción Social, das Gesundheitsministerium, oder das Bildungsministerium. Eins der Ziele ist z.B., dass es weniger als 5 Millionen Menschen in Armut gibt. Indikatoren für Gesundheit, Bildung und Einkommen wurden eingeführt. Daran kann man abmessen, wenn eine Familie nicht mehr unter der Armutsgrenze lebt. Die Regierung sammelt Information über alle Initiativen, z.B. über verschiedene Programme wie die Friedenslaboratorien, usw. und versucht das zu bewerten und alle Strategien zu artikulieren und zu ergänzen. Das passiert in den letzten Jahren.

Frage: Kann man behaupten, dass die Politik der demokratischen Sicherheit der Regierung mit der vorgeschlagenen Politik der EU übereinstimmt?

Oscar Suarez: Die Regierungspolitik besteht nicht nur aus dem Konzept *Demokratischer Sicherheit*. (...) Der Staat versucht damit, dass in diesen Regionen, wo es keine staatliche Präsenz bis daher gab, Bedingungen für Entwicklung und Frieden zu schaffen, damit Investitionen angelockt werden. Es hat viele Diskussionen über die Politik der *Demokratischen Sicherheit* gegeben. Die Debatte drehte sich darum, ob es angemessen ist, so viel in diese Militärstrategie zu investieren. Es gibt genaue Daten, die zeigen, wie groß die Präsenz der Armee in diesen Regionen ist. Und die Militärstrategie hat Ressourcen von einer schwindelerregenden Höhe. Z.B. ein paar Helikopter können 40 Millionen Dollar kosten² und das ist ja schon ein ganzes Friedenslaboratoriums. Man stellt Fragen wie z.B. – wie viele betroffene Familien kann man mit dieser Summe unterstützen? Das sind die politischen Diskussionen. Aber man muss die Sachen aus einer differenzierten Sicht betrachten.

² Der Preis eines Black Hawk Helikopters z.B. ist zwischen 5.9 und 10.2 Millionen US Dollar (Anm. d. Verf.)

Quelle: http://en.wikipedia.org/wiki/UH-60_Black_Hawk (Stand 2. 02.2009).

Im zweiten und dritten Friedenslaboratorium gibt es eine thematische und politische Komponente. Beide ergänzen sich – wie man den Dialog unter allen Programmen und Akteuren zustande bringt, wie man alle Erfahrungen zusammenfasst, um daraus zu lernen. (...)

Frage: Sieht man sich die Höhe der von der EU vergebenen Gelder, wird es klar, dass es wenig ist. Worin ist der eigentliche Wert des EU-Engagement für das Land auf internationaler Ebene; aus diplomatischer Hinsicht? Auf der einen Seite ist die EU mit der Strategie der Friedenslaboratorien, auf der anderen Seite sind die USA mit dem Militärstrategie Plan Colombia...

Oscar Suarez: Hier ein Beispiel: Die USA unterstützen Kolumbien in seiner Politik der Demokratischen Sicherheit – d.h. dass die oberste Priorität Sicherheit im Land und die staatliche Präsenz in den Territorien. Die Strategie der EU, die man an den Laboratorien sieht, hat einen anderen Sinn – Bedingungen für den Frieden zu schaffen. Sie haben gezeigt, dass es möglich ist, den Prozess auf einen friedlichen Weg zu ändern. Aber es gibt auch andere Sachen. Zum Beispiel die Korruption (...).

Offensichtlich haben beide Strategien ihre Vorteile. Beide haben gute und weniger gute Seiten – es ist klar, dass keine von ihnen perfekt ist. Daher ist es wichtig gut zu differenzieren. Die erste Strategie ist eine Politik von oben – vom Staat zu den Regionen, d.h. zu den Basisorganisationen. Die andere ist eine so genannte „bottom-up“ Initiative. Was in den Laboratorien passiert ist wie man eine Politik an der Basis, eine Politik „an der grassroots“ implementieren kann – direkt in die Region, dort, wo man hingehört, wo man genau weiß, welches Potential und welche Kultur diese Region hat und damit das erbaut, was sich einer wünscht.

Man entscheidet sich für diejenige, die ihm besser taugt. Und darin sehe ich die wirkliche Demokratie. z.B. die 80% der Bevölkerung, die für Uribe gestimmt haben, bejahen seine Politik. Ich glaube, dass die EU-Strategie ist eine Bottom-up-Politik, nämlich wie man Frieden und Entwicklung durch die Bevölkerung schafft.

Frage: Kann man diese Strategie (der Friedenslaboratorien), die auf Mikroebene sind, in einem größeren Kontext anwenden?

Oscar Suarez: Das ist, was man mit der erwähnten neuen Komponente versucht. Wie man es sichtbar machen kann, dass diese Maßnahmen eine Veränderung gebracht haben und wie man das in anderen Kontexten einsetzen kann – das ist das Ziel.

Frage: Werden die Regionen imstande sein, nach dem Beenden des ersten Laboratoriums (im März 2009 – Anm. d. V.), den Prozess aufrecht zuhalten?

Oscar Suarez: Schwierig zu sagen. Das Regionalprogramm (PDP, Anm. d. V.) existiert schon 12 Jahre. Es ist durch verschiedene Etappen gegangen – Der Anfang war eine Initiative, wo sie sich mit den ausgeschlossenen Gemeinden zusammenschlossen und zwar nicht nur in einem ökonomischen Sinn, sondern auch politisch und sozial. Also man fragte nach den Bedürfnissen, hörte zu, sah genau hin, was sie darstellen. Ein teil der Initiative ist der Reife- und Wachstumsprozess, bis sie nachhaltig werden. Es kann um produktive Projekte oder um Projekte für Menschenrechte gehen. Man bemüht sich, dass die Initiative weiter wächst und reifer wird, bis daraus ein strategischer Regionalprozess entsteht. Nehmen wir z.B. ein Projekt für Herstellung von Brombeeren. Es geht nicht nur um die Brombeeren, sondern um den Versuch sich im ganzen Produktionsmechanismus zu beteiligen. (...)

Das Kakaoprojekt in Magdalena Medio z.B. Was passierte ist, dass man aus einer kleinen Initiative einen Prozess macht. Man hat die Lage und die Problematik studiert, dann Geld investiert (zuerst durch einen Kredit der Weltbank, dann der EU, dann konnten sie Kredite vom Staat aufnehmen). Der wirtschaftliche Erfolg war wie ansteckend – er verbreitete sich und umfasste auch andere, die daran nicht direkt beteiligt waren. Außerdem wurden andere Themen behandelt. Das ist was man *construccion de lo publico*³ nennt. Dieser Prozess expandiert jetzt in anderen Regionen mit Rücksicht auf das Spezifische dort. Das ist der eigentliche Verdienst der Programme PDPs – sie zeigten, wie man andere, verschiedene Bedingungen schaffen kann.

Frage: D.h. die Tatsache, dass man nicht mehr von einem Projekt, sondern von einem Prozess spricht ist der Beweis für deren Erfolg?

Oscar Suarez: Ja. Und klar, es gibt auch Sachen, die schlimm verlaufen sind, das kann man nicht verneinen. Es gab Initiativen, die aus verschiedenen Gründen nicht überlebten. Aber der eigentliche Erfolg ist, dass diese marginalisierten Gruppen zum ersten Mal eine Chance bekommen haben, ein Kredit aufzunehmen oder sich an einem Produktionszyklus zu beteiligen. Sie bekamen die Chance, sich aus einem illegalen Kontext zu retten. Man konnte zum ersten Mal die strukturellen Probleme anpacken.

Ich zitiere einen anderen Unterschied zwischen den PDPs und den Laboratorien und der Regierung – die Bekämpfung der Anpflanzung illegaler Kulturen. Während die Regierung die Kokaanpflanzungen besprüht, setzen die PDP auf Produktivprojekte wie die „Finca Campesina“. Es wird keine Ersatzkultur, die so rentabel ist wie die Koka geben, sobald es die Nachfrage da ist. Das ist der Punkt – wie soll man einen Prozess starten, der legal ist und gleichzeitig die Leute anspricht? Das Projekt ist der Vorwand. Eine Einnahmequelle, weil die Menschen von etwas leben sollen. Und so wird das Projekt zum Mittel.

Frage: Wie kann man diese effizienten Projekte einer Wirtschaftspolitik zur Marköffnung anpassen?

Oscar Suarez: Es gibt eine Sache – die unterschiedlichen Zeiten. Die Zeiten der Regionen, der Gemeinden der Menschen, der Institutionen oder der Regierung – sie sind alle unterschiedlich. Das ist eine Schlüsselsache. Man kann nicht Zeitabschnitte überspringen. Bei Menschen, die immer eine eigene tägliche Routine hatten. Man kann nicht auf einmal jemanden zum Exporteur machen – einen Fischer z.B. der immer seinem einfachen Tagesablauf gefolgt hat, der jeden Tag sein Boot ins Meer brachte und seinen Fang schaffte. Das ist eine Kultur, die man nicht einfach so ändern kann – die Tatsache, dass man von einem Tag auf den anderen seinen Betrieb managen muss und zum Experten werden soll. Das ist keine einfache Sache. Das verlangt seine Zeit und seine Dynamik. Aus diesem Grund sind die PDPs langfristige Initiativen. Sie schaffen neue Dynamiken. Daher sieht man auch Beispiele von Herstellern, die erst jetzt anfangen, dann aber andere, die schon exportieren. Wie z.B. die Hersteller von Babybananen in Magdalena Medio. Durch die PDPs konnten viel je nach ihrer eigenen Geschwindigkeit Fortschritte verzeichnen. Ohne sich zu überstürzen. Es geht hier um einen Kulturwandel, um einen Prozess, den man Schritt für Schritt gegangen ist. Es ist schwierig, zu lernen wie man einen Kredit handhaben soll oder wie man ihn nicht gleich verpulvert.

³ Gestaltung der öffentlichen Politik und der sozialen Prozesse (Anm. d. Verf.)

Frage: *Mich wundert es, dass die Regierung bereit ist, Kleinherstellern so viel Raum zu gewähren anstatt diesen Großfirmen zu vergeben.*

Oscar Suarez: Die Politik heutzutage unterstützt die Wirtschaft der Großkonzerne, das kann man nicht verneinen. Dennoch, die Existenz einer Makropolitik der Regierung schließt nicht eine Mikropolitik zugunsten des Kleinherstellers aus. Diese Projekte haben sich einen Platz erkämpft. Sie haben sich behauptet. Sie zeigen wie es möglich ist, mit den vorhandenen Ressourcen Entwicklung zu schaffen. Zugleich die Umwelt zu schützen und auf die kulturelle Besonderheiten zu Rücksicht zu nehmen. Das schafft man bei einem Megaprojekt nicht. Die Megaprojekte setzen auf Monokulturen und punkt! Sie enteignen, plündern etc. Machen aus der Gemeindenbevölkerung Arbeiter mit Tagelohn, sie werden in die Städte vertrieben, wo sie doch nicht angeheuert werden, wenn sie keine Kooperativen gründen. Das passierte z.B. beim Projekt der Ölpalme. Umgekehrt – die Projekte der PDPs zeigen der Bevölkerung der betroffenen Regionen bei, wie sie eine Stimme im Prozess der Makrowirtschaft kriegen können. Durch die Kleinprojekte für Produktion von Brombeeren, Kakao, etc gewinnen sie allmählich an Autorität auf regionaler Ebene und eines Tages vielleicht auch auf Nationalebene.

Frage: *Es ist schwierig zu glauben, dass die Politik auf höher Ebene den Spielregeln der globalen Wirtschaft nicht folgen würde.*

Oscar Suarez: All das gehört zur ökonomischen Diskussion. Das ist keine leichte Debatte. Nehmen wir z.B. diese Megaprojekte mit einem überhöhen Kapital. Man gibt ihnen Impulsen. Wie kann dann ein kleines Projekt damit mithalten... Es ist schwierig. Es gibt Streitigkeiten innerhalb der PDPs...Es gibt einen politischen Dialog mit der Regierung. Und man braucht Erfahrung, Taten und Projekte, die beweisen, dass der Prozess rentabel ist. Also man kann sagen, dass die PDPs sic zurzeit in dieser Phase befindet – sie bringen Beweise, dass das möglich ist. Früher war es nicht so. Sagen wir, dass jetzt in jeder Region drei oder vier Projekt-Beispiele existieren, die man als Alternativen für öffentliche Politik zur Diskussion stellen kann. Zurzeit versucht man das zu tun. Früher war es unmöglich. (...)

Ja, es ist ein Erfolg, aber ein ganz kleiner. Und jetzt anhand der gesammelten Erfahrungen ist es machbar mit Daten und Tatsachen zu zeigen, dass das möglich ist. Jetzt ist es möglich, früher nicht. Ich glaube, dass es soweit ist, am politischen Prozess auf höherer Ebene teilzunehmen.

Wenn man vorschlagen würde, ein anderes Laboratorium zu lancieren sollte das lang- oder mittelfristig für etwa fünf, acht Jahre sein. Die Dynamik in anderen Regionen folgt den Institutionen. Es wäre eine Lüge zu sagen, dass man etwas in einem Jahr erreichen kann. Weil das ein Prozess der Gemeinden ist. Man unterstützt eben diese Gemeinden und nicht eine NGO oder eine Institution, die eine 30 jährige Erfahrung in Projektentwicklung hat. Es gibt solche. Aber das ist etwas ganz anders. Mit Erfahrungen die schon fünf, zehn Jahre durchgeführt werden, kann man auf einer anderen Ebene arbeiten. So können alle Diskussionen – akademische und politischen – einen durch die Praktik Beweis finden.

Frage: *Abschließend, eine letzte Frage – die Friedenslaboratorien, Lohnen sie sich?*

Oscar Suarez: Meiner Meinung nach, ja. Alles was ich hier gesagt habe widerspiegelt keine Position der Institutionen, sondern nur meine persönliche Meinung. Ich glaube, dass es sich lohnt. In so einem Land wie

Kolumbien mit dem Wissen über Konfliktursachen, die schon mehr als 40 Jahre alt sind. Für mich ist dieses Modell der Ausweg der sich am meisten der Realität nähert in einem Land mit einer solchen Geschichte. (...) Für mich ist das ein alternativer Weg zur Schaffung von Bedingungen für Entwicklung und Frieden. (...) Wir sind zwar nicht das ärmste Land auf der Welt aber die Ungleichheit, die Armut und die Gewalt sind nach wie vor da.

Abstract

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit dem Projekt der EU-Kooperation „Friedenslaboratorien“. Das ist ein alternatives Projekt zur Etablierung gewaltfreier Friedenspraktiken im Kontext des bewaffneten Konflikts in Kolumbien. Wesentliche Ziele sind die Förderung des sozialen Zusammenhalts, der Schutz der Menschenrechte, der Aufbau rechtstaatlicher, bürgernaher Institutionen und einer alternativen Wirtschaftsentwicklung, die den Einwohnern der Region, in der das Projekt durchgeführt wird, zugunsten kommen soll. Diese Initiative stellt eine breite Teilnehmerkonstellation dar. Am Projekt beteiligen sich zivilgesellschaftliche Akteure, regionale Behörden, der kolumbianische Staat und der internationale Partner – die EU. Die vorliegende Studie untersucht das Potential der Friedenslaboratorien als Peacebuilding-Initiative im Rahmen des Friedensprozesses in Kolumbien und hinterfragt die Interaktionen zwischen den Akteurs-Ebenen des Projekts.

Die Friedenslaboratorien wurden 2002 in Magdalena Medio – einer strategischen und vom bewaffneten Konflikt stark geplagten Region Kolumbiens – implementiert. Das Projekt startete auf der Basis eines schon angelaufenen zivilgesellschaftlichen Prozesses für Frieden und Entwicklung. Um die Gesamtproblematik der Implementierung zu erörtern, werden hier die möglichen Unterschiede, Zäsuren und Kontinuitäten zwischen dem EU-Projekt und dem schon existierenden Prozess aufgezeigt.

Die Aufgabe dieser Studie ist es, weder eine Darstellung der gesamten Konfliktdynamik, noch einer quantitativen Evaluation des Projekts zu machen, sondern nach Konvergenzen bzw. Widersprüchen der Interessen auf den verschiedenen Akteurs-Ebenen zu suchen. Um das zu veranschaulichen, wird das Peacebuilding-Modell John Paul Lederachs als analytisches Gerüst verwendet.

Im Jahr 2005 und 2008 wurden auch in anderen, vom bewaffneten Konflikt besonders gekennzeichneten Regionen Kolumbiens, Friedenslaboratorien implementiert. Hier wird lediglich die erste „Staffel“ des Projekts dargestellt.

Lebenslauf

Persönliche Daten

Geboren:	21. Oktober 1978, Sofia
Staatsbürgerschaft:	Bulgarien
Telefon:	0043 688 81 95 792
Email:	sonaya1@gmail.com
Anschrift:	Kaschlgasse 5/ 28, Wien 1200

Ausbildung

1985-1992	Volksschule, Sofia, Bulgarien
1992 – 1997	Nationales Musikgymnasium „Ljubomir Pipkov“, Sofia (Abschluss mit Auszeichnung)

Studium

1997	Studium an der Universität für Musik und Darstellende Kunst Konzertfach-Klavier, Wien
1999	Übersetzer- und Dolmetscherausbildung, Universität Wien
2002	Diplomstudium Politikwissenschaft, Universität Wien Schwerpunkt: Internationale Entwicklung, Friedens- und Konfliktforschung
2008 (Mai – Juni)	Forschungsaufenthalt in Kolumbien (Bogotá, Barrancabermeja, Sincelejo) Bezug eines KWA-Stipendiums für wissenschaftliche Arbeiten im Ausland

Tätigkeiten

2002 (Februar – März)	Sprachaufenthalt in Costa Rica
2005 (Juli)	Mitarbeit im Sozialprojekt mit Jugendlichen (Jugendzentrum “Casal dels Infants del Raval”, Barcelona)
2007 (Juni - Juli)	Koordinatorin zwei Studienreisen für US-Schüler im Rahmen des Programms „People to People“ (Frankreich- Italien)

Sprachkenntnisse

Bulgarisch	Muttersprache
Deutsch	fließend in Wort und Schrift
Englisch	fließend in Wort und Schrift
Spanisch	fließend in Wort und Schrift
Italienisch	Grundkenntnisse, Basiswortschatz
Russisch	Grundkenntnisse, Basiswortschatz

